

In diesem Sinne möchte ich die Kollegen bitten, wenn die eine oder andere Antwort nicht so intensiv war. Sie liegt vor, reden wir darüber. (Allgemeiner Beifall. – 12.55 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke schön. Bitte, Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (12.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir sind kurz vor der Mittagszeit, und ich muß da noch einen Aperitif vermitteln, weil einfach Abgeordneter Chibidziura mit seiner Granini-Flasche aufgetreten ist und uns eine Geschichte erzählen wollte. Es war vielfach eine wahre Geschichte, aber wir sind mitten im Advent, und da gehört ein bißchen Licht ins Dunkel. So einfach können wir uns die Geschichte nicht machen.

Ich möchte nur klarstellen, es macht mir nichts aus, du kannst von Pest und Cholera reden, soviel du willst. Ich bin nur neugierig, was du jetzt sagst und wie du reagieren wirst auf das, was ich dir jetzt erzähle. Und zwar ist massiv attackiert worden das Wasserrechtsgesetz, die Fischerverordnung, die bösen Beamten, die wilden Bürgermeister, die Betonierer, die Kanalanlagen bauen, und jetzt eine Geschichte dazu. Da gibt es am 25. April 1990 die Debatte über das Wasserrechtsgesetz. Im Rahmen dieser Debatte gibt es 53 Abänderungsanträge der Freiheitlichen Partei, und der sogenannte Bauernführer Murer erklärt dort, daß er bei dem Cocktail nicht mitstimmen kann, weil es ein sozialpartnerschaftlicher ÖVP-großkoalitionärer Elefantencocktail ist, und daher ist er dagegen, weil das für die Umweltpolitik und für die Wasserwirtschaft und für die Trinkwassersicherung unzumutbar ist. Ich empfehle, einen Termin auszumachen mit deinem Klub, deinen Vortrag draußen halten, und nachher können wir bei unseren Versammlungen wieder weiterreden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist kein Problem!“) Mir kommt es darauf an, daß ich jetzt klarstelle. Die Umweltreferenten und die Praktiker, die Umsetzer, einschließlich des Landesrates Michael Schmid. Wir haben gesagt, das kann nicht so vor sich gehen, daß dort beschlossen wird, die Latte wird so hoch gelegt, und dann können die meisten nur unten durchlaufen. Es springt gar keiner mehr weg. Das heißt, wir werden auch in dieser Verordnung eine Lösung finden müssen, vor allem für die ländlichen Gebiete, daß es uns gelingt, daß wir eine Maximalabwasserreinigung erreichen im flexiblen Bereich. Und wenn du meinst, du hast die Welt erfunden mit dem dezentral und ökologisch. Die Landwirtschaftskammer hat draußen am Raiffeisenhof sozusagen die Lunte angezündet. Jetzt müssen wir über diese Frage ganz offen reden. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Richtig!“) Nur, da bin ich gespannt und zum Pech bist nämlich Bürgermeister. Das würde ich dir wünschen, daß bei euch ein Kanal gebaut wird, wo du erklärst, die Bauern schließen nicht an, die Arbeiter schließen an, die eigenen Kinder schließen an, der Pensionsbetrieb schließt an. Da haben wir eine Diskussion im eigenen Dorf gehabt. Ich habe gesagt, jawohl, ich bin dafür, aus. Die Bauern sollen aussteigen. Aber oft möchte ich ein Blatt Papier haben, da muß niedergeschrieben werden, ihr müßt

das ganze Abwasser vom Dorf nehmen oder sonst erklären, daß die Kinder einmal keine Wohnraummöglichkeit haben werden. Daher glaube ich, daß wir locker bleiben müssen nach meinem Empfinden. Dort, wo der Kanalstrang ist, und da haben wir das einige Male öffentlich erklärt, ist es vor allem notwendig, daß die Grauwässer entsprechend entsorgt werden. (Abg. Trampusch: „War nicht so wörtlich gemeint!“) Den Schluck trau ich mich ruhig trinken, aber was alles in den Kanal hineingeschüttet wird, Fritieröle, und was es da alles für Probleme gibt, da suche ich mir schon einen Schnaps aus, bevor ich das Wasser trinke. Da muß man mit den Praktikern reden. Da gilt nur, wie du gesagt hast, an der Wurzel erfassen, wenn ich für meine Anlage persönlich verantwortlich bin. Nur, die Attraktivität der Dörfer schaue ich mir an, wenn vor jedem Haus ein Küchengarten und ein Pflanzenbeet ist und wo wir sozusagen ein wenig hineinsprudeln. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Der liebe, gute Wolf hat nichts anderes gesagt!“) Der Abgeordnete Chibidziura macht folgendes: Zuerst heizt er die Hütte an. Nur zum Schluß, wenn es ein Gemurmel gibt, oft erzählst ja Geschichten, daß du eigentlich eh für den Kanal bist, wo ein Kanal sein muß. Nur, wir machen das professionell mit der TU Graz, mit den Betroffenen und allen Findigen. Da gibt es die vielen Varianten. Das wird weiterentwickelt. Das ist ja nichts Neues. Voriges Jahr habe ich erzählt von den Pflanzen bis zum Bach, und unten sind die Forellen geschwommen. Die Wirkung ist so: Das heißt, auf dem Gebiet haben wir bereits immer die Meinung vertreten. Nur, daß ich einfach sage, so ganz locker, daß einfach der Pörtl Erich und alle, die sich um das kümmern, die Schuldigen sind, daß es etwas kostet, da möchte ich um Vorsicht bitten. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Habe ich das nicht vorsichtig genug formuliert? Ich war ausgesprochen zurückhaltend!“) Ja, das Publikum hat dir gefehlt, da ist das Problem. Ich glaube aber trotzdem, daß man in dieser sehr ernsten Frage konsequent weiterarbeiten soll. Wir haben genug mitgemacht und wissen, welche Umweltauswirkungen das hat. Schauen wir unsere Hausbrunnen an, schauen wir die Nitratdaten der nicht entsorgten Ortschaften und Städte an. Auch was den Klärschlamm betrifft, werden wir auch zu diesen Abfallberatern, die sich ausgezeichnet in der Vermeidungsstrategie, in der qualitativen Entwicklung auskennen, dazukoppeln, damit wir das an der Wurzel erwischen. Da bin ich selbstverständlich bereit. Aber sich das so einfach zu machen, sozusagen eine allgemeine Abwasserexpertise, die von gestern ist, ist auch nicht gut. Wir haben Dr. Korber auch miteingebunden. Der hat ja eine Expertise über seine erste Pflanzenkläranlage gemacht. Ich will gar nicht erzählen, wie die aussieht. Und bei der jetzt berühmten Pflanzenkläranlage kämpft er noch herum, ob er anschließen muß oder nicht – das ist die nackte Wahrheit. Mich haben sie einmal beim Krawattl in Weinitzen genommen, weil ich Dr. Korber gelobt habe. Und sie haben mir gesagt, daß er noch nicht Mitglied ist bei dieser Renner-Anlage plus Pflanzenkläranlage. Wir haben bereits in Großhart und in Mühlen solche Sachen laufen. Wir sind ja viel weiter vorne, als du momentan denkst. Daher glaube ich, muß das professionell klargestellt werden, wie weit geht der Strang hinaus, und welche anderen Techniken gibt es zusätzlich – selbstverständlich auch die Selbstbau-

methode. Das ist keine Frage. Es gibt ja heute diese Pumpsystemmethode mit dem Simalenschlauch, wie man die Wasserleitung herunterleitet vom Berg. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist nicht das Gelbe vom Ei!“) Das ist nicht das Gelbe vom Ei. Aber wenn ich fünf Häuser weiter weg habe, und es ist billiger, ich ziehe einen Fünf-Zoll-Schlauch ein, als ich mache dort eine eigene Anlage, dann wird der rationale Verstand der Wirtschaftlichkeit den Ausschlag geben. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „St. Marein – 7 Kilometer bis nach Knittelfeld pumpen!“) Über dieses Beispiel kann man jederzeit reden. Wir machen bei jedem Projekt eine unmittelbare Studie. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wirtschaftsvergleichsstudie!“) Ja, genau, nur, du mußt endlich einmal einen Wirtschaftsvergleich auch von diesen Modellen auf den Tisch legen. Das passiert jetzt gerade. Und daher will ich den Vormittag abschließen, möchte mich herzlich bedanken bei allen, die umsetzen und praktisch kämpfen. Ich bin sehr froh für die Infektion, aber daß wir mit Aufwiegen das allein schaffen, bin ich persönlich nicht der Meinung. (Allgemeiner Beifall. – 13.03 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Gruppe 6. Ich bitte jene Damen und Herren, die den Ansätzen zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Jetzt haben wir noch drei Beschlusanträge zur Gruppe 6, die zu verhandeln sind. Ich bitte die Frau Berichterstatterin – am Barbara-Tag sei sie besonders begrüßt – um ihren Bericht.

Abg. Gross (13.04 Uhr): Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 461/1, folgende Beschlusanträge beschließen:

Zu Gruppe 6: **Erstens:** Der Verkehrsverbund im Großraum Graz soll mehr Menschen zum Umsteigen auf ein öffentliches Verkehrsmittel bewegen. Dies setzt jedoch ein vermehrtes Angebot voraus. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Machbarkeitsstudie für eine Stadtschnellbahn, unter Nutzung der vorhandenen Schienentrassen, im Großraum Graz (ÖBB, GKB, Landesbahn) zu erstellen beziehungsweise unter finanzieller Mitwirkung der Stadt Graz in Auftrag zu geben. Antragsteller: Abgeordnete Dr. Ebner, Dr. Frizberg, Dr. Hirschmann, Gross und Schrittwieser.

Präsident Mag. Rader: Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist einstimmig angenommen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

Abg. Gross: **Zweitens:** Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das steirische Radwegenetz weiter auszubauen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen sowie die Radwegplanung bei den Verkehrskonzepten nach Möglichkeit als integrativen Teil der allgemeinen Straßenplanung zu behandeln. Antragsteller: Abgeordnete Trampusch, Kaufmann, Frieß und Kanduth. Ich ersuche um Abstimmung.

Präsident Mag. Rader: Ich bitte um ein Handzeichen, wenn Sie dem Antrag zustimmen.

Das ist die Mehrheit.

Ich bitte um den dritten Antrag.

Abg. Gross: **Drittens:** Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Verhandlungen mit der Bundesregierung, der ÖBB und sonstigen Verkehrsträgern auf die Realisierung all jener verkehrspolitischen Maßnahmen zu drängen, die im steirischen Gesamtverkehrskonzept enthalten sind und von einer steirischen überparteilichen Initiative getragen werden. Antragsteller: Abgeordnete Dr. Frizberg, Dr. Grabensberger, Schrittwieser, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko. Ich ersuche um Abstimmung. (13.06 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich bitte um ein Handzeichen, wenn Sie zustimmen.

Das ist einstimmig angenommen.

Bevor wir zur Landwirtschaft kommen, unterbreche ich jetzt die Sitzung bis 13.40 Uhr. (Unterbrechung von 13.06 bis 13.40 Uhr.)

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Ing. Kinsky, das Wort.

Abg. Ing. Kinsky (13.41 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 des Budget-Landesvoranschlages 1993 umfaßt auf der Ausgabenseite folgende Schwerpunkte: Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft, land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, landwirtschaftlicher Wasserbau, Strukturverbesserung, Elektrifizierung und Mechanisierung, Besitzfestigung, sonstige Maßnahmen, sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft, land- und forstwirtschaftliche Interessenvertretungen, Bildung und Beratung, Produktionsförderung, Jagd und Fischerei, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Förderung der Energiewirtschaft, Förderung des Fremdenverkehrs, Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs, Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, Bildung und Beratung, wirtschaftspolitische Maßnahmen. In den Endsummen stellt sich die Gruppe 7 wie folgt dar: Einnahmen: 150,191.000 Schilling, Ausgaben: 727,380.000 Schilling. Ich stelle den Antrag um Annahme der Gruppe 7 des Landesvoranschlages 1993. (13.42 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, daß die Spezialdebatte zur Gruppe 7 geteilt wird, und zwar zuerst in den Teil Landwirtschaft, dann in den Teil Fremdenverkehr und schließlich in den Teil Wirtschaftsförderung. Ich nehme an, daß traditionell dagegen kein Einwand erhoben wird. Damit beginnen wir mit der Debatte zur Landwirtschaft. Als erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch, den ich an das Rednerpult bitte.

Abg. Grillitsch (13.43 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich nehme an, Sie haben alle wohl gespeist, und schätze mich, nach Ihrem guten Mittagessen als erster zum Kapitel Landwirtschaft sprechen zu dürfen. Diese Debatte findet gerade in einer Zeit in ganz Europa und international statt, wo man sich große Sorgen in unserer Berufsgruppe macht. Die Besprechungen in der GATT und die Diskussion um die EG haben die österreichischen Bauern sehr verunsichert. Wir haben es gerade in den letzten Tagen erlebt, daß auch europäische Bauern, ausgehend von den französischen mit Unterstützung der deutschen, aber auch österreichischer Bauern, in Straßburg demonstrierten, weil den Vorstellungen des GATT, besser gesagt den amerikanischen Vorstellungen, widersprochen werden muß. Ein sehr bedeutender deutscher Bauernführer – niemand anderer als Herr Präsident Heremann – hat darauf hingewiesen, wenn diese Vorstellungen der GATT zur Kenntnis genommen werden würden, würden bis zum Jahr 2000 innerhalb des ländlichen Raumes fünf Millionen Arbeitskräfte in Frage gestellt werden. Ich sage das deshalb, weil gerade wir in Österreich immer die Politik des ländlichen Raumes auch geführt haben und weil er darauf hinweist, daß der ländliche Raum in der gesamten Agrar- und Versorgungspolitik ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist. Und auch wir behaupten das immer. Und wir erleben andererseits auch eine Krise, gar nicht weit von uns, wo man wiederum sieht, wie schnell es geht, daß in einem Land die Versorgung nicht gesichert ist, daß der Hunger Platz greift und erst dann wiederum die Bedeutung des Bauern in den Vordergrund gestellt wird. Deshalb ist es für mich unverständlich, daß man hier in Österreich versucht, die Agrarpolitik immer wieder zu einem politischen Spielball zu machen. Und ich glaube, wir müssen uns bekennen dazu, ich deponiere das eingangs, daß wir diese Methoden ablegen, daß wir diesem Berufsstand Bauer – und der ländliche Raum in seiner Gesamtheit verdient es – mehr Ernst und mehr Ehrlichkeit zuwenden und daß die politischen Spielereien sicher irgendwo anders Platz haben. Der Herr Prof. Nennung zählt nicht immer und überall zu meinen Freunden, aber eine Aussage in den letzten Monaten hat auch mich bewegt, wo er gerade auf die Krisensituation hingewiesen hat und wo auch er in seiner Vorstellung die Bedeutung der Bauern in den Vordergrund gestellt hat und wo er auch behauptet, was wir immer sagen, daß es eine nationale Verpflichtung für jedes Land ist, ein Mindestmaß an Eigenversorgung zu haben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir uns in der vorigen Woche auch bemüht, die Agrarpolitik zu diskutieren. Wir haben den „Grünen Bericht“ des Jahres 1991 diskutiert und dabei auch festgestellt, daß ein Einkommensrückgang war, daß unser Vorhaben, die bäuerlichen Einkommen näher an die der Industrie heranzubringen, leider keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt gemacht hat. Wir mußten es im Jahre 1992 noch erleben, daß durch weltweite Vorgänge in der Währungs- und Wirtschaftspolitik und Naturvorkommnisse die Einkommen weiter im Sinken waren und sind. Besondere Einbrüche bei den Vieh- und Holzpreisen bestimmen das vor allem im Berg-

land. Die Einkommenssituation ist eine Existenzfrage des Bauernstandes, des Volkes, weil ohne Sicherung der Ernährung, nationaler Sicherung der Ernährung ist auch auf lange Sicht irgendwo die wirtschaftliche Situation des ganzen Volkes gefährdet. Wir erleben es in der Strukturwandlung, daß die Bauern immer weniger werden. Wir haben schon in der Budgetdebatte für 1992 sehr ausführlich darauf hingewiesen. Die Situation hat sich nicht verbessert. Obwohl das Budget geringfügige Verbesserungen hat und man bemüht war, seit Mitte der achtziger Jahre die Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuholen und in der Einkommensentwicklung weiterzukommen und man die Direktzahlungen verbessert hat, kommen eben andere Dinge dazu, die das Ganze wiederum verschlechtern. Das Konsumverhalten hat sich auch sehr verändert. Sind in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre noch etwa 27 Prozent für die Nahrungsmittel ausgegeben worden, so sind wir heute bei nur 14 oder 15 Prozent. Auch das muß man offen ansprechen, deshalb, weil damit dann auch unsere Aufgabe entsprechend bewertet werden muß. Wir sehen an den Diskussionen, daß wir mit dem ländlichen Raum eine große Aufgabe in der Gesundheits- und auch Umweltpolitik haben und daß wir in unserem Programm in der Erhaltung der Kulturlandschaft und in unserer Vorstellung einer ökosozialen Agrarpolitik nicht nur in Österreich große Sympathien eingehandelt haben, sondern daß diese Vorstellungen heute europäisch und auch international bereits geführt werden. Umso unverständlicher ist es für mich, daß von den drei Generalrednern, die wir am Mittwoch gehört haben, nur der Herr Abgeordnete Schützenhöfer Worte für die Landwirtschaft seitens der Österreichischen Volkspartei gefunden hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie brauchen sicher, Herr Kollege Weilharter, nicht für die Volkspartei reden, aber ich nehme an, wenn in Ihrer Partei ein Bauer der Hauptsprecher ist – (Abg. Weilharter: „Mit Worten kann man den Bauern nicht helfen!“) Ich komme noch darauf zurück. (Abg. Genaro: „Du hast die halbe Zeit geschlafen. Du kannst das nicht gehört haben!“) Das werden wir sehr genau belegen, und ich danke für den Hinweis. Ich habe das nicht vorgehabt, weil ich mich gar nicht mehr so vorbereite, weil ich ohnehin weiß, es kommt die Forderung. Gerade weil du das meinst, Kollege Weilharter, da haben wir so ein reines Gewissen in der Österreichischen Volkspartei und im Bauernbund, weil wirklich nur wir es immer waren, die diese Interessen vertreten haben, die für diese Berufsgruppe gekämpft haben, und weil es auch die Budgetzahlen nachweisen seit dem Jahre 1970. (Abg. Weilharter: „Die Einkommenssituation der Bauern ist entscheidend, nicht die Budgetsituation!“) Ich komme gleich darauf. Dann hast du die Möglichkeit, dich zu Wort zu melden. Oder vielleicht möchtest du einen Zwischenbericht machen, dann setze ich mich ein bißchen neben den General Schmid hin, und du kannst in der Zwischenzeit reden. (Abg. Weilharter: „Das werde ich tun!“) Alles möglich, Herr Kollege.

Schau dir bitte die Budgetsituation an auf Bundesebene, wo wir nicht regiert haben, wo andere die Hauptverantwortung getragen haben, und schau bitte vom Jahr 1983 bis 1986, es gibt da eine klasse Kurve im Budgetbild, wo ihr mitverantwortet habt und wo Ihr

Staatssekretär Murer, der steirische Abgeordnete zum Nationalrat der FPÖ, praktisch der Bauernkönig in der Regierung war, dort ist es budgetmäßig am schlechtesten gewesen.

Ich habe es schon ein paar Mal gesagt, und ich wiederhole mich an und für sich nicht gerne, aber vielleicht findest du die Zeit, daß du das wirklich mitnotierst, dann brauche ich das nicht noch einmal sagen: (Abg. Weilharter: „Du kannst mir deine Rede schriftlich geben, dann brauche ich nicht zuhören!“) Riegler war es, als er das Ministerium Anfang 1987 übernommen hat, wo man vor einer Bankrottsituation in der Finanzierung war und wo 3,9 Milliarden Schilling über das Budget eingebracht werden mußten, damit die Schulden, die ihr in eurer Verantwortung den Bauern in der Milch- und Getreidefinanzierung auflasten wollten, bezahlt werden. Ich habe das heute wirklich zum letzten Mal gesagt.

Wenn wirklich nur der Hermann Schützenhöfer seitens der Österreichischen Volkspartei als Generalredner Worte für die Bauern gefunden hat, dann ist auch damit bestätigt, wo die Bauern ihre Heimat haben, wo sie ihre gemeinsame Vertretung finden und wo sie auch das Gefühl haben können, daß sie ernst genommen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Kollege Dr. Getzinger, ich habe hier erlebt in meinen Anfangsjahren, gestern war hier der Herr Abgeordnete Zinkanell, ein sehr ernst zu nehmender, sachbezogener kleiner Bauer, der wirklich mit Herz und mit Verstand auch hier Diskussionen geführt hat, wo man Respekt haben konnte. (Abg. Kaufmann: „Es sind immer die, die nicht da sind, die besten!“) Auch wenn es hart herging, er war immer einer, der eine gemeinsame Linie fand. Liebe Frau Kollegin Kaufmann, auch der Herr Abgeordnete Zinkanell war Landeskamerad und war Abgeordneter. (Abg. Kaufmann: „Haben Sie ihn damals auch gelobt?“) Ihm selbst sage ich das immer bei jeder Begegnung. Sie können ihn fragen. Wir haben menschlich ein sehr gutes Verhältnis jetzt und auch früher gehabt. (Abg. Dörflinger: „Als er herinnen gesessen ist, habt ihr anders geredet!“) Aber, liebe Frau Kollegin Kaufmann, er hat hier im Land das gleiche vertreten wie auch in der Interessenvertretung. Und was machen Sie, man weiß es nicht, dort sagen Sie ja und da sagen Sie nein. (Abg. Minder: „Das glauben wir nicht, daß die Monika ja sagt!“) Frau Präsident, leider ist das so. Ich kann das beweisen. Und so geht es eben einfach nicht. Denken Sie an Ihren letzten Auftritt. Sie bringen hier Dinge (Abg. Kaufmann: „Die stimmen!“) in der alten Angriffswelle. Ich habe es Ihnen gar nicht unterstellt, daß das von Ihnen käme, das kann ich mir gar nicht denken, aber nachdem ich den Stil des kritischen Bauern kenne und dort wahrscheinlich der gleiche Mann als Ideenerfinder, wie beim Zellnig, noch vorhanden ist, so haben Sie das übernommen und sind wahrscheinlich nicht in der Lage, eigene Ideen wirklich einzubringen. (Abg. Dörflinger: „Das war ein starkes Argument!“) Ich weiß, das ist hart, Herr Dr. Dörflinger, aber wenn man Dinge ehrlich ausspricht, soll man es tun, selbst dann, wenn es einmal härter ist. Ich werde nicht sagen „liebes Weiber!“ oder sonst etwas, weil ich mit ihrer Art überhaupt nicht einverstanden bin. Und noch eines: Man kann mit einer Berufsgruppe, die eigentlich nie an eine richtige Null-Lohn-Runde – ich sage

das auch ganz offen – im Vergleich zu allen anderen herangekommen ist, dann nur mit Polemisierungen und mit Querschlägen umgehen. Es ist für mich der heurige Sommer fürchterlich gewesen, wo der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek als der schöne Maxi (Abg. Dörflinger: „Er heißt Peter!“) durch das Land gezogen ist und Versprechungen abgegeben hat – Hermann Schützenhöfer hat sie genannt mit 22 Milliarden Schilling, wenn man das summiert –, die nicht erfüllt werden können und wo man die Berufsgruppe zusätzlich nur verunsichert. Und es ist für mich fürchterlich, daß sich der alte Stil weitersetzt, daß man immer auf die Interessenvertretung hobelt und draufprügelt, die in einer demokratischen Wahl und in einer demokratischen Urabstimmung (Abg. Weilharter: „Wie war die Fragestellung bei der Urabstimmung?“), die der heutige Landesrat eingeleitet hat, die Stimmung der Bauern erfaßt hat und wo 96 Prozent und viele meiner freizeitlichen Freunde, die es auch gibt bei uns (Abg. Weilharter: „Wir sind liberal!“), haben gesagt, wenn die glauben, daß sie unsere Interessenvertretung angehen müssen, dann werden wir ihnen einen Denktzettel geben. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Haben sie dann bei der Landtagswahl getan. Da haben Sie Stimmen verloren!“) Herr Kollege Vesko, sind wir froh, daß die Demokratie ein bißchen beweglicher ist. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Gott sei Dank!“) Die großen Enttäuschungen, die den Populisten nachgelaufen sind und die merken, wo der Weg des Populisten hingeht, die werdet auch ihr noch zu spüren bekommen. Und Sie machen noch eines mit großer Liebe und Freude, und ich glaube, Frau Kollegin, Sie werden es in Ihren Wortmeldungen schon wieder im Trichter drinnen haben, und zwar ist das der Angriff auf die Genossenschaften (Abg. Kaufmann: „Das stimmt!“), die Vermarktungseinrichtungen – wo es sicher auch Diskussionen gibt und sehr ernste Diskussionen geführt werden, weil auch dort die Strukturveränderungen notwendig sind, von uns aber auch gemacht werden. Vergessen Sie dabei nicht, und ich habe auch deshalb gesagt „die Gesamtbedeutung des ländlichen Raumes“, daß diese Genossenschaften ein echter Wirtschaftskörper in Österreich, in der Steiermark und ehrliche Arbeitgeber für zufriedene Leute sind. 6000 Arbeitnehmer sind es nur in der Steiermark allein, und das übersehen Sie aus einem ganz besonderen Grund. Und ich möchte die Freiheitlichen wirklich nicht beleidigen – das liegt mir auch gar nicht. (Abg. Dörflinger: „Das war der beste Witz!“) Ich heiße ja letztlich Grillitsch, und nicht etwa Kurtl mit der schönen „Blauen“ heute, die du anst. Das tue ich nicht und liegt mir auch nicht. Aber nur den Weg, den Sie einschlagen in dieser Doppelstrategie, der ist einfach nicht zu halten. Wir haben gerade in der Agrarpolitik, meine sehr geschätzten Damen und Herren, immer, wie ich sagte, eine ehrliche, offene und sehr verantwortungsbewußte Haltung eingenommen, und werden dies auch weiter tun. Der österreichische Markt verlangt Änderungen in der Verwertung und Endvermarktung. Wir haben ein sehr, sehr hohes Qualitätsbewußtsein, sind mit diesem führend, was sich leider aber in der Preisbildung nicht ganz niederschlägt, und wir müssen uns bemühen, daß wir auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter erhalten und weiter ausbauen. Und gerade die Verhandlungen um die EG verlangen auch, daß wir

uns klare Vorstellungen für die Zukunft machen – diese sind auch gemacht von der politischen Ebene aus. Herr Landesrat Pörtl hat es rechtzeitig auf den Tisch gelegt mit dem Vorschlag der Agrarmilliarde, die Ihnen auch sofort ganz falsch ins Auge kam und wo Sie dann glaubten, „hurra, was glauben die, die spinnen“. Dabei ist das ein Weg, der gegangen werden muß, den andere Länder auch gegangen sind. Erkundigen Sie sich in Bayern, erkundigen Sie sich in Baden-Württemberg. Wir haben letztlich in dieser Vorgangsweise von der EG auch etwas zu erwarten. Und, meine Damen und Herren, die Diskussion um die EG kann man nicht mit Polemik und mit anderen Angaben machen. Diese muß man ernst führen, und man muß wissen, daß wir darüber nicht hinwegkommen, und man muß auch wissen, daß wir mit einem starken Selbstbewußtsein und mit einem fleißigen Volk nicht nur in der Landwirtschaft an diese Diskussion herangehen. Der ökosoziale Weg, den ich genannt habe, muß fortgesetzt werden. Andere Länder wissen das bereits, und der Konsument weiß es auch, wenn er an die Gesundheit denkt, daß das der richtige Weg für die Zukunft ist. (Abg. Weilharter: „Sag dazu, von wem das stammt!“) Sicher nicht vom Weilharter, weil das muß ein Mann sein, der so etwas erfindet, der eine Beziehung zu Grund und Boden hat – den hättest du auch – und der natürlich auch einen Weitblick und einen Grips im Kopf hat. Das kann sicher nicht der Weilharter sein. Aber die meisten werden es wissen, wer es ist. (Abg. Weilharter: „Von wem?“) Ich sage es dir gerne, der Herr Abgeordnete zum Nationalrat Dipl.-Ing. Josef Riegler. (Abg. Weilharter: „Danke, das wollte ich wissen!“) Also, das Denkvermögen von dem ist wirklich sehr schwach, verzeihen Sie mir. Aber wenn man sich das nicht merkt, dann kann man nicht stark sein. Und wir müssen auch, meine sehr geschätzten Damen und Herren, uns bemühen, in den Gesprächen mit den Konsumenten unsere Situation klarzustellen. Ich habe heuer einige Stadt- und Landfeste im Lande mitgemacht, unter anderem auch – Herbert Peinhaupt war zugegen – in Judenburg, wo Tausende Menschen anwesend waren, wo sie im Gespräch dann auch um Verständnis für ihre Situation gebeten haben. Die Gemeinsamkeit, meine Damen und Herren, die wir brauchen in all diesen Fragen, ist es, die die Zukunft mitbestimmen kann. Wir haben diese Gemeinsamkeit in unser demokratisches Denken immer mitgebracht, schon in der Sozialpartnerschaft, wo nicht immer alles für uns gelaufen ist. Und wir wissen auch, daß die heutige Sozialpartnerschaft etwas ist, was man nicht abschaffen soll, aber wo Dinge reformiert werden müssen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es andauernd so fortgeht, daß der eine, der gar keine Beziehungen dorthin hat, nur politisch spielen will und dort das Hauptwort zu reden haben sollte, und der andere, der Betroffene, immer in jeder Hinsicht eine untergeordnete Rolle hinnehmen soll, so wie es eben mit der Landwirtschaft vorgesehen ist.

Und, meine Damen und Herren, denken Sie einmal ganz offen auch über die letzten Jahrzehnte nach. Wir können uns in Österreich über das, was wir erreicht haben, wirklich rühmen. Die Bauern haben das Ihrige dazu beigetragen. Die Sozialpartnerschaft war federführend. Aber wir können uns deshalb rühmen, weil auch Männer die Politik gemacht haben, die Heimatbewußtsein und eine Heimatverbundenheit gehabt

haben. (Abg. Dörflinger: „Männer und Frauen!“) Hätten wir damals solche Scharlatane schon gehabt nach 1945, hätten wir heute nicht dieses Österreich. (Abg. Gennaro: „Hast du ein gestörtes Verhältnis zu Frauen?“) Ich habe selbst eine Frau, die wirkt in der Familie auch mit, und die Familie ist ja auch etwas, was den ländlichen Raum mitgestaltet, Gennaro.

Ihr habt alles darangesetzt, auch die Familie dorthin zu bringen, wo ihr eure Wirtschaftspolitik letztlich hingebraucht habt. Im Zeitalter der Emanzipation – (Abg. Trampusch: „Regt euch nicht auf, der Grillitsch wird nicht mehr begreifen, daß es eine andere Meinung gibt!“) Gott sei Dank, die hat es immer gegeben, Herr von Trampusch. Hättest du mit deiner Spielerei nicht begonnen, wäre auch in der Steiermark viel schon viel, viel weiter. Ich wollte dir heute nicht ins Wort fallen am Vormittag, aber jetzt muß ich es sagen, weil du mich herausforderst. Ich habe dich erlebt in Fohnsdorf bei einer Bürgerdiskussion, wo es um Umweltfragen gegangen ist. (Abg. Trampusch: „Du hast das schon dreimal erzählt und immer falsch!“) Na, habe ich mir gedacht, der Franz ist ein klasser Bursch, ganz vernünftig, weil er die Stimmung der Bürger dort gesehen hat, und ich habe dich dann hier erlebt, wo du das Gegenteil gesagt hast. (Abg. Dörflinger: „Das muß dich beeindruckt haben!“) Ihr habt sehr lange versucht, diese Frage in das politische Spiel hineinzubringen, und habt dabei nicht bedacht, wie sehr ihr die Gesamtentwicklung auch verhindert. (Abg. Trampusch: „Du erzählst hier schon dreimal das Gegenteil von dem, was oben war, und nicht ich!“) Da könnte man vieles weiterspielen bis zurück in die Verstaatlichtenpolitik. (Abg. Trampusch: „Zweimal die halbe Wahrheit zu sagen ist deine Devise, und nicht meine!“) Wenn du es beweisen kannst und mir belegen kannst, daß ich einmal etwas gesagt habe, zu dem ich nicht stehe, dann bitte. (Abg. Trampusch: „Frage die, die dabei waren, was geredet worden ist!“) Da gibt es Aufzeichnungen, und was ich selbst höre, das habe ich selbst gehört und das wird auch vorgetragen.

Ich glaube gerade die Zukunft, meine Damen und Herren, verlangt wiederum die Gemeinsamkeit, die unsere Väter und Frauen gehabt haben, und verlangt vor allem in dem wirtschaftlichen Selbstbewußtsein auf Grund der zukünftigen Herausforderungen auch die steirische Gemeinsamkeit. Wenn wir haben wollen, daß dieses schöne Land sich gut weiterentwickelt mit einem gesunden Bauernstand, dann lade ich Sie ein, daß wir das gemeinsam, und ich hoffe in Zukunft nicht mit Polemik, sondern mit Verstand, tun. Wenn Sie wertvolle Hilfe brauchen, hier ist ein Papier der Steiermärkischen Landeskammer, wir haben vorige Woche darüber diskutiert, das Ihnen eine wertvolle Hilfestellung leistet. (Beifall bei der ÖVP. – 14.14 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann.

Abg. Kaufmann (14.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Grillitsch verlangt Gemeinsamkeiten und stellt in der ganzen Rede so viel Trennendes in den Raum, daß es wirklich schwer ist, Gemeinsames zu finden. Aber es ist nicht nur der Herr Grillitsch allein.

Vor rund drei Wochen fand eine der immer selteneren Bauernbundversammlungen, bei welcher die heimischen Bäuerinnen und Bauern über die gute Agrarpolitik aufgeklärt werden sollen, statt. Agrarlandesrat Erich Pörtl warf dabei der SPÖ Schlagzeilenmechanik vor. Auf Grund der Erkenntnis, daß es dem Bauernbund immer schwerer fällt, seine Jugend bei der Stange zu halten und vor allem die Agrarpolitik seiner Vordersten als sinnvoll zu erklären, sind derartige Reaktionen von Ihnen, Herr Landesrat, nur allzu verständlich. Verständlich auch deswegen, da Sie noch Umstellungsprobleme aus der Zeit, wo ÖVP mit Alleinherrschaft in diesem Land regierte, haben.

Es sind ja erst 413 Tage vergangen, und es dauert sicher noch, bis man sich an das gewöhnt hat. Es wurden damals im stillen Kämmerlein die ganzen Entscheidungen getroffen - (Abg. Kanduth: „Wir haben partnerschaftlich zusammengearbeitet, und nicht geherrscht in diesem Haus!“) hinter verschlossenen Türen.

Bei der besagten Konferenz, Herr Landesrat, es ist ein bißchen ungut, weil Sie hinter mir sitzen, ich hoffe, Sie halten es nicht für unhöflich, wenn ich (Landesrat Pörtl: „Du kannst ruhig du sagen!“) mich nicht immer umdrehe. (Abg. Trampusch: „Monika, nicht jeder hat einen Landesrat hinter sich!“ - Abg. Schützenhöfer: „Und nicht jeder Landesrat hat die Abgeordneten hinter sich!“) Bei der besagten Konferenz haben Sie uns nicht nur mit dem Vorwurf der Schlagzeilenmechanik bedacht, sondern uns auch aufgefordert, daß wir uns der öffentlichen Diskussion stellen mögen. Hier und heute, Herr Landesrat, stehe ich Ihnen zur Verfügung als eine, die sich nicht erst seit ihrer Zugehörigkeit in diesem Hohen Haus tagtäglich der öffentlichen Diskussion mit den Bäuerinnen und Bauern in diesem Lande stellt. Viel zu oft habe ich dabei Ihre Entscheidungen im Interesse der Bauern oder Ihren Diskussionsbeitrag in wichtigen Fragen vermißt. Mag sein, daß Sie mit Umweltschutzthemen so sehr beschäftigt sind, daß die Bauern etwas in den Hintergrund getreten sind. Mag auch sein, daß die derzeitige Agrarpolitik Ihre vollste Zustimmung findet. Nur eines, Herr Landesrat, können Sie von mir nicht erwarten, nämlich, daß ich nicht zur fehlgesteuerten Agrarpolitik immer und überall, wo ich die Möglichkeit dazu habe, Stellung nehme. Wenn dies in Ihren Augen Schlagzeilenmechanik ist, Herr Landesrat, bin ich gerne bereit, Mechanikerin zu sein. (Beifall bei der SPÖ.) Eine Mechanikerin, die den Versuch unternimmt, ein Auto, welches im Dreck steckengeblieben ist, gangbar zu machen, um es aus dem Sumpf zu fahren. (Beifall bei der SPÖ.) Ganz egal, ob Ihnen und Ihren Kollegen vom Bauernbund diese Tätigkeit gefällt oder nicht. (Abg. Schützenhöfer: „Wovon reden Sie?“) Sie brauchen nur zuhören, dann wissen Sie, wovon ich rede. (Abg. Trampusch: „Agrarexperte Schützenhöfer meldet sich zu Wort!“ - Abg. Schützenhöfer: „Wer die Landwirtschaft mit einem Auto vergleicht, ist nicht klar!“) Wieder ein Landwirtschaftsfachmann. (Abg. Trampusch: „Monika, ändere das für den Schützenhöfer auf Traktor!“) Also, Traktor für den Herrn Schützenhöfer.

Vor einer Woche, der Herr Grillitsch hat es schon gesagt, haben wir an derselben Stelle den „Grünen Bericht“ diskutiert. Gab es verschiedene Meinungen

und verschiedene Aussagen darüber, ich bleibe bei meinen Aussagen, damit kein Irrtum entsteht. Aber ein paar Sachen sind deutlich zur Sprache gekommen, und zwar von allen drei Fraktionen, also auch von der ÖVP, die Zahl der Bauern nimmt ständig ab. Und nichts hat bis jetzt diesen Trend stoppen können. Diese haben aufgehört, weil es ihnen so gut geht, wie der Herr Grillitsch gesagt hat, weil alles paßt, weil alles in Ordnung ist. Deswegen haben die Bauern wahrscheinlich aufgehört. Für die Bauern führt der viel gerühmte und viel gelobte ökosoziale Weg in eine Sackgasse, Herr Grillitsch - genauso ist es. Sie brauchen sich nur die Zahlen anschauen. Die Einkommen sinken ständig, gerade im Bergland und im Grenzland, und was mich freut - und das ist hier auch schon zum Ausdruck gekommen -, unsere jahrelange Forderung nach Direktzahlungen hat zwar endlich auch beim Bauernbund Anklang gefunden, zwar nur verbal, denn Maßnahmen gibt es bis jetzt noch nicht viele. Normal ist der Weg von Erkennen eines Problems bis zum Reagieren ein kurzer - nicht so bei dem für die Agrarpolitik zuständigen Landesrat mit seinen Bauernbündlern. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu vernetzt ist das ganze Agrarsystem. Bauernbund, Genossenschaften, Landwirtschaftskammer, Raiffeisen- und Versicherungsanstalten bilden ein Spinnennetz, in dem die Bauern gefangen sind. Es wird allerhöchste Zeit, sie aus dem Netz zu befreien, bevor die letzten darin zugrunde gehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nicht die vielzitierte flächendeckende Landwirtschaft ist Ihr Ziel, sondern eine flächendeckende lückenlose Verwaltung und Kontrolle. Ich habe es schon oft gesagt - und ich sage es wieder -, denn es stimmt mehr denn je: Es verdienen sehr viele sehr gut durch die Landwirtschaft, und zwar so gut, daß sie überhaupt kein Interesse daran haben, irgendetwas an dem System zu ändern. Nur diejenigen, um die es geht, die Bauern, die werden immer weniger. Da brauchen Sie nur den „Grünen Bericht“ zu lesen.

Und Sie, Herr Landesrat Pörtl, Sie wissen dies alles. Sie kennen die Probleme der Bauern - (Abg. Dr. Maitz: „Gott sei Dank!“) sagen Sie immer, Sie sind selbst Bauer - sagen Sie immer - und Sie werden natürlich helfen - sagen Sie immer. (Landesrat Pörtl: „Das wirst du mir nicht absprechen können!“) Sie haben ein Agrarbudget vorgelegt, das für mich unverständlich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist bewußt, daß es gilt zu sparen, aber die einzige Erhöhung in diesem Agrarbudget geht allein in die Verwaltung - in die angebliche Interessenvertretung der Bauern -, die Landwirtschaftskammer. (Landesrat Pörtl: „Du mußt es noch einmal durchlesen!“) 160,5 Millionen Schilling kostet es, die steirischen Bäuerinnen und Bauern zu verwalten und zu kontrollieren, um 8 Millionen Schilling mehr als vor einem Jahr, und um 18 Millionen Schilling mehr als vor zwei Jahren. Im gleichen Zeitraum ist eigentlich kein einziger für die Bauern wichtiger Posten im Budget wesentlich erhöht worden. Weder in der Forstwirtschaft, weder für Grenzlandbauern, weder für biologisch wirtschaftende Bauern noch für die Bergbauern. Ich darf es noch einmal als Beispiel verdeutlichen: Für 19.000 Bergbauern stehen 30 Millionen Schilling an Direktzahlungen zur Ver-

fügung, dagegen schlugen sich 565 Kammerbeamte mit 160,5 Millionen Schilling zu Buche. (Abg. Gennaro: „Das ist viel!“) Herr Landesrat Pörtl, Sie haben bis jetzt keines Ihrer Versprechen gehalten. Im Gegenteil, Sie nehmen den Bauern das Geld weg und geben es der Verwaltung. Sie haben den Bauern Milliarden versprochen. Milliarden, von denen Ihr Parteikollege – jetzt ist er nicht da, der Herr Hirschmann – vorgestern gesagt hat, Milliardenversprechen sind unseriös und erwecken falsche Hoffnungen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Trampusch: „Wenn es die ÖVP sagt, stimmt es, wenn es die anderen sagen, nicht!“) Die ÖVP nennt uns Ankündigungspolitiker. Vom Generalredner der ÖVP – er hört nicht zu – wurde uns gesagt, wir vergiften die Zusammenarbeit. Meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP – gute Zusammenarbeit schaut bei Ihnen so aus, daß Sie bestimmen und die anderen Fraktionen dies ohne Infragestellen hinzunehmen haben. Nur, diese Zeiten sind vorbei – Gott sei Dank. (Abg. Tasch: „Weil euer Vorsitzender so gewonnen hat bei der letzten Wahl!“) Es ist für die Bauern Gott sei Dank vorbei – für die steirischen Bauern. (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr seid noch weit entfernt von unserem Erfolg!“ – Abg. Gennaro: „Wenn die Gewinner so ausschauen wie ihr, dann danke!“) Ihr habt euch ausgemacht, daß ihr nicht inzwischenredet, und jetzt redet ihr erst inzwischen. (Abg. Trampusch: „Wenn ihr gewonnen hättet, würden wir nicht diskutieren, dann hättet ihr schon abgestimmt!“ – Präsident Mag. Rader: „Ich glaube, daß die Herren sich selbst dazwischenreden, weil sie sich schon in einer Diskussion befinden. Am Wort ist die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann.)

Sie berufen sich immer wieder auf die seinerzeitige Zustimmung der Bauern zur Kammer. Diese Zustimmung bedeutet aber nicht ein Einbetonieren für alle Zeiten, sie bedeutet auch nicht ein Aufschwingen zu einer Monopolstellung, und sie bedeutet auf gar keinen Fall einen Freibrief für alle zukünftigen Handlungen, auch wenn sie gegen die Bauern sind. Das haben die Bauern ganz sicher mit der Zustimmung nicht gemeint, davon bin ich fest überzeugt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als vor zirka zwei Wochen der Plan der steirischen Landwirtschaftskammer bekannt wurde, ihr entstandenes Defizit in der Höhe von 15 Millionen Schilling durch einen Griff in die Taschen der Bauern auszugleichen und die Kammerumlage zu erhöhen, und wir uns gegen diesen Plan ausgesprochen haben – da sind wir natürlich wieder Schlagzeilenmechaniker genannt worden –, und genau von Ihnen, Herr Grillitsch, habe ich hören müssen, daß das nicht den Tatsachen entspricht. (Abg. Vollmann: „Das hat er nicht wissen können!“) Sie haben mir vor einer Woche gesagt, daß es keine Erhöhung geben wird und daß es eben wieder nur Schlagzeilenmechanik und Polemik der Bauernvorsitzenden ist. Eine Woche später rückte der in Agrarfragen äußerst schweigsame Kammerpräsident, der im Nebenerwerb als hochbezahlter oberster Raiffeisenboß tätige Hubert Schwab, aus, um in einer Pressekonferenz den anwesenden Medienvertretern die Kammerumlagerhöhung mit neun Fragen schmackhaft zu machen. Dies, meine Herren vom Bauernbund, muß wirklich ein schwerer Schlag für Sie gewesen sein. Sie haben sicher von dem Papier nichts

gewußt, weil Sie dürfen ja keinerlei Funktionen in der bäuerlichen Interessenvertretung mehr bekleiden – das haben Sie auch dem Herrn Kollegen Hirschmann zu verdanken. Das muß eigentlich ganz schön schwer gewesen sein für Sie, als Sie von den eigenen Kollegen als Lügner demaskiert worden sind. So entnehme ich zwar der Unterlage der Landwirtschaftskammer – ich weiß nicht, Sie haben sie zwar hergezeigt, aber damals haben Sie sie noch nicht gekannt –, daß die Zahl der Höfe etwas zurückgeht, aber auch die Zahl der Kammerbediensteten ist zurückgegangen. Der landwirtschaftliche Strukturwandel wird in der Unterlage wie Äpfel mit Birnen verwechselt. Bei der Zahl der Betriebe hat man einen Zeitraum von zehn Jahren genommen, bei der Zahl für die Kammerbediensteten hat man einen Zeitraum von 20 Jahren genommen, damit die Unterschiede nicht so deutlich zutage treten. Die Vertreter werden schon wissen, warum außerdem falsche Zahlen genannt worden sind. Ich möchte mir erlauben, die Zahlen zu berichtigen: Laut Landwirtschaftskammerumlage sind im Zeitraum von 1980 bis 1990 4600 Betriebe verlorengegangen. Laut „Grünem Bericht“ ist die Zahl der Betriebe im selben Zeitraum um 5124 Betriebe zurückgegangen. Ich meine, es sind nur 500 Betriebe – da muß man nicht so genau sein. Der Rückgang der Kammerbediensteten, von 1973 auf 1992 gerechnet, betrug 144 Personen. Im gleichen Zeitraum – also auch 20 Jahre – sind 8722 Höfe verlorengegangen, was einen Verlust von zirka 27.000 Arbeitskräften in der Landwirtschaft bedeutet. Der Rückgang, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Berufstätigen in der Landwirtschaft muß einfach eine Verkleinerung des Verwaltungsapparates nach sich ziehen. Von 100 Schilling einer Förderung gehen 34 Schilling für die Verwaltung auf. (Abg. Grillitsch: „Schauen Sie sich die Kurve an!“) Bei vielen Förderungen ist der Verwaltungsaufwand sogar größer als die Förderung überhaupt. Seit Jahren wird von den SPÖ-Bauern eine Vereinfachung und eine Vereinfachung der Förderungsrichtlinien gefordert. Bis jetzt ist in dieser Frage nichts passiert – im Gegenteil. Die Förderungsrichtlinien werden immer komplizierter und unüberschaubarer. Es ist fast unmöglich, einen Antrag ohne Hilfe auszufüllen – hier muß auch ein System und ein Sinn dahinterstecken. Als praktisches Beispiel, Herr Landesrat, möchte ich Ihnen hier nur die neue statistische Weinerhebung nennen: der achtseitige Fragebogen ist so unverständlich, daß es notwendig ist, in den Orten draußen Informationsveranstaltungen über das Ausfüllen des Statistikbogens durchzuführen. (Abg. Dörflinger: „Arbeitsbeschaffung!“) Auf jeden Fall muß man Informationsveranstaltungen machen, nur damit man den Statistikbogen ausfüllen kann. (Landesrat Pörtl: „Wer hat das Weingesetz beschlossen, der Nationalrat oder die Weinabteilung der Landwirtschaftskammer?“) Der Bürokratismus und der Verwaltungskram können nicht im Interesse der Bauern und auch nicht im Interesse der heimischen Landwirtschaft sein. (Abg. Gennaro: „Das soll einfacher gestaltet sein!“) Genauso wenig kann es im Interesse der Bauern sein, daß die Kammer entscheidet, wer förderungswürdig ist und wer nicht. Das bedeutet nichts anderes, als daß der Bauernbundobmann entscheidet, wer in Zukunft Bauer sein darf.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß derjenige, der das Geld gibt, es auch zum Bauern bringen soll. (Landesrat Pörtl: „Glaubst du das wirklich, was du sagst?“) Sonst würde ich es nicht sagen, Herr Landesrat. (Landesrat Pörtl: „Dann möchte ich ein konkretes Beispiel haben. So einfach geht das nicht im steirischen Landtag. Ein konkretes Beispiel!“) Herr Landeskammerrat, wer sind denn die Kammerobmänner draußen? Die Kammerobmänner sind zum Großteil Bauernbundobmänner. (Landesrat Pörtl: „Ein konkretes Beispiel!“) Das steht in den Förderungsrichtlinien, sogar wortwörtlich, daß die Kammer entscheidet, wer förderungswürdig ist. Ich sauge mir das doch nicht aus den Fingern. Dann müssen Sie die Förderungsrichtlinien lesen. (Unverständlicher Zwischenruf.) Das ist ausgesprochen unfair, daß du die Beamten angreifst. Das ist aber wirklich ... An den Mitarbeitern putzt er sich ab! Das schockt mich jetzt schon ehrlich. (Abg. Trampusch: „Laß dich nicht beeinflussen. Ich habe gestern auf ein paar konkrete Fragen auch keine Antwort bekommen!“) Damit wird der Möglichkeit des Zuckerlverteils von Bauernbundfunktionären an brave Bauern ein für allemal ein Riegel vorgeschoben. Dies hat nichts mit Kammerfeindlichkeit zu tun. Nur, die Kammer soll sich auf ihre tatsächlichen Aufgaben als Interessenvertretung der Bauern, wenn Sie so wollen als Gewerkschaft der Bauern, zurückziehen. (Beifall bei der SPÖ.) Die Kammer darf ihren Mitgliedern nicht als mächtiges Amt gegenüberstehen. (Abg. Tasch: „Da kannst du anstellen was du willst, weil deine Leute nichts verstehen von der Landwirtschaft!“ – Abg. Trampusch: „Nur die ÖVP versteht etwas von der Landwirtschaft!“) Das hat mit dem nichts zu tun, Kollege Tasch. Da versteht man auch als Laie, um was es da geht. (Abg. Dr. Flecker: „Wenn du den Mut hast, zur Kultur zu reden, dann haben wir das Recht, zu allem zu klatschen!“) Ich muß da schon sagen, Kollege Tasch, mir ist das Problem zu ernst, als daß ich darüber Witze mache. Wir werden eine Interessenvertretung brauchen mehr denn je. Nur sollen sie sich wirklich auf das zurückziehen, was ihre tatsächliche Aufgabe ist. (Beifall bei der SPÖ.) Die Kammer darf ihren Mitgliedern nicht als mächtiges Amt gegenüberstehen, das über Wohl und Weh der Bauern entscheidet. Das ist einfach falsch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Überarbeitung der zirka 40 verschiedenen Förderungsaktionen ist ein unbedingtes Muß, das eigentlich schon längst geschehen hätte sollen. Was sind das für Experten, die bis jetzt noch nicht darauf gekommen sind, daß mit einer Förderung die Intensivierung, mit einer anderen die Extensivierung gefördert wird? Ich möchte nur als Beispiel die Ribisel nennen. Warum gibt es eine Förderung für eine maschinengerechte Fläche, das bedeutet, daß man alles schön eben machen muß, jede Hecke ausreißen muß, und auf der anderen Seite gibt es eine Förderung, wo das Neuzsetzen von Hecken gefördert wird. Ist doch unsinnig. (Landesrat Pörtl: „Seit wann wird das Planieren gefördert?“) Herr Landesrat, was sind denn agrarische Operationen? Agrarische Operationen bedeuten das im Prinzip. (Landesrat Pörtl: „Du bist der Meinung, daß eine Rutschungssanierung nicht gemacht werden soll?“) Nein, die Rutschungssanierung meine ich damit nicht. (Landesrat Pörtl: „Für das gibt es ein Geld, für

alles andere nicht!“) Ja, für das und für das Einebnen auch. Es ist sehr schwierig, ich glaube, man hat es mit Absicht so schwierig gemacht, damit sich dabei ja niemand auskennt. Man kann nicht 40 verschiedene Förderungsaktionen im Kopf haben, auch nicht der Herr Landesrat. Das ist bestimmt kein böser Vorwurf, Herr Landesrat. (Abg. Trampusch: „Der Herr Landesrat soll sich die Sanierung beim Schloß Ehrenhausen anschauen, dann weiß er, was du meinst. Es sind die Kanäle voll Erde bei jedem Regen, weil mit Förderungen saniert worden ist!“) Vor allem geht es auch darum, die Förderungen auf ihre EG- und GATT-Konformität zu überprüfen, auf diesem Gebiet passiert praktisch nichts.

Bei den Bauern verstärkt sich der Eindruck, daß ihre Funktionäre die Angst vor der EG bewußt aufbauen, um ihre Versäumnisse und ihr Versagen in der Agrarpolitik zu verstecken. (Beifall bei der SPÖ.)

ÖVP-Landwirtschaftsminister Fischler und seine Freunde vom Bauernbund schieben den immer größer werdenden Berg von österreichischen Agrarproblemen vor sich her – Richtung Brüssel. Das erklärt auch, warum es in der Landwirtschaft zwar eine große EG-Diskussion, aber keine konkreten Maßnahmen gibt. Aus dem Landwirtschaftsministerium gibt es kein Konzept darüber, was als Vorbereitung auf den EG-Beitritt auf dem Agrarsektor zu geschehen hat. Es gibt keinerlei Informationen, welche und wie viele Punkte realitätsweise verhandelbar sind.

Alles, was zu erfahren ist, ist, daß hinter verschlossenen Türen beraten wird, daß es teure Konsulentenverträge und diverse Studien gibt.

Bereits am 17. Juli 1989 wurde das formelle Beitrittsansuchen nach Brüssel geschickt. Mehr als drei volle Jahre für konkrete Vorbereitungen wurden vertan. Die bisherigen Schutzmaßnahmen für die europäischen Bauern gehören durch die Erneuerungen, welche vor Monaten auf EG-Ebene fixiert wurden und nun vom GATT übernommen wurden, der Vergangenheit an. Den Bauern steht ein großer Wandel bevor, der jedem Angst macht. Eine Angst, die angesichts der Bilder demonstrierender Bauern in Frankreich, verbunden mit brennenden Barrikaden, ihre Berechtigung haben muß. Demonstrationen in einem Land, welches die Agrarpolitik der EG seit Jahren mitgestaltet.

Hier, meine Damen und Herren, stellt sich die Frage, ist da die Angst unserer Bauern angesichts der Ungewißheit, was auf sie bei einem möglichen EG-Beitritt zukommt, nicht um ein Vielfaches berechtigt?

3,6 Milliarden Schilling Einkommensverlust wurden den Bauern im Jahr 1988 bei einem EG-Beitritt prognostiziert.

Was ist in der Zwischenzeit für die Bauern passiert?

Nichts. Obwohl man wußte, daß der Glassturz oder der Käfig, wie man es nennen will, den man über die Bauern gestellt hat, in der EG und vor allem durch die GATT-Bestimmungen nicht schützen, sondern schaden wird. Obwohl sogar für Laien schon zu bemerken ist, das etwas an dieser Agrarpolitik nicht stimmt, wenn immer mehr Geld für dieses System aufzuwenden ist und trotzdem die Einkommen der Bauern von Jahr zu Jahr geringer werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Auf deutsch: Daß dazwischen irgend jemand sein muß, der das Geld einsteckt!

Mittlerweile wird der Einkommensverlust bei einem EG-Beitritt für die österreichischen Bauern auf rund 8 Milliarden geschätzt. Und was passiert? Noch immer nichts. Wieder gibt es ein höheres Agrarbudget, und wieder kommt das Geld nicht zum Bauern. Deshalb bleibt einem, der engagiert und ehrlich die Interessen der Bauern vertritt, nichts anderes übrig, als zum heutigen Zeitpunkt ein klares Nein zu einem EG-Beitritt zu deponieren. (Landesrat Pörtl: „Hast du dein Konzept bei der Debatte zum Grünen Plan schon geschrieben gehabt?“) Herr Landesrat, Sie machen sich lustig über mein Konzept. Ich habe eines, ihr vom Bauernbund habt keines. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Gennaro: „Der Herr Landesrat muß es nicht selbst schreiben. Er bekommt es geschrieben!“) Ich lasse es kopieren, und dann gebe ich es ihm. Sollte sich in den nächsten Jahren nicht eine Änderung in der heimischen Agrarpolitik in Richtung von Produktionsförderungen hin zu den Direktzahlungen ergeben, und hilft es auch nicht, Herr Landesrat, wenn Sie mir noch so viele Berechnungen vorhalten (Abg. Trampusch: „Der Herr Landesrat redet immer davon, daß er Nägel mit Köpfen macht – nur, du machst sie!“ – Abg. Gennaro: „Er redet, sie macht es!“), das ist der Weg, und dann gilt das Nein zur EG für mich ohne Wenn und Aber, ohne Für und Wider auch zu dem Zeitpunkt, wo die Entscheidung dann tatsächlich getroffen werden muß. Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Änderungen, das hat auch der Herr Grillitsch gesagt, können nur gemeinsam herbeigeführt werden. Da es um die Wahrnehmung ureigenster bäuerlicher Interessen geht, hat das mit Parteipolitik nichts zu tun. Gemeinsamkeiten werden heute und auch in Zukunft gesucht werden müssen und mit all jenen gefunden werden, deren Interesse in einer generellen und entscheidenden Änderung des Agrarsystems liegen. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn eines muß hier allen klar sein: Findet diese Änderung nicht statt, dann wird es spätestens bis zur Jahrtausendwende heißen – und ich darf jetzt in Abwandlung an das Lied eines österreichischen Sängers zitieren: „Bauer sein, das war einmal was, die Zeit ist vorbei, jetzt sind wir bauernlos“. Danke schön. (Starker Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 14.41 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Eine Zugabe ist an sich nicht üblich, sollte wer darauf gewartet haben. (Abg. Trampusch: „Lieber Zugabe als Aufgabe!“ – Abg. Schützenhöfer: „Du bist heute aber schlagfertig!“) Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt.

Abg. Peinhaupt (14.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich muß den Worten des Klubobmannes der Sozialdemokratischen Partei schon recht geben – lieber eine Zugabe wie die Aufgabe des restlosen Bauernstandes. Wir wissen alle, daß wir gesetzlich dazu verpflichtet sind, die Bewirtschaftung des ländlichen Raumes sicherzustellen und auch den Bauernstand zu sichern. Und da nehmen wir natürlich alle miteinander diesen gesetzlichen Auftrag sehr ernst. Und ich sehe es nicht ein, daß wir uns hier vorhalten lassen müssen, daß wir

die Agrarpolitik zum Spielball machen. Denn ich glaube, daß gerade wir es sind, die versuchen, nicht die Agrarpolitik auf dem Rücken der Bauern auszutragen, sondern mit den Bauern. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Aber lassen Sie mich, verehrte Damen und Herren, versuchen, darauf hinzuweisen und näher einzugehen, was meine Vorredner schon gemacht haben, die schwierige Situation, in der sich unsere Landwirtschaft befindet, etwas zu erläutern: Ich kann fast nahtlos mit den Worten des EG-Kommissärs Mac Sharry sprechen, wenn er sagt, wir haben in unserer Politik nicht zu verhindern gewußt, daß die Landwirte in Scharen ihre Tätigkeit aufgeben. Ich glaube, das Gleiche gilt auch für die Steiermark, wenn wir die letzten 20 Jahre sehen. Und da sagt jetzt wieder Mac Sharry: „Eine weitere Fehlleistung des EG-Agrarsystems ist es, daß 80 Prozent der Mittel nur an 20 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe fließen“ und als Begründung dafür, weil man eben eine Preisstützung der Produkte vornimmt. Man hat angekündigt, die größte Agrarreform der EG seit 30 Jahren, indem man drei wegweisende Punkte publiziert hat:

Erstens: weg von der sturen Devise des Wachsens oder Weichens und hin zu den Mischformen von Klein-, Mittel- und Großbetrieben; zweitens: weg von der totalen Technisierung und Chemisierung mit verheerenden Umweltfolgen hin zu einer umweltgerechten Landbewirtschaftung; drittens: weg von der Alleinsubventionierung von agrarischen Großindustrien und Genossenschaften hin zur Direktförderung des Bauern.

Es ist der EG zwar gelungen, diese Schlagworte agrarpolitisch abzuhaken, doch sie haben es bis heute noch nicht geschafft, diese auch in die Tat umzusetzen. Aber was, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedeutet denn das für Österreich?: Einen Einkommensverlust von 12 Milliarden Schilling, der dadurch gemindert werden kann, da auch unsere Produktionsmittel in der EG etwas billiger werden – hier rechnet man mit zwei Milliarden Schilling –, und es bleibt noch immer ein Nettoverlust von 10 Milliarden Schilling. Und 10 Milliarden Schilling wäre ein Viertel des landwirtschaftlichen Einkommens. Im gemeinsamen Europa wird man, wenn wir uns nicht bemühen, unsere Agrarstrukturen zu ändern und mit Mut einen Schritt in die Zukunft zu machen, Importe nicht mehr aufhalten können. Und weil man gestern über Ausländerfeindlichkeit diskutiert hat – hinsichtlich der Agrarimporte bin ich ein Ausländerfeind. Der Inlandsmarktanteilverlust wird 40 Prozent betragen. Der Milchmarkt, und wir wissen das, daß wir eine qualitativ hochwertige Milch haben, und fast 96 Prozent der Gesamtmilchanlieferung ist eine Frischmilch, wird von 30 bis 40 Prozent von den EG-Großindustrien übernommen. Es kommt eigentlich darauf an, daß wir in Österreich versuchen, gemeinsam einen Gegenpart zu den landwirtschaftlichen Industrien des bestehenden EG-Raumes zu finden. Auf Grund dieser düsteren Prognosen wird uns auch prophezeit, daß 40.000 Arbeitsplätze zu beklagen sein werden. Wir dürfen aber, obwohl wir so ein negatives Bild gezeichnet haben, auch die Verstärkung nicht übersehen, die Verstärkung durch die Bedrohung des GATT, durch den Druck von den USA, wird von der EG und auch

von Österreich gefordert die Kürzung aller Agrarsubventionen um 20 Prozent, der Abbau der Exportbeihilfen um 36 Prozent, die mengenmäßige Rücknahme der gestützten Exporte um 24 Prozent. Und stellen Sie sich vor, wenn wir bei unserem derzeitigen Stützungswesen momentan mit diesen gesetzlichen Richtlinien konfrontiert werden würden? Weiters haben wir Exportrückgänge zu beklagen beim Holz in der Höhe von 31 Prozent. Dem gegenüber steht aber eine Einfuhrsteigerung von 35 Prozent. Das ist ein Einnahmeverlust im Geldwert von 8,5 Milliarden Schilling. Und diese gesamten Komponenten fordern von uns, daß sich die heimische Agrarpolitik neue und zielichere Wege sucht, ohne daß wir auf diesem Weg unsere Bauern vergessen und verlieren. Es wird eigentlich nur der Weg der Direktförderung zu gehen sein, der nach den Grundsätzen zu handhaben ist: der sozialen Verantwortlichkeit, den Umwelterfordernissen, der Landschaftspflege und des Ausgleiches für die Produktionsnachteile. Wir haben nicht die besten Voraussetzungen dafür, daß wir diesen Weg jetzt sofort beschreiten können, denn wir wissen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung mit ihrem Einkommen 40 Prozent hinter dem normalen Bundesdurchschnitt nachhinkt, daß die Produktionsmittel in den letzten 30 Jahren von 150 bis 700 Prozent gewachsen sind, daß wir heute – das heißt eigentlich mit dem Jahr 1990 – nur mehr 17.400 Vollerwerbsbauern in der Steiermark gehabt haben. Wir haben Fehler gemacht in der Agrarpolitik. Wir haben Angst gehabt. Und ich darf die Worte gebrauchen, die ein für die Agrarpolitik Verantwortlicher in der Steiermark gebraucht hat: Die Verantwortlichen haben Angst vor der Wahrheit gehabt, und das hat den Bauern zum Nachteil gereicht, und zwar, weil die Politiker die Wahrheit aus Entscheidungsangst nicht durchließen oder weil alle im angenehmen warmen Nest saßen und keine Notwendigkeit sahen, sich an den aktuellen frischen Wind zu setzen. Es wurde dann auch der Vergleich mit der verstaatlichten Wirtschaft getroffen.

Auch eine Forderung wurde gestellt. Wir brauchen offene, ehrliche Politik, eine Kammerreform und eine neue Einstellung zu den Genossenschaften. Das sind nicht meine Worte, das darf ich betonen, und ich habe eigentlich erwartet, daß mich der Herr Dr. Cortolezis fragt, wer diese Worte gesprochen hat. Ich werde es aber trotzdem nicht sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ein Franzose!“) Was haben wir aber gemacht? Wir haben im Juli dieses Jahres ein Landwirtschaftsgesetz beschlossen, ein Marktordnungspaket, und wir haben ein Agrarmarketinggesetz beschlossen. Wie sehr diese Gesetze sich zugunsten des Bauern auswirken, da hat ja letztendlich, und dafür bin ich dir wirklich herzlich dankbar, Erich, Landesrat Pörtl sofort reagiert, indem er, wie der Donner auf den Blitz folgt, sofort hergegangen ist und diese Agrarmilliarde gefordert hat. Diese Agrarmilliarde, die im Detail so ausschaut und heuer unser Budget schon betreffen müßte – Direktförderungen: 60 Millionen für benachteiligte Gebiete, 60 Millionen für die Bergbauern und so weiter und so fort. Diese Budgetwünsche konnten verständlicherweise nicht Berücksichtigung finden, denn sie sind nicht finanzierbar. Wir stehen aber jetzt vor der Tatsache, daß wir uns bemühen werden müssen, dieses Geld, das uns zur Verfügung steht, möglichst effektiv an den Bauern zu bringen. Wie meine Vor-

rednerin sehr eindringlich gesagt hat, bei der Vergabe der Förderungen ist ja meistens das entscheidende Kriterium der Verwaltungsaufwand. Jetzt darf ich dem Herrn Kollegen Grillitsch schon entgegensagen, wenn er meint, daß nur Schützenhöfer, der bereits sein Schläfchen hält, die Bauern angesprochen hat bei der Generaldebatte. Wenn Sie aufgepaßt hätten, hätten Sie auch folgende Worte vernehmen können: „Was die staatlichen Organisationen aus der Marktwirtschaft gemacht haben, daß das nämlich ein undurchschaubares System von Förderungen und Gegenförderungen ist, um die Machtverordnung und das Ungleichgewicht durch Förderungen wieder zu mildern.“ Ich habe aber auch noch dazugesagt, „daß daraus resultiert, daß zu dem Verteilungskampf um den Kunden auch noch der Verteilungskampf um die Förderung gekommen ist“. (Abg. Dörflinger: „Das war für ihn zu kompliziert!“) Ich glaube, wenn man diese Worte im Raum stehen läßt, so kann man sie wohl auch für das derzeit praktizierte Förderungssystem in der Landwirtschaft, vor allem in der Steiermark, anwenden. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.) Jetzt bin ich beim Kernpunkt. Es obliegt mir nicht, hie und da Kritik anzubringen, die vielleicht begründet, vielleicht unbegründet erscheint. Aber ich möchte eines sehr deutlich feststellen, daß wir uns demokratischen Entscheidungen beugen und sie auch zur Kenntnis nehmen. Wir haben die Entscheidung zur Kenntnis genommen, daß die Kammer eine Unterstützung von 83 Prozent hat. Wir haben uns damit abgefunden, und wir respektieren das auch, daß die Kammer das tragende Element ist als Interessenvertretung für uns Bauern. Nur, was ist Interessenvertretung? Es ist doch bitte unverantwortlich, daß die Bauern den Mehraufwand an Verwaltung selbst bezahlen müssen, wo doch diese Aufgabe der Landwirtschaftskammer von den Ländern und vom Bund übertragen wurde. Es ist von unserer Warte nicht einzusehen, daß diesen Verwaltungsaufwand der Bauer zu zahlen hat. Es wäre doch viel besser, wenn man jetzt auch schon Gerüchte hört, daß sich Bauern, die besonders fortschrittlich und initiativ sein wollen, eigene Manager und Berater holen, die mit der Kammer nichts zu tun haben, wenn wir den Schwerpunkt wirklich auf die Interessenvertretung legen, auf die Beratung legen. Eines sage ich Ihnen: Wir brauchen heute mehr denn je eine effektive Kammer in ihrer Beratung hinsichtlich der wirtschaftlichen Erfordernisse. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Wir brauchen eine Kammer, die für uns Bauern nichts anderes sein soll als ein Managementinstrument.

Am Management fehlt es ja letztlich auch. Aber wir brauchen keine Kammer, die mit dem Füllhorn von Geschenken zu den Bauern hinausgeht, wo der Verwaltungsaufwand manchmal höher ist als die Förderung selbst. Mir kommt es immer so vor, weil wir ja morgen Nikolaus haben, wenn der Nikolaus mit seinem weißen Bart und dem Füllhorn der Geschenke durch das Land zieht, was macht er, wenn der Sack leer ist? Dann steht er nämlich mit dem Bart alleine da. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Trampusch: „Dann ist der Krampus schuld, und dazu werden wir erklärt!“) Also ich glaube, daß ich sicherlich auch in Ihrem Interesse sprechen kann, wenn man die Kammer wirklich mit einer effektiven Beratung, einem Management und zu

einer wirklichen Servicestation des Bauern ausstattet und den Förderungsbereich dorthin gibt, wo er eigentlich hin gehört, nämlich dort, wo die Steuergelder verwaltet werden, und dort, wo auch die Verantwortung über die Steuergelder bei uns liegt. (Landesrat Pörtl: „Was macht ihr bei euch?“) Sehen Sie, Herr Landesrat, ich widerspreche Ihnen sicherlich nicht. Ich habe auch nicht gesagt, daß die Kammer alles schlecht gemacht hat. Ich habe nur gesagt, daß sie es besser machen muß, wenn wir in die Zukunft schauen, und das habe ich mit Fakten belegt. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich glaube, das Zeitalter des Schlafens in der Agrarpolitik ist vorbei. Wir können nicht wieder zehn Jahre hinausstrotzen und nichts tun und die Budgetansätze nur weiterschreiben. Das wird uns nicht weiterbringen. Das sage ich Ihnen. (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Pörtl: „Du kennst die Budgets der letzten Jahre!“ – Abg. Grillitsch: „Große Worte!“) Ich glaube, im Gegensatz zu Ihnen, sind das wirklich wahre Worte und nicht große und laute. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf Ihnen aber auch noch eines sagen, um ein Beispiel aus der Praxis zu zitieren. Förderung und Beratung sind zwei verschiedene Schuhe. Denn wenn zu mir ein Zahnbürstervertreter kommt und mir auch das Geld für dieses Zahnbürsterl mitliefert, dann werde ich das Zahnbürsterl kaufen, auch wenn ich zehnmal die dritten Zähne habe. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf Sie aber auch noch auf ein Beispiel hinweisen, meine Damen und Herren. In der Agrarpolitik haben wir das große, gemeinsame Vorbild Südtirol. Dann sollten wir uns aber auch dieses Vorbild nehmen bei der Durchführung der Vergabe der Förderungen. Denn in Südtirol ist die Landesregierung dafür zuständig. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 14.57 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Als nächster ans Rednerpult kommt der Herr Abgeordnete Kowald.

Abg. Kowald (14.57 Uhr): Herr Präsident, liebe Damen, sehr geehrte Herren!

Es ist zu merken, daß man heute den Schwerpunkt auf die Agrarpolitik legt. Wir haben in letzter Zeit schon verspürt, daß die Landwirtschaft sehr gerne als Spielball von verschiedenen Leuten verwendet wird.

Die Aufgabe der Bauernschaft und deren Leistungen waren in den letzten Jahren sehr groß und immer anstrengend. Mögen auch heute internationale Bedingungen genauso erwähnt worden sein von den Vorrednern wie eben die täglichen Situationen, denen sich der Bauer immer ausgesetzt fühlt. Seien das jetzt die Marktlage und auch die Witterung, die vielen immer einen Strich durch die Rechnung machen, die immer nur die Bauern zu spüren bekommen und sonst kaum jemand in diesem Ausmaß, weil eben mit einem Hagelschlag Existenzen für die nächste Zeit geschädigt werden oder Dürreschäden und so weiter große Einkommenseinbußen zur Folge haben. Es ist auch gut so, daß es schon bisher Leute gegeben hat, die sich darum bemüht haben, Verständnis gezeigt haben und auch in dieser Situation und Lage etwas gemacht haben. (Abg. Peinhaupt: „Mehr versprochen als gehalten!“) Es gibt Leute, die das Wort Ankündigungspolitiker nicht vertragen. Es war doch heute und

gestern immer wieder merkbar, da kam Leben hinein, und da hatte man sie getroffen. Es gibt Leute, denen das Wort Schlagzeilenmechaniker nicht paßt. Ich sage euch das ehrlich, ich habe es eben verwendet und eingesetzt, weil es der Tatsache entspricht, daß genug Leute unterwegs sind im Laufe der Zeit, im Laufe des Jahres draußen, die sich immer wieder darum bemühen, in der Richtung etwas zu erzählen und Verunsicherung zu bringen. Es hat sich bestätigt hier in diesem Saale in den letzten Tagen, daß genügend dieser Leute anwesend sind, die dort sitzen und schauen, was sie machen können. (Abg. Dörflinger: „Der Lautsprecher ist eingeschaltet!“) Und in diesem Sinne, Freunde, ist es euch nicht angenehm – ich weiß, es tut weh, und für mich war der Höhepunkt, meine verehrten Anwesenden, der Demaskierung (Abg. Trampusch: „Der Lautsprecher ist schon erfunden!“), als wir im Laufe der Budgetdebatte die Rede vom Sprecher der Sozialistischen Partei gehört haben. Sein Beitrag zur Landwirtschaft war Demaskierung. (Abg. Dörflinger: „Das war eine Frau!“) Sein Beitrag zur Landwirtschaft war die Bankrotterklärung der Sozialistischen Partei in ihrer Einstellung der Landwirtschaft gegenüber. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Er merkt nicht, daß wir eine Frau als Agrarsprecherin haben!“ – Abg. Dörflinger: „Wir reden über geschlechtsneutrale Bezeichnungen. Das heißt nicht, daß du zu einer Frau ‚er‘ sagen mußt!“) Es war für mich die Bestätigung dieser Bankrotterklärung, als wir vor einigen Wochen draußen in Haidegg eine Diskussion gehabt haben, und da wurden wir eben gefragt, alle Vertreter: „Wie geht es euch jetzt in den eigenen Reihen? Wie geht es euch in der eigenen Fraktion, wenn es um die Interessen der Bauern geht?“ Und dort hatte man verschiedenes gehört. Aber die Kollegin Kaufmann mußte das zum Ausdruck bringen, indem sie sagt: „Ich tue mir wirklich schwer, weil mangelndes Verständnis innerhalb meiner Kollegen da ist.“ Und das war die Aussage und die Bestätigung, die wir vorgestern vom Kollegen Flecker hier serviert bekommen haben, nämlich Beitrag zur Landwirtschaft null und kein Wort. Ich sage das ganz klar. Und, meine Freunde, ich bin einer, der konstruktiv arbeitet und auch immer den Konsens sucht. (Abg. Trampusch: „Jetzt aber nicht!“) Aber nach dieser Situation und nach dem Erleben hier in der Vorgangsweise einiger Leute – und wenn man sie anspricht, dann sind sie nicht da. (Abg. Trampusch: „Tu nicht Theater spielen, bleibe beim Thema!“) Und deswegen sage ich das heute, und wenn es weh tut, dann ist es verständlich, aber ich sage es einfach, weil es notwendig ist.

Meine sehr geehrten Herren – (Abg. Trampusch: „Und Damen!“) Damen sind selbstverständlich auch in diesem Raum, aber die schreien nicht so viel dazwischen, weil eben manchmal Funkstille ist. Das sage ich und von dem gehe ich nicht weg. Ich bin sehr froh darüber, daß es Leute gegeben hatte, die in der Zeit und in den Jahren davor bereits Schritte unternommen haben. (Abg. Kaufmann: „Die Argumente werden nicht besser, wenn sie lauter sind!“) Und wenn heute der Kollege Peinhaupt gesagt hat, es ist nichts geschehen, er hat heute nichts anderes dargebracht, als eben das Ergebnis der Schneider-Studie präsentiert. Deswegen sage ich das auch ganz klar, ich bin froh darüber, daß Minister Fischler in seiner Vorahnung, um für die Zukunft auch dementsprechende

Vorsorge zu treffen, diese Studie in Auftrag gegeben hat, und heute ist sie da. Und du hast es genau erzählt und vorgebracht, was diese Studie zeigt. (Abg. Peinhaupt: „Eines habe ich vergessen. Es steht drinnen, daß die Kammer 188 und nicht 160 Millionen Personalaufwand hat!“) In diesem Sinne meine ich auch, daß wir alle miteinander gut beraten sind, alle Kräfte einzusetzen, um diese Vorsorgemaßnahme weiter zu forcieren. Es geht einfach nicht anders, als daß wir uns anstrengen und bemühen müssen. Und ich muß euch wirklich sagen, daß gerade die Steiermark in dieser Zeit ganz viel gemacht und viele Vorreiterrollen gemacht hat. Wenn ich so denke an den Ausbau der Direktförderungen: Im Jahr 1973 haben die Bauern 12 Millionen Schilling bekommen, und heute bekommen sie 450 Millionen Schilling Direktförderung. Seit dem Jahr 1988 hat es von 175 Millionen Schilling den Anstieg auf 450 Millionen gegeben, und das bringt zum Ausdruck, daß sich unsere Verantwortungsträger rechtzeitig um Mittel für diese Unterstützung und Aufrechterhaltung des Bauernstandes bemüht haben.

Und wenn das so manchem nicht paßt, daß es Gott sei Dank Leute in diesem Berufsbereich und deren Verantwortungsträger gegeben hat, so kann ich das zwar verstehen, aber von dem hört man nichts. Und noch etwas - ich habe das gestern kurz angezogen: Manche können sich ein Beispiel nehmen, wenn jemand einen konstruktiven Beitrag leistet. Auch von anderen Parteien werden sie von uns positiv erwähnt. Es gibt nur ein paar Ausnahmen, die das gemacht haben. Aber die Leute, die das hören sollten, sind wieder nicht da. Die verziehen sich immer. Das ist auch bei der Rede des Landeshauptmannes so gewesen; Dr. Flecker ist genauso abgezogen, nachdem er gefleckt hat vorher. Ich sage euch das deshalb, weil man die Wahrheit nicht verträgt. (Abg. Vollmann: „Der Landeshauptmann ist nie da. Er redet, und geht wieder!“) Das sollst du auch hören, und Gott sei Dank soll das auch so weitergehen, daß man uns hört. Und wenn ich das jetzt deshalb sage, weil wir mit Stolz große Beiträge zur Wertschöpfung, zur Erhöhung und zum Ausbau der Wertschöpfung innerhalb der Landwirtschaft gemacht haben. (Abg. Trampusch: „Der Landeshauptmann hat einen dringenden Termin. Ihn darf man nicht angreifen!“) Viele haben das auch dementsprechend negativ miterlebt und gesehen, als vor 15, 20 Jahren Selbstinitiativegruppen in Zusammenarbeit und mit Unterstützung durch die Beratung der Kammer entstanden sind. Die ganzen Erzeugerringe haben wesentliche Faktoren und Beiträge geleistet, daß heute die Wertschöpfung in verschiedenen Sparten herauszuholen ist. Das wird heute abqualifiziert, daß das alles nichts ist. Ich verstehe das schon, weil man nicht den Mut hat, das anzuerkennen. Ich bin froh darüber, daß Maschinenringe Hervorragendes geleistet haben - Schweineerzeugerringe, Züchtungsprogramme, Qualitätsproduktionen und Erzeugnisse auf den Markt gestellt haben, die heute österreichweit und internationale Anerkennung finden. Warum ist es passiert, daß man in Deutschland den Ersten Preis gemacht hat, wie es um die Schweinefleischqualität gegangen ist? Die Steiermark hat einen richtungsweisen Weg vorgezeigt. Warum traut man sich nicht, dies einmal zu bestätigen im Rahmen dieser ganzen Budgetdebatte, daß dieses Werk unten in Mureck, wo

wir alle Mitglieder sind - wir sind drei Mitglieder, die in diesem Hause tätig sind -, gut läuft? Biodiesel - revolutionär in Europa und auf der ganzen Welt. Es kommen Leute dorthin und schauen sich das an, und da wird es niedergemacht. Ich sage das deshalb, weil ihr nicht den Mut habt, das auch positiv aufzuzeigen. Ist das alles nichts? Sind das alles Fehler, die gemacht worden sind? So wird man mit uns nicht verfahren können. Und noch etwas: Vor ein paar Jahren haben Sie gesagt, da gibt es die große Schlagzeile - dort negativ, da negativ. Die Leistungen der Landwirtschaft haben sich sehen lassen können, und ich bin froh darüber, daß hier vieles geschehen ist. Und wenn von Fehlsteuerungen geredet wird: Ist das Fehlsteuerung, wenn sich so viele orientieren an den Qualitätsmerkmalen der Steiermark? Manche vertragen das nicht - vielleicht verstehe ich es, vielleicht auch nicht - das ist mir auch gleich, jedenfalls der Weg ist richtig gewesen. Viele Bauern konnten nur auf ihren Höfen deshalb bleiben, weil Maßnahmen gesetzt worden sind, die sich sehen lassen können, die Erfolg gebracht haben. Viele Betriebe konnten sich spezialisieren, und viele Arbeitsplätze blieben deshalb auch in der Landwirtschaft (Abg. Kaufmann: „Es sind viele verlorengegangen!“), weil sonst wäre dort und da sicherlich auf Grund der Arbeitsleistung und der Willigkeit der Bauern der eine oder andere in Bedrängnis gekommen. Wir wollen in der Landwirtschaft bleiben und werden auch alles unternehmen. Deswegen ist es notwendig, daß wir uns zusammensetzen, hergehen und sagen, jeder bringt seine Vorschläge. Wir werden uns bemühen, gemeinsam Lösungen im Interesse aller zu treffen. Es wird nicht gehen, daß die Antwort gegeben wird: „Wir müssen nicht zusammensitzen, wir haben Zeit, und wir wollen in die Zeitung kommen.“ (Abg. Vollmann: „Du kommst nicht in die Zeitung!“) Freunde, so werden wir keine Agrarpolitik und Politik für die Zukunft machen. Ich sage das deshalb, weil es gerade aus gewissen Kreisen gekommen ist, und manche Leute wurden auch demaskiert auf Grund ihrer Berichtigung und Darstellung dieser Worte, die sie einmal gemacht haben. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Kannst du auch zur Landwirtschaft etwas sagen?“) Es ist so, daß im speziellen die Landwirtschaft bisher sich sehen lassen konnte auf Grund ihrer Leistung und wir für die Zukunft selbstverständlich neue Aufgaben zu bewältigen haben.

EG-Beitritt, GATT-Abkommen sind neue Herausforderungen für uns alle. Es wäre schlecht, hier Kämpfe untereinander zu machen und sie auf dem Rücken der Bauern austragen. Wenn heute in anderen Bereichen Maßnahmen gesetzt werden, so soll man diese ergänzen und unterstützen. Wir sind uns in vielen Bereichen einig, daß man als Bauer, als Praktiker, auch eine Lebenschance für die Zukunft hat und tagtäglich neue Erlebnisse im Betrieb wahrnimmt, Erkenntnisse feststellt und Versuche unternimmt, sich der Zeit anzupassen, die Zeichen der Zeit zu erkennen, dementsprechend zu handeln, mit dementsprechendem Hausverstand und Weitblick, das war schon immer ein großes Kapital der Bauern. Ich bin froh, daß ich aus diesem Stand komme. (Abg. Peinhaupt: „Die Zeichen der Zeit erkennen!“) Jetzt sage ich, daß wir hier auch eine starke Interessenvertretung brauchen, weil das schon angeschnitten worden ist, das paßt schon manchem nicht, weil sich der eine oder

andere von der Watschn, die er bei der Kammerwahl und bei der Urabstimmung bekommen hat, noch nicht erholt hat. Ich sage das deshalb, weil man ganz andere Vorstellungen gehabt hat. (Abg. Peinhaupt: „Es geht um die Strukturierung der Kammer!“) Von der praktischen Arbeit innerhalb einer Kammer, was sich da abspielt, hat der eine oder andere nicht so eine Ahnung, das mag ja sein, aber es gibt einige Kammerräte, die das immer lobend hervorholen, wenn sie nicht geimpft wurden und wenn sie das sagen, was sie dürfen. (Abg. Trampusch: „Meinst du die Zeckenschutzimpfung oder die ÖVP-Impfung?“) Ich bin froh, habe mich immer gefreut, mag sein, daß man vielleicht jemanden aufregt (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ein bißchen leiser!“), es mag sein, daß sich das ein bißchen ändert, aber vor dem haben wir auch keine Angst. Viel Zuspruch und Zustimmung über die demokratischen Verhältnisse, wenn du heute eine Versammlung innerhalb der Kammer abhältst, bekamen wir von beiden Seiten. Darüber freue ich mich. Wir werden auch alles übernehmen, in der nächsten Zeit in diese Richtung auf Grund unserer Beiträge, daß wir gemeinsam Konsense finden, die im Interesse der Bauern arbeiten. (Abg. Weilharter: „Sage jetzt bitte etwas zur Landwirtschaft!“) Wenn es jetzt darum geht, daß die Kammerarbeit bekrittelt wird, es ist einmal so, der Apparat ist zu groß, es ist alles zu teuer. Gestern hat der Gennaro gesagt, wir können bei der Gebietskrankenkasse über alles reden, sogar goldene Uhren würden wir euch schenken, Beitragserhöhung müssen wir machen. (Abg. Dörflinger: „Schau dir den Vergleich zwischen der Kammer und der Gebietskrankenkasse an!“) Das war das, worin sich verschiedene Institutionen eben unterscheiden. Vor 15 Jahren waren in der Landwirtschaftskammer 756 Leute beschäftigt, und jetzt sind 556 Leute beschäftigt. Eine Reduzierung. (Abg. Peinhaupt: „Vor 15 Jahren?“) Lies es nach. Es wird genau stehen 756 Angestellte sind dort gewesen. (Abg. Weilharter: „Wie schaut die sonstige Entwicklung aus?“) Man denke, 200 Leute reduziert, Sparmaßnahmen gesetzt, und es ist einmal so. (Abg. Schrittwieser: „In der Industrie waren 66.000 beschäftigt, heute 18.000!“) Du mußt beim Jahr 1978 schauen, nicht bei den Jahren, mit denen du dich gerne befaßt. Das ist so, das sind interne Erneuerungen, Strukturverbesserungen, und daran können sich manche ein Beispiel nehmen. (Abg. Peinhaupt: „644 Mitarbeiter!“) Ich habe dir gesagt, im Jahre 1978. Schau einmal, was los ist. Ich weiß ja, was ich sage. 756 Mitarbeiter vor 15 Jahren. Das habe ich gesagt. Jetzt rechnet nach, wenn du 25 Jahre vor gehst, kann ich dir nicht helfen. Für mich sind 15 Jahre weniger – 1978. Damit du es weißt. (Abg. Peinhaupt: „1968 644 Mitarbeiter!“) Lies vor 15 Jahren, und dann wirst du es sehen.

Deswegen bin ich so froh, daß man Maßstäbe gesetzt hat, woran sich andere orientieren können. Wenn natürlich Erkenntnisse da sind und man gewisse Sachen abgeben wird, die dementsprechend zur ganzen Strukturverbesserung im Laufe der Zeit beitragen, wird man das auch machen. Es gibt viele „Freunde“ dort und da, denen das halt nicht paßt. Die Direktförderung zum Beispiel, der Ausbau – habe ich schon erzählt – hat nur deshalb Niederschlag gefunden, weil Leute da sind, die Verständnis haben für die Bauern. Ich erkläre das hier ganz klar und deutlich, ich habe für alle Berufsstände ein Verständnis. Wenn

du neben den Betrieben aufwächst, ich habe die Zementfabrik miterlebt, weiß man, daß wir uns gegenseitig brauchen und nur so überleben können. Ich habe für jeden Verständnis, wenn er eine Lohn-erhöhung haben will. Ich lasse mir das aber nicht sagen, wie mir vor einigen Sitzungen einer gesagt hat, die Bauern sind die Abkassierer von 35 Millionen Schilling. So werden wir keine Agrarpolitik machen. Wir müssen uns alle miteinander weiter anstrengen, Möglichkeiten der Innovationen ausschöpfen, Erneuerungen dort, wo es geht, wahrnehmen, um auch die Landwirtschaft auf dem Weg zur EG abzusichern. Das ist eine der Voraussetzungen. Deswegen lade ich alle dazu ein, bestmögliche Beiträge zu geben und hier aktiv zu sein, damit wir weiterhin unsere Bevölkerung mit einem gesunden Bauernstand haben, der dafür sorgt, daß die Gegend, die Landschaft uns Freude macht und mit Qualitätsprodukten ausstattet, daß das Leben und der Zusammenhalt innerhalb des Landes, durch einen großen Beitrag der Bauernschaft gegeben sind. In diesem Sinne fordere ich alle auf, Beiträge zu leisten im Sinne einer positiven Zukunft unserer Bauern. (Beifall bei der ÖVP. – 15.15 Uhr.)

Präsident Wegart: Zu einer tatsächlichen Berichtigung der Herr Abgeordnete Peinhaupt.

Abg. Peinhaupt (15.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte nur etwas richtigstellen, vor 15 Jahren haben wir 644 Kammermitarbeiter gehabt, und wenn der Herr Abgeordnete Kowald sagt, daß die Kammer nur für die Bauern da ist, da steht zum Beispiel in einer Schrift der Kammer, die Kammer dient den Menschen, den Bauern und dem Konsumenten. Danke. (15.16 Uhr.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Kowald zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Abg. Kowald (15.17 Uhr): Ich habe gesagt, es wurde eine Reduzierung von 200 Mitarbeitern gemacht. Sie wissen eh, wie das ist, ich habe es zwar nicht hinuntergelesen, weil ich wenig zum Lesen mitgebracht habe, aber die Reduzierung von 200 Mitarbeitern hat gestimmt und das mit den 15 Jahren war ein Irrtum von mir, das nehme ich zwar zur Kenntnis, aber die Reduzierung von 200 Mitarbeitern, das brauche ich nicht zurücknehmen, weil das war der Kernpunkt, und das hat gestimmt. (Beifall bei der ÖVP. – 15.17 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (15.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe bäuerliche Berufskollegen auf der Zuhörertribüne!

Auch ich befaße mich mit dem Kapitel Landwirtschaft, weil mir die Landwirtschaft Sorgen macht und weil ich als praktizierender Bauer auch mit der Landwirtschaft lebe. Ich werde meine Wortmeldung zu ein paar Fachbereichen machen.

Der erste Bereich ist, und das ist bei uns so üblich, daß man, bevor man zu einem Wohnhaus hinfährt oder

zu einem Bauernhaus, einen Weg braucht, und deshalb befasse ich mich im ersten Teil meines Beitrages mit dem Wegebau. Ein zeitgemäßer Wegebau ist eine wichtige Maßnahme, damit der ländliche Raum funktionsfähig ist. Viele Tagespendler, ob Bauern oder Nichtbauern, müssen diese Wege tagtäglich benützen. Der eine braucht den Weg für das Milchführen, der andere braucht ihn für die Fahrt zur Arbeit. Schließlich neben dem Bauern die Wirtschaft und der Fremdenverkehr. Sie alle drei sind Nutznießer einer gut erschlossenen Kulturlandschaft. Sehr viele Wege wurden in der Steiermark bereits gebaut, Gemeindewege und Hofzufahrtswege. Sehr viele müssen aber noch gebaut werden. Darf ich Ihnen das mit einigen Zahlen zum Bewußtsein bringen: Für die Aufnahme in das Förderungsprogramm der Fachabteilung II e liegen derzeit 484 Anträge auf. Die Weglänge dieser Ansuchen beträgt 479 Kilometer. Zusätzlich werden in den nächsten Jahren noch rund 1100 Ausbauwünsche erwartet mit einer Gesamtlänge von 850 Kilometer. Für die Hofzufahrtswege der Kammer, für das Ausbauprogramm der Kammer, liegen derzeit 1266 Anträge vor mit einer Gesamtlänge von 586 Kilometer - das ist pro Hofzufahrtsweg eine Länge von durchschnittlich 460 Laufmeter. Die Wartezeiten betragen leider Gottes bis zu zehn Jahre. Es ist für mich sehr verständlich, daß manche der Wartenden sehr ungeduldig werden. Im heurigen Jahr wurden die Bundesmittel gekürzt. In dem Budget, das wir heute zu beschließen haben, werden aus verschiedenen Gründen die Landesmittel gekürzt. Wir werden draußen bei den Betroffenen sehr wenig Verständnis dafür finden, denn sie kennen die Zusammenhänge nicht. Ich hätte mich eigentlich gefreut, wenn Herr Landesrat Ressel da gewesen wäre, weil ich hätte ihn höflichst ersucht, daß er für das Jahr 1993 eine Nachbedeckung finden kann. Er kennt die Oststeiermark und weiß, wie wichtig die Wege sind. Ich hätte ihn auch gerne aufgefordert, aber seine Kollegen werden es ihm übermitteln, daß er im Budget für das Jahr 1994 die fehlenden 33 Millionen Schilling wieder in das Budget aufnimmt. Weiters hätte ich mich gefreut, wenn er mir heute ein Geburtstagsgeschenk gemacht hätte und mir das gleich zugesagt hätte. Aber leider ist er nicht da, und ich bin daher ein bißchen traurig.

Nächstes Thema: Förderungsmittel nicht mehr über die Kammer vergeben. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Kammer hat vom Land und vom Bund Aufgaben mittels Gesetz übertragen bekommen. Die Kammer ist Servicestelle, die Kammer hat die bäuerliche Vertretung, die Kammer hat die Beratung und die Kammer hat Förderungsansuchen durchzuführen und die Förderungen an die Bauern weiterzuleiten. Ich war zweieinhalb Jahre Kammerobmann, und ich kann hier wirklich offenen Herzens sagen - ganz ehrlich, unsere Bauern sind schon so gescheit, daß sie wissen, was ihnen zusteht. Sie brauchen nicht zum Kammerobmann gehen und bitten und betteln, die wissen genau, welche Förderungen sie bekommen. Der Kollege Peinhaupt ist auch nicht da; meine Bauern haben mir immer gesagt, wir hätten gerne mehr Förderungen, und er sagt: „Viele haben nur Geschenke ausgeteilt.“ Anscheinend hat wirklich nur er zuviel bekommen (Beifall bei der ÖVP.), aber alle anderen nicht. Das muß ich wirklich sehr klar und deutlich sagen. Die Kammer hat aber auch Landes-

gesetze zu vollziehen: in der Tierzucht, in der Berufsausbildung, im Weinbau, im Pflanzenschutz und so weiter. Wenn man jetzt diese Servicestelle der Bauern zerschlagen will, davon bin ich überzeugt, daß man den Bauern sicherlich nichts Gutes tut. Ich bin auch überzeugt davon, wenn diese gesamte Arbeit - so wie es der Antrag ist - vom Land durchgeführt werden muß, daß das sicherlich nicht billiger kommt - höchstens ihr wollt haben, daß die Bauern für jedes Förderungsansuchen nach Graz fahren müssen. Dann könnte es vielleicht sein, daß man sich unter Umständen etwas einsparen kann - aber sonst schon gar nichts.

Nächster Schwerpunkt: Immer wieder wird - und vor allem über so eigenartige Pressemeldungen - gefordert, den Rinderexport nicht mehr zu fördern und das Geld den Bauern direkt zu geben. Wir Bauern sind dankbar, daß es die Förderung für den Rinderexport gibt; genauso wie viele dankbar sind, daß es die Förderung für den Stahlexport gibt. Für beides haben wir dankbar zu sein. Ich bin dankbar, daß auch im Budget 1993 die Förderung für den Viehexport wieder möglich ist. Ich sage das Wort dankbar nochmals, weil Dankbarkeit auch zur Volkskultur gehört, wenn es auch manche gestern in der Zeitung anders ausgelegt haben. Ich möchte am Beispiel Rindermast nur ganz kurz sagen, was das für unsere Bauern bedeuten würde, wenn man die Förderung für den Export weglassen würde. Ich sage das Beispiel jetzt österreichweit. Österreichweit haben wir mit Exportförderung im Jahr 1991 762.117 Stück Rinder exportiert. Der Endrohertrag hat gesamt 12,2 Milliarden Schilling betragen. Wenn man jetzt die 3 Milliarden Schilling Exportförderung wegzieht, dann bleibt ein Produktionswert von 9,2 Milliarden Schilling über. Und wenn wir jetzt ohne Exportförderung arbeiten würden, sicherlich müssen wir diese Zahl annehmen, und wir können sie nicht einhundertprozentig garantieren - das sage ich ganz offen, nach dem Stand von 1991 und 1992, so erwarten wir es, daß sich der Inlandsbedarf um 100.000 Stück sicherlich erhöhen wird, weil natürlich auch der Inlandspreis fallen würde. Der Exportbedarf würde sich aber um mehr als 200.000 Stück verringern, weil wir mit den Weltmarktpreisen konkurrenzieren müssen. Was wäre dann der Produktionswert? 7,3 Milliarden Schilling, und jeder kann es sich ausrechnen - eine Differenz von 2 Milliarden Schilling, die den österreichischen Bauern weggenommen werden würden. Und eines sage ich jetzt ganz offen: Solange die Landwirtschaftsförderung nicht gesetzlich verankert ist und solange die Direktzahlung - wie immer man sie nennt - nicht verfassungsrechtlich gesichert ist, werden wir nicht ja sagen zu einem Weg der Exportförderung. Das können wir unseren Bauern nicht antun.

Und eines möchte ich auch noch ganz offen sagen: Wir haben alle gelesen, und wir haben die Information bekommen vom Wirtschaftsforschungsinstitut, daß die Bauern 25 Prozent des Einkommens verlieren würden, wenn wir zur EG kommen. 25 Prozent des Einkommens würden wir verlieren. Dazu möchte ich ein klares und sehr deutliches Wort sagen, meine sehr geschätzten Damen und Herren: Wenn eine Berufsgruppe zu erwarten hat, daß sie 25 Prozent ihres Einkommens zu verlieren hat, dann ist es unsere Aufgabe

als Verantwortliche für die Bauern, daß wir dafür zu kämpfen haben, daß dieser Einkommensverlust den Bäuerinnen und Bauern ausgeglichen wird. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich kann die Bauern verstehen, wenn sie derzeit nicht bereit sind, ein Ja zur EG zu sagen, weil einfach die Rahmenbedingungen derzeit nicht passen. Wir alle, die wir hier Verantwortung tragen, müssen uns gemeinsam bemühen, diese 25 Prozent der Einkommensverluste über andere Zahlungen einzubringen. Wir wissen leider Gottes, daß wir es über die Preise anscheinend nicht zusammenbringen, aber wir müssen dann den Bauern das Geld geben, das sie für ihre Leistungen, die sie für die Öffentlichkeit erbringen, verdienen und daß sie dieses Geld bekommen. Und ich sage es noch einmal, daß sie dieses Geld bekommen, dafür werden wir bereit sein zu kämpfen, und wenn es nicht anders geht, werden wir friedlich auf der Straße demonstrieren.

Geschätzte Damen und Herren, ich hoffe, daß das nicht notwendig sein wird, weil ich glaube, daß alle Verantwortlichen in Österreich Verständnis haben werden. Ich hoffe und bin überzeugt davon, wenn wir uns gemeinsam bemühen, daß es auch über das Jahr 2000 einen Bauernstand in der Steiermark und in Österreich gibt. Schaffen wir es miteinander! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.30 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky.

Abg. Ing. Kinsky (15.30 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Zunächst ein paar grundsätzliche Bemerkungen. Zum Ersten, und das habe ich aus den Wortmeldungen aller Fraktionen bisher vernommen, ich glaube, wir sind uns alle im klaren, daß derzeit die Bauernschaft wiederum am Prüfstand einer großen Bewährungsprobe steht. Ich sage wiederum im Bewußtsein, wie oft die Bauernschaft in diesem Jahrhundert dies schon war. Wenn man weiß, wie viele Menschen in Österreich in der Land- und Forstwirtschaft noch vor dem Zweiten Weltkrieg tätig waren, nämlich nahezu 50 Prozent, und heute sind es im Vollerwerb nur mehr 6 bis 7 Prozent. Wenn man weiß, was die Umstellung der menschlichen Arbeitskraft auf die gigantische Welle der Technisierung bedeutet hat, und wenn man weiß, vor welcher Bewährungsprobe die heutige Bauernschaft steht im Zusammenhang mit einem zukünftigen Europa. Ich habe auch aus allen Wortmeldungen, auch aus den Wortmeldungen der Frau Abgeordneten Kaufmann und des Herrn Abgeordneten Peinhaupt, diese Sorge um die Zukunft der Bauernschaft vernommen.

Nun, meine Damen und Herren, in ein paar Dingen kann ich nicht folgen. Zum Ersten in der Behauptung, an der schwierigen und problematischen Situation der österreichischen und steirischen Bauern seien die Bauernbundfunktionäre schuld. Denn erstens: Ich glaube, die österreichische Preissituation am Agrar-, Land- und Forstwirtschaftsmarkt ist keine Einbahnstraße, sondern ist von der Marktpolitik der gesamten westlichen Welt vom agrarischen Sektor abhängig. Hier wird wohl kein Mitglied irgendeiner politischen

Fraktion behaupten können in Österreich, daß er hier maßgeblichen Einfluß darauf nehmen könnte.

Zum Zweiten: Es wundert mich die Behauptung und der Angriff auf Bauernbundfunktionäre, wenn zum Beispiel ich erlebt habe, daß bei der letzten Grünen Woche in Berlin, wo ich das Vergnügen hatte teilzunehmen, weil dort auch eine europäische Konferenz der Holzwirtschaft stattgefunden hat, zwei neue Buchwerke die meistverkauften Bücher waren. Eines verfaßt von einem deutschen Agrarpolitiker und das andere von einem holländischen. Beide Bücher haben den Titel getragen „Die ökosoziale Marktwirtschaft“. In beiden Büchern wird wiederholt die Tatsache angeführt, daß der erste Mann in Europa, der die ökosoziale Marktwirtschaft ins Leben gerufen hat, unser steirischer Landsmann Josef Riegler war, und der ist Bauernbundmitglied.

Meine Damen und Herren, zum nächsten. Es ist vom Kollegen Peinhaupt mit Recht gesagt worden, große Sorgen im Zuge eines Anschlusses an Europa. Es sind errechnet worden, er sagt 10 Milliarden Schilling, der Landwirtschaftsminister sagt 8,5 Milliarden Schilling Verlust für die Bauernschaft. Jetzt frage ich mich, wie kann die österreichische Agrarpolitik so furchtbar schlecht sein, wenn über einen Anschluß an Europa die Bauern mit sofortiger Wirkung 8,5 oder 10 Milliarden Schilling Defizit erleiden würden? Also kann ja nur die Agrarpolitik der anderen Länder dieses Europa wesentlich schlechter gewesen sein als die Agrarpolitik, die maßgeblich der Bauernbund gestaltet hat. Deswegen habe ich ganz einfach den Eindruck, daß der massive Angriff auf Bauernbundfunktionäre nur deshalb kommen kann, weil es scheinbar schwer verkraftbar ist, daß der Bauernbund in der Interessenvertretung eine Macht darstellt. Es ist bis heute niemandem gelungen, das durch freie Wahlen zu beenden.

Das nächste. Es wurden hier Angriffe auf die Kammer gestartet. Damit begründet, es sei doch eine furchtbare Geschichte, daß die Förderungen über die Kammer laufen. Ich frage mich nur, wenn die Landwirtschaftskammer in Zukunft diese Förderungen nicht mehr bewerkstelligt, wer wird sie denn machen, die Agrarabteilung der Landesregierung? Ich habe mich dort erkundigt. Die haben mir erklärt, auf Grund ihres derzeitigen Personalstandes seien sie dazu nicht in der Lage. Also würde das bedeuten, wir bräuchten ein paar Beamte mehr.

Jetzt frage ich mich ernstlich, würde es der Landwirtschaft etwas bringen, wenn das die Kammer nicht mehr machen würde, aber man in der Landesregierung zusätzlich Beamte einstellen müßte, die mindestens so viel kosten würden wie die Durchführung der Förderungsmaßnahmen durch die Kammer? Es ist nicht so, daß dort in der Kammer ein Haufen Leute sitzt, die nichts anderes tut, als die Förderungen zu bewerkstelligen. In Wahrheit ist es so, daß der Betriebsberater draußen vor Ort zunächst einmal dem Bauern die Anträge ausfüllt, ihn dabei berät und diese dann weiterschickt an die Landesregierung. Dort wird das überprüft, ob das den Gesetzen und Richtlinien entspricht. Es ist ja nicht so, daß die Kammer die Richtlinien für Förderungen beschließt, sondern das noch immer der Gesetzgeber ist. Also was soll das den Bauern bringen? Wenn man aber – und das vermute

ich, meine Damen und Herren – durch so eine Geschichte, daß man sagt, die Kammer ist schlecht, und das der Grund ist, daß wir hier so hohe Förderungs-mittel für die Kammer ausschütten, denn wenn man ihnen das wegnimmt, dann müssen wir der Kammer weniger geben. Wenn wir von seiten des Landes der Kammer weniger geben, dann muß man sich im klaren sein, dann ist die Existenz dieser Kammer gefährdet. Warum braucht die Landwirtschaftskammer diese Förderung? Weil sie ganz einfach eine ganz andere oder nicht die gleiche Finanzierung wie die anderen Interessenvertretungen hat. Die Arbeiterkammer und die Handelskammer sind gekoppelt an den Lohn und kann damit jährlich einen höheren Beitrag, nachdem sich jährlich die Löhne erhöhen, an Beitragsmitteln erwarten. Das kann die Landwirtschaftskammer nicht. Schon gar nicht in einer derzeit heiklen Situation für die Bauernschaft. Noch etwas sage ich Ihnen. Wenn unsere Blickrichtung, und die Frau Abgeordnete Kaufmann hat das auch vollkommen richtig getan, vor allem auf die kleinen Landwirte geht, weil die die gefährdetsten sind, ihnen möglichst viel zu helfen, dann sage ich Ihnen im Zusammenhang mit der Kammer, daß heute von den Kammerumlagen, die die Land- und Forstwirtschaft bezahlt, 68 Prozent von Betrieben in der Steiermark über 200 ha finanziert werden. Das heißt, daß in der Steiermark die größeren Betriebe die Hauptlast der Kammerumlage tragen und damit eine Beihilfe leisten für die Hilfe und die Beratungstätigkeit der Kammer, speziell der kleinen Land- und Forstwirte.

Und eines muß uns auch klar sein, daß jeder, der in der Öffentlichkeit ununterbrochen die Kammern durch irgendwelche Dinge versucht, medial ins Spiel zu bringen, denn wir brauchen vor allem für die Zukunft in der Kammer erstklassige Betriebsberater. Kollege Peinhaupt hat das schon gesagt, daß das die Hauptaufgabe der Kammer ist. Aber glauben Sie, daß sich erstklassige Fachkräfte melden werden zu einer Tätigkeit in der Kammer, wenn diese andauernd im Spielball der öffentlichen Medien steht? Ich glaube das nicht. Ich glaube, wir sollten mit diesen Dingen aufhören. (Abg. Peinhaupt: „Ihr wollt das nicht verstehen!“)

Meine Damen und Herren! Ich habe im Rahmen des „Grünen Berichtes“ sehr ausführlich über die derzeitige triste Situation in der Forstwirtschaft berichtet. Ich möchte mich deswegen hier nicht wiederholen. Ich möchte nur einen konstruktiven Beitrag einbringen in dem Bewußtsein, daß, wenn man die ganzen Milliarden hört, die auch Kollege Peinhaupt heute mit Recht genannt hat, die in der Zukunft für die Erhaltung des Einkommens der Bauernschaft notwendig sein werden, ich mir dann persönlich nicht vorstellen kann, daß wir diesen Einkommensausgleich rein aus dem derzeitigen Budget, sowohl Landes- wie Bundesbudget, abdecken können. Wir werden also Finanzmittel bekommen müssen, die aus anderen Bereichen, die aus dem Staatsbudget kommen. Ich glaube, wenn die Land- und Forstwirtschaft die Erhaltung der Kulturlandschaft durchführt und sie bis zum heutigen Tag gratis franko durchgeführt hat, dann ist unsere Forderung an die Wirtschaftszweige und an die Menschen, die durch diese gut erhaltene Landschaft ihr Nutznießen haben, daß die einen Beitrag zur Erhaltung der Bauernschaft in der Zukunft zu leisten haben.

Ich möchte aber durchaus einen konstruktiven Beitrag leisten, der dem Budget kein Geld kostet. Wir haben von Seiten des steirischen Landesholzwirtschaftsrates eine Arbeit ausfertigen lassen, und zwar einen Vergleich der Bauordnungen zwischen der Steirischen Bauordnung, der Vorarlberger, der Salzburger und der Oberösterreichischen, und eine zweite Arbeit mit konstruktiven Vorschlägen, wie die Steirische Bauordnung holzfreundlicher gestaltet werden könnte. Es geht nicht an, daß das holzreichste Bundesland Österreichs die holzfeindlichste Bauordnung Österreichs besitzt. Ich möchte deswegen am heutigen Tag dem zuständigen Ressortchef der Landesregierung, dem Herrn Landesrat Schmid, diese Ausarbeitungen übergeben. Ich werde im nächsten Landtag, wo Anträge einzubringen sind, einen Antrag um Novellierung der Steirischen Bauordnung einbringen. Nachdem Landesrat Schmid Vertretern der steirischen Holzwirtschaft bereits positives Licht für so eine Umänderung der Bauordnung gegeben hat, bin ich überzeugt, daß bei gutem Willen aller Fraktionen dies möglich sein wird. Ich lege es dem Herrn Landesrat auf seinen Platz, weil er momentan nicht hier ist.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Abschluß. Wir alle, die wir in der Politik tätig sind, sollten uns im klaren sein, daß es den Bauern und der bäuerlichen Familie auch in unserem Bundesland Steiermark primär darum geht, ob wir alle zusammen in Zukunft diesen Familien ein familiengerechtes Einkommen zusichern können, ja oder nein? Wenn uns das nicht gelingt – ich habe das hier schon einmal gesagt, meine Damen und Herren –, es wird keinen roten Knopf geben, wenn wir keine Bauern mehr haben, auf den wir drücken und sagen können „jetzt wollen wir wieder Bauern haben“. Ist der Bauernstand ruiniert, dann ist ein Land ruiniert, und dann ist eine Kultur ruiniert. Ich glaube, das wollen wir für unsere Nachkommen sicher alle nicht haben. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.44 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (15.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Agrardebate insgesamt zeigt eigentlich alljährlich ein gewohntes Bild. Mit sehr viel Engagement und mit sehr viel Emotion wird sie hier in diesem Haus geführt. Ich beginne vielleicht bei dem Generalredner zum Kapitel Landwirtschaft, beim Kollegen Grillitsch. Er hat auch in gewohnter Manier, wie alle Jahre, sich hier an das Pult gestellt (Abg. Grillitsch: „Ich habe dich gar nicht gefragt!“) und eigentlich das gesagt, was er alljährlich tut, nämlich zur Landwirtschaft selbst sehr wenig gesagt. Aber er hat versucht, seinem Ruf gerecht zu werden, nämlich alter Politiker, alter Geist. Aber ich habe, lieber Kollege Grillitsch, doch einen positiven Ansatz in deiner diesjährigen Rede erkannt, und zwar hast du deinen Kollegen Schützenhöfer zum Agrarsprecher deiner Fraktion erkoren. Ich gratuliere dir, Hermann Schützenhöfer. Ich hoffe, daß in den ÖVP-Reihen ein neuer Geist im Hinblick auf die Landwirtschaft einzieht. (Abg. Tasch: „Kollege Weilharter, Grillitsch hat einen alten Geist und du gar keinen!“) Ich sage aber dazu, Kollege Tasch, ich weiß nicht, was

du gegen den Schützenhöfer hast. Ich gratuliere ihm wirklich zum neuen Agrarsprecher, und ich hoffe, daß sich der Kollege Schützenhöfer als Agrarsprecher nicht so schnell profiliert, denn zur Zeit würde ich lieber die Agrarfragen noch mit dem Landesrat Pörtl besprechen (Abg. Grillitsch: „Wen interessiert denn das?“), und zwar deshalb – er ist ja erst kurz in Funktion, rund 400 Tage –, und, lieber Kollege Schützenhöfer, ich gehe davon aus, links vom Landesrat Pörtl wird schon irgendwann ein Platz frei werden. Lassen wir den Erich Pörtl weiterarbeiten in der Landwirtschaft. Er hat ja gesagt, wir sollen in dieser Frage zusammenarbeiten. Wir als freiheitliche Fraktion sind bereit dazu.

Meine Damen und Herren! Ich halte es wirklich in dieser Frage lieber mit dem Landesrat Pörtl, und zwar schon deshalb, weil der Landesrat Pörtl hat ja sehr oft in diesem Haus versichert, daß er die Probleme der Landwirtschaft sehr ernst nimmt und sie sehr gut kennt. Wir wissen, daß jetzt im Bereich der Landwirtschaft, in der Preispolitik mehr als große Probleme vorherrschen. Ich sage nur die Schlagworte dazu: Preisverfall beim Holz, die Viehpreise entsprechen auch nicht dem Preis, den wir eigentlich bräuchten. Sie sind eher rückläufig, und es ist deswegen ein negativer Trend zu verzeichnen. Und es wird immer wieder – und da bin ich jetzt wieder beim Landesrat Pörtl, und deshalb halte ich es auch lieber mit ihm, und zwar deshalb, er ist an und für sich in der Agrarpolitik kalkulierbar. Das heißt, er erklärt uns alle Jahre, daß für diesen Preisverfall innerhalb der Agrarpreise der Weltmarkt schuld ist. Das wissen wir alle, und das nehmen wir zur Kenntnis. In diesem Bereich werden wir als steirischer Landtag sehr wenig Einfluß haben. Ich meine aber, Herr Landesrat Pörtl, es gibt sehr wohl einen großen Bereich innerhalb der Landwirtschaftspolitik, wo wir als steirischer Landtag einiges verändern könnten (Landesrat Pörtl: „Wenn wir tun, was du vorschlägst!“), um sehr wohl die Situation unserer steirischen Bauern in ein besseres Licht, in eine bessere Ausgangslage zu bringen. Ich habe vorweg einmal nicht verstanden die große Aufregung von seiten des Bauernbundes, als unser Agrarsprecher Herbert Peinhaupt eine Reform, eine Entflechtung der Bürokratie innerhalb der Kammern verlangt hat und auch präzise Vorstellungen dazu gebracht hat. (Abg. Grillitsch: „Wer hat sich da aufgeregt? Selber ist er nervös geworden!“) Und zwar deshalb, Kollege Grillitsch, hat er das gebracht, weil wir zu unserem Landesrat Pörtl stehen. Wir vertrauen ihm ja zum Unterschied von manchen Kammerfunktionären und zum Bauernbund. Wir sind sicher, wenn die Förderungen und die Unterstützung der Landwirtschaft wiederum über die Regierung erfolgt, daß es dann funktionieren wird. Wir haben nicht das Mißtrauen eurem Landesrat gegenüber. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist der Schlager!“)

Meine Damen und Herren, lieber Agrarsprecher Schützenhöfer! Wir haben aber auch nie die Ständevertretung Kammer insgesamt in Frage gestellt, sondern haben uns auch für die Ständevertretung Landwirtschaftskammer hingestellt und gesagt, wenn insgesamt von den vielen Aufgaben und unter dieser Last, unter diesem Druck die Kammer es nicht mehr schafft, die Aufgaben zu bewerkstelligen, dann sollten

wir ein paar Aufgaben, die eigentlich in die Kompetenz des Landes gehören, wiederzurücknehmen, im vollen Vertrauen zum Landesrat, und wir sollten auch der Kammer sehr klar und deutlich sagen, sie sollen sich wieder auf ihre ursprüngliche Aufgabe besinnen.

Ursprüngliche Aufgabe ist einerseits Ständevertretung im Hinblick auf die Marktpolitik, auf die Preispolitik, vor allem auch im Hinblick auf die Beratung. Bei der Beratung meine ich nicht, daß es notwendig ist, hinauszufahren und den Bauern zu erklären, welche Technisierung er vorzunehmen hat, sondern den Erfordernissen einer modernen Agrarpolitik zu entsprechen heißt marktorientiert und vor allem, was mir sehr wichtig erscheint, auch Aufklärung zu betreiben.

Wenn ich nur ein Beispiel herausnehme. Wir haben im Bereich der Milchpreispolitik wirklich ein undurchschaubares, für viele Bauern nicht mehr lesbares Abrechnungssystem. In Schlagworten wieder. Ausgehend vom Grundpreis, da gibt es Absatzförderungsbeiträge, da gibt es Kontrollbeiträge, da gibt es Exportförderungsbeiträge, da gibt es Transportkostenzuschüsse und vieles mehr. Ich glaube, wenn man in diesem Bereich nicht die Belastungswelle in der Milchwirtschaft einschränkt, werden wir irgendwann in der Situation sein, daß die Bauern dafür zahlen müssen, daß sie überhaupt noch Milch liefern. Das sollte nicht soweit kommen, sondern ich meine ein durchschaubares, klares Abrechnungssystem in der gesamten Preispolitik. Es ist in Summe egal, ob die Beiträge in einem Betrag ausgewiesen werden – (Abg. Grillitsch: „Weißt du, wann die Milchabrechnung so war? Vor 15 Jahren!“) Von mir aus, die Kammer sollte die Aufteilung für die einzelnen Töpfe machen. Das interessiert den Bauern insgesamt wirklich nicht, wer aufteilt, sondern den Gesamtbetrag ausweisen, dann weiß der Bauer, wieviel er für sein Produkt bekommt. Darüber hinaus wird es notwendig sein, eine Entflechtung der Agrarbürokratie vorzunehmen, nicht nur im Milchbereich. Hier werden wir in Landesrat Pörtl einen Partner haben, und zwar deshalb, da sind viele Bereiche wieder undurchschaubar. Für die Bauern unverständlich, unerklärbar. Ich sage noch einmal dazu das Beispiel Milch. Es geht darüber hinaus. (Abg. Grillitsch: „Ein konkretes Beispiel!“) Das Beispiel Milch habe ich gesagt, ich kann weitere Beispiele zitieren. (Abg. Grillitsch: „Die Milch ist undurchschaubar!“) Die Unterstützung im Bereich des Fleischmarktes. Hier ist es wirklich für viele unverständlich, daß nämlich einige Funktionäre (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Der Bauer darf nicht mehr hineinschauen!“ – Landesrat Pörtl: „Dann gehen wir gemeinsam in den Schlachthof!“) die Verarbeitungsbetriebe vertreten und gleichzeitig die Klassifizierung nach Qualität vornehmen. Hier wäre eine Entflechtung notwendig. (Abg. Grillitsch: „Objektiver geht es nicht mehr!“) Kollege Kowald, ich habe mir deinen Namen hergeschrieben, zu dir komme ich sofort. Nämlich, sich in den Raum plakativ hinzustellen und zu sagen, wir müssen zusammenarbeiten, andererseits entnehmen wir, daß der Kollege Kowald, der Kollege Grillitsch, der Kollege Kaufmann, die Bauernbundvertreter hier im Haus vor drei Wochen erklären, daß freiheitliche Agrarpolitiker nicht gewillt sind. Das sind die Diffamierungen, und das sind die Zündleraktionen, wie Sie in Ihrer Bauernbundzeitung schreiben. (Abg. Grillitsch: „Das sind

Tatsachen, die passiert sind. Du mußt bei der Wahrheit bleiben!") Kollege Grillitsch, Sorge dafür, daß erst im eigenen Haus, Bauernbund, Ordnung ist (Abg. Grillitsch: „Die Ordnung haben wir jetzt!“), dann sind wir wieder konstruktive Gesprächspartner in den Agrarfragen. (Beifall bei der FPÖ. – 15.54 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kaufmann.

Abg. Ing. Kaufmann (15.54 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es gilt das gesprochene Wort. Wenn ich von diesem Ausspruch von Konstantin, Freiherrn von Heereman, den Copapäsidenten ausgehe, dann müßte ich jetzt erschüttert sein. Vieles ist polemisch gesagt worden, vor allem von jenen, die die gute Agrarpolitik der letzten Jahre, weil sie ihnen ein Dorn im Auge ist, verteilen; aber wenig konstruktive Vorschläge, wie man sie ändern könnte, habe ich vernommen. Schlagworte wurden in den Raum gestellt, aber ihre Umsetzung in der Zukunft wurde nicht besprochen. Vielleicht darf ich ein paar Anregungen geben, wie wir die Zukunft vielleicht für die österreichische Landwirtschaft bewältigen könnten, und damit möchte ich mit der Gegenwart beginnen. In der Pressekonferenz des Copapäsidenten hat er die GATT-Verhandlungen mit den USA kommentiert, und die bedeuten, wie schon Kollege Peinhaupt ausgeführt hat, für die EG eine Regelung der Substitutenimporte, zum Beispiel Tapiokamehl, das heißt freier Import von Getreideersatzprodukten aus der industriellen Rückstandsverwertung, statt variabler Abschöpfung feste Zölle, die außerdem noch zu um 36 Prozent gekürzt werden; Abbau der Agrarprodukte um 21 Prozent – kein subventioniertes Rindfleisch aus der EG in den pazifischen Raum – eine Importquote für die EG von mindestens 5 Prozent würde zum Beispiel für Österreich bedeuten, daß wir rund 35.000 Mastrinder importieren müssen, und sehr wesentlich sind die Auswirkungen auf die Alternativen. Für die EG gilt eine Beschränkung des Ölsaatenprojektes auf 5,1 Millionen Hektar. Was bedeuten diese GATT Auswirkungen? Für die EG, daß nicht, wie von Mc Sharry errechnet, 4,4 Millionen Hektar stillgelegt werden müßten, sondern Heereman hat errechnet, daß, wenn man keine Produktivitätssteigerung zugrunde legt, in der nächsten Zeit 12 Millionen Hektar in der EG stillgelegt werden müßten, und zwar bis zum Jahr 2000. Betroffen wäre natürlich klarerweise der ländliche Raum. Was bedeutet diese Horrorszene? Dörfer sterben aus, große Städte wachsen. Denn damit verbunden ist auch ein Verlust von 5 Millionen Arbeitsplätzen. Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir die Agrarpolitik zu diskutieren haben. Das sind die Rahmenbedingungen, die uns in nächster Zeit als Problemlösung ins Haus stehen, und darum müssen wir auch die französischen Bauern verstehen, wenn sie demonstrieren. Was steht noch als Rahmenbedingung ins Haus? Ein amerikanisches Agrarsystem, das auf einem Zwei-Phasen-System beruht.

Die erste Phase, der freie Markt mit Weltmarktpreisen. Als zweite Alternative ein Agrarprogramm, in dem ein Viertel der Flächen brachgelegt wird und für drei Viertel der Flächen Unterstützungen bezahlt wer-

den, und zwar in einer Höhe von 20.000 Dollar laut OECD je Kopf und Jahr. Rechnen wir das um, dann würde das für die Steiermark bedeuten, würde nur jeder steirische Betrieb diese Unterstützung und Direktförderung bekommen, die ein amerikanischer Farmer pro Kopf bekommt, müßte die Steiermark 13,8 Milliarden Schilling aufwenden, bei allen in der Landwirtschaft Beschäftigten wären es sogar 28,4 Milliarden. Eine Horrorszene. (Abg. Peinhaupt: „OECD!“) OECD. Wenn wir unsere finanzielle Situation bedenken und damit auch die Antwort darauf, daß die Landwirtschaft nur mit Direktförderung wird überleben können. Wir können uns eine dermaßen hohe Stützung, wie sie die amerikanischen Farmer bekommen, im direkten Wege ja gar nicht leisten. Sind wir doch ehrlich.

Für die EG bedeutet allein der „Gattdeal“ einen Einkommensverlust von 33 Milliarden Ecu, das sind 500 Milliarden Schilling. Wir können diese Auswirkungen nicht abschätzen, denn wir gehen immer vom Status quo aus. Wir wissen nicht, wie sich die EG unter dem Eindruck der GATT-Verhandlungen ins Morgen, ins Übermorgen entwickelt. Wir wissen nur eines, die EG hat die Zielsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik geändert. Die EG hatte, gleich wie wir, den bäuerlichen Betrieb als Leitbild, wollte ihn aber durch Wachsen und Weichen, durch eine restriktive Preispolitik erreichen. Sie ist damit gescheitert. Wir haben einen anderen Weg beschritten dank des damaligen Landwirtschaftsministers Josef Riegler, der den ökosozialen Weg einführte. Wir haben eine administrative Einschränkung in Kauf genommen – wir haben Kontingente, Beschränkungen und so weiter auf uns als Last, aber unsere Einkommenspolitik war dadurch besser in der Entwicklung als die in der EG. Wir wollen den Schutz der Landwirtschaft – alle sprechen von flächendeckender Landwirtschaft, von der multifunktionellen Rolle der Landwirtschaft und von der Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft. Nun frage ich als kleiner oststeirischer Durchschnittsbauer von Feldbach, der bei uns 3,3 Hektar Ackerland hat, 1,4 Hektar Grünland, nicht ganz 3 Hektar Wald, dafür aber drei Kühe, vier Stück Jungvieh und rund 42 Schweine und ein paar Hühner. (Abg. Gennaro: „Dann bist du kein Armer!“) Wenn du davon leben kannst, Freund Gennaro, bewundere ich dich. Und der fragt sich nun mit Recht, was bringt meine Zukunft? Er hat Angst, blanke Existenzangst, denn er ist einiges gewohnt. Er ist es durch die gute Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte gewohnt, eine Sicherheit des Absatzes zu haben, zum Beispiel bei Milch. Durch die neue Milchmarktordnung, die einen freien Rampenpreis nach EG-Richtlinien garantiert, ist unser Bauer, der Transportkosten bis zu 2 Schilling im hintersten Graben hat, natürlich verunsichert – kann ich meine Milch noch liefern, wird sie mir abgenommen, und ist es noch interessant, sie zu produzieren? Vielleicht, Herr Kollege Weilharter, müßte man unter diesem Gesichtspunkt auch die Transportkostenzuschüsse verstehen. Ich verstehe schon, daß jemand, der neben einer Molkeerei wohnt, sehr begeistert vom Freirampenpreis ist. Aber unser kleiner Grenzlandbauer stirbt damit. Er ist gewohnt, einen gesicherten Absatz bei Fleisch zu haben. Wir müssen feststellen, daß unsere Schlachthöfe dem Konkurrenzdruck nicht mehr standhalten.

Er ist gewohnt, einen relativ gesicherten Preis durch Marktregelungen, und nicht durch eine freie Preisgestaltung, er ist gewohnt, ein, wenn auch sehr bescheidenes, aber doch gesichertes Einkommen zu haben. (Abg. Kaufmann: „Wieso haben so viele aufgehört, wenn alles so super ist?“) Liebe Kollegin Kaufmann, es stimmt sehr wohl, daß er es gewohnt war, und ich verstehe deine Aufregung. Frau Kollegin Kaufmann, wir müssen die österreichische Agrarpolitik immer mit der internationalen Agrarpolitik vergleichen, und wir sehen, daß wir dann sehr gut dastehen, oder jene, die sie bisher in Österreich gemacht haben, vorzüglich dastehen. Das ist ein Faktum, über das wir nicht hinwegkommen. (Abg. Peinhaupt: „In Deutschland sind prozentmäßig mehr Vollerwerbsbauern als in der Steiermark!“) Herr Kollege Peinhaupt, nehmen wir auch die Betriebsgrößen her. Es ist klar, daß die Deutschen mit relativ hohen Betriebsgrößen mehr Vollerwerbsbauern haben, aber du weißt auch ganz genau, daß jene Vollerwerbsbauern nur deshalb teilweise noch Vollerwerbsbauern sind, weil sie es sich nicht leisten können, ihren Vollerwerb aufzugeben, weil die Höfe so hoch verschuldet sind, daß sie dann unter dem Hammer sind. Auch das ist Realität, und schauen wir nach Schleswig-Holstein. (Abg. Kaufmann: „Die Bauern sind gegen die EG!“) Die Kollegin Kaufmann hat gesagt, wir sind gegen den EG-Beitritt. Frau Kollegin Kaufmann, wie können wir uns den GATT-Strömungen entgegensetzen? Die drücken uns viel mehr als ein EG-Beitritt. Ich glaube also, daß wir nur eine Chance haben in einem gemeinsamen Markt, diesen GATT-Strömungen, die uns jetzt das Überleben schwermachen, entgegenzutreten. Wir müssen uns überlegen, was zu tun wäre. Hier gibt es zwei Prognosen: eine kurzfristige und eine mittelfristige. Die kurzfristige Prognose wäre, daß wir versuchen müssen, Kosten zu senken – und ich weiß, daß ich jetzt in den Budgettopf trete, der ohnedies schon leer ist –, indem wir versuchen, den Wegebau, der unsere Höfe erschließt, zu entlasten – Kollege Riebenbauer hat schon davon gesprochen –, die Telefonkosten des ländlichen Raumes herabzusetzen, Hagelversicherungen und andere Fixkosten des bäuerlichen Betriebes abzusenken. Als Zweites wäre ein Ausbau der Absatzorganisationen. Wir sprechen immer von „eurofit“.

Kollege Gennaro, ich bin gleich soweit. Und als Drittes wäre auch der Ausbau der Direktförderung notwendig. Mittelfristig wäre aber, und das wäre von der Regierung, von uns allen gemeinsam zu tragen, daß wir Übergangsfristen für die Anpassung an die niedrigeren EG-Preise bekommen, daß wir für sensible Waren – Milch, Fleisch, Getreide – befristete Beschränkungen bei Einfuhren aus der EG bekommen, das gibts, eine schrittweise Angleichung der Zölle an den Zolltarif der EG, die Übergangszeiten für die Übernahme landesvertraglicher Verpflichtungen aus der EG und, sehr wesentlich, Regionalpläne bekommen, die ausreichende Quoten für Milch, Zucker und Getreide festlegen, um verbesserte Strukturen in der Landwirtschaft zu bekommen. Kollege Gennaro hat mir schon die Uhr gezeigt, daher glaube ich, daß wir, um unseren Bauern, und das ist das Wichtigste, Herr Kollege Gennaro, ein Überleben zu sichern, etwas brauchen: nicht nur die Worte, sondern auch das Bekenntnis in Form von Taten der Gesellschaft, daß

unsere bäuerliche Landwirtschaft erhalten bleiben soll. (Abg. Gennaro: „Arbeiter und Bauern müssen zusammenstehen!“) Man soll uns als kleine oststeirische Bauern fragen: „Will man uns, oder sind wir Relikte aus vergangenen Zeiten?“ Und da müssen alle Berufsgruppen, vor allem jene, die auf der linken Seite dieses Saales sitzen, ein ehrliches Bekenntnis dazu ablegen. Wenn wir gemeinsame Agrarpolitik machen wollen, dann darf sie keine Spielwiese für „Möchtegernagrarier“ sein, sondern sie muß klare Aussagen treffen, sie muß Zielsetzungen vorgeben, um unseren Bauern wieder Mut und Zuversicht für die Zukunft zu geben. (Allgemeiner Beifall. – 16.08 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Präsident Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (16.08 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich hoffe, daß ich nicht als Möchtegernagrarier eingestuft werde – nach der Interpretation des Kollegen Kaufmann. Aber ich habe mir erstens einmal ein ordentliches Gewand angezogen für den heutigen Tag (Allgemeiner Beifall.), und zum Zweiten, mit meinen 3 Hektar bin ich wahlberechtigt in die Bauernkammer, allerdings nicht in die steirische, sondern in die Kärntner Bauernkammer. Aber die Probleme sind dort an sich dieselben und auch die Mehrheiten.

Ich habe mich eigentlich gemeldet, weil ich den Eindruck bekommen habe schon in der Finanz-Ausschuss-sitzung am Freitag und auch heute in manchen Phasen der Diskussion, daß sich möglicherweise auf Grund bestimmter Überlegungen und Gedankengänge ein aus vielen Mißverständnissen reifender Mythos entwickelt, der möglicherweise in der Diskussion weder diesem Haus noch den Bauern dienlich sein kann. Ich meine daher, daß man von vornherein quasi als nicht unmittelbar Betroffener, ich sage das deshalb, weil ich an sich beeindruckt bin vom ungeheuren Engagement aller Bauernvertreter dieses Hauses, von allen Parteien, daß daher auf Grund dieses ungeheuren Engagements viele Dinge, die in Überlegung gestellt werden, anders, überdimensioniert gewertet, als wenn man das von außen sieht. Und auf Grund einer Äußerung des Herrn Landesrates Pörtl im Zuge des Finanz-Ausschusses und auch heute bei der Debatte meine ich, daß man zu zwei Dingen Stellung nehmen soll. Die eine Frage ist die Frage, diskutiert man die bäuerliche Vertretung grundsätzlich an: ja oder nein. Sie erinnern sich, zu Zeiten, wo ich noch im Schützengraben des Klubobmannes agierte, habe ich auch eine Diskussion im Zusammenhang mit dieser Kammer geführt, aber ich möchte klarstellen, und es hat niemanden gegeben – ich habe allen Wortmeldungen genau zugehört –, auch in der Öffentlichkeit, der in Frage gestellt hat, daß es eine starke, demokratisch gewählte, voll funktionsfähige Vertretung einer Berufsgruppe geben muß. Wie bei allen Berufsgruppen, Arbeitnehmerschaft, Handelskammer, wie auch überall. Selbstverständlich. Wir haben ja seinerzeit eine Diskussion geführt, wo der Leiter des Verfassungsdienstes, Hofrat Wielinger, der übrigens einer der exzellentesten Experten im Verfassungswesen ist, den ich jemals kennengelernt habe, vielleicht hat er mich deshalb auch einmal bei der Prüfung geschmissen auf

der Universität, aber er hat recht gehabt, sage ich heute nachträglich, wo er nachgewiesen hat, was eigentlich der Grundgedanke dieser Selbstorganisationsvertretungen war, nämlich zu sagen, alle Mitglieder einer ganz bestimmten Gruppe sollen sich ihren Bereich selbst verwalten. Für die damaligen Größenordnungen vollkommen richtig. Genau aus dieser Überlegung heraus sind die Kammern nachher in dieser Form konstruiert worden, wie man sie jetzt vorfindet. Nur hat sich in der Zwischenzeit die Aufgabenstellung des Staates völlig gewandelt. Es hat sich in der Zwischenzeit die Gesellschaft gewandelt, und es ist aus dieser Selbstorganisation bestimmter Dinge eine ganz andere Größenordnung geworden, die plötzlich auch wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, die auch Förderungstätigkeiten ausübt und alles mögliche. In dieser Situation ist es gerechtfertigt, darüber nachzudenken, ohne daß irgend jemand Existenzangst bekommen soll, ob sich nicht eigentlich eine stärkere Position der Kammer ergäbe, wenn sie sich tatsächlich auf die Willensbildung, auf die Beratungen, auf den Lobbyismus im guten Sinne des Wortes beschränken würde. Das ist ja auch die Problematik, die ich mit der Sozialpartnerschaft persönlich habe, weil hier vorge spiegelt wird, als ob die Gruppen sich ausmachen würden, was für alle das Beste ist. Kann ja nicht sein. Denn jeder hat selbstverständlich zu 100 Prozent alles zu vertreten, was seiner Gruppe dient, unabhängig davon, ob es den anderen nutzt oder schadet. Weil das ist seine Aufgabe. Und der andere hat natürlich die gegenteilige Meinung zu vertreten, und dann trifft man sich halt irgendwo in der Mitte, wenn man nicht stur ist, und in der Politik soll man nicht stur sein. Ist man ja auch meistens nicht. Daher glaube ich, daß die Diskussion, ihr wollt eine Kammer haben, und ihr wollt keine Kammer haben, an sich falsch angesetzt ist. Ich verstehe sie politisch, selbstverständlich, bin lange genug in der Politik, um zu wissen, daß zwischen dem, was man will, und dem, was diskutiert wird, manchmal ein ganz klitzekleiner Unterschied ist, weil sich die Geschichte anders darstellt. Aber in Wahrheit ist es ja bei der Urabstimmung nicht darum gegangen, daß irgend jemand die Kammer in Frage gestellt hat, sondern daß andiskutiert wurde, welche Aufgaben sie hat. Ich glaube, daß klargestellt werden müßte, auch zum positiven Fortgang der Diskussion, daß es in keiner Partei irgend jemanden gibt, zumindest ich kenne keinen, der ernsthaft die Frage stellt, daß es diese Interessenvertretungen geben soll. Im Gegenteil. Ich bin der Meinung, daß die Diskussion eher darum geht, daß man sich freispielt von anderen Zwängen. Ich kann gerne darüber diskutieren, ob das möglicherweise das soziale Klima verschärfen kann oder nicht. Sollte man auch darüber diskutieren. Ich meine, wenn die Diskussion zivil geführt wird, unter zivilisierten Menschen, wird das nicht zur Verschärfung führen.

Das Zweite ist die logische Konsequenz, daß darüber nachgedacht wird, ohne irgend jemandem irgend etwas wegzunehmen, und wenn Sie es parteipolitisch sehen, dann schon überhaupt nicht, ob eigentlich das, was wir hingeben an Förderungen für den landwirtschaftlichen Bereich, wie man das optimal macht. Es hat auf Grund dieses Selbstverständnisses der Entwicklung der Selbstorganisationskörper Kammern bis jetzt die Meinung gegeben, am gescheitesten ist, man sagt die und die Größenordnung ist es, und ihr

erledigt euch das selbst, wie ihr das richtig haltet, weil ihr da die seid, die das am besten wissen.

Weil das natürlich einen Haufen organisatorischen Aufwand bringt, haben wir gesagt, gut, den organisatorischen Aufwand decken wir euch noch zusätzlich ab. So weit, so gut. Jetzt sind in der Vergangenheit Zweifel aufgetaucht, ob das wirklich auf Grund der Entwicklung des neuen Selbstverständnisses auch in der Gesellschaft der richtige Weg ist oder ob es im Zuge dieser ganzen Objektivierungs-, Öffentlichkeits- und sonstigen Debatten eigentlich nicht vernünftiger wäre, zumindest darüber nachzudenken, ob man diese Förderungsmittel nicht um denselben Kostenfaktor, den wir jetzt ja auch zahlen, und mit genauso gutem Erfolg, ohne zusätzliche Zwischenschaltung das nicht auch selbst organisieren könnten. Um nichts anderes geht es. Da wird niemandem etwas weggenommen, auch politisch nicht, wenn wir schon in diesen Dimensionen denken. Also gehen wir vom jetzigen Standpunkt her, das ist in einem Bereich der ÖVP, kommt es in einen anderen Bereich der ÖVP. Also, da gibt es kein Herumdeuteln, daß irgend jemandem etwas weggenommen wird. Es denkt auch kein Mensch - nehme ich an - daran, dem Herrn Landesrat Pörtl das Agrarreferat wegzunehmen und die Frau Kollegin Kaufmann zur Landesrätin zu machen. (Abg. Trampusch: „So schlecht wäre sie gar nicht!“) Denkt ja keiner, daß sich ja nichts. Worum es geht ist, daß die eine politisch gewählte Organisation Land bis jetzt einer anders politisch gewählten Organisation Land die Mittelverteilung überlassen hat und sich jetzt überlegt, ob sie das nicht unter Umständen wieder zurücknehmen soll und selbst in aller Objektivität organisieren soll. Ich komme deswegen darauf, weil der Herr Landesrat Pörtl im Zuge des Finanz-Ausschusses von einer Eingliederung gesprochen hat. Ja keine Rede davon. Die Förderungen sind ja in Wahrheit nicht ausgegliedert, sondern nur einer anderen politischen Organisation zur Verteilung überlassen im Moment. Ich diskutiere jetzt die Frage nicht an, ob es objektiv oder nicht objektiv ist, weil ich das persönlich nicht beurteilen kann und will. Das ist nicht meine Aufgabe, aber ich sehe das von der Theorie her. Ausgegliedert wäre die Förderungsvergabe auch im Landwirtschaftsbereich, wenn man dasselbe täte, wie jetzt im Wirtschaftsförderungsbereich diskutiert wird, wenn man es wirklich einem nichtpolitischen, rein wirtschaftlich organisierten und geführten Bereich zur Verteilung übergäbe. Etwa der neuen Aktiengesellschaft oder GesmbH oder was immer das ist, das jetzt in Diskussion ist. Das wäre eine Ausgliederung. Sonst ist es nichts anderes als eine Umorganisation, und sagen, wir brauchen keine Zwischenstufe mehr, sondern wir können das selbst genauso gut machen. Ich habe zum Landwirtschaftskammerpräsidenten Erich Pörtl als Verteiler genau dasselbe persönliche Vertrauen gehabt als zum Landesrat Erich Pörtl als Verteiler. Also, da ändert sich in Wahrheit ja nichts. Außer daß der Landtag in einer viel direkteren Form, als es jemals der Fall gewesen ist bisher, sich die Geschichte anschauen kann. Ich lehne es ab, da einzugreifen und irgendwelche sonstigen Dinge zu machen. Aber im Sinne dessen, was wir seit drei Tagen immer wieder in den Debatten diskutieren, daß der Landtag natürlich die Regierung zu kontrollieren hat und zu schauen, daß das wirklich ordentlich vor sich geht, habe ich keine Verdachtsmomente, daß das nicht so wäre.

Ich sage es nur prinzipiell, daß der Landtag diese Dinge sich besser anschaut. Ich glaube, darüber sollte man ohne Emotion wirklich diskutieren und sagen, wäre es nicht gescheiter, brauchen wir wirklich die Geschichte, brauchen wir wirklich da etwas dazwischengelegt oder machen wir die Geschichte gleich selbst, was mit sich bringt, daß natürlich auch die Kammer als Interessenvertretung, als standespolitisch bildendes Meinungsbildungsorgan, selbstverständlich, mit welchen Mehrheiten auch immer, freigespielt wäre auch von dieser Frage.

Ich habe das für notwendig gehalten, das einmal in dieser Deutlichkeit zu sagen, weil ich wirklich befürchte, daß in dieser Diskussion, aus völliger Überzeugung, aus Eifer und Bereitschaft, für die Berufsgruppe etwas zu tun, eine falsche Gedankenkette entsteht, die eigentlich nur objektive Diskussionen stören würde. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 16.20 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

Abg. Alfred Prutsch (16.20 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Sommer 1992 wird vielen in Erinnerung bleiben auf Grund dieser extremen Witterung und natürlich auch der Trockenheit, der Dürreschäden, wo man mit ansehen hat müssen, wie die Früchte unserer Regionen verdorrt und wie das Einkommen der Bauern für das Jahr 1993 zum Teil auch dahinschmolz. Ich wage es zu sagen als einer, der politische Kultur sehr ernst nimmt, daß kein Thema noch so sehr verpolitisiert wurde wie das Thema Dürreschäden und deren Abgeltungen. Glauben Sie mir, für die Betroffenen draußen in unseren Regionen war das sicherlich nicht angenehm, wenn man tagtäglich aus Pressemeldungen entnehmen mußte – oft widersprüchliche Meldungen, und es hat niemandem gedient, nicht dem Bauern und auch nicht jenen, die das gebracht haben. Die Katastrophe war österreichweit sehr sehr groß. Die Schäden waren enorm groß. Landesrat Erich Pörtl hat schon am 30. Juli mit mir gemeinsam unseren Bezirk bereist und hat sich an Ort und Stelle von den Schäden überzeugen können, schon zu einer Zeit, wo vielleicht andere Vertreter aus den anderen Parteien sich noch keine Gedanken gemacht haben, wie man helfen könnte. (Abg. Gennaro: „Da war der Landesrat Ressel schon der erste. Ihr seid erst ein paar Tage später daraufgekommen!“ – Landesrat Pörtl: „Vorsichtig sein!“) Ich komme zum Herrn Landesrat zurück, denn das ist sehr positiv. Ich glaube, von diesem 30. Juli weg war unser Landesrat pausenlos in den betroffenen Regionen der Steiermark unterwegs, wo er die Sorgen der Bauern mitanhörte und natürlich auch um Hilfe ersucht wurde. Es kam dann die Forderung für eine Novelle des Katastrophenfondsgesetzes, weil man erst die Rechtsgrundlage schaffen mußte, daß Trockenschäden aus dem Katastrophenfonds abgegolten werden. Es ist wirklich sehr erfreulich, daß es sofort möglich war, mit dem zuständigen Finanzlandesrat in Gespräche zu treten, Kontakt aufzunehmen, und daß hier konstruktive Gespräche zwischen Agrarlandesrat und Finanzlandesrat geführt wurden über die ersten Hilfsmaßnahmen und daß man sofort Hilfe anbieten kann. Und hier war sicherlich der

Viehabsatz auch an erster Stelle, weil unsere Rinderbauern durch die Trockenheit sehr, sehr stark betroffen waren. Auf Bundesebene versuchte man, im Finanzministerium eine Schadensgrenze von 30.000 Schilling als Selbstbehalt festzulegen. Es ist dann gelungen durch das gemeinsame Auftreten der beiden großen Parteien, das zu ändern, so daß das Katastrophenfondsgesetz dementsprechend novelliert wurde. Es ist erfreulich, daß es einen einstimmigen Beschluß im Nationalrat gegeben hat. Die Summe der Schäden war so groß, daß man sehr wohl nach dem Katastrophenfondsgesetz die Schätzer einsetzen mußte. Es hat natürlich einzelne Meinungen gegeben, daß man diesen Schaden pauschal schätzen soll und natürlich auch dementsprechend pauschal auszahlen müßte. Ich glaube, das wäre sicherlich der falsche Weg gewesen. Daher haben hier die Schätzer sehr, sehr gute Arbeit geleistet. In der Steiermark steht das endgültige Schätzergebnis nun fest und wurde in das Finanzministerium weitergeleitet. In der Steiermark sind es immerhin 27.054 Geschädigte. Der Gesamtschaden, sofern ein Schädigungsgrad von über 30 Prozent je Kulturgattung, und je Betrieb eine Gesamtschadenssumme von über 5000 Schilling durch die Sachverständigen festgestellt wurde, beträgt rund 2,27 Milliarden Schilling. Also Sie sehen, welcher Schaden hier festgestellt wurde. Die Beihilfe ist dementsprechend hoch. 566 Millionen Gesamtbeihilfe – davon 60 Prozent Bund mit 340 Millionen und 40 Prozent das Land mit 226 Millionen.

Erfreulich ist, daß in der Gruppe 9 im Landesbudget dieser Betrag veranschlagt ist und unter dem Ansatz Verstärkungsmittel aufscheint. Ich darf hier wirklich herzlich der Steiermärkischen Landesregierung, unserem Landesrat Erich Pörtl und Finanzlandesrat Ressel danken, daß es möglich sein wird, diese Schäden teilweise abzugelten. Natürlich wird das nur eine Linderung des Einkommenverlustes für unsere Bauern im Jahr 1993 sein können. Ich glaube, wenn es uns gelingt, in der Zukunft gemeinsam auch in der Agrarpolitik vorzugehen, brauchen wir uns nicht zu fürchten, daß auch bei uns französische Zustände innerhalb der Bauernschaft eintreten werden. Gemeinsam werden wir es schaffen, und ich ersuche Sie alle darum. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.29 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl.

Abg. Dr. Wabl (16.29 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich verspreche, daß ich mich kurz halten werde, und werde zu zwei Themen kurz Stellung nehmen. Zum Ersten zur Frage des EG-Beitrittes und zu den Auswirkungen auf die Bauernschaft. Vor drei Tagen habe ich im Radio eine Belangsendung – der Kollege Frizberg ist nicht da – über den EG Beitritt verfolgt, die von der Industriellenvereinigung gestaltet war.

Das Niveau war so großartig, daß ich als EG-Gegner froh war, daß diese Sendung so abgefaßt war, weil nach dieser Sendung kein Mensch mehr für den EG-Beitritt sein wird. Anschließend war das Abendjournal, wo eine Reportage über die Demonstration von französischen Bauern in Straßburg war. Aber nicht nur fran-

zösische Bauern, sondern auch Bauern aus Japan wurden eingeflogen, und die haben dort laut skandiert: Nieder mit dem GATT, und nieder mit der EG. Da habe ich mir gedacht, ich stamme zwar nicht von Bauern ab, aber mein Großvater war auch Landwirt, wenn die französischen Bauern, die eine ganz andere Struktur haben, mit viel größeren Landwirtschaften, schon lautstark gegen die EG und gegen das GATT auftreten, weil sie ein weiteres Bauernsterben befürchten, so stelle ich mir die Frage, wenn ich mir dieses Schreckensszenario anhöre, sind wir froh, daß beim EWR die Bauernschaft noch ausgegliedert ist, und hoffen wir, daß die EG nicht kommt. Ich persönlich bin überzeugt davon, daß die Volksabstimmung über den Beitritt zur EG, der wir uns unterziehen werden müssen, mit nein ausgehen wird. Dann werden sie alle die Frage stellen, was machen wir jetzt? Ich selbst bin überzeugt, daß die Bauernschaft besser überleben kann, wenn wir nicht in die EG gehen. Ich war vor kurzem mit der Monika Kaufmann in unserem Bezirk und wir haben den Ort Söchau angeschaut. Wir sind zwar nicht autark, aber wir begreifen, wenn wir direkt von unseren Bauern kaufen, dann wird es für die Leute keine Rolle spielen, ob das 10 oder 15 Schilling mehr kostet, weil die Leute daraufkommen, daß es rentabler ist, wenn ich ein bißchen mehr gebe für Lebensmittel, die gesünder sind, als Nahrungsmittel, die uns krank machen. Um das muß es gehen. Daß man heimischen Wein trinkt, weil er besser für die Leber ist, daß man die heimische Milch trinkt, und nicht von irgendwo her importiert. Ich weiß schon, daß man das nicht zwangsverordnen kann, aber der Kunde ist König. Wir haben es in der Hand bei allen begrenzten Möglichkeiten, daß wir hier unsere Bauernschaft stärken, indem wir von ihnen die Produkte kaufen. Wenn ich den Bauernmarkt in Fürstenfeld anschau, Franz, du weißt es, wir haben das damals eingeführt, die Leute stellen sich in Schlangen an und wollen wieder das Bauernbrot kaufen und das Gemüse, das Obst, das Fleisch. Die Leute streiten sich manchmal fast darum, wenn es ausgegangen ist. Das muß das Ziel sein, wobei mir bewußt ist, daß für gewisse Einkommensschichten das schwieriger ist. Wenn die Menschen begreifen, daß sie erstens für den Bauernstand etwas tun, zweitens für ihre Gesundheit und daß das unwegrentabel ist, wenn sie das machen, dann, glaube ich, sind wir am richtigen Weg, und dann könnten wir die Struktur, auf die wir stolz sind, mit Direktzahlungen aufrechterhalten, und nicht mehr die Förderung von Massenproduktionen verstärken.

Weiters, liebe Freunde, zu den Vorstellungen der SPÖ- und FPÖ-Fraktion, daß die Förderungen in Zukunft vom Land durchgeführt werden, und nicht von der Bauernkammer. Ich bin auch der Meinung, daß die Bauernkammer wichtig ist als Vertreter der Bauernschaft, das ist ihre ureigenste Aufgabe. Ich stelle an Sie die Frage: Was hätten Sie damals gesagt, wie das Pendlerpauschale eingeführt wurde, das war vor ein paar Jahren, und wir hätten gesagt, machen wir das Gleiche wie bei der Bauernkammer, das soll die Arbeiterkammer auszahlen? Weil die Arbeiterkammer vertritt die Arbeitnehmer, die hat auch den Apparat dazu. Sie wären die ersten gewesen, die gesagt hätten, daß das nicht geht, weil das zu einseitig ist, möglicherweise parteipolitisch und, und, und.

Ich bin der Meinung, die Beamtenschaft des Landes Steiermark ist objektiv genug, daß sie diese Aufgabe übernehmen kann, daher glaube ich, daß im Sinne einer Strukturbereinigung eine solche Maßnahme zweckmäßig ist. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Ich komme schon zum Schluß. Sie hätten sich schön beschwert, wenn das die Arbeiterkammer gemacht hätte. Da sind ja lauter Leute dort, die schauen, ob der rot, schwarz ist oder was, und dann hätten unsere Leute womöglich einen Vorzug gehabt. Ich will es nicht behaupten. Ich habe auch manchmal Dinge erlebt, wo ich das Gefühl hatte, daß der Bauernbund eine gewisse Selektion vornimmt, ohne daß ich konkret werden will. Aber man soll jeden Verdacht von vornherein vermeiden. Das Land Steiermark gibt auch das Geld her, warum soll das Land Steiermark nicht die Förderungen verteilen?

Ich selbst glaube, daß der Beitritt zur EG für die Bauernschaft in der Steiermark nur Nachteile bringt. Die Volksabstimmung wird ohnedies mit nein ausgehen, daher werden wir uns mit dem Problem ohnehin beschäftigen müssen. Die Probleme der Bauernschaft sind nicht nur Probleme der Bauern selbst, sondern gehen uns alle an, weil vom Wohlstand und von der Zukunft der Bauern auch unsere Zukunft abhängt. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. - 16.36 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Frieß.

Abg. Frieß (16.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eines steht fest, und ich möchte, daß Sie das genau hören: Wenn die Menschheit Zukunft haben soll, dann hat die bäuerliche Landwirtschaft Zukunft. Das ist einer der Kernsätze, eine der Wahrheiten auch für diese Agrardebatte. Die bäuerliche Landwirtschaft ist nicht nur Selbstzweck, sondern für den Konsumenten der beste Garant für gesunde Lebensmittel, für Kulturlandschaft, für gesunde Umwelt, nach wie vor Garant für stabile Familien und Gemeinschaften, Garant für Kultur im besten Sinne des Wortes. Daher ist das Agrarbudget auch ein Budget für den Konsumenten im Sinne des Konsumenten. Jeder Schilling für die Bauern auch ein Schilling für den Konsumenten. Da werden nicht nur Schillinge daraus, sondern Werte. Werte wie Gesundheit und Leben. Die Bauern, davon bin ich überzeugt, nehmen diese Verantwortung sehr ernst. Denn das Prinzip des nachhaltigen Denkens gilt seit Jahrhunderten. Aber trotzdem ist es so, daß dieses Vertrauen in die bäuerliche Landwirtschaft, in die Produkte der bäuerlichen Landwirtschaft zu festigen ist. Eine langfristige Orientierung auf eine biologische Wirtschaftsweise ist sehr zielführend und notwendig. Diskussionen um Milchimitate, Blutschokolade und Industriefleisch haben längst gezeigt, daß ehrliche, natürliche Produkte dem Organismus des Menschen zuträglicher sind. Untersuchungen beweisen, daß die Konsumenten bereit sind, mehr für ein bäuerliches Produkt mit hoher Qualität zu bezahlen als für Imitate. Das Gesundheitsbewußtsein und das Vorsorgeprinzip werden immer wichtiger und sind Tendenzen, auf die wir setzen müssen.

Made in Styria, made in Austria, das sollten wir nicht nur in anderen Produkten kennen, sondern gerade in den bäuerlichen Produkten. Diese Qualität soll und muß Bestand haben auch im Euro-Supermarkt. Es bedarf aber sicherlich verstärkt der Einbeziehung der Konsumenten. Und das ist eine Hausaufgabe vor dem EG-Beitritt. Der steirische Apfel, den Sie heute am Tisch haben, ist rückstandslos – ganz sicher rückstandslos. Und das ist es so, daß es sehr wohltuend ist, wenn man das auch in der Presse liest entgegen anderen Meldungen, „der Millionen-Schmaus“ zum Beispiel, wo steht – der Millionenschmaus zu Weihnachten ist damit gemeint – echter Lachs, Käsespezialitäten aus fernen Ländern, Wein aus Frankreich und Italien – ein wahrer Millionenschmaus für den Konsumenten, aber auch bitte bezahlt vom Konsumenten. Das muß man auch sehr deutlich sagen, und es kommt eigentlich nicht unserer Landwirtschaft zugute. Da lobe ich mir andere Artikel, wo steht „auch unter Weltmeistern besticht unsere Milch (Abg. Vollmann: „Butter aus Holland, die wir zuerst hinausgeliefert haben!“), unser Wein, unsere biologischen agrarischen Produkte“. Das ist auch sehr wesentlich, und das ist auch eine Aufgabe, die nicht nur die Bauern, sondern auch die Medien in unserer Gesellschaft haben. Wir gehen, und das ist sehr deutlich zu sehen, einer Sensibilisierung der Menschen entgegen. Bauern und Bäuerinnen bilden das Image der Landwirtschaft selber. Das muß man sehr, sehr deutlich sagen. Das ist die Aufgabe. Das Verständnis für Anliegen an die Gesellschaft hängt aber davon ab. Daher ist der Umgang mit den Konsumenten zu überdenken und sind sehr deutliche geeignete Strategien zu entwickeln. Es ist klar, als Bauer müssen wir marktorientiert als Unternehmer denken, aber sehr deutlich auch konsumentenorientiert als Vermarkter. Selbstverständlich und in immer höherem Werte ist es auch so, daß Umweltorientiertheit zu sehen und die Landschaftspflege, die Kulturlandschaft insgesamt auch eine der höchsten Aufgaben der Bauern und der Landwirtschaft ist. Und es ist auch eine der höchsten Aufgaben der Bauern, die Umwelt zu schützen, und die Bauern, das sage ich auch sehr deutlich, sollen die wahren Umweltschützer sein, weil ich weiß, daß eigentlich sie es sind, die am meisten von der Umwelt verstehen. Das bedeutet eine erweiterte deutliche Ausweitung der Kompetenzen der Landwirtschaft. Und daraufhin müssen wir uns auch sehr deutlich begeben. Natürlich ist es so, daß qualitätsorientiert als Erzeuger und Verarbeiter auch zu denken ist, denn Veredeln und Verarbeiten von Rohstoffen setzt sattelfestes Spezialkönnen voraus und muß nicht nur eine hohe Wertschätzung, sondern auch eine höhere Wertschöpfung haben. Die Konsumenten brauchen die Leistungen der Landwirtschaft, das dürfen wir sehr deutlich sagen. Sie brauchen die Gemeinschaft mit den Bauern. Und dieser Weg ist gemeinsam zu gehen. Ich freue mich sehr, daß es im ÖVP-Klub viele Kollegen gibt, und da nenne ich unseren Kollegen Schützenhöfer sehr deutlich, der einer anderen Berufsgruppe angehört. Aber ihm ist die Landwirtschaft auch ein großes Anliegen, denn das Agrarbudget kommt allen zugute. Und das muß man sicherlich auch sehr deutlich sagen.

Der bäuerliche Familienbetrieb ist das feste Leitbild der Zukunft, und der Wert der bäuerlichen Familie – das habe ich auch schon sehr deutlich bei der Dis-

kussion des „Grünen Berichtes“ gesagt – drückt sich auch ganz konkret aus – im Durchschnitt 3,3 Kinder pro bäuerlicher Familie, pro Bäuerin, das heißt viele leistungswillige, fleißige Arbeitnehmer und im Sinne des Generationsvertrages viele verlässliche Pensionsbezahler. Mütter, Bäuerinnen, die dem Staat vieles ersparen – Kinderrippen, Kindergärten, Horte –, und dafür, das muß man auch sehr deutlich sagen, bekommen sie kein einziges anrechenbares Pensionsjahr, und das bei einer 65-Stunden-Woche.

Es ist nur gerecht, meine Damen und Herren, wenn die Pensionsregelung für die Bäuerin sehr deutlich besserzustellen ist – nur gerecht. Bäuerinnen und bäuerliche Jugend erbringen große Leistungen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und der Gemeinschaft. Dafür verdienen sie gerechte Gegenleistungen, gerechten Lohn und gerechte Anerkennung. Und das ist mir das Wort „gerecht“ sehr wichtig. Ich als Konsumentin bedanke mich von dieser Stelle aus sehr herzlich bei den Bauern, bei den Bäuerinnen und bei der bäuerlichen Jugend für ihre lebens- und kulturhaltende Arbeit. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (16.45 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben einen langen Nachmittag mit allen möglichen agrarischen Problemen und Situationen verbracht, und mir ist es heute und jetzt ein Anliegen, sozusagen am Abschluß noch einer Menschengruppe zu gedenken, die heute kaum erwähnt wurde und die eigentlich die Landwirtschaft zusammenhält, das ist die Bäuerin. Wenn wir Bäuerinnen sagen, dann denken wir an die selbstbewußte Frau, die in Tracht gekleidet auch im öffentlichen Leben auftritt. Aber augenscheinlich haben wir auch das Bild der überarbeiteten und abgehärmten Frau im Arbeitskleid vor uns. All das ist Bäuerin – in den vielen Facetten ihres Lebens, aber auch in den vielen Facetten ihres Berufes. Ist Bäuerin nun ein Beruf, eine Standesbezeichnung oder eine Lebensform? Ich denke, Bäuerin ist alles. Das ist Beruf, das ist Standesbezeichnung, und das ist Lebensform. Was braucht so eine Bäuerin? Sie braucht große fachliche Kompetenz, um in der Gegenwart und für die Zukunft ihren Betrieb führen zu können, und sie braucht unendlich viele persönliche Qualifikationen, um dem gerecht zu werden, was wir unter Bäuerlichkeit und von der Bäuerin erwarten. Neben betriebswirtschaftlichen Qualitäten muß sie auch Managementqualitäten haben, Zeitmanagement, Organisationsmanagement, soziales Management, kommunikatives Management, jeden Tag neu gefordert innerhalb der Familie und außerhalb der Familie. Aus der Tradition heraus müssen Entscheidungen durch Situationsdruck gefällt werden. Jede Umstellung – das kennen wir von uns, und so geht es auch der Bäuerin – ist unangenehm, weil sie Veränderung bedeutet. Die Bäuerin muß nicht nur ihr persönliches Lebensumfeld verändern, sondern meist auch das ihrer Eltern oder ihrer Schwiegereltern. Und wir wissen, wie schwierig es ist, wenn Risikobereitschaft, Mut und Durchhaltevermögen gefordert sind und vielleicht

auch dahinter manchmal die Schadenfreude steht, ob der jungen Frau ihr Vorhaben gelingen mag oder nicht. Hat sie die Unterstützung ihres Partners, des Bauern, dann wird es glücken. Hat sie diese Unterstützung nicht, steht sie vielfach allein da. Partnerschaft ist nirgends so wichtig wie im bäuerlichen Betrieb, denn dort ist Partnerschaft lebensnotwendig und existenznotwendig. Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß Hofübernehmer nicht immer sehr einfach Bäuerinnen finden, oder anders ausgedrückt, Frauen finden, die bereit sind, diesen Anforderungen fachlicher und persönlicher Qualität entsprechend, dem Rollenbild der Bäuerinnen entsprechend, ja zu sagen, am Betrieb tätig zu sein. Neben dem Generationsproblem, das damit aufgerollt ist, ist die öffentliche Anerkennung der Bäuerinnen nicht immer gegeben oder nur selten gegeben. Trotz der großen Arbeitsbelastung ist es vielfach die Bäuerin, die sich noch Zeit nimmt und Zeit findet, um am kulturellen und gesellschaftlichen Leben, bei einer Dorfgemeinschaft entscheidend mitzuwirken, die auch bereit ist, in Interessenvertretungen ihre Frau zu stellen, die selbstverständlich neben großer körperlicher Belastung durch die Arbeit oft das Gefühl der seelischen Überbelastung hat, und zwar permanent. Es hört dort nie auf, sie ist nie am Ende, sondern sie hat dieses Gefühl der Überbelastung sehr häufig und fast ständig. Ein Problem, das sich auch daraus ergibt, ist, daß es trotz des Willens und der Forderung nach permanenter Weiterbildung gelegentlich gar nicht möglich ist, diesem Anspruch gerecht zu werden. Wir haben heute sehr viel von äußeren Produktionsfaktoren gehört. Ob das jetzt weltweit mit GATT, EG im Zusammenhang zu sehen ist, aber auch innerhalb unseres Landes gibt es Dinge, die gelöst werden müssen, damit wir dem Bauernstand die Existenz sichern. Das ist einmal die Anerkennung von nicht bäuerlichen Mädchen als Bäuerinnen, und zwar grundsätzlich im Bauernstand und in der Gesellschaft, um Einkommenskombinationen dem allgemeinen Wohlstand, der allen anderen Berufsgruppen zugänglich ist, auch für die bäuerliche Welt zugänglich zu machen. Wir stellen den Anspruch auf gesunde Umwelt. Wer sonst ist dieser so verbunden wie die Bäuerin? Ob es Grund und Boden sind, ob es ihre Tiere sind, die sie täglich betreut, aber auch das Zusammensein zwischen Wohn- und Arbeitsplatz bringt für manche Frau eine besonders begünstigte Situation. Lösungsansätze für die Bäuerinnen gibt es im Überbetrieblichen und im Zwischenbetrieblichen. Das setzt aber vermehrt voraus, Vertrauen zum Nachbarn, Zuverlässigkeit an mich selbst und an die anderen, Toleranz, die Gabe zu haben, manche Tätigkeit anders ausgeführt zu bekommen, als ich sie selbst erlebe. Was bringt uns diese überbetriebliche und zwischenbetriebliche Zusammenarbeit für den Betrieb? Eine Verhinderung der Übermechanisierung und damit eine Verschuldung, ich möchte sagen, eine Hebung der Lebensqualität.

Frau Kollegin Frieß ist eingegangen auf die Pensionszeiten. Auch ich möchte diese hier noch einmal von der Gesellschaft her anschneiden. Es ist notwendig, daß wir der Bäuerin die Pensionsanerkennung für Kindererziehungszeiten zusichern. Sie ist es, die nicht Arbeits- und Pensionszeiten außerhalb des Betriebes erwerben kann, vielfach auch

nie im außerlandwirtschaftlichen Beruf gestanden hat. Für sie ist es eine Notwendigkeit, und ich ersuche alle Frauen, überparteilich mitzutragen, daß die Bäuerinnen diese Chance bekommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir heute viel davon gesprochen habe, daß es uns ein Anliegen ist, dem Bauernstand Lebensberechtigung zu geben, so glaube ich an die Kraft dieser Frauen, die bereit sind, all die Probleme zu meistern. Ich glaube an diese Kraft und an diese Hoffnung, die sie ausstrahlen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. - 16.54 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tasch.

Abg. Tasch (16.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

So mancher wird sich gewundert haben, daß ich heute noch zur Agrarpolitik rede, wo ich doch seit drei Jahren kein Bauer mehr bin, weil ich auf Grund eines persönlichen Schicksals die Landwirtschaft aufgeben mußte, nur liegt mir der Bauernstand noch immer ganz besonders am Herzen. Ich habe das Gefühl, daß ein Eck von mir weggefallen ist, als ich gezwungen war, die Landwirtschaft aufzugeben, und ich habe deshalb ganz bewußt nicht den Kampfanzug angezogen, sondern bin in einem modernen Anzug gekommen, weil mir das Thema der Landwirtschaft so am Herzen liegt und weil ich hier auf keinen Fall Porzellan zerschlagen will und eigentlich die Bedeutung der Bergbauern für den Tourismus klar aufzeigen möchte. Es ist für mich ein besonderes Anliegen als Tourismussprecher der Österreichischen Volkspartei, den Bauernstand und den Tourismus zugleich in Erwähnung zu bringen, weil ich glaube, daß der Bauernstand, aber vor allem der Bergbauer für die Erhaltung des Tourismus und für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft von ganz besonderer Bedeutung sind. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Erhaltung der Bauern ist eine staatspolitische Aufgabe. Wir sind durch die Industriegesellschaft in eine Minderheit geraten zwischen 6 und 7 Prozent. Freiheit ist auch Freiheit der Ernährung. Der Versuch, der Kammer die Förderungen zu nehmen, ist ein Anschlag und eine Vernichtung unserer Interessenvertretung und unserer Identität.

Das könnte man damit vergleichen, wenn man der Kirche die Priester wegnehmen würde. (Abg. Trampusch: „Ein guter Vergleich. Auch ihr habt einen Schreiber, weil du der dritte bist, der das sagt!“) Ein Nebenerwerbsbauer, der für Arbeitslose einzahlt, aber nicht die Arbeitslose beziehen kann, ich glaube, auch das ist eine ganz große Ungerechtigkeit, worunter der Bauernstand auch sehr leidet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist bereits sehr viel gesprochen worden, auch sehr viel Stroh gedroschen worden, und ich werde konkret zu einigen ganz wichtigen Angelegenheiten Stellung nehmen. Tourismus und Bauern, vor allem Bergbauern, Julius Raab erwähnte es seinerzeit, wenn der Bauernstand unter die 10-Prozent-Marke sinkt, dann wird es in

unserem Land bedenklich. Wir sind bereits zwischen 6 und 7 Prozent. Wir leben in einer unheimlich bewegten, aber auch hochinteressanten Zeit, in einer Zeit, die aber auch vielen Menschen große Sorgen und Ängste bereitet. In einer Zeit, die unheimlich viele Fragen stellt, niemand aber richtig in der Lage ist, sie zu beantworten. Es ist bezeichnend für das Verständnis der SPÖ für unsere Landwirtschaft, daß ihr Generalredner Kollege Flecker in seiner Rede die Landwirtschaft mit keinem Wort erwähnte. Der politische Hofrat Flecker, und das weiß ich persönlich, ist ein äußerst intelligenter Bursch, und wäre es nicht so, daß in der SPÖ die Landwirtschaft zum Großteil nicht vorkommt, dann hätte er auf das sicher nicht vergessen. (Abg. Dörflinger: „Hast du dasselbe Konzept wie der Grillitsch?“) Kollegin Kaufmann ist sicherlich aus Parteinotwendigkeit für die SPÖ aufgestellt worden. Ihr wurde sicherlich ein Abgeordnetenmandat versprochen, um das Finanzielle aufzubessern, weil sonst, glaube ich, wäre kaum einer bereit, für die SPÖ als Bauernvertreter zu gehen.

In meiner Gegend kenne ich sehr viele Menschen und ich muß sagen, man muß mit der Lupe suchen, um einen Bauern in der SPÖ zu finden. Das würde heißen, sich auf einen Ast zu setzen und diesen Ast persönlich abzusagen. (Abg. Trampusch: „Du disqualifizierst dich selber!“ - Abg. Dörflinger: „Das ist eine Frechheit!“) Allweil noch besser eine starke ÖVP als der rote Schmäh. (Abg. Trampusch: „Ich gratuliere der ÖVP für solche Aussagen!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Neben den vielen Fragen und Folgen der politischen Veränderung durch den Zusammenbruch des Kommunismus, die Ostöffnung, die politische Veränderung oder das große Kapitel des Umweltbereiches ist es in unserem Land vor allem die Frage des angekündigten Beitrittes zum großen Europäischen Wirtschaftsraum mit seinen 360 Millionen Konsumenten.

Hoffnungslosigkeit, Resignation, Zweifel und Angst vor dieser Zukunft beherrschen zunehmend vor allem das bäuerliche Denken. Warum eigentlich? Weil mit der Verwirklichung des großen Wirtschaftsmarktes der Welt überhaupt sich naturgemäß viele offene Fragen ergeben. Fragen, die unbeantwortet im Raum stehen. Wie wird es der Landwirtschaft ergehen? Werden die kleineren und mittleren Betriebe überhaupt überleben können? Wie wird es die Bergbauern treffen? Oder trifft es die mittleren und großen Betriebe? Sind Spezialisierungen notwendig? Wenn ja, in welchem Bereich? Lohnt es sich überhaupt, Qualitätsprodukte zu erzeugen? Ist es finanziell überhaupt tragbar? Seit jeher lebten die Bauern auch wirtschaftlich von der Lebensmittelproduktion und pflegten sozusagen als Draufgabe die Landschaft. Beide Leistungen sind miteinander verbunden. Übersättigte Märkte und damit Preisdruck in allen kaufkräftigen Ländern gefährden nun aber immer drastischer Tausende Bauernfamilien in ihrer Existenz. Bergbauern sind davon besonders betroffen. Dazu paßt haarscharf die neueste Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes, die erst vor wenigen Tagen unseren Bauern erneut kalten Schweiß über den Buckel rinnen ließ. Milliardenverluste, so heißt es darin, werden die heimischen Bauern erleiden, wenn sich Österreich diesem großen Wirtschaftsraum stellt. In Kommentaren und Fernseh-

diskussionen wurden Betriebsgrößen genannt, die bei vielen Bauern erneut Resignation und Hoffnungslosigkeit aufkommen ließen. Wird es wirklich so schlimm kommen? Niemand ist heute in der Lage, darauf eine klare Antwort zu geben. Nur eines ist klar, unser Land und damit auch die Bauern werden auch dann zu den Verlierern zählen, wenn Österreich dieser Gemeinschaft nicht beiträgt. Nur ein Beispiel: rein die agrarischen Einfuhren aus der EG haben sich in den letzten zehn Jahren von 10 auf 19 Milliarden Schilling erhöht, während unsere Ausfuhren in die EG nur minimal anstiegen. Die Landwirtschaft muß exportieren - aber wohin, wenn wir uns von Europa isolieren? Ich behaupte, auch wenn viele Bauern in unserem Land durch eigene Vertreter oft verunsichert werden, daß die Bauern in unserem Land, und vor allem die Bergbauern, sehr wohl Chancen des Überlebens haben. Sie haben sie vor allem dann, wenn sie sich nicht selbst krankjammern, optimistisch in die Zukunft blicken, sich heute schon auf diese Zeit einzustellen beginnen, flexibel und anpassungsfähig sind und sich mit Kraft und Freude den neuen Anforderungen stellen. Ganz zuerst wird es freilich notwendig sein, ein neues bäuerliches Leben zu bejahen. Es wird notwendig sein, ein neues Berufsverständnis zu entwickeln. Alle müssen wir uns klar sein, daß Bauer sein heute etwas ganz anderes bedeutet als noch vor vielen Jahren. Bauer sein heißt heute, sich nicht nur verantwortlich fühlen für die Produktion und für Nahrungsmittel, sondern auch im Bewußtsein zu leben, von der Gesellschaft bezahlter Kultur- und Landschaftserhalter zu sein. Es ist schon richtig, daß viele Bauern, im besonderen unsere Bergbauern, mit diesem Begriff noch relativ wenig anzufangen wissen. Viele unserer Bauern haben bis heute noch nicht begriffen, daß gerade in der Kultur- und Landschaftserhaltung ihre künftige Existenz liegt. Von der eigenen Produktion auch in Zukunft leben zu können, wird wahrscheinlich nicht möglich sein. Die Erhaltung einer flächendeckenden und naturnahen produzierenden Landwirtschaft aber wird auch in Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Hier wird man freilich auch ein Umdenken in unserer Gesellschaft herbeiführen müssen. Man wird die Frage stellen müssen, was sind die Wünsche unserer Konsumenten, was sind die Wünsche aus der Sicht der österreichischen Fremdenverkehrs- und Freizeitwirtschaft? Es wird die Frage zu stellen sein, wie viele Bauern braucht unsere Gesellschaft überhaupt? Eines ist klar, eine flächendeckende Landwirtschaft, die die Kulturlandschaft erhält, ist wegen der natürlichen Erschwernisse in Österreich von den Bauern allein nicht mehr zu erhalten. Dies kann nur mit massiver Mithilfe unserer gesamten Bevölkerung erfolgen. Wir wissen alle, welchen Stellenwert der Fremdenverkehr heute in unserem Land darstellt. Für Tausende Bergbauern ist dies schon seit Jahren die einzige Überlebenschance, und diese Chance will man natürlich nützen. Ebenso klar aber ist, und hier scheint mir das Verständnis der Bevölkerung noch viel zu wenig durchzudringen, daß ein gut funktionierender Tourismus nur dann möglich ist, wenn unsere Landschaft in ihrer Schönheit und Vielfalt erhalten bleibt. Ab und zu wird ja schon ein wenig darüber diskutiert, wenngleich auch ganz leise. So beschäftigte sich beispielsweise eine Tourismuslandeskongress in Salzburg am 23. November mit dieser

Frage und machte dabei eine hörensweite Aussage – ich wiederhole, eine hörensweite Aussage: Die vielfältige gepflegte Kulturlandschaft – attraktives Landschaftsbild – sichert Österreich im internationalen Vergleich die Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus. Die Erhaltung dieser gepflegten Kulturlandschaft, die auch den Einheimischen zugute kommt, muß daher ein gesellschaftspolitisches Anliegen sein. In der Schweiz spricht man von einem gemeinwirtschaftlichen Anliegen. Die Erfahrung zeigt, daß die Erhaltung der Kulturlandschaft am effizientesten und kostengünstigsten von den Landwirten in der Region selbst geleistet werden kann. Bauern wollen keine Subventionsempfänger sein, wie sie in der Gesellschaft oft fälschlich bezeichnet werden, sie sollen es auch nicht sein, und es müssen einerseits gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, und andererseits auch durch entsprechendes Marketing ein Umdenken in der Bevölkerung erzeugt werden. (Abg. Dr. Wabl: „Tu den Zettel weg!“) Wabl, auch wenn du ein Richter bist, kannst du mich trotzdem nicht aus dem Konzept bringen. Du kannst zwar Gesetzesprechungen machen, aber zur Landwirtschaft kannst du noch lange nichts sagen, weil davon verstehst du sowieso nichts. (Abg. Peinhaupt: „Wenn du keinen Zettel hättest, würdest du auch nichts verstehen!“) In Vorarlberg haben sie zum Beispiel zur Selbsthilfe gegriffen. In St. Anton am Arlberg bekommen viehhaltende Betriebe 5000 Schilling pro Kuh und weitere Abgeltungen für die Pflege der Wiese. Durch die Förderung der Bauern soll die Haupteinnahmequelle der Gemeinde, der Fremdenverkehr, abgesichert werden. Hier haben Gemeinden bereits zur Selbsthilfe gegriffen, um das Bauernsterben hintanzuhalten.

Welche enorme Bedeutung die Landschaftspflegeleistungen der Bauern haben, wird vielfach noch unterschätzt. Hier ist wohl am treffendsten das Beispiel der Stadt Salzburg zu nennen: Jahrelang, und bitte, hören Sie jetzt genau zu, jahrelang wurden die Wiesen am berühmten Mönchsberg von einem Bauern gemäht. Er bezahlte dafür den üblichen Pachtzins von 20.000 Schilling für die gesamte Fläche von 8,5 Hektar. Nachdem er diese Tätigkeit nicht mehr ausüben konnte, wurde die Erhaltung der 8,5 Hektar großen Fläche öffentlich ausgeschrieben. Da kam auf einmal das böse Erwachen: Professionelle Landschaftsgärtner verlangten zwischen 32.000 und 72.000 Schilling pro Hektar, was insgesamt für dieselbe Fläche auf einmal 270.000 bis 600.000 Schilling ausgemacht hätte. Nun ist die Stadt Salzburg froh, einen Bauern gefunden zu haben, der diese Arbeit für insgesamt 40.000 Schilling macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte Ihnen mit diesem Beispiel drastisch vor Augen führen, wenn es soweit kommen sollte, daß der Staat in unseren Berggebieten die Wiesen pflegen müßte, daß der Staat die Landschaftspflege übernehmen müßte. Ich glaube, wir sind alle aufgerufen, alles zu unternehmen, um das Sterben unserer Bergbauern hintanzuhalten, aber auch der bäuerlichen Bevölkerung im Tal natürlich. Ich darf von dieser Stelle aus unserem Landesrat Pörtl ein herzliches Danke sagen. Er ist einer der Bauern, er ist einer, wo sie sich vertreten fühlen, er ist einer, der tagtäglich vor Ort ist, und die Bauern wissen, an wen sie sich wenden können. Er ist einfach

einer, der seine ganze Kraft, aber auch seinen ganzen Körper für den Bauernstand in der Steiermark zur Verfügung stellt. Lieber Erich, herzlichen Dank dafür. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 17.11 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (17.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vom Kollegen Tasch bin ich momentan sehr enttäuscht. Wenn er schon die Kammer mit der Kirche vergleicht, ist das ein starker Tabak, aber was er über die Kollegin Kaufmann gesagt hat, das war unterste Schublade. Ich überlasse die Beurteilung dem Hohen Haus. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich freue mich, daß alle unserem Generalredner so aufmerksam zugehört haben und festgestellt haben, daß er sich zum Thema, so wie es festgehalten wurde, Landwirtschaft nicht geäußert hat. Wir sind stolz und glücklich, und ich möchte auch unserer Kollegin Kaufmann gratulieren, weil sie als Frau die ganze ÖVP-Männerriege aufgewiegelt hat, daß ihr aufmarschieren habt müssen, und sie war als einzige in der Hauptrednergruppe der bäuerlichen Bevölkerung. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Prinzip darf ich festhalten, daß ich als Außenstehender, und wenn nur der Kollege Schützenhöfer da gepriesen wurde als einziger, der über die Bauern redet, darf ich vielleicht vorweg sagen. Im Prinzip meinen alle das gleiche, nur die Auslegungen werden anders vorgenommen. Für mich, der die Möglichkeit hat, auf Grund meiner Tätigkeit in den Betrieben – und die Kollegin Kaufmann hat festgestellt, daß bereits schon über die Hälfte der Bauern Nebenerwerbslandwirte geworden sind – mit den Leuten zu reden. Für mich ist Bauer, Nebenerwerbsbauer und Arbeitnehmer eine Einheit. Der Bauer, der Nebenerwerbslandwirt als Produzent und die Arbeitnehmer als Konsumenten. Das sollen wir nicht auseinandervidieren lassen und nicht so tun, als ob die SPÖ-Fraktion gegen die Bauern wäre. Man muß nur trennen: die Bauern, Nebenerwerbslandwirte und das Kammersystem. Das möchte ich einmal klar festhalten.

Weil ich gesagt habe, auf Grund meiner Tätigkeit darf ich festhalten, daß in den vielen Diskussionen mit den Nebenerwerbsbauern nach wie vor die Sorgen vorhanden sind, und Gott sei Dank haben diese – heute sage ich Kollegen, weil sie der Gewerkschaft beigetreten sind – in den Betrieben, Industriebetrieben, Gewerbebetrieben, eine Arbeit gefunden, um ihren Lebensunterhalt für ihre Familien verdienen zu können. Viele würden gerne weiter in der Landwirtschaft arbeiten. Jetzt erst merken sie, weil sie in den Betrieben beschäftigt sind, wie gut und wie wichtig es ist, eine Interessenvertretung zu haben, die die Interessen der Arbeitnehmer im gleichen Parallelzug, so wie es bei den Bauern sein müßte, vertritt. Bei den Betriebsratswahlen merken wir, wie die Kollegen, obwohl sie zugeben, anders politisch zu denken, hier den Funktionären ihre Stimme geben und Gewerkschaftsmitglieder sind. Das beeindruckt mich. Mir hat ein Kollege, ein Nebenerwerbslandwirt, in einer Versammlung gesagt, ich bin zwar ein Schwarzer, aber ich

wünsch mir nur eines: Hoffentlich geht es den Bauern nicht so wie dem Erfinder des ökosozialen Weges, dem ehemaligen Vizekanzler und Landwirtschaftsminister Riegler, den die eigene Partei dann abserviert hat. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Grillitsch: „Sag das in Zeltweg, in Judenburg, in einem Betrieb!“)

Das zweite Beispiel ist der Entwurf des Landwirtschaftskammergesetzes, Kollege Grillitsch, ich weiß schon, daß dir das weh tut, vom Berufsstand Bauer zum System der Kammern gehen. (Abg. Grillitsch: „Ein Polemisierer, wie es keine zweiten gibt!“) Ich möchte einen Vergleich anstellen. Im Landwirtschaftskammergesetz, in der Vorlage, im Entwurf wollen die Bauern, die Funktionäre die Verfassungsbestimmung. Ja, wie hat die ÖVP geschrien, als es geheißen hat, wir werden die Arbeiterkammer auch in den Verfassungsrang heben, die Handelskammer hat die Probleme, ist nicht drinnen und verschiedene andere, aber bei der Bauernkammer brauchen wir die Verfassungsbestimmung. Dann kommt noch etwas dazu im Petitionsrecht. Der Paragraph 30 d sagt aus, das ist der Entwurf, daß Anträge an die Vollversammlung der Bezirkskammer von mindestens 300 Kammerzugehörigen unterschrieben sein müssen und die Anträge an die Vollversammlung der Landeskammer von mindestens 1000. Jetzt vergleiche ich den Berufsstand der Bauern mit den Arbeitnehmern, da haben wir über 300.000, und im Arbeiterkammergesetz genügen 150. Das wäre dementsprechend eine Richtung zu zeigen, daß das, was man beim Arbeiterkammergesetz verlangt hat seitens der ÖVP, die Funktionäre auch beim Landwirtschaftskammergesetz verlangen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nebenbei kommt noch dazu, daß man das Wahlalter bei den Bauern wahrscheinlich anders wertet als bei der übrigen Gesellschaft, ohne jemanden auseinanderdividieren zu wollen. Das Wahlalter, um in der Kammer gewählt zu werden, ist 18 Jahre in der Arbeiterkammer. Im Landwirtschaftskammergesetzentwurf muß einer warten, bis er 21 Jahre ist, daß er die Wählbarkeit erreicht. (Abg. Schützenhöfer: „Wenn du von der Wählbarkeit eines Kandidaten redest, stimmt das nicht!“) Ich sage nur deshalb, weil man das einbringen muß. Ich werde mir dann genau anschauen, wie die ÖVP den Vergleich Arbeiterkammer – Landwirtschaftskammergesetz macht. Vielleicht beeinflußt euch der Kollege Schützenhöfer das umzusetzen, was die ÖVP im Zuge des Arbeiterkammergesetzes verlangt hat.

Dann kommt noch eine Richtigstellung. Der Kollege Kowald hat gemeint und hat sogar eine tatsächliche Berichtigung gemacht, das ist immer ungut, wenn man herausgeht ohne Zahlen, und dann muß man berichtigen, und dann stimmt die Berichtigung auch nicht, aber du kannst dann noch einmal berichtigen. Im Rechnungshofbericht steht drinnen, daß im Jahr 1976 von der Landeskammer, nach den vorgelegten Unterlagen, insgesamt 642 Dienstnehmer beschäftigt waren. Derzeit sind 565 und wenn ich richtig rechnen gelernt habe in der Schule, ist das ein Minus von 77 und nicht ein Minus von 200, wie du behauptet hast. (Abg. Kowald: „Schau nach vorne um zehn Jahre, und nicht zurück!“) Auch nur eine Klarstellung.

Zum Verwaltungsaufwand, weil einer nur wieder die Gebietskrankenkasse hineingeschrieben hat.

Schaut euch bitte in eurem Bereich die Verwaltungskosten an. In der Selbstverwaltung machen die Verwaltungskosten 3,55 Prozent aus. Jetzt, Herr Kollege Landesrat Pörtl. Als Person, darf ich freiweg sagen, schätze ich dich, und privat reden wir gut, aber Politik ist halt ein hartes Geschäft, und in der Politik kann man es sich nicht aussuchen, da muß man etwas Härteres gewohnt sein. Ich schätze dich als sehr besonnenen, aber manchmal vielleicht als zu ruhigen Landesrat ein, und ich habe einen Spitznamen für dich erfunden, den „No-Panik-Pörtl-Landesrat“ aus einem Grund: Zum wiederholten Mal, ich habe persönlich immer den Eindruck, wenn es brennt, hat der Landesrat Pörtl in der Öffentlichkeit die Aussage gemacht, kein Grund zur Panik, und das, glaube ich, führt dazu, daß nichts weitergeht. Beim Grundverkehrsgesetz hast du gesagt, keine Panik, wir haben noch Zeit (Landesrat Pörtl: „Paß auf, daß du nicht deinen Landeshauptmannstellvertreter triffst!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Kein Problem!“), wir werden aber zum gegebenen Zeitpunkt darüber diskutieren. Bei der lebensbedrohenden Gewerbeordnung für die Weinbauern bezüglich Begrenzung der Zukaufsmenge hat der Pörtl in ähnlicher Weise agiert: Keine Panik. Und dann – weil es heute angeschnitten wurde, wegen dem politischen Federl bei den Dürrekatastrophen – hat der Herr Landesrat Pörtl in der Tageszeitung „Die Presse“, kein sozialdemokratisches Organ, nur daß das nicht einer in die falsche Kehle bekommt, sich gegen Panikmache gewehrt und gesagt: Bei den Dürrekatastrophen keine Panik. Drei Tage später hat man festgestellt, daß in der Steiermark 2,27 Milliarden Dürreschäden gemeldet wurden.

Und ich sage das deshalb, es geht nicht um das politische Federl, aber damit man sieht, daß das ein Anliegen aller ist. Der Landeshauptmannstellvertreter Schachner und Landesrat Ressel haben sicher sofort reagiert, und erst hintennach ist Landesrat Pörtl munter geworden, sonst hätten die Bauern vielleicht noch länger gewartet, bis das Ganze ins Laufen gekommen ist. Ich sage das politisch einmal sehr wertfrei. (Abg. Dr. Maitz: „Die Wahrheit ist umgekehrt, aber das macht nichts!“) Und ich möchte mich bedanken bei allen Steuerzahlern und auch beim Bund, daß es möglich war, ganz unbürokratisch aus dem Katastrophenfonds diese 566 Millionen Schilling in der Steiermark auszuzahlen. (Beifall bei der SPÖ.) Immerhin hat der Bund 60 Prozent auch dazu beigetragen, und es wäre fair, wenn man auch das einmal positiv erwähnen würde. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 17.20 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (17.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Frau Kollegin!

Sie sehen, auch für uns ist die Landwirtschaft sehr wichtig. Das ist keine Frage. Aber Sie brauchen keine Angst haben – ich bin in der Landwirtschaft aufgewachsen, ich bin in einer Gemeinde wohnhaft, die bäuerlich sehr stark strukturiert ist, und ich glaube, daß ich ein bißchen eine Ahnung davon habe. Ich

wohne auch noch immer auf einem Bauernhof, und mir gefällt es dort, das muß ich auch dazusagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch ein paar Dinge einbringen: Vor allem als Landbürgermeister, und so kann ich das wirklich nennen, hat man mit gewissen Dingen natürlich Erfahrung und auch damit zu tun, wie es dort funktioniert. Ich bin aber vorerst, und das möchte ich gleich sagen, der Meinung, man soll alle Interessenvertretungen ein bißchen gleichhalten, und man soll keine überlasten - das ist auch meine Meinung. Und ich glaube, man ist ein bißchen überlastet, wenn man hinkommt, den Bauern dort hilft und gleichzeitig sagt, du bekommst das Geld oder nicht. Weil ich glaube, wenn der Unternehmer zu seiner Kammer geht, dann wird er beraten - kann sich natürlich auch mit Steuerberatern unter anderem beraten -, und dann kümmert er sich erst um seine Förderung oder wird dort beraten, was er bekommen kann. Das ist genauso bei der Arbeiterkammer und bei anderen. Er wird dort beraten, aber er wird dort nicht ausbezahlt. Ich glaube, man soll diese Last auch der Kammer nehmen, schon einmal aus einem Grund, weil es einfach wichtig ist, daß man sich um die Interessen, die man eigentlich in Wirklichkeit wahrnehmen soll, auch kümmern soll. Und deshalb glaube ich, soll man hier wirklich nicht unbedingt den Eindruck machen, wir wollen jemandem etwas wegnehmen. Aber es soll einfach eine Gleichheit sein. Es war vorher eine andere Mehrheit und dadurch auch andere Ideen. (Abg. Riebenbauer: „Ach, das ist der Grund!“) Warum ich das sage, das kommt noch, geschätzter Kollege. Ich habe ein bißchen eigene Erfahrung gesammelt, und die werde ich jetzt vorbringen: Ich gehe zu den Dürreschäden, die immer so nervös behandelt worden sind und von verschiedenen Seiten anders gesehen worden sind. Aber es freut mich, daß alle Bauern etwas bekommen - leider nur die, die einen Schaden von über 5000 Schilling haben, natürlich ab 30 Prozent. Aber ich glaube, es ist sehr wichtig, weil gerade in einer Landgemeinde, wie es bei uns ist, die auch vom Fremdenverkehr lebt, daß natürlich die Landwirtschaft auch ein Kulturträger ist und vor allem für die Landschaftspflege da ist. Daher ist mir dieses Anliegen sehr wichtig. Aber es freut mich deshalb nicht, wenn Schätzer zwar sehr tüchtig sind und das alles genau machen, ich habe in meiner Gemeinde sogar den früheren Ortsbauernobmann mitgeschickt, damit man nicht glaubt, der Schleich will Politik machen, er ist auch der Gemeindesekretär bei uns und gehört nicht unserer politischen Fraktion an, und er hat mir gesagt am zweiten Tag: „Ich kann dir die ganzen Daten aufschreiben - ich darf mir diese kopieren. Diese legen wir dann in der Gemeinde ab.“ Ich war dafür, daß die Bürger dort Einsicht nehmen können und daß jeder sehen kann, wie es beim anderen geschätzt worden ist. Aber als das ganze Schätzen vorbei war, ist er zu mir gekommen - er war selber enttäuscht, das muß ich ganz ehrlich sagen -, und hat gesagt: „Die haben es mich nicht kopieren lassen, weil man hat gesagt, das sei Datenschutz.“ Ich sehe den Datenschutz schon ein, aber nur, wenn ich es ehrlich meine, dann kann ich den anderen hineinschauen lassen. Das ist ein Punkt, der mich dahin gehend bewegt, und ich glaube, daß das auch eine wichtige Sache ist. Aber ich kann Ihnen auch noch einen zweiten Punkt erzählen, und da freut es

mich auch ganz besonders, daß der fiktive Einheitswert für die Grenzlandbauern bei der Direktförderung von 200.000 auf 350.000 Schilling erhöht worden ist. Das ist wirklich eine gute Sache, denn Sie wissen ja, es sind die meisten Nebenerwerbslandwirte bei uns, früher waren es einmal 40, 50 Landwirte, heute sind es nur mehr zwei, drei, und diese sind die Landschaftspfleger, wie ich vorher schon gesagt habe. Aber als es um die Erhebung gegangen ist - ich sehe schon, der Herr Kollege schreibt schon etwas auf für eine Berichtigung, das macht aber nichts, dann mache ich wieder eine Berichtigung, das ist keine Frage, er kennt ja das dortige Problem. Ich habe versucht, die Unterlagen dazu zu bekommen, weil es mir ein Anliegen ist, gerade als Bürgermeister, daß die Leute das Geld bekommen und vor allem, wenn sie in die Gemeinde kommen und wenn man dort sitzt und der Sekretär dort sitzt, der der ehemalige Kammerobmann wiederum ist, und die Leute fragen, bekomme ich etwas, falle ich dort hinein oder nicht, und ich habe keine Unterlagen. (Abg. Ing. Kaufmann: „Bauernbundobmann. Er ist nie als Sekretär dort gesessen!“) Das war er. Den Kammerobmann verwechseln wir nicht - er ist nicht Bauernbundobmann, aber die Bauernkammer ist es trotzdem. Also für die Leute ist es schon das Gleiche. Er ist dort gesessen, der frühere Obmann. Und das ist richtig, der Nöst war der frühere Obmann, und das weißt du sehr wohl. In der Gemeinde, daß man das richtig sagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was machst du, wenn du keine Unterlagen hast und die Gemeinde keine bekommen hat? Dann rufst du einfach in der Kammer an. Ich habe ein Glück gehabt, es war auch gleich der Kammerobmann da, daß ich das jetzt nicht verkehrt sage, der Herr Zach - namentlich genannt -, und ich habe ihn gefragt: Wie schaut das aus, wir haben keine Unterlagen. Ich hätte gerne die Unterlagen. Ich habe zwei Landwirte, die gerade bei mir sind, und diese würden gerne wissen, ob sie jetzt ansuchen sollen oder nicht, ob sie dort hineinfallen zwischen die 200.000 und 350.000 Schilling Erhöhung. Er hat mir die Antwort gegeben: „Das hat dein Ortsbauernobmann.“ Mit dem Ortsbauernobmann haben wir aber schon Kontakt aufgenommen, und dieser hat gerade Hollerernte gehabt und daher keine Zeit dafür gehabt, und wir haben keine Unterlagen gehabt. Aber er war nicht bereit - und das müssen Sie jetzt hören -, der Obmann Zach war nicht bereit, mir als Bürgermeister der Gemeinde die Auskunft zu geben. Ich habe hier schon Bedenken, auch für die Leute, weil diese haben fortgehen müssen und haben keine Information bekommen. Ich glaube, wenn ich mir das überlege, dann muß ich sagen, ich weiß nicht, ob man da nicht mit gewissen Forderungen übergangen ist. Solche Dinge sollen in Zukunft nicht sein. Man soll wirklich das Gefühl haben, daß die Gemeinden auch die richtige Information bekommen. Ich hätte noch eine andere Geschichte, aber da kann es wirklich sein, daß sie ungeschickt passiert ist: Ich habe gehört, daß sehr viele Bauern aus Niederösterreich Stroh einliefern, und es gibt dafür eine Frachtkostenförderung. Nur, diese Förderung ist schon abgelaufen, und dann ist erst das Stroh gekommen. Ich habe mit dem Herrn Kollegen gesprochen, und er hat mir gesagt, damit er das nicht berichtigen muß, die Niederösterreicher sind geschickte Geschäftsleute, Bauern dort und haben

natürlich gehofft, daß sie die Förderung kassieren und das Stroh teurer verkaufen können. Aber ich glaube, hier gehört auch das Geschick der Funktionäre dort in der Bauernkammer her, daß man so geschickt verhandelt, daß die Bauern den Vorteil herausholen können. Das sind Bundesmittel, und diese stehen unseren Bauern zu. Und ich glaube, sie haben sie auch verdient.

Geschätzte Freunde, das war ein kleiner Streifzug, was man so als Bürgermeister in einem Bezirk erlebt, der überwiegend der ÖVP angehört – 55 Gemeinden und 54 gehören dorthin, wie es dort zugeht. Aber ich hoffe, daß das ein bißchen dazu beigetragen hat. Ich möchte hier nicht den Abgeordneten Kaufmann angreifen. Als er dort Obmann war, hat es diese Probleme nicht gegeben. Aber damals war ich auch noch nicht so lange Bürgermeister. Ich danke. Wenn es sein muß, bin ich gerne noch zu einer Berichtigung bereit. (Beifall bei der SPÖ. – 17.27 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (17.27 Uhr): Damit kein Irrtum entsteht, ich bin wirklich Bauernkammermitglied. Aber ich möchte zuerst einmal den weiblichen Abgeordneten hier im Hohen Haus gratulieren. Es war für mich wirklich ein Erlebnis, daß alle drei, die hier gesprochen haben, die Abgeordnete Frieß, die Monika Kaufmann und auch die Abgeordnete Pußwald, inhaltlich wirklich sehr viel zur Problematik der Bauern und der Bäuerinnen gesagt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich würde fast behaupten, daß sich manche Männer, die hier gesprochen haben, eine Scheibe abschneiden können, wie man auch sachliche Bauernpolitik hier im Hohen Haus bringen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt komme ich aber gleich zum Kollegen Tasch, weil du von Anschlag und Vernichtung der Interessensvertretung der Bauern gesprochen hast. Wenn wir uns erlauben zu sagen, reden wir darüber, ob man nicht in der Kammer bei der Förderung etwas anderes organisieren kann, dann habe ich ein ungutes Gefühl, wenn plötzlich so sensibel reagiert wird, weil wenn da nichts zu verbergen oder nichts zu ändern wäre, dann brauchen wir nicht so reagieren. Ich habe eher den Eindruck, daß der Gennaro nicht recht hat, weil jetzt ist aus dem „no Panik“ plötzlich ein „all Panik“ geworden, weil wir und die Freiheitlichen diesen Vorschlag eingebracht haben. Ich würde mich auch, Kollege Tasch, dagegen verwehren, wenn man die Bauernkammer mit der Kirche vergleicht.

Du hast nämlich gesagt, das wäre so, wie wenn man der Kirche die Priester wegnimmt. Es ist für mich nur ein Vergleich zulässig. Anscheinend ist es so, wenn man sich brav verhält, bekommt man einen kleinen Ablaß, und wenn man sich sehr brav verhält, einen großen. (Beifall bei der SPÖ.) Vielleicht ist das der Vergleich, und genau den wollen wir nicht.

Wenn du das so dargestellt hast, die Abgeordnete Kaufmann arbeitet nur deshalb für die Bauerninteressen, weil sie eine Gage dafür bekommt, ein Mandat, dann weise ich das auch zurück. Ihr Schwiegervater

war einer der ältesten sozialdemokratischen Bauernkammerräte der Steiermark. Also, sie hat schon eine ganz gute Einschulung gehabt. Nur, damals war es noch viel schwerer, sozialdemokratischer Kammerrat zu sein als heute, das gebe ich gerne zu. (Beifall bei der SPÖ.)

Mir ist noch etwas aufgefallen, Herr Abgeordneter. Du hast wörtlich gesagt, wenn es uns ernst um die bäuerlichen Bergbauernbetriebe geht, müssen wir endlich etwas mit dem Straßenbau tun. Endlich.

Dann hast du dich aber gleichzeitig beim Landesrat bedankt, daß alles gemacht wird. Bitte, wieso ist das denn bisher dann nicht passiert? Ich kann mich nicht gleichzeitig bedanken, daß eh alles bestens ist, und andererseits sagen, es ist bisher für den Wegebau nichts gemacht worden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wer war denn zuständig dafür? Überlegt einmal, welche Widersprüche ein Abgeordneter allein hat, wenn er gleichzeitig dankt und gleichzeitig sagt, es ist nichts passiert. (Abg. Tasch: „Wegeerhaltungsgesetz!“) Er hat gesagt, ich habe genau zugehört, es ist nichts passiert, und da muß man endlich was unternehmen. So war es. (Abg. Dr. Maitz: „Das habt ihr falsch verstanden. Es ist nicht die Errichtung, sondern die Erhaltung!“) Läßt sich im Protokoll alles nachlesen. (Präsident Dr. Klauser: „Am Wort ist der Abgeordnete Trampusch!“)

Meine Damen und Herren! Ich will sehr ernsthaft etwas zur ganzen Panik, die jetzt da ist, sagen. Wir wollen uns wirklich zusammensetzen, da gebe ich dem Kollegen Kowald recht, und schauen, was an dieser Bauernkammer wirklich verändert werden muß. (Abg. Grillitsch: „Man muß Taten setzen!“) Wir werden uns sehr genau in Oberösterreich, in Kärnten anschauen, wie es dort funktioniert und ob es den Bauern dort besser oder schlechter geht, weil sie keine Förderung über die Bauernkammer, sondern direkt bekommen. Ich bin überzeugt, es geht ihnen aber nicht schlechter. Es geht auch so, daß man die Förderung anders verteilen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Nur, Herr Kollege, was wir wollen, ist möglichst viel Geld möglichst gerecht an die Bauern verteilen. Das ist das einzige Ziel. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Grillitsch: „Sie verunsichern die Leute!“) Da verspreche ich wirklich namens meines Klubs und der Verhandler, die dabei sind, wir werden sehr sachlich sein. Aber es geht halt auch nicht an, ich glaube, der Kollege Riebenbauer war das, der gesagt hat, wenn das Land fördert, müssen alle Bauern nach Graz fahren um ihr Geld. Ja, fahren die in Oberösterreich alle nach Linz und in Kärnten alle nach Klagenfurt, um ein Geld zu holen? Die haben das dort auch anders organisiert. Da wird Panik und Angst gemacht, und genau das ist das Falsche. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Grillitsch: „So blöd sind die Bauern auch nicht!“) Jetzt noch etwas zum Nachdenken, wirklich allen Ernstes. Jetzt haben drei von der ÖVP gesagt, was für gute Bauernvertreter sie sind, weil ihr Generalredner hat als einziger zu den Bauern etwas gesagt. (Abg. Grillitsch: „Jawohl, so war es!“) Ich habe das ernst genommen und habe jetzt nachgeschaut, wo überall die ÖVP bei der Budgetdebatte etwas für die Bauern gefordert hat. Ich habe vorne und hinten geschaut und die ganzen Resolutionsanträge, ich wollte schon sagen, es gibt keinen.

Jetzt bin ich daraufgekommen, es gibt einen Antrag, den die ÖVP voll unterstützt hat als Bauernförderung. Das ist der einzige und anscheinend ihr wichtigster. Wißt ihr, was das für einer ist? (Abg. Grillitsch: „Das ist eine proletenhafte Art!“) Die ÖVP hat gestern für den Vogelfang gestimmt, damit sie den Bauern die Körndln nicht wegfressen. Wenn ich gewußt hätte, daß das die Bauernförderung ist, die einzige, hätte ich auch dafür gestimmt. Danke. (Beifall bei der SPÖ. - 17.33 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Pörtl (17.33 Uhr): Meine Damen und Herren, Herr Präsident!

Ich bin im Grunde froh und beeindruckt, welche fachlichen, sachlichen Beiträge gekommen sind, aber in der letzten Konsequenz auch etwas betrübt, mit welchen Spielarten die Diskussion in dieser brutalen und ernsten Lage der betroffenen Bauernschaft geführt wurde. (Abg. Trampusch: „Der Schützenhöfer redet über die Bauern in seiner Rede, aber ihr bringt keine Anträge ein!“) Kollege Trampusch, der letzte Beitrag hat mich auch nicht umgeworfen, was die Sachlichkeit betrifft.

Ich möchte ganz klar den emotionalen Teil, das ist die breite Diskussion um die Bauernvertretung, in der Form abhandeln, daß die Beiträge vom Präsidenten Rader und der öffentliche Eindruck dieser Kampagne, das muß man sagen, es ist doch eine Kampagne (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber geh!“), das hat mir der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek gerade vorhin gesagt. Das nächste Jahr wird ein hartes Jahr, da werden wir die Bauernkammer anschauen.

Es wurde folgendes öffentlich präsentiert:

Erstens: Der Offene Brief der Frau Abgeordneten Monika Kaufmann, daß alle Förderungsmittel zur Gänze als Direktförderung den Bauern übertragen werden sollen, ist ein Recht für eine solche Forderung. Hat natürlich Konsequenzen, über eine solche Forderung nachzudenken und zu beantworten. Ich habe das schriftlich versucht, und ich habe das beim „Grünen Bericht“ in der Diskussion auch dokumentiert, und in einigen Beiträgen der Abgeordneten ist vor allem auch untermauert, welche Konsequenzen das für die Bauern hat. Das wird der entscheidende Punkt der zukünftigen Diskussion sein. Ich bin selbstverständlich zur Diskussion bereit, und das ist auch die logische Haltung der Bauernvertretung, sprich Kammer, soweit ich dort als Mitglied ein Wort mitreden kann, daß wir uns permanent Entwicklungen zu stellen haben. Es ist daher über die Frage der Förderungsstrukturen selbstverständlich eine öffentliche Diskussion möglich. Aber bitte, die Bauern dürfen in der Hinsicht nicht auf der Strecke bleiben, und daher war die Verbindung Direktförderung und die klare Feststellung des Abgeordneten Peinhaupt in den Medien, es soll die Förderung von der Kammer weg in eine Förderungsgesellschaft kommen, der Eindruck vermittelt, daß damit - (Abg. Weilharter: „Das ist ein Vorschlag!“) Das war ein Vorschlag. Weilharter, deine qualitativen Betrachtungen möchte ich da nicht genauer durchleuchten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da sind wir sehr froh!“) Du siehst das natürlich aus

deiner Sicht, aber wir werden unsere Überlegungen mit einbringen.

Ich glaube, auf der Basis der künftigen neuen Förderungsmöglichkeiten in der EG - die Frage ist, ob wir überhaupt EG-Mitglied werden, das ist schon die nächste Frage, wenn ich an den Kollegen Wabl denke, bitte - kann den Bauern geholfen werden. Ich möchte aber ganz offen - und ich bin froh, daß ich das im Haus als Regierungsmitglied sagen kann - auch jene Frage in den Raum stellen, wer und welches Institut und welcher Experte niederschreiben kann, was passiert, wenn wir nicht im Bereich der europäischen Integration uns bewegen können. (Allgemeiner Beifall.)

Das ist keine Befürwortung oder sozusagen eine programmatische Erklärung, daß wir in die EG müssen. Aber es ist klar ausgesprochen worden, daß die eigentlich dramatische Situation - der Kollege Heibl hat das in einem anderen Zusammenhang gebracht - im Grunde die Osteuropaöffnung ist, weil zwei verschiedene Wirtschaftssysteme mit verschiedenem Niveau - was vor allem die Kosten und die Umweltbedingungen betrifft, unter denen unternehmerische Leistungen erbracht werden - konkurrieren. Ich glaube auch, daß vor allem die GATT Entwicklungen zu beachten sind. Ich habe nichts gegen Amerika, aber Amerika ist an und für sich bekannt, daß dort Lobbypolitik betrieben wird, und daher ist in dieser Situation, und das hat mich ein bißchen betrübt, die Frage, ob die Förderung in der Kammer ist oder nicht, ob da irgendwo ein Funktionär einen Fehltritt getan hat oder nicht, nebensächlich. Wenn das Hauptthema 1992 ist, wo wir vor der Türe so dramatische Entwicklungen haben, da bekomme ich persönlich ein bißchen Bauchschneiden, und ich bin froh, daß eigentlich in den ernstzunehmenden Beiträgen diese Sorge in den Hintergrund getreten ist. Ich muß aber trotzdem eine Meinung, die in den Raum gestellt worden ist, ein bißchen in Frage stellen, daß wir eine unbewegliche Organisation im Bereich der Agrarpolitik haben. Es ist längst bekannt, welchen Weg die Agrarpolitik in Österreich gehen mußte.

Ich traue es mir fast nicht zu sagen. Aber 1945 war dieses Land Österreich jenes Land, das am meisten vom Hunger bedroht war - das ist Faktum. Heute sind wir praktisch beim Schuldverteilen, wer und welche Sparte zuviel produziert in der Landwirtschaft. In der übrigen Wirtschaft sind wir stolz und froh und sagen, wer kann mehr exportieren? Diese Frage gehört genauso in den Raum gestellt, ohne daß ich einen Klassenkampf mache. (Allgemeiner Beifall.)

Ich behaupte, daß Bauern, die auch Lebensmittel erzeugen in Kombination mit Landschaft, mit natürlichen Lebensgrundlagen, auch das Recht haben, für den Export sich vorzubereiten. Daher bleibe ich bei meiner Position, daß Erfahrungen in der Preis- und Absatzstützung nicht blind weggeworfen werden dürfen, ohne die Konsequenzen zu beachten. 60 Prozent des gesamten Einkommens kommen aus der Viehwirtschaft, 400.000 Rinder müssen wir nach Italien exportieren. Wenn man diese Einkommensquelle fallen läßt und die Förderungen gegenüberstellt, dann bin ich persönlich der Auffassung, daß das momentan kein Weg ist. Daher unser Vorschlag: mit diesem Struktur- und Direktförderungsprogramm in Blickrichtung. Ich habe diese Forderung als verantwortliches Regie-

rungsmitglied in den Raum gestellt und habe gebeten, das auch im Budget unterzubringen. Der Kollege Peinhaupt hat sicherlich nicht ganz genau geschaut, weil er nicht registriert hat, daß im Bereich der Investitionen zusätzlich insgesamt über 15 Millionen Schilling da waren. (Abg. Peinhaupt: „Und die 6 Millionen, die wir für den Ökoausgleich der Milch brauchen? Wo sind die?“) Das ist die Frage, und über diese wird ebenfalls der Landtag diskutieren und vor allem auch die Regierung. Ich stelle nur fest, wir haben erst jetzt – das ist noch nicht fix entschieden – die Einigung, wie und in welcher Form die Länder in Österreich zu dieser Entschädigung, vor allem den Modus, wie entschädigt wird, kommen. Ich stelle aber trotzdem im Grunde fest, daß zum Beispiel die Beweglichkeit in der Bauernschaft, in der Bauernvertretung auch ablesbar ist. Wir haben daher auch kein Versteckenspiel notwendig. Ich muß hier meine zwei Blätter wieder herausnehmen, damit das untermauert ist. (Abg. Peinhaupt: „Wir müssen aber schon auszahlen!“) Das schadet nichts, wenn das auch einmal Studierende sehen. Ich muß das ganz brutal sagen. (Abg. Kaufmann: „Ist das jetzt keine Polemik?“) Das ist die Entwicklung. (Abg. Kaufmann: „Da geht es um Exportmärkte, wo für die Bauern nichts drinnen ist. Exportieren recht und schön, wenn ich für ein Produkt den richtigen Preis habe. Sie polemisieren auch so locker dahin!“) Habe ich gesagt um jeden Preis? Kollegin Kaufmann, du bist Expertin.

Als politische Feststellung respektiere ich das. Ich muß aber, wenn ich mehr als die Hälfte beim nächsten Bauernmarkt, blitzartig, wo der Viehmarkt ist, das erklären, weg mit der Stützung – das sind 20 Schilling pro Kilogramm, dann bin ich neugierig, was dort die Bauern sagen zu jener Vertretung, die für die Preis- und Absatzsicherung eine Verpflichtung hat. Und da werde ich gleich das nächste Bild herzeigen, was die Endkonsequenz ist. (Abg. Trampusch: „Was sagen die Salzburger Bauern?“) Das ist die Entwicklung der Umstellung in Österreich, speziell in der Steiermark, von den Direktförderungen von 1988 – hier waren wir 1973 mit 11,7 Millionen Schilling Direktförderung, und jetzt sind wir bei 560 Millionen Schilling Direktförderung. Der Weg ist ganz klar und gehört dynamisch weiterentwickelt. Das ist überhaupt keine Frage. Das ist auch der Hintergrund in Richtung GATT-Entwicklung und in Richtung EG-Entwicklung, weil zugleich gesagt worden ist, alles geht in die Bürokratie, Kollege Peinhaupt. (Abg. Peinhaupt: „Ich kenne die Graphik!“) Das ist die Graphik der Personalentwicklung im Bereich der Landwirtschaftskammer. (Abg. Trampusch: „Herr Landesrat, ein kleiner Unterschied. Wenn du das förderst, ist das gerechtfertigt, nur, wenn wir das fördern, ist das Polemik. Man muß es anerkennen, wenn wir die Direktförderung fordern!“) Ich stelle trotz allem fest und sage in diesem Moment: Wer glaubt, daß die Entwicklung, wenn sie eintrifft, GATT, EG-Integration, 1. Jänner 1993 Binnenmarkt, wenn wir die 63.500-Tonnen-Regelung für den EWR nicht verhandelt hätten, wären wir ab 1. Jänner 1993 praktisch schon mausetot, und wir könnten auf Drittländer uns bewegen im Viehbereich. Es wird in Zukunft – wenn die GATT-Regelungen vollzogen werden sollen, wenn der EWR fix ist, wenn die EG-Auswirkungen nach der Schneider-Studie kommen – ähnliche oder noch ärgere Einkommenseinbußen, als die Dürrekata-

strophe, unmittelbar bei den Betroffenen bedeuten. Ich stelle das fest, und es ist die entscheidende Frage, ob es uns gelingt, in Zukunft in Europa eine Werbeoffensive zu betreiben, was den Fremdenverkehr betrifft, mit solchen Bildern. Das ist das Produkt auch der Viehabsatzstützung, und das möchte ich ganz klar in den Raum stellen. Wir haben Tendenzen einer Mengenextensivierung in der Viehwirtschaft, aber zugleich eine qualitative Verbesserung und eine direkte Einkommensauswirkung unmittelbar beim Bauernhof. Wenn ich hier verschiedene Komplimente bekomme „no Problem“ oder „no Panik“-Landesrat, dann stört mich das nicht. Aber, Kollege Gennaro, du kannst ruhig einmal ein paar Wochen mit mir mitfahren, da wäre nichts dabei. Dann halte ich einmal bei einer Bauernversammlung, ob dort in den verschiedensten Bereichen nicht ein Problem zu lösen ist. (Abg. Gennaro: „Das merke ich selber!“) Wir haben immer ein großes Verständnis gehabt für alle dramatischen Strukturveränderungen, ob das die verstaatlichte Industrie war, ob das im Bereich des Gewerbes war. Wir haben leider im Gewerbe die Situation, daß manche Berufssparten nicht mehr bestehen, wenn ich an den Schuster, Schneider und, und, und denke. (Abg. Gennaro: „Ich habe nicht geschrieben ‚keine Panik!‘“) Wenn du unbedingt eine Antwort willst, bekommst du sie. Die Panik ist zum Beispiel beim Grundverkehrsgesetz ausgebrochen zu einem Zeitpunkt, wo wir einen Entwurf vorbereitet haben. (Abg. Gennaro: „Den kannst du vergessen!“) Das ist natürlich ein Problem, über das wir noch reden werden. Wir verhandeln derzeit über die steirischen Medien. Ich möchte nur eine Antwort haben: Welchen Entwurf gibt es in Österreich außer unserem Entwurf? Da können wir jederzeit einen Wettbewerb veranstalten. (Abg. Trampusch: „Wir verhandeln nicht über die Medien!“) Ich habe Zeit, und ich gehe auf jedes Thema ein, weil sonst bekomme ich einen Vorwurf vom Kollegen Trampusch. (Abg. Trampusch: „Wir verhandeln, wenn du einladest. In letzter Zeit hast du nicht eingeladen!“) Die Einladung ist ausgesprochen. Ich kann den Entwurf erst vorlegen, wenn der Nationalrat beschlossen hat, daß wir das überhaupt dürfen. Wir haben vor dem Beschluß die Vorbegutachtung gemacht. Wir haben hier nichts gehabt. (Abg. Trampusch: „Dann sag nicht, wir verhandeln über die Medien!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Fertig war er noch nicht. Ich habe gesagt, wir werden einen Sonderlandtag brauchen!“) Der Kollege Schachner hat vorgeschlagen, sofort einen Sonderlandtag zu machen, und in Wien haben sie noch gar nicht beschlossen, daß wir verfassungsmäßig das dürfen. Da habe ich „no Panik“. (Abg. Trampusch: „Da waren wir einmal schneller als die Wiener!“ – Abg. Grillitsch: „Das sind die Spielereien – kein Ernst!“) Es ist dann auch vermittelt worden nach Informationen über Prof. Wiewlinger, daß es eigentlich dann wieder keine Panik ist. Nach den letzten Presseaussendungen haben wir wieder eine Panik. Wir werden auch über dieses Thema inhaltlich reden. Wir werden sehen, ob wir heuer noch einen Sonderlandtag brauchen, wie der Presseaus-sendung zu entnehmen war. Auf Grund unserer juristischen Informationen des Verfassungsdienstes des Bundes und des Landes ist das eine Frage, die wir politisch abprechen müssen, für die an und für sich, das werden wir abklären, keine Entscheidung in diesem

Jahr bis 31. Dezember erforderlich ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Letztes Mal hast du selber gesagt, heuer ein Landtag!“) Nein. Wir haben den Initiativantrag deshalb eingebracht, weil du gesagt hast, keine Eile, haben wir ihn in der Regierung nicht durchgebracht. Nachher sagt der Kollege Flecker, alles hat gefehlt, der Pörtl schläft schon wieder, voll anfahren. Da habe ich einen Initiativantrag eingebracht. (Abg. Dr. Flecker: „Ich werde dann erklären, worum es geht!“) Ja, es hilft nichts. Ich glaube, den Grundverkehr, der eine komplizierte Materie darstellt, müssen wir genauso objektiv regeln. Es ist tatsächlich eine komplizierte Materie. Aber vorher wird schon laufend sozusagen als Nichttätiger kritisiert. Der eine sagt Ausverkauf der Heimat, und der andere saust daher und sagt, ich wäre ein kasuistischer Typ, der alles verbieten will. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich habe das ganz klar und präzise dargelegt. Im Rahmen dieser EWR-Gesetzesanpassung werden wir versuchen, das Beste für unser Land und speziell für verschiedene Regionen zu regeln.

Ich habe ein wahnsinniges Problem, daß ich nicht auf jeden Punkt genau eingehen kann, auch mit dem Risiko, daß ich nachher der unpräzisen Haltung bezichtigt werde. Fest steht, daß es an Strukturveränderungen in der Landwirtschaft, auch im Genossenschaftswesen, nicht fehlt. Wenn von 15 Molkereien nur fünf übrig bleiben, glaubt ihr, daß das mit Applaus passiert ist, was sich an Strukturveränderungen in Wirklichkeit abspielt? Das sind schmerzhaft Vorgänge, und auf der anderen Seite - (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „In der ganzen Wirtschaft ist das so!“) Ich sage ja, aber uns ist vorgeworfen worden, daß wir unbeweglich sind. Daß sozusagen diese Bauernvertretung nicht die Dynamik hat. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Spät ist es, das mußt du zugeben!“) Ich lasse mir das Urteil auch von anderen ausstellen. Ich verlasse mich auf das sicherlich nicht. Ich stelle nur fest und erzähle jetzt eine Geschichte. (Abg. Gennaro: „Laß keine Bienen aus!“) Er glaubt, daß wir nicht am Dampfer sind. Ab und zu würde es nicht schaden. Dieses Paket ist über den süddeutschen Fernsehkanal zu 1000 Stück über die Direktvermarkter der Steiermark für Weihnachten bestellt, und 10.000 werden in Zukunft diesen Weg marschieren. (Allgemeiner Beifall.)

Das ist eine innovative Kraft. Vor allem die Spitze ist von einer regionalen Dynamik, wo diese Förderungs- und Beratungskombination den Betroffenen, aber vor allem in einer breiten Palette bis hin zu den Spitzenhotels und vor allem in Kombination mit dem Fremdenverkehr, eine Dynamik, wo wir die Chancen gesehen haben. (Abg. Trampusch: „Wir haben einen Antrag eingebracht, daß wir den heurigen Jahrgang des südsteirischen Weines als Qualitätswein verkaufen dürfen!“ - Abg. Tasch: „Das ist ein Bundesgesetz. Marschieren wir gemeinsam nach Wien!“) Darf ich informativ folgendes erklären. (Abg. Trampusch: „Trinkst du nichts?“) Ich trinke gar nicht, weil sonst höre ich gar nicht auf. Das heißt, in diesem Fall hat der Nationalrat ein Gesetz beschlossen mit euren und unseren Abgeordneten. (Präsident Dr. Klausner: „Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, bei

den Zwischenrufen disziplinierter vorzugehen, sonst hat der Landesrat Pörtl in fünf Minuten keine Stimme mehr!“) Aber nur nachher aufstehen, als ob ihr die Retter der Weinbauern seid, da geht nichts hinein unter den Hut. So geht das sicher nicht. (Abg. Tasch: „Trinken tut ihr den Wein gern!“ - Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Unbestritten!“) Ich stelle nur fest, es ist eine fachliche Auseinandersetzung, in der ich auf der Seite der steirischen Weinbauern bin. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir auch!“) Nachdem ich weiß, daß du auch gerne ein Glas Wein trinkst, halte ich das auch für einen gewissen Eigennutz. Da ist überhaupt nichts dabei. Ich stelle nur fest, daß es eine fachliche Auseinandersetzung über den zuckerfreien Extraktwert gibt. Das heißt, je besser das Jahr ist, desto weniger zuckerfreie Extraktwerte habe ich. Das heißt, es soll sich an und für sich die Weinkultur dem Gesetz anpassen. Da kannst narrisch werden, und nachher schaut es so aus, als wenn der Pörtl Erich da im Landtag als Regierungsmitglied dort die Berge verschieben kann. Wir haben massiv über den Landwirtschaftsminister, auch über die Weinbauernvertretung Österreichs alle Anläufe mit unseren Praktikern im Gange. Das ist nach wie vor im Gange. (Abg. Trampusch: „Wenn ein Sozialdemokrat sich für die Weinbauern einsetzt, ist das Eigennutz!“) Ein wengl a Hetz wirst ja verstehen. (Abg. Trampusch: „Macht das ein anderer, ist das ein Bauernvertreter!“) Ich möchte jetzt schon ganz wertfrei sagen, Frau Monika Kaufmann, wenn du glaubst, du kannst den Schutt da kiloweise und tonnenweise abladen und ich soll mich brav nach Vorschrift da verhalten und darf ohne Emotion nicht die Darstellung der Fakten und die zukünftigen Strategien vermitteln, ich laß mich nicht verändern. Du hast mir sogar über den kritischen Bauern, über einen Leserbrief, erklären wollen, ob ich eine Lederhose anlegen soll oder nicht. Meine Sprache lasse ich mir von niemandem nehmen. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Kaufmann: „Ich mache auf die Polemik aufmerksam. Das Recht nehme ich mir heraus!“) Diese Methoden der Beeinflussung; jeder Mensch hat das Recht, wie er ist, und ich mache es so, wie ich glaube, daß es richtig ist. Ich habe auch einen persönlichen Weg dieser dynamischen Bauernentwicklung mit einem kleinen bäuerlichen Betrieb am Buckl. Ich habe Gurkerln gebrockt, ich habe selbst direkt vermarktet. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Haben wir alle Achtung!“) Dafür laß ich mich nicht häckerln. (Abg. Trampusch: „Das gilt für die Monika Kaufmann!“) Ich muß einmal eine Kopie schicken von dem klassischen Blattl, das da unterwegs ist. Gilt natürlich selbstverständlich. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir sind voller Achtung. Nur wollen wir es umgekehrt auch haben!“) Ich habe auch nie eine abfällige Bemerkung in der Hinsicht öffentlich gemacht. Da ist das bei mir ganz klar. (Abg. Dörflinger: „Du verstehst, wenn wir uns aufregen. Die Monika Kaufmann fährt um Mitternacht nach Vordernberg, füttert das Vieh und fährt in der Früh wieder herunter, und der Abgeordnete Tasch sagt, das geschieht nur wegen der Gage!“) Da habe ich Verständnis. Der Kollege Tasch wird sich da persönlich äußern müssen. (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen und folgendes feststellen: Ich bin der Meinung, daß mit Einbindung der praktizierenden Bauernschaft, die Verantwortungsträger, die Beratungsorgane, aber auch die Landesregierung mit den Schulen, die Universitäten und Institute, alle Wege zu beschreiten haben, um die neuen Aufgaben für die Land- und Forstwirtschaft und für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch auszuleuchten. Es wird vor allem für die agrarische Entwicklung auch eine entscheidende Frage sein, wie sich Regionen wirtschaftlich entwickeln können. Das ist sicherlich in der zukünftigen gesamteuropäischen Entwicklung eine wesentliche Grundlage, zu der Kollege Gennaro, was die Voll- und Nebenerwerbsbauern betrifft, gesprochen hat. Das ist eigentlich das Geheimnis. Wir haben in der Bundesrepublik, wo es die meisten Vollerwerbsbetriebe gibt, aber in gesamt Baden-Württemberg 80 landwirtschaftliche Fachschüler. Das ist der sichere Tod für die Betriebe. Wir haben 2700 Mädchen und Burschen. Die kombinierte Form der Ausbildung in der Landwirtschaft in der Vernetzung mit der Wirtschaft, mit der Region, wird Grundlage vor allem für die geistige Innovationskraft sein. Daher bin ich für eine Durchflutung aus allen Bereichen, der Bauernschaft, der Wirtschaft, Wissenschaft und vor allem auch der regionalen Entwicklungsmöglichkeiten. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken. Möchte aber zum Schluß folgendes bitten: Wenn es zu den internationalen und nationalen Entscheidungen kommt und wir über Bundes- und Landesförderungskombinationen in der Steiermark gezwungen sind, den finanziellen Rahmen zu erweitern oder Unterstützungen umzusetzen, daß die Gesamtbudgetbetrachtung unter diesem Aspekt ebenfalls gesehen werden muß. Um diese Frage möchte ich wirklich bitten. Ich habe nicht umsonst gesagt, diese Dürrekatastrophe hat an und für sich bewiesen – mit ein paar Fußritten muß man bei so etwas immer rechnen –, daß die gesamten politischen Verantwortungsträger im entscheidenden Moment sicherlich für die Bauern bereitstehen. (Allgemeiner Beifall.)

Unter diesem Blickwinkel hoffe ich, daß auch der Steiermärkische Landtag diese Anträge gestaffelt, vor allem aber dieses Landschafts- und Kulturerhaltungsprogramm auch mit einem Finanzierungsvorschlag, der nicht allein das Budget belastet, studiert und berät und vor allem diese entscheidende Phase – die modernen Leute sagen heute, der Knackpunkt wird kommen – zu studieren, ob es in Zukunft diese flächendeckende Landwirtschaft gibt, in welcher Intensität, in welcher Form, in welchem Ausmaß. Das wird die entscheidende Frage sein, und Kollege Wabl hat das relativ stark dargestellt. Ich bin vor kurzem gefragt worden von einem Journalisten: „Was würdest du tun, wenn du beinahe unbegrenzt Geld hättest, was würdest du damit machen? Du mußt sofort eine Antwort geben.“ Ich habe gesagt: „Ich würde mich der gesamten Bevölkerung medial mit allen Möglichkeiten präsentieren, um den Wert einer bäuerlichen Landwirtschaft mit ihrer natürlichen Kreislaufwirtschaft und vor allem der multifunktionellen Wirkung bewußt zu machen.“ Wenn ich solche Philosophien vermitteln kann, daß alle so eine Haltung hätten, wie der Kollege Wabl hier dargestellt hat und sagt, ich mache ganz persönlich einen Beitrag, bin ich froh. Die

andere Variante ist jedoch – hier bin ich der Redakteurin Helene Wallner dankbar, wenn sie unter einem Schlagwort „Scheinheiligkeit“ in bezug auf Tierschutz kritisiert: „Seid für den Tierschutz“ – der Gang in den Supermarkt zum Sonderangebot für das billige Karree. Dort ist praktisch die harte Entscheidungsphase, wo wir uns mit unserem Egoismus zu beschäftigen haben, auch innerhalb der eigenen Landwirtschaft. (Allgemeiner Beifall.)

Mit diesem Satz möchte ich abschließen. Wir haben als inhaltliche Zielsetzung in der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, und das gilt auch für den Agrarreferenten des Landes Steiermark, festgelegt: gesunde Landwirtschaft, gesunde Menschen. Das ist in Wahrheit unsere Lebens- und Arbeitsphilosophie. Unter diesem Blickwinkel werden wir mit unseren Abteilungen, werden wir in der Partnerschaft mit der Bauernvertretung, mit allen Interessensvertretungen und Körperschaften des Landes, aber vor allem mit den Bauern, dieses Bohren von harten Brettern weiterbetreiben. Ich möchte mich herzlich bedanken. (Allgemeiner Beifall. – 18.03 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Hohes Haus! Bevor wir zum Kapitel Fremdenverkehr übergehen, unterbreche ich zehn Minuten zur Lüftung dieses Saales. Ich bitte, sämtliche Fenster zu öffnen. Fortsetzung um 18.15 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung: 18.03 bis 18.15 Uhr.)

Hohes Haus! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen zum Teil Fremdenverkehr der Gruppe 7. Die erste Wortmeldung stammt vom Herrn Abgeordneten Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (18.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vorerst möchte ich zur Monika Kaufmann sagen: Wenn sie sich gekränkt gefühlt hat über das, was ich gesagt habe, möchte ich mich in aller Form entschuldigen, weil so habe ich es nicht gemeint. (Beifall bei der SPÖ.)

Als Tourismussprecher der Steiermark für die Österreichische Volkspartei freut es mich, daß ich heute von dieser Stelle aus einige Gedanken zum Tourismus steiermarkweit, aber vor allem auch zu unserem Bezirk, hier anbringen darf. Ich glaube, Tourismus ist sicherlich ein Faktor, den man nicht hoch genug einschätzen kann. Tourismus ist von der Wirtschaftlichkeit her überhaupt nicht mehr wegzudenken, und Fachleute haben vorausgesagt, daß der Tourismus 2010 überhaupt zum stärksten Wirtschaftsfaktor in Österreich werden könnte und als der größte Arbeitgeber österreichweit wahrscheinlich aufscheinen wird. Wir sind jetzt schon Weltmeister im Pro-Kopf-Steuerinkommen, was Tourismus anlangt, und darauf bin ich sehr stolz. Die Steiermark ist auf Grund ihrer ausgesprochenen Tourismusfreundlichkeit, aber auch auf Grund ihrer Landschaft und auf Grund ihrer Menschen die Nummer zwei österreichweit hinter Kärnten, was Wanderungen anbetrifft, was Landschaft anbetrifft, was frisch anbetrifft und was vor allem die Herzlichkeit anbetrifft. Touristen, die die Steiermark besuchen, haben eine Stellungnahme abgegeben: „In die Steiermark kommt man einfach gern, weil man

hier das Gefühl hat, hier wohnen Menschen, die sich freuen, wenn Gäste zu uns kommen.“ Das Geld, welches wir mit den Touristen verdienen, steht nicht an erster Stelle. Darum bin ich einer, der sich ausgesprochen Gedanken macht über die Steiermark-Werbung, und der glaubt, daß man hier ganz schnell zur Ruhe kommen muß, daß man hier jemanden finden muß, der die Steiermark vom Tourismus her mitlebt, daß dort einfach ein Mensch vorne steht, der steiermarkweit den Tourismus von Herz und Seele lebt und die Steiermark vom Tourismus her so vermarktet, daß wir vielleicht nicht zu den Stärksten aller Bundesländer werden, sondern zu den Besten in Österreich. Und ich glaube, das muß unser Ziel sein.

Ich freue mich ganz besonders, daß die Regionalvertreter unseres Tourismus eine wirklich effiziente Rolle gespielt haben in der Steiermark und daß das ein besonders guter Wurf war, daß diese Regionalvertreter, diese Bezirksvertreter für die Steiermark-Werbung, für den Tourismus äußerst viel eingebracht haben. Ein Bindeglied unserer Ortsgruppen, unserer Tourismusverbände, unserer Tourismusorganisationen zu Graz, und ich glaube, wenn ich nur von unseren oben spreche, von Reinhard Lamm, ist es einer, zu dem wir vollstes Vertrauen haben und der ein Mensch ist, wo man das Gefühl hat, er geht für die Tourismuswerbung, er geht einfach für den Tourismus in der Steiermark voll auf. Und so soll es sein. Es sollen nur Menschen Tourismus machen, die Menschen mögen. Man muß spüren, daß man die Leute mag, und wenn das gelingt, dann, glaube ich, wird es uns auch in Zukunft gelingen, Gäste in unser Land zu bringen, die sich wohlfühlen. Die beste Werbung, meine Damen und Herren, ist sicherlich der zufriedene Gast. Den zufriedenen Gast können wir aber nur dann weiterhin bekommen, wenn wir alles tun, und ich habe es vorher bereits erwähnt, daß es unseren Bergbauern und unseren Bauern überhaupt im Lande möglich ist, daß sie die Landschaft weiterhin gestalten, um von der Landschaft her, von der Umwelt her den Menschen das zu bieten, was sie sich von Österreich erwarten.

Ein ganz wichtiger Faktor im Tourismus ist auch die Sicherheit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es mit einigem Schock verspürt, als man in den Tourismusgemeinden die Posten der Gendarmierikommandos aufließ, denn ich glaube, eines ist wohl ganz klar, warum sich die Menschen bei uns so wohl fühlen, weil sie selbst am späten Abend noch ohne Sorge ausgehen können, spazieren gehen können, ohne von jemandem überfallen zu werden oder in der Sicherheit wesentlich bedroht zu sein. Dazu hat aber auch beigetragen, daß wir eine flächendeckende Sicherheit durch unsere Gendarmierikommandos gehabt haben. Selbst nur eine Anwesenheit unserer Gendarmierikommandos hat zum Sicherheitsverständnis wesentlich beigetragen.

Ich kann mich aber ganz besonders freuen über das Tourismusgesetz. Ich glaube, hier sind endlich die Schienen gelegt worden, auf die wir aufbauen können. Ich möchte allen dafür danken, die sich für das Tourismusgesetz eingesetzt haben, die einen Beitrag dazu geleistet haben, daß dieses Tourismusgesetz zustande gekommen ist.

Ich danke dir, Frau Landesrat, daß du mit Zähigkeit und Ausdauer wirklich dahintergestanden bist, um

dieses Tourismusgesetz, das Generationen vor dir niemandem gelungen ist, auf die Beine zu stellen und damit in der Steiermark eine Grundlage zu schaffen, daß wir den Tourismus vom Marketing her, vom Geld her, von der Werbung her auf bessere Beine gestellt haben. Das freut mich besonders, daß sich die Unternehmer mit diesem Tourismusgesetz so identifizieren, und das hat in Schladming die Tourismusinformationsversammlung bewiesen, wo ungefähr an die 500 Menschen dort waren und sich von den Zuständigen des Tourismus in der Steiermark informieren ließen. Es war eine äußerst sachliche Diskussion. Erstmals habe ich erlebt, daß sich Unternehmer trotz einer zusätzlichen Abgabe freuten, daß sie verantworten können, sie bestimmen können, was mit dem Geld, das durch das Tourismusgesetz und ihren Beitrag hereinkommt, geschieht. Ich glaube, wenn es so ist, daß wir uns wirklich damit identifizieren, daß wir es mitentscheiden können, wo die Mittel angelegt werden, was wir mit den Mitteln tun, dann werden wir auch in Zukunft für den Tourismus viel tun können.

Ich habe vorhin erwähnt, daß nach Meinungsforschungen, nach Fakten der Tourismus 2010 unser stärkster Wirtschaftsfaktor sein wird, und wenn das so ist, dann müssen wir uns jetzt schon anstrengen, um diesen Wirtschaftsfaktor und vor allem die Arbeitsplatzsicherung nicht in Gefahr zu bringen.

Liebe Freunde, ich darf euch eines sagen und eines in die Seele schreiben: Es geht nicht an, wenn hier von Steuerhinterziehung gesprochen wurde und damit die Unternehmer gemeint waren. Es kann nicht so sein, daß man einen Unternehmer von Haus aus als Steuerhinterzieher bezeichnet. Da würde jeder Schwarzarbeiter auch als Steuerhinterzieher beschrieben werden, und ich kann auch hier sagen, was würde so mancher Häuslbauer tun, wenn es nicht möglich wäre, daß ihm der eine oder andere hilft, das Haus zu errichten, daß er sich von der finanziellen Seite her überhaupt ein Haus bauen kann?

Die Unternehmer aber, vor allem die Klein- und Mittelbetriebe in den Tourismusgebieten leisten Unwahrscheinliches. Arbeitszeit bis zu 80 Stunden in der Woche, keine Fünf-Tage-Woche, sondern eine Sieben-Tage-Woche ist für sie eine Voraussetzung, um überhaupt überleben zu können. Ich persönlich, und ich habe mit meinen Freunden hier einen Antrag eingebracht, daß man den Beherbergungsbetrieben, den Gastbetrieben auf dem Sektor mehr unter die Arme greift, daß sie überleben können. Die Verschuldung gerade in diesem Bereich ist gigantisch, und es macht mir das Zusperrn der Gasthäuser echte Sorgen, das Zusperrn der Gastronomiebetriebe, und wir werden uns in Zukunft überlegen müssen, wenn einige McDonalds mehr herauschießen, ob wir nicht mit einer Wurstsemmel Samstag oder Sonntag, wenn wir es so weiter betreiben, vor zugesperrten Gasthöfen stehen. Hier ist es notwendig, daß man wieder Leistung und soziale Errungenschaften in Verbindung bringt. Sozial kann nur heißen, wenn wir Leistung vollbringen. Ohne Leistung gibt es keine soziale Errungenschaften und nur so können wir uns das Soziale leisten. In diesem Sinne müssen wir uns alle dahinter klemmen, daß wir unsere Wirtschaftsbetriebe, vor allem unsere Gastronomiebetriebe und Beherbergungsbetriebe unterstützen. Es wäre auch eine ganz klare Unterstützung, wenn wir sie bei Wohnungen für

das Personal unterstützen würden. Ich glaube, es wäre notwendig, weil man den Personalbetrieb wieder besser aufrechterhalten könnte, wenn wir Zuschüsse, wie im sozialen Wohnbau, den Gastbetrieben geben würden, um Wohnungen für das Personal zu schaffen. Das wäre ein wichtiger Faktor, daß wir diese Betriebe beim leidigen Problem Personal ein bißchen unterstützen können, um sie nicht auf dem Sektor zu zwingen zuzusperren oder überhaupt aufzuhören. Von der Therme bis in die Schiregionen, so möchte ich sagen, ist uns in der Steiermark sicherlich einiges gelungen. Freizeitanlagen sind ein wichtiger Faktor in unserer Freizeitgesellschaft. Hier sind Liftanlagen, Bäder, Tennisplätze sicherlich ein Faktor, den wir brauchen und anbieten müssen. Ich glaube, daß es für den Familientourismus auch notwendig ist, daß wir hier Musikinstrumentenbetreuung durch einen Musiklehrer anbieten, daß wir anbieten, daß die Kinder Malereien machen können, daß wir hier etwas bieten. In dem Sinn müssen wir weiterarbeiten. Vom Liftboy bis zu den Wirtsleuten müssen wir schauen, daß wir durch Schulungen erreichen, daß sie unsere Gäste so behandeln, wie sie behandelt werden müssen, damit sie wieder gern zu uns nach Österreich, aber vor allem zu uns in die Steiermark kommen.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, müssen wir aufpassen, daß wir nicht weiter der überzogenen Freizeitpolitik das Wort reden. Es ist sehr schwierig geworden, in Dienstleistungsbetriebe noch Menschen zu bekommen. Da haben wir nicht nur in der Gastronomie Schwierigkeiten. Da haben wir bereits im Spitalwesen Schwierigkeiten, weil hier auch Samstag, Sonntag Dienst gemacht werden muß. Ich kann mich gut erinnern, und ich beschäftige mich schon lange mit Personalpolitik, daß, wenn man einen bei der Gendarmerie unterbringen wollte, 70 Bewerber auf einen Arbeitsplatz gefallen sind. Jetzt ist es so, wenn einer die Tauglichkeit von körperlicher Seite her hat, es kein Problem mehr ist, ihn zur Gendarmerie zu bringen, weil auch hier Dienstleistung rund um die Uhr notwendig ist. In diesem Sinne glaube ich, ist es notwendig, daß wir nicht der überzogenen Freizeitpolitik das Wort reden, sondern daß wir der Leistung das Wort reden. Wir dürfen auch nicht leistungsfeindlich handeln, daß heute einer, der Überstunden macht, noch mehr besteuert wird, daß er überhaupt nicht interessiert ist, daß er Überstunden macht, weil ihm alles vom Staat weggenommen wird. Wir müssen den Fleißigen fördern. Es kann nicht so sein, daß der, der arbeiten will, noch bestraft wird. Wenn wir in dieser Linie weitergehen, wird uns um den Tourismus in Zukunft nicht bange sein müssen. Dann werden wir auch in Zukunft den Devisenbringer Nummer eins, den Tourismus, forcieren können. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf für den steirischen Tourismus und ein herzliches Dankeschön Frau Landesrat. (Beifall bei der ÖVP. - 18.29 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

Abg. Vollmann (18.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich stimme grundsätzlich mit dem Kollegen Tasch überein, daß der Tourismus und der Fremdenverkehr

in Österreich die größten Devisenbringer sind. Wenn man den Prognosen der zuständigen und sachverständigen Gremien, wie dem Wirtschaftsforschungsinstitut, der Hotel- und der Touristik-Holding-AG. und dem Wirtschaftsministerium Glauben schenken darf, so wird der Tourismus auch in den nächsten Jahren zu jenen Branchen gehören, die noch ein kräftiges Wachstum zu verzeichnen haben. Bis zum Jahr 2000 werden reale Wachstumssteigerungen von 3 bis 4 Prozent pro Jahr erwartet werden können. Wenn für die Konsumenten die durch EWR und EG angekündigten Reiseerleichterungen eintreten, so werden wir sicherlich darüber hinaus noch einiges an Zulagen erwarten können. Österreich hatte im Sommer 1992 zirka 77,5 Millionen Nächtigungen zu verzeichnen. In den 100.000 Gästebetten der Steiermark standen 9,5 Millionen Touristennächtigungen aus dem In- und Ausland zu Buche. Die Exporteinnahmen der EG-Staaten aus dem grenzüberschreitenden Tourismus beliefen sich 1991 auf insgesamt 104 Milliarden US-Dollar. Dies entsprach 1,7 Prozent des EG-Bruttoinlandsproduktes, und der Bruttoinlandsproduktanteil der österreichischen Exporteinnahmen ist mit 8,5 Prozent bedeutend und deutlich höher. Im Zeitraum 1985 bis 1991 wuchsen die realen touristischen Exporteinnahmen der EG-Länder mit etwas 2 Prozent pro Jahr langsamer als die Gesamtwirtschaft. Die österreichischen Tourismusexporte dagegen wuchsen im gleichen Zeitraum mit real 5,7 Prozent pro Jahr deutlich rascher als die EG-Tourismusexporte und als die österreichische Wirtschaft.

Der Erfolg des Produktes Urlaub in der Steiermark, meine Damen und Herren, am nationalen und internationalen Tourismusmarkt hängt aber maßgeblich davon ab, wie gut dieses Produkt wirklich ist.

Und ich gebe hier wieder dem Kollegen Tasch recht, daß die Entwicklung der Regionen eine besondere Entwicklung sein muß. Ich mache aber in dem Zusammenhang auch darauf aufmerksam, daß es in der Steiermark nicht nur eine Dachstein-Tauern-Region gibt, eine Ramsau, ein Ausseer Land und eine Thermenregion mit Loipersdorf und Waltersdorf und nun einem neuen, das dazukommt, so darf ich auch heute behaupten, daß es besonders dem Einsatz unseres Präsidenten als damaligem Finanzreferenten zu danken ist, sondern die Steiermark besteht auch aus anderen Bereichen, die nicht so gesegnet sind mit Investoren, wo keine Vier- oder Fünfsternehotels stehen und wo kein heißes Wasser sprudelt (Beifall bei der SPÖ.) und wo wir nicht die Gelegenheit hatten, daß eine Tourismus-AG. oder Touristik-AG., wie sie zukünftig heißen soll, so große Investitionen getätigt hat wie in diesen vorgenannten Bereichen.

Meine Damen und Herren, umwelt- und sozialverträglicher Tourismus muß für die Touristen als persönlicher Gewinn hautnah und durchgängig in jedem Detail erlebbar sein. Urlaub in der Steiermark muß ein Produkt mit unverwechselbarer Identität sein. Die Steiermark muß im Marketing einheitlich und überzeugend dieses Produkt vermitteln. Zielgruppenanalysen und professionelle Marktforschung sind unabdingbare Voraussetzungen des Marketings. Marketing im Tourismus - das wissen wir heute ganz genau - muß unbedingt professionell betrieben werden und kann nur durch den Einsatz von quali-

fiziertem Fachpersonal als effizient bezeichnet werden. Angebotsbetreuer der Zukunft – Kollege Tasch hat sie auch schon erwähnt – können und dürfen nicht nur in der Steiermark unterwegs sein, sondern sie müssen darüber hinaus Werbebotschafter in Sachen des Tourismus und des Fremdenverkehrs im ganzen EG-Raum sein. Eine zukünftige steirische Tourismusgesellschaft hat dafür die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Dafür sind allerdings auch die nötigen finanziellen Mittel durch das Land und durch die Tourismuswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Das Land hat die Aufgabe, Anreize zu geben und schwerpunktmäßig solche Investitionen und Maßnahmen zu fördern, welche touristisch von besonderer Bedeutung sind. Besonderes Augenmerk ist dabei touristisch wichtigen Umweltinvestitionen im Sinne des sanften Tourismus zu schenken. Und ich stimme auch hier mit meinem Vordrner völlig überein, daß die Pflege der Wiesen und Felder, der Hügel und der Bergwelt eine ganz besondere Angelegenheit ist, nicht nur, weil die Menschen deshalb zu uns kommen, weil sie hier noch hoffen, eine heile Welt anzutreffen, sondern auch deshalb, weil es wichtig ist, uns selber diesen Bereich der Gesundheit zu vermitteln mit den Düften der Luft, die nur diese Bergwelt im Endeffekt auch hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, auch die Gemeinden, Bezirke und ich sage auch Tourismusverbände haben ihren wesentlichen Beitrag zu leisten und durch Abgaben erlöste Mittel für touristische Maßnahmen einzusetzen und nicht wieder in den Kanälen der Verwaltung verschwinden zu lassen. In einer zukünftigen Tourismus Ges. m. b. H. darf das Land nicht als Alleingesellschafter fungieren. Interessierte Tourismusverbände – wie beispielsweise die Dachstein-Tauern-Region oder das Thermenland – sollten Anteile erwerben können, und der Aufsichtsrat muß wie bei der KAGES mit Fachleuten besetzt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Gesellschaft hat dem zuständigen Regierungsmitglied und dem Landtag jährlich einen Bericht über die touristischen Aktivitäten und damit über die Verwendung der öffentlichen Mittel vorzulegen. Der Landesrechnungshof hat die Überprüfung vorzunehmen. Damit, meine Damen und Herren, käme der Landtag auch zum längst geforderten Tourismusbericht. (Beifall bei der SPÖ.) Die Förderung des Tourismus ist der Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. zu übertragen, damit eine bessere Übersicht für die Förderungswerber gegeben ist. Es kann nicht angehen, daß es dafür keine Richtlinien gibt und daß nicht jeder weiß, was er bekommen kann und im Endeffekt auch bekommen muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Von dieser Aufgaben- und Mittelübertragung wird von uns auch eine größere Effizienz erwartet. Dies auch schon deshalb, weil die Aufrechterhaltung der Doppelgleisigkeit Steiermark-Werbung und Landesfremdenverkehrsverband zu unnötigen Konflikten und Reibereien und damit auch zu Aktivitätslähmungen geführt hat. Der Ordnung halber, liebe Frau Landesrätin, erlaube ich mir auch festzustellen, daß darin für mich der Hauptgrund für den seit zehn Jahren anhaltenden Wechsel der Tourismusmanager in diesem Lande zu suchen ist. (Beifall bei der SPÖ.) Der

Fall Herbert Pohl – und er sitzt hier hinten als Zuhörer – ist uns noch allen in Erinnerung und bis heute nicht erledigt. Eines steht für mich heute aber mehr denn damals fest: Unfähigkeit kann keinesfalls der Entlassungsgrund gewesen sein, denn inzwischen hat die Werbelinie von Herbert Pohl und seinem tüchtigen Team zu den von mir im April aufgezählten neun Auszeichnungen auch noch eine zehnte erhalten. Ich gratuliere allen zu dieser großartigen Leistung. Ihrem Einsatz ist es zu verdanken, daß wir heute eine geradlinige Werbelinie haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, zurück zur Steiermark-Werbung beziehungsweise zur zukünftigen Tourismus-Ges. m. b. H.: Um den Tourismus in der Steiermark zukünftig effizient bewerben zu können, müßte die Fremdenverkehrswerbung nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen, wie in anderen Bereichen und von allen Beteiligten in diesem Haus immer wieder gefordert, geführt werden. Jede andere, besonders – und ich sage es ganz deutlich – politisch geführte Konstruktion ist ungeeignet, um auf sich rasch ändernde Verhältnisse zu reagieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch bei der Auswahl des Personals muß das Leistungsprinzip oberstes Gebot sein. Klare Zielvorgaben und eine entsprechende Verantwortungsabgrenzung der Organe sind eine Grundvoraussetzung. Für die Auswahl eines Geschäftsführers ist ein Sachverständigen-gremium einzusetzen, welches dem Aufsichtsrat entsprechende Vorschläge unterbreitet. Die Auswahlkriterien, wie sie bisher gehandhabt wurden, ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen, nämlich diese Einzelentscheidungen, die es hier gegeben hat, die dann abgesegnet wurden in irgendeinem Gremium, sind ungeeignet und von uns auch nicht mehr vertretbar. Wir werden es zukünftig auch nicht mehr mittragen, und wir werden dabei nicht mittun. Zum Rechnungshofbericht über die Steiermark-Werbung und die Landesfremdenverkehrsabteilung werde ich heute nicht Stellung nehmen, meine Damen und Herren, da er dem Kontroll-Ausschuß und somit dem Landtag offiziell noch nicht zur Kenntnis gebracht wurde. Ich wünsche mir jedoch, und das sei mir gestattet, daß jede Neukonstruktion der Tourismusförderung und -werbung so lange nicht beschlossen wird, weder in der Regierung noch in diesem Haus, bis die Verantwortungsbereiche der Rechnungshofuntersuchungen geklärt sind und bis feststeht, was dort passiert ist.

Zum Schluß lassen Sie mich sagen, daß ich mich freue, daß das gemeinsam beschlossene Tourismusgesetz nunmehr in Kraft getreten ist und 1993 bereits Einnahmen für die Tourismusverbände bringen wird. Die Aufklärungskampagne landauf, landab zeigt zwar nicht immer den erwarteten Besucherstrom, sie trägt jedoch sicherlich, ich lege Wert darauf zu sagen, sicherlich zum besseren Verständnis unklarer Formulierungen und Bestimmungen bei. Außerdem, meine Damen und Herren, bietet sie, Frau Landesrätin, und das darf ich auch dazusagen, Ihnen die Möglichkeit, sich Ihrem Wählervolk in diesen Bereichen zu präsentieren. Von Begeisterung der Unternehmer, lieber Kollege Tasch, habe ich allerdings bei all diesen Veranstaltungen nichts bemerkt. Es wurde eher mit Skepsis aufgenommen. Aber ich muß sagen, daß natürlich jene, die im Tourismus tätig sind – und ich habe das

des öfteren in diesem Bereich getan –, diese Befürwortung und diese Hilfe und diesen finanziellen Hintergrund unbedingt brauchen. Außerdem glaube ich, daß diese Veranstaltungen, nicht nur die großen, sondern auch die kleinen, wie sie jetzt gemacht werden, dem Abbau von gegenseitigen Befürchtungen dienen und damit ihren Zweck erfüllen. Die bei den Veranstaltungen, meine Damen und Herren, gezeigte Tondiaschau zeigt wunderschöne Bilder aus unserer geliebten Heimat. Sie hat mich jedoch gleichzeitig daran erinnert, daß vor einigen Jahren über die Steiermark ein Tourismuswerbefilm angefertigt wurde, am Tourismustag in Knittelfeld gezeigt und seither nie mehr gesehen. Es tut mir leid, daß er inzwischen nur in die USA hat auswandern können, daß er dort krampfhaft bei der Zeughausausstellung eingesetzt wird, obwohl es dort schon einen anderen, auch vom Land Steiermark, dem ORF, dem Außenministerium und der Stadt Graz gesondert und extra angefertigten Film von Faudon und Breisach gegeben hat und gibt.

Meine Damen und Herren, dieses Wunder, das einmal gemacht worden ist und jetzt die Wanderung in jene Gebiete antritt, nämlich USA und Japan, wo für Österreich genau 45.000 Touristen hereinkommen, hat 3 Millionen Schilling gekostet. Der Vreecer-Film, von dem ich rede, hat knapp 3 Millionen – bitte, ich berichte mich, 2,900.000 und noch etwas – gekostet. Die Frage tritt für mich noch immer auf, ob solche Ausgaben notwendig sind und ob wir damit nicht andere und bessere Möglichkeiten finden könnten, den Tourismus zu unterstützen und Marketing zu betreiben. Außerdem glaube ich, inzwischen wird er ja schon bezahlt worden sein, es hat ja drei Anweisungen mit je einer Million gegeben, ich meine nur, daß diese Gelder natürlich in erster Linie jenen fehlen, für die es gedacht war, nämlich für die Gemeinden und für die Tourismusverbände.

Meine Damen und Herren, diese Fremdenverkehrsförderungsmarketingmittel im Sonderprogramm sollten ja immer den Gemeinden und den Verbänden und Regionen dienen und für dererlei Projekte eingesetzt werden, und nicht unbedingt für einen Vreecer-Film, der zufällig in seinen Gedanken bei einem Zahnarzt entstanden ist, wo der Herr Vreecer noch mit geschwollener Backe hier im Landhaus eingezogen ist, um hier den Auftrag für diesen Film in Empfang zu nehmen. Damit hätte man sinnvoller und sorgfältiger umgehen müssen, meine Damen und Herren. Aber darüber werden ja Sie in einigen Wochen intensiver alle in diesem Hause diskutieren.

Zum vom Kollegen Tasch erwähnten Bereich der Arbeitnehmer und der Wohnungen darf ich erinnern, daß ich vor einigen Jahren in diesem Haus einen Antrag eingebracht habe, Arbeitnehmerwohnungen zu fördern und diese zu errichten. Die Frau Landesrätin hat in der Form reagiert, daß sie aus ihrem Bereich Zuschüsse für die Errichtung solcher Wohnungen gibt. Das war aber eigentlich nicht im Sinne des Erfinders, sondern wir wollten auch andere Wohnungen haben, wo wir Fachpersonal länger an einem Ort halten können und wo in den Regionen dieser Bedarf an Fachpersonal abgedeckt wird. Ich gebe Ihnen recht, daß ein wesentlicher Bestandteil des Funktionierens des Tourismus die Arbeitnehmer in diesem Lande

sind. Es gibt Arbeitnehmer, die sich dieser Aufgabe mit aller Intensität und Liebe widmen, und wir haben das auch in Graz während des Aufenthaltes in diesen drei Tagen wieder festgestellt, die mit Herz, Leib und Seele an ihrem Beruf hängen und die die Freundlichkeit für den Touristen an die Spitze stellen. Ich wünsche mir nur auch, dieser Einsatz würde immer finanziell in diesem Ausmaß belohnt, wie sich die Menschen das verdienen. (Beifall bei der SPÖ.) Um das geht es mir. Ich glaube, wir sollten alle ein bißchen umdenken, weil wir wissen, daß wir diese Menschen brauchen und daß alle anderen, die hereinkommen zu uns, als Ausländer in diesem Bereich beschäftigt sind und ausländische Arbeitskräfte sind, natürlich diese Bezahlung dessen, was sie leisten, genauso verdienen, daß aber das eigene Fachpersonal mit gutem Wissen, guter Sprachausbildung, auch in Fremdsprachen, durch diese Leute nicht ersetzt werden kann. Ich möchte, wenn es geht, mein Mittagessen bei einem bestellen, der mich auch versteht.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß. Wir haben sicherlich gemeinsam im Tourismus vieles noch zu erledigen, vieles noch gemeinsam zu tragen, weil ich glaube, daß wir uns auf neue Anforderungen einstellen müssen. Ich glaube auch, wir werden gemeinsam diese Kraft aufbringen müssen unter gemeinsamer politischer Verantwortung aller hier im Haus vertretenen Fraktionen. Um das bitte und ersuche ich Sie. Für die bevorstehende Wintersaison, meine Damen und Herren, wünsche ich allen Sportlern genügend Schnee, damit sie ihrer freudvollen Freizeitgestaltung nachgehen können und den Gewerbe- und Tourismusbetrieben zufriedenstellende Umsätze. Den Arbeitnehmern bis dahin noch einige ruhige Tage, denn dann wird es ja laut werden. Glück auf. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 18.47 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Hohes Haus, ich kann der Versuchung nicht widerstehen, die Rede des Abgeordneten Vollmann als Beispiel für das zu nehmen, wie es uns heute nachmittag offenkundig allen gegangen ist, er hat mir in der Pause mitgeteilt, er wird etwa acht Minuten reden. Lieber Heinz, du hast 19 Minuten gesprochen. Wir kommen zur nächsten Wortmeldung, das ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (18.48 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich nehme das, was der Herr Präsident gesagt hat, zum Anlaß und werde sämtliche grundsätzliche Überlegungen weglassen, die sich ja letzten Endes im großen und ganzen immer wiederholen. Der Herr Kollege Vollmann hat ja auch das, was er voriges Jahr gesagt hat, ein bißchen adaptiert und den Gegebenheiten von heuer angepaßt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nur folgendes, weil es mir wichtig ist, sagen. Heuer, im Jahre 1992, waren es 20 Jahre, daß in der Steiermark durch Zufall eine Innovation passiert ist, so kann man es sagen, nämlich es wurde damals die Therme Loipersdorf entdeckt, und ich möchte nicht verschweigen, du hast den Namen vom Herrn Präsidenten Klausner genannt, ich möchte ganz deutlich und sehr eindeutig noch dazu jetzt den

Namen des damaligen Referenten Wegart nennen. Zwei Männer, die sehr beherzt, sehr rasch reagiert haben, und ich möchte sagen, daß die Innovation Loipersdorf – auch wenn der Kollege Vollmann sagt, es gibt noch andere, das ist schon richtig, Loipersdorf war der Ausgangspunkt – der Meilenstein für die weitere Entwicklung war. Dort hat man erst festgestellt, was sich daraus machen läßt.

Ich möchte gleich zum nächsten übergehen. Vor 14 Tagen war im Rittersaal die Präsentation des Blumau-Thermendorfes. Ich weiß nicht, wer von Ihnen dieses Modell gesehen hat, es wurde ja relativ lang geheimgehalten, die Fotografen durften nicht hingehen, und erst, als die Fotografen weg waren, ist es abgedeckt worden und der Herr Hundertwasser hat es gemeinsam mit dem Herrn Rogner persönlich erläutert, aber ich muß wirklich sagen, mir ist es so gegangen: ein besonderer Wurf. Ich habe hier das Manuskript des Herrn Hundertwasser, wo er zu seinem Entwurf für dieses Thermendorf Blumau schreibt: „Dieses Hügel-Wiesen-Land wird weltweit beispielgebend sein. Naturnahes, menschenwürdiges Wohnen ist dort für alle erschwinglich und möglich. Die normale menschen- und naturfeindliche Bauweise ist es, die uns teuer zu stehen kommt. Von der Vogelperspektive aus gesehen ist das Thermendorf total grün, so wie der natürliche Wald, so wie Wiesen, so wie Parkanlagen. Kompromißlose Gras- und Waldbedeckung der Häuser ergibt beste Wärmedämmung – im Sommer kühl, im Winter warm.“

Ich sage nur eines: Es ist zu hoffen, daß die heute Zuständigen – es sind schon wieder zwei Männer, Entschuldigung, wir sind ja fortgeschritten, es sind die Frau Landesrat Klasnic und der Landesrat Ressel, beide haben ihr Wohlwollen dem Projekt gegenüber bekundet – Blumau fördern. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich hoffe sehr, daß diesem Wohlwollen Taten folgen. Wir alle könnten damit im Tourismus in der Steiermark wieder einen Schritt weiterkommen. Und das ist das, was ich hoffe, daß uns gemeinsam gelingt. (Abg. Vollmann: „Ich hoffe, du hast mich verstanden. Andere Regionen möchten auch etwas haben!“) Das ist völlig richtig. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 18.52 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Kollege Vesko, Sie sind am Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (18.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich verspreche, daß ich mich sehr kurz fassen werde, weil vieles schon gesagt worden ist. Frau Landesrätin, meine Damen und Herren! Das steirische Tourismusgesetz ist endlich beschlossen mit allen Schwierigkeiten, Zeitfaktor und so weiter. Die Veranstaltungsreihe, die stattgefunden hat, und ich glaube, es gibt kaum ein Gesetz, das so viel erläutert und aufgeklärt wurde in der Bevölkerung, hat zum Teil gute Akzeptanz gefunden, zum Teil war aber das Interesse etwas gering. Vor allem hat mich verwundert, daß in der Stadt Graz das Interesse nicht sehr groß war. Eines zum Tourismusgesetz: Die Intention des Gesetzgebers oder derjenigen, die an diesem Gesetz mitgearbeitet haben, zu versuchen, regionale Verbände über den Paragraphen 4 Absatz 3 zustandezubringen, haben sich leider in der Form, wie wir es uns eigentlich vor-

gestellt haben, noch nicht erfüllt auf der einen Seite, auf der anderen Seite hat ein Instrumentarium, das wir dort hineinreklamiert haben, und ich meine unter wir nicht die Freiheitlichen, sondern wir alle, die wir das diskutiert haben, nämlich den Umstand, nur jenen Gemeinden Förderungen aus dem Tourismustopf von Landesseite zukommen zu lassen, die sich auch selbst zum Tourismus bekennen und sich in einer der drei Tourismuskategorien A, B und C einstufen, hat wirklich dazu geführt, daß sich viele der D-Gemeinden sehr ernsthaft mit dem Entschluß befassen, sich doch in C einzustufen und selbst das Ruder in Richtung Tourismus von vornherein in die Hand zu nehmen. In den Ausführungen, wie wir, und ich bin ja auch unterwegs, um das Gesetz zu erklären und zu versuchen, möglichst viel Bereitschaft für die Akzeptanz dieses Gesetzes zu finden, ist die, daß wir davon ausgehen müssen, daß es sich hier wirklich nicht um eine Steuer handelt im klassischen Sinn, sondern eigentlich, und ich glaube, das mit vollem Bewußtsein sagen zu können, eine Investition für diejenigen, die daran mitarbeiten, weil im Hinblick auf die Situation, die sich in den kommenden Jahren und in der Zukunft in Richtung Tourismus abspielt, daß der Tourismus wahrscheinlich, wenn die Prognosen stimmen, und ich hoffe, daß sie stimmen, der stärkste Fuß sein wird, den wir in unserem Lande zu Buche bringen. Und deshalb müssen wir diese Investition sehr wohl sehen und uns bemühen, dort weiterzuarbeiten. Die Gelder, die damit hereinkommen, sind sehr, sehr gut angelegt und werden sicherlich auch jene Betriebe, die nicht unmittelbar oder mittelbar mit dem Tourismus zu tun haben, befruchten und eine Umsatzsteigerung bringen. Soweit Tourismusgesetz.

Zur steirischen Tourismus-Ges. m. b. H.: Wir haben eigentlich gehofft, daß wir im Vorfeld der Diskussionen auch eine breitere Einbindung der Orte oder Regionen finden. Vielleicht ist es noch möglich, das nicht nur über den Beirat zu tun, sondern doch noch einen Schritt dahin gehend zu setzen. Wir haben gerade in jenem Bezirk, der wohl sicherlich ein Schwerpunktbezirk ist, was den Tourismus betrifft, im Bezirk Liezen versucht, gemeinsam in einer parteiübergreifenden Regelung zu versuchen, auch den Regionen, den zukünftigen Tourismusverbänden die Möglichkeit zu geben, mit in diese Tourismus-Ges. m. b. H. hineinzugehen, und dies aus zwei Gründen – ich möchte diese beiden Gründe hier anführen, weil das etwas ist, was heute noch nicht gesagt wurde: Erstens ist es der Bereich, wo die Ortsgranden im Tourismus sagen können „wir sind mit dabei, und es wird nicht da unten in Graz etwas gemacht“. Das ist das eine und sicherlich ein motivierender Effekt, und auf der anderen Seite geben wir den Regionen draußen die Möglichkeit, am Geschehen und an der Information mit teilzuhaben. Was die Konstruktion mit Aufsichtsrat, Kontrolle und, und, und betrifft, Kollege Vollmann, gebe ich dir vollkommen recht. Ich werde mich da nicht weiter ergehen. Was die Touristik-AG. betrifft, und da möchte ich mich an den Herrn Finanzlandesrat wenden: Ich habe mit Freuden schon vor einiger Zeit in einschlägigen Touristik-Magazinen über diesen Vorstoß gelesen – einhundertprozentige Unterstützung. Ich glaube, das ist ein Weg, wo man auch Mittel generieren kann, die für diesen Bereich von Bedeutung sind. Wir wissen, daß wir viel Geld in den Touris-

mus schon über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, investiert haben, und ein Teil dieser Investitionen kann jetzt wieder zurückfließen oder dazu verwendet werden, neue Gebiete zu erschließen, neue Aktivitäten zu setzen. Und ich halte das für sehr wesentlich, und ich freue mich auch, daß die Damen und Herren Kollegen aus der Sozialdemokratischen Partei diesen Schritt tun, weil ich glaube, daß es ein Schritt in die richtige Richtung ist und es das erste Mal ist, daß wir einen Bereich in dieser Form neu angehen.

Ich hoffe allerdings, meine Damen und Herren, und gestatten Sie mir einen Ausflug in den nächsten Bereich, daß wir auch im Bereich der Wirtschaftsförderung ähnliche Modelle anstreben und versuchen, und ich glaube, daß wir auch dort die Möglichkeit haben, für unser Land neue Mittel zu generieren. Soweit Touristik-AG. Was die Altlasten der Steiermark-Werbung betrifft, Kollege Vollmann, vollkommen d'accord in dem Zusammenhang. Ich glaube, wir werden in Zukunft noch viel Gelegenheit haben, anlässlich des Rechnungshofberichtes darüber zu reden. Eines möchte ich allerdings sagen, und ich habe es gestern leicht anklingen lassen, im Zusammenhang mit dem Bereich Kultur, und ich möchte es noch einmal sagen: (Abg. Tasch: „Sag ja nichts über die Landesausstellung!“) Nein Kurt, ich würde mich hüten. Im Gegenteil, ich bin dabei, eine für das Ausseer Land zu fordern. Ich möchte nur sagen, wenn wir schon harte Maßstäbe an jene Leute setzen, die an vorderster Front in wirtschaftlichen Bereichen unserer ausgegliederten Gesellschaft beziehungsweise ausgegliederten Verbände, Vereine und ähnlichen gelagert sind, das, was für den einen gilt, auch für den anderen gilt. Ich möchte mir in diesem Zusammenhang eine Kritik noch leisten, weil ich sie für notwendig halte, weil ich es für absolut falsch finde, das, was der Rechnungshof in seinen Untersuchungen feststellt, bereits in einem sehr fundierten und sicherlich akkuraten, was die Wiedergabe betrifft, vielleicht nicht den Inhalt, das kann ich noch nicht beurteilen, weil ich das Werk noch nicht kenne, aus der Presse entnehmen zu müssen, halte ich für falsch, und ich möchte hier nochmals deponieren, obwohl es nicht in das Thema Tourismus paßt, aber ein Anlaßfall ist: Wir müssen, meine Damen und Herren, den Weg abblocken, daß wir Dinge, die der Rechnungshof zu den verschiedenen Bereichen zu sagen hat oder an Aussagen auf Grund seiner Prüfungen trifft, aus der Presse zu erfahren, und vor allem, meine Damen und Herren (Allgemeiner Beifall.), wir sollen eines nicht tun: Wir sollen nicht schon Vorabverurteilungen treffen und Personen, deren Einsatz für den Tourismus, und auch das hat Kollege Vollmann gesagt, sicherlich „bona fide“ – in gutem Glauben – und mit vollem Einsatz getan haben und auch mit ihrem Produkt internationale Anerkennung gefunden haben, in vielfacher Weise von vornherein in der Form abhalfen. Was die politische Verantwortung betrifft, werden wir ausreichend Gelegenheit haben, darüber zu reden. Ich möchte auch dieses Kapitel damit abschließen.

Was den Sommer 1992 betrifft, und das ist etwas, was mir auch am Herzen liegt: Eigentlich haben wir alle erwartet, daß dieser Sommer mit dieser Witterung, mit diesem schönen Wetter und allem ein Rekordsommer werden wird. Unsere Erwartungen haben sich

nicht ganz erfüllt. Es ist ein bisserl weniger geworden. Wenn man allerdings die Begleitumstände sieht und auch vielleicht die unterschiedlichen Erfolge in den einzelnen Bereichen, so kann man doch sagen, wir können mit dem Resultat zufrieden sein. Hoffen wir, daß der Schnee, der für heute abend angesagt ist, doch für den Nikolotag und für die kommenden Tage bereits liegen bleibt, damit wir uns weiße Weihnachten vorstellen können, weil all das, meine Damen und Herren, was unsere Wintersportorte und unsere Tourismusorte im Winter vor Weihnachten und in den Weihnachtsfeiertagen nicht einholen, und bei uns im Ausseer Land gibt es einen sehr schönen Spruch, der heißt: „Heigen muaßt, wenns Wetter tuat“, das können wir das ganze Jahr nicht mehr einholen. Und insofern ist auch der Tourismus an einem Grad, der von so vielen Faktoren beeinflusst ist, daß man nicht immer sagen kann, daß alle wohlgemeinten Maßnahmen, die man von Seiten der Politik und auch von Seiten der Betriebe, der Wirtschaft und allen mit dem Tourismus involvierten Leuten tut, nicht immer ausreicht, um diese Imponderabilien abzuwehren.

Soweit zum Sommer. Und eines möchte ich auch noch sagen: Das Preis-Leistungs-Verhältnis in der Steiermark ist eines, das nicht stimmt, aber nicht deswegen, weil die Leistung nicht stimmt. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das, was in der Steiermark für den Tourismus in den Betrieben geleistet wird, sich einen höheren Preis verdient als der, der derzeit gefordert wird. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 19.01 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster gemeldet ist der Herr Kollege Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (19.01 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich mit einigen Worten auf den Tourismussprecher der ÖVP, auf meinen Freund Kurt Tasch, Bezug nehme. Ich bin mit dem Kurt Tasch in den weitestgehenden Passagen einer Meinung, ich differenziere nur in drei Punkten. Erstens, ich glaube nicht, daß die Gendarmerie oder die Anwesenheit von Gendarmen zur Hebung des Qualitätstourismus beiträgt. (Abg. Tasch: „Ich habe gemeint, die Anwesenheit der Gendarmerie trägt zur Sicherheit bei, und das ist für den Tourismus ein wichtiger Faktor!“) Das Zweite ist, ich glaube, und da unterscheide ich mich auch von dir, daß du die Frage der Leistung zu sehr unternehmerbezogen gemeint hast. Die Leistung gilt selbstverständlich auch für die Arbeitnehmer im gleichen Ausmaß. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Tasch: „Ich habe gesagt, wenn jemand Überstunden macht, soll er leistungsbezogen bezahlt, und nicht durch Abzüge bestraft werden!“) Nein, Kurt ich wollte es kurz gestalten.

Wegen der Sicherheit nur ein Wort. Das Zweite nehme ich zur Kenntnis. Ich bin deiner Meinung, daß die Sicherheit eine große Rolle spielt, aber ich meine auf der anderen Seite, wenn überall ein Gendarm herumsteht, ist das auch nicht gerade etwas, wo sich die Leute sehr wohlfühlen. Das kann auch schädlich sein, und ich will das jetzt gar nicht da im Landtag so sagen, es ist manchmal auch nicht gut, wenn gerade in Fremdenverkehrsgebieten gewisse Planquadrat-

aktionen mit einer Akribie durchgeführt werden, wie sie in gewissen Regionen durchgeführt werden. Ich weiß, daß das problematisch ist, das da zu sagen, aber es ist nicht immer von besonders fremdenverkehrs-freundlichen Begleiterscheinungen gekennzeichnet.

Zum Dritten. Ich glaube, und da differenziere ich mich auch von dir, daß es nicht richtig ist, wenn du sagst, du bist gegen die überzogene Freizeitpolitik, meinst zwar damit die Bediensteten, aber auf der anderen Seite sage ich, ein Tourismussprecher müßte eigentlich für eine überzogene und noch mehr überzogene Freizeitpolitik eintreten und darüber glücklich sein, weil von der leben wir letztlich im Tourismus. Aber ich weiß schon, daß du es anders gemeint hast. Es ist nur im Zusammenhang etwas anderes herausgekommen.

Ich will gerne aus der Sicht des Tourismus und eines Tourismusgebietes ein paar Worte zum Grundverkehr sagen. Es tut mir leid, daß der Herr Landesrat Pörtl nicht da ist, ich sage das aber nicht, um auf seine Abwesenheit hinzuweisen, weil er nicht damit rechnen konnte, sondern ich glaube, daß ich damit einige Mißverständnisse aufklären kann. Grundsätzlich ist es doch so, daß wir vor allem in den Tourismusgebieten darunter leiden, daß Zweitwohnungs- oder Zweithausbewerber, die vor allem aus dem Ausland kommen, die Baupreise derartig anheizen, daß wir mit sozialen Problemen bei den Einheimischen konfrontiert sind, nämlich mit jenen Problemen, daß die es sich nicht mehr leisten können, dort selbst zu bauen. Das gilt in erster Linie für die weichenden Erben bei den Bauernhöfen. Die können auf Grund der Raumordnung nicht im Hofbereich bauen, müssen sich anderswo einen Baugrund suchen und sind dann bei den Baupreisen der Konkurrenz dieser überhöhten Preise ausgesetzt, und ich glaube, daß das ein soziologisches Problem ist, das wir zu lösen haben, und vor allem aus diesem Grund, lieber Kurt, sind wir der Meinung, daß wir die nächsten drei Jahre der Übergangslösung im Zuge des EWR dazu nützen müßten, eben nicht EG- und EWR-konforme Lösungen zu finden, sondern unser Grundverkehrsgesetz diesen neuen Entwicklungen anzupassen. Unser derzeitiges Gesetz dient in erster Linie dem, daß man den landwirtschaftlichen Grundverkehr in den Griff bekommen soll, aber wir wollen genau jenes Problem lösen, daß wir sagen, daß die Zweithaus- oder Zweitwohnungsbesitzer nicht herkommen und die ganzen Preise verderben und sozusagen den Einheimischen die Ansiedlung nicht ermöglichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, darin liegt das ganze Mißverständnis. Der Herr Landesrat Pörtl geht hin und sagt, bitte, ich bemühe mich, ein EG-konformes Gesetz vorzulegen. Gerade das wollen wir nicht. Wir wollen für die Übergangsphase unser Gesetz verschärfen, um dann in einer Probezeit von drei Jahren darüber nachzudenken, ob wir Raumordnungsinstrumentarien finden, die EG-konform sind und die es uns dann ermöglichen, dieses Problem über die Raumordnung in den Griff zu bekommen. Ich glaube, daß da viel hin und her polemisiert wird. Wahrscheinlich liegt der erste Grund dieser Auseinandersetzung in einem Mißverständnis über die Motivationen. Deine Motivation, die du eingebracht hast, lieber Kurt Tasch, in der Gruppe 0 ist eine, die ich einmal unterstellt habe,

du hast es jetzt nur bestätigt, und ich will sie nur kurz streifen. Natürlich ist das Anheizen der Bodenpreise für Besitzer von Grundstücken selbstverständlich reizvoll, weil sie viel kassieren können. Nur dürfen wir für ein paar wenige nicht eine Lobby machen auf Kosten jener vielen, die weichende Erben sind und die sich zu Hause ansiedeln wollen. Das zum Grundverkehr.

Ich glaube, daß es notwendig ist, gerade im Thema Fremdenverkehr auch auf das Bezug zu nehmen, was der Herr Klubobmann Vesko gesagt hat, das ist die Gründung der Touristik-AG. Wir sind völlig einer Meinung. Ich war dort selbst einmal Geschäftsführer. Ich bin sehr, sehr glücklich, daß der Herr Landesrat Ressel diesen Weg geht. Ich bin vor allem deswegen glücklich, weil wir hier zu einer Lösung kommen, daß nicht Geschäftsführerverantwortung und auf der anderen Seite politische Intervention sich gegenüberstehen und in Wirklichkeit niemand letztlich die einzelnen Handlungen zu verantworten hat. Der Geschäftsführer der Landesholding ist so und so oft in der Situation gewesen, eine Strategie durchsetzen zu wollen, und dann ist von irgendwoher, durchaus schwarz, rot, blau, quer durch die Palette, eine politische Intervention gekommen, und je dichter die Intervention gewesen ist, desto mehr bist du als Geschäftsführer in deiner Entscheidungsfreiheit eingeschränkt worden und hast letztlich aber das zu verantworten gehabt. Diese Problematik wird dadurch aufgehoben, und ich bin sehr glücklich, daß wir hier zu einer Eigentumsholding kommen. Ich möchte bei dieser Eigentumsholding auch noch ganz kurz auf den Kollegen Frizberg Bezug nehmen. Kollege Frizberg hat gesagt, wir sollten so viel wie möglich von unseren Anteilen verkaufen, um kurzfristig für einige Projekte über die Runden zu kommen. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich glaube, daß wir zuerst diese AG gründen sollen, diese gutgehenden Betriebe für die Börsenfähigkeit nützen sollten und in der Holding selbst privatisieren sollten. Das heißt, ich werde mich nicht vorher meiner Werte begeben, um dann nicht börsenfähig zu sein unter Umständen, sondern ich werde sehr wohl darauf trachten, meine ganzen Werte in eine Holding einzubringen, und dann kann ich in der Holding selbst bis zu einem bestimmten Grad der Beteiligung privatisieren. Ich glaube, daß das der wesentlich vernünftiger Weg ist.

Ein Wort noch, was mit der Holding zusammenhängt, das ist die Frage der Verbindung der Schiberge im Ennstal. Ich weiß, daß ich das hier schon einmal gesagt habe, aber ich glaube, es ist sehr wichtig, das hier zu wiederholen, weil diese Verbindung dieser Schiberge durch Aufstiegshilfen zwei Effekte hat. Erstens es ist eine Schaffung von internationaler Konkurrenzfähigkeit und zweitens verhinderte diese Verbindung einen Raubbau aus ökologischer Sicht auf den einzelnen Bergen, weil die Gesellschaften in letzter Zeit den Zug entwickelt haben, den eigenen Berg bis zum letzten Winklerl mit Aufstiegshilfen zu erschließen. (Abg. Tasch: „Zur Holding und zur Verbindung der Schiberge: Es ist mir geschrieben worden, daß nicht gewünscht wird, daß sich Politiker einmischen. Eine Studie ist in Auftrag gegeben worden, ob es sinnvoll ist oder nicht. Erst dann soll dazu Stellung genommen werden!“) Ich glaube, mir wird die Zeit angerechnet. Ich kann nichts dafür Christoph, wenn die mit mir so-

viel reden wollen. Kurt, zu dieser Frage: Es war ein Projekt der Verbindung der Schiberge fertig. Es haben alle Berge, bis auf einen Berg, der Angst hat vor der Abwanderung von Kunden und des Verlustes von Marktanteilen, und ein Bürgermeister, der halt, obwohl er manchmal Oberbürgermeister ist, doch auch hin und wieder Kirchturmpolitik betreibt, Bedenken dagegen gehabt. Und diese Bedenken wirken noch immer nach. Und ich glaube eines, lieber Kurt, alles recht und schön mit dieser Studie, es ist bereits die dritte, aber wir dürfen doch als Landesvertreter uns nicht damit einverstanden erklären, daß die Egoismen einzelner Orte und einzelner Geschäftsführer, und von mir aus vergessen wir den Bürgermeister, die Infrastruktur bestimmen, die das Land mit seinem Geld macht. Wir müssen auf die Region schauen, und nicht auf den Kirchturm der einzelnen Gemeinde. Das ist nämlich das Entscheidende an dieser Politik, und nicht das, wie die Leute das dort sagen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Tasch: „Das ist nicht ganz richtig, was du gesagt hast!“) Und jetzt, lieber Kollege Frizberg, entschuldigen Sie, aber ich mußte das aufklären. (Abg. Dr. Frizberg: „Darf ich etwas sagen, dann kann ich mir die tatsächliche Berichtigung ersparen.“ – Präsident Dr. Klausner: „Liebe Kollegen, ich würde wirklich vorschlagen, ihr unterhaltet euch dann nachher darüber!“ – Abg. Dr. Frizberg: „Ich will nicht einmalig abstoßen und möglichst viel privatisieren, um über die Runde zu kommen. Gerade 1994, dort, wo wir budgetär nicht zusammenkommen, dann privatisieren, um langfristige infrastrukturelle Maßnahmen damit zu finanzieren!“ – Landesrat Ing. Réssel: „Du verkaufst das Fell, bevor der Bär erlegt ist!“) Wir haben insofern ein Mißverständnis oder vielleicht liegen wir parallel. Ich meine, wir haben jetzt nichts davon, nennen wir Loipersdorf, wenn wir jetzt sagen, wir verkaufen soundsoviel Loipersdorf, und dann gehen wir an die Börse. Ich glaube, wir sollten mit Gesamt-Loipersdorf an die Börse gehen und dann in der Holding privatisieren. Das war der Sinn meiner Wortmeldung. Ich stimme auch da überein, denn ich möchte das gerne wissen. Da sind wir einer Meinung. Wir sind heute so nett zueinander.

Ein letztes Wort noch zum Fremdenverkehr, das ist die Frage im Verhältnis zu den Landesausstellungen. Kurt Tasch, ich bin mit dir völlig einer Meinung, daß die Landesausstellungen fremdenverkehrspolitischen Wert haben. Aber ich glaube, gerade das fordert, daß wir sie ordentlich, spannend und gut machen. Um sie entsprechend vorbereiten zu können, glaube ich, daß ein Zwei- oder Drei-Jahres-Rhythmus wahrscheinlich, jetzt unabhängig von den finanziellen Fragen, vernünftiger ist. Und du hast auch etwas gesagt in der Kultur: Du hast gesagt „mich interessiert die Quantität nicht, ich brauche den kaufkraftträchtigen Touristen dort“. Jetzt sage ich etwas, was du nicht böse nehmen sollst: Was fange ich mit meiner Kaufkraft an, wenn ich in Trautenfels stehe? Das ist ein bißchen ein Problem. (Abg. Tasch: „In Trautenfels und in der ganzen Region hat die Kaufkraft zugenommen!“) Kurt, da geht es darum, daß wir nämlich die Attraktionen auf eine Region verteilen müssen, um an mehreren Orten dort meine Kaufkraft hinzutragen, wo ich sie auch kassieren kann. Das war jetzt nicht böse gemeint, sondern an diesem Beispiel dargestellt. Das ist keine Dimension, entschuldige bitte schon. (Abg. Tasch: „Wir haben die

Landesausstellung für die ganze Region gemacht. Die ganze Region hat sich wahnsinnig gefreut!“) Ich glaube, Kurt, in der Strategie sind wir einer Meinung.

Zum Schluß darf ich noch sagen zur Tourismus-Ges. m. b. H.: Ich teile die Auffassung auch des Kollegen Vesko völlig. Ich darf noch sagen, daß die Einbindung der Regionen, daß wir uns dafür verwendet haben, daß wir unser politisches Wort – alle drei – dazu gegeben haben. Ich habe vor dieser Gruppe mit Frau Landesrat gesprochen. Die Frau Landesrat ist bereit, in der nächsten Woche mit den Vertretern der Regionen ein Gespräch zu führen. Ich glaube, das war das Ziel unserer Intervention. Ich danke der Frau Landesrat, daß sie bereit ist dazu. Damit ist der Zweck, den wir verfolgen wollten, erfüllt. Ich freue mich auf eine Neugründung der Tourismus-Ges. m. b. H. Ich glaube, wir müssen aufpassen, daß wir nicht Fehler begehen, die uns dann langfristig wieder einholen. Ich glaube auch, daß die politische Verantwortung der Frau Landesrat noch lange nicht ausdiskutiert ist, weil man es sich da zu leicht macht. Nur zum Abschluß eines: Ich kann nicht die geringste Schadenfreude dafür entwickeln, daß sie in dieser Sache vor Gericht steht. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 19.17 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (19.17 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich kann es mir nicht verkneifen – ich muß das unbedingt sagen. Kollege Dr. Flecker hat natürlich im Zusammenhang mit Raumordnung und diesen Regelungen betreffend Bauernhöfe, Grundverkauf, wirklich Wesentliches gesagt, was ich vollinhaltlich teile. Ich darf aber zu den anderen Punkten nicht Stellung nehmen, der Prägnanz und Kürze wegen, aber dennoch etwas zur Tourismus-AG. oder Ges. m. b. H., wie man in der letzten Zeit das sehr oft auch in Zeitungen gelesen hat und es auch hier heute zur Sprache gekommen ist. Vor allem gibt es eine Broschüre eines Herrn Josef Steirer, der einen Beitrag zur Wirtschaftsoffensive des Landes bringt, und damit muß man zur Kenntnis nehmen, daß das eine Idee ist, die es schon längere Zeit gibt, nämlich, daß gewinnorientierte Einrichtungen des Landes, so zum Beispiel der gesamte Fremdenverkehrsbereich, ausgegliedert werden sollten und diese ausgegliederten Einrichtungen durch einen Börsengang ihre Umstrukturierungsmaßnahmen – „ihre Umstrukturierungsmaßnahmen“ – finanzieren sollten. Ich darf dazu aber sagen, daß der Verfasser dieses Artikels, Josef Steirer, ein Pseudonym für einen sehr hochrangigen Mitarbeiter unserer Landesrätin Waltraud Klasnic ist. Wir haben oftmals schon betont, daß das steirische Landesvermögen brachliegt und daher dem Wirtschaftskreislauf zugeführt werden muß. Die Konjunkturdaten geben im wahrsten Sinn des Wortes Anlaß dazu. Wenn Sie sich die Daten für 1993 ansehen, so bedeutet das, daß sich das Wirtschaftswachstum verlangsamen wird, daß das Investitionswachstum, das 1991 5,4 Prozent betragen hat, 1992 0 beträgt, wird 1993 bestenfalls 1,5 Prozent betragen, und die Arbeitslosenrate wird leider auf über 6 Prozent ansteigen. Dem Land Steiermark stehen für die Bewältigung der anstehenden Probleme aber wirklich zu wenig Förderungsmittel zur Ver-

fügung, um der heimischen Wirtschaft in dieser neuen Situation unter die Arme greifen zu können. Keinesfalls, und das sei hier in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, kann der Weg zur Beschaffung von Geldmitteln im Anziehen der Steuerschraube – also eine zusätzliche Belastung dem Volk abverlangen – bestehen. Der Weg kann keinesfalls darin bestehen.

Auch mit Budgetkosmetik, mit halbherzigen Ausgliederungen oder dem Verkauf von Forderungen zum Bruchteil des Forderungsnennwertes kann auf lange Sicht das Problem der Landesfinanzierung nicht gelöst werden.

Wir fordern und verlangen daher die Ausgliederung gewinnorientierter Einrichtungen des Landes, also nicht nur im Bereich der Tourismuswirtschaft, sondern auch in allen Bereichen, wie zum Beispiel Landeshypothekenbank, Landesforste, gewinnorientierte Immobilien, Beteiligung an der Flughafen Ges. m. b. H. und so weiter.

Diese Landeseinrichtungen sollen sich nach ihrem Aufgabenbereich in selbständige Unternehmungen strukturieren und danach durch going public die erforderlichen Finanzierungsmittel für ihre betriebs-eigenen strukturverbessernden Maßnahmen aufbringen. Das bedeutet: Geschäftsführung, Organisation und Finanzierung nach strengen marktwirtschaftlichen Erfordernissen!

Führen dieser Unternehmungen selbständig und ohne Einflußnahme von politischen Interessen! Ansätze dazu finden Sie im Beitrag von Josef Steirer.

Unsere Idee ist, brachliegendes Landesvermögen zum Wohle der steirischen Wirtschaft, und nicht zum Stopfen von Budgetlöchern nutzbringend zu verwenden. (Beifall bei der ÖVP.)

Nützen wir diese Möglichkeiten! Die Notwendigkeit der Situation gibt uns diese Aufgabe vor. Danke. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 19.22 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste am Wort ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

Abg. Alfred Prutsch (19.22 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich werde sehr, sehr kurz sein. Der Bezirk Radkersburg als Noch-Agrarbezirk wird eindeutig auf Grund seiner kleinen Struktur, wenn es zur EG geht, zu den Verlierern zählen. Daher liegt die große Chance für unseren Bezirk im Tourismus. Daher halte ich fest, daß jede Investition, die bisher getätigt wurde, im Thermenbereich richtig und wichtig war und daß auch die zukünftige Investition mit immerhin 107 Millionen Schilling einen Aufschwung für die ganze Region herbeiführen wird. Mir ist schon klar, daß nicht alle im Tourismus einen Arbeitsplatz finden werden in der Zukunft, aber die Kombination Landwirtschaft, Wirtschaft, Tourismus wird sicherlich für die Zukunft wichtig sein. Ich möchte die Zahlen alle weglassen, die ich mir aufgeschrieben habe, aber es gibt durchwegs eine positive Entwicklung in allen Bereichen der Parktherme, und die Steigerung der Erlöse im Zeitraum Jänner 1991 bis Oktober 1992 war 21 Prozent. Das zeigt, daß mit einem noch zusätzlichen Aufschwung zu rechnen ist, wenn der Ausbau abgeschlossen und wenn der Um- und Zubau fertig ist. Ich glaube, da gebührt

der gesamten Landesregierung der Dank. An der Spitze unserer Frau Landesrätin, und ich bin überzeugt, daß diese positive Entwicklung für unseren Grenzbezirk zusätzliches Einkommen für die Landwirtschaft und Wirtschaft schaffen wird können und daß diese Entwicklung sicherlich zukunftsweisend sein wird. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.26 Uhr)

Präsident Mag. Rader: Nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Tilzer.

Abg. Tilzer (19.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich melde mich auf Grund der Dringlichkeit zu Wort. Wie ich aus einer Pressemeldung entnehmen muß, gibt es im Zusammenhang mit unserem Hoffnungsprojekt in der Eisenerzer Ramsau Aussagen und Bedenken, die ich nicht bereit bin zu akzeptieren. An die Adresse des Alpenvereines richte ich folgende Worte, aber das zum letzten Mal:

Ich habe kein Verständnis für Ferndiagnostiker, die sich immer und ewig zu Projekten äußern, mit deren Umständen sie nicht vertraut sind, und Marie von Ebner-Eschenbach hat schon festgestellt, daß eingebildete Übel zu den unheilbaren Krankheiten zählen.

Daher zum letzten Mal und an die Adresse dieser Kritiker: Das Tourismusprojekt Eisenerzer Ramsau wurde so konzipiert, und das kann ich unterstreichen, daß Ökonomie und Ökologie miteinander im Einklang stehen. Es wäre wünschenswert, meine Damen und Herren, wenn die Kosten-Nutzen-Rechnung, die vom Alpenverein aufgestellt wurde, auch die Umwegrentabilität beinhalten würde und die Bedeutung der langfristigen Umstrukturierung im Vordergrund stünde. Eine Ferienwiese, so wie der Vorschlag des Alpenvereines lautet mit Zeltplatz mit 80 Zelten wird keinen Touristen nach Eisenerz locken. Für den Alpenverein ein kräftiges Berg-Heil, für Eisenerz, weil heute Barbara-Tag ist, ein kräftige Glückauf! Ich danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.28 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Das war der letzte Redner. Jetzt bitte die Frau Landesrätin.

Landesrat Klasnic (19.28 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mit dem Wort Danke beginnen, danke an alle Menschen in unserem Land und weit darüber hinaus, die zu uns als Gäste kommen, aber vor allem danke an jene, die im Tourismus tätig sind. Das gilt für die Mitarbeiter, die Gastwirtinnen und Gastwirte, das gilt begonnen von der Küchenhilfe bis zum Manager, bis zum Geschäftsführer der einzelnen Organisationen. Wenn die Steiermark einen so guten Ruf hat und wenn man dort beginnen kann, wo Kurt Tasch auch begonnen hat, nicht zu den Größten, aber zu den Besten gehört, dann ist es im großen Ausmaß, ja ich möchte fast sagen umfassend, das Verdienst dieser Menschen. Es ist das Wort Landwirtschaft von Kurt Tasch angezogen worden, ich füge dem noch hinzu, Landschaftspflege selbstverständlich, aber als eine Aufgabe der Gesellschaft, und wenn ich daran denke,

daß wir gerade eine Landwirtschaftsdebatte hatten, zusammenhängend auch mit EG, dann möchte ich darauf zurückkommen, was Vizekanzler Busek gesagt hat, er wünscht sich ein Einkommen für die Bauern, das nicht unbedingt aus der Produktion kommt, das heißt unmittelbarer Zusammenhang Landschaftspflege, aber auch als Aufgabe für die Gesellschaft. Bei der Sicherheit wurde von der Gendarmerie gesprochen. Ich füge die Verkehrssicherheit im allgemeinen dazu, habe sie heute am Vormittag auch kurz angerissen. Weil der Film, der bei diesen Veranstaltungen vorgeführt wurde, wo ja weit über tausend Leute in die einzelnen Regionen gekommen sind, gezeigt hat, in welchem Land wir leben, nämlich in einem Land, in dem man sich erholen kann, in welches andere hinfahren, um ihren Urlaub zu verbringen, dann müssen wir eben auch für die notwendige Sicherheit sorgen. Herr Klubobmann Vesko, es gibt schon vier Dreiererfolge. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aussee!“) Die ersten Gemeinden versuchen sich schon zusammenzuschließen, und ich bin sehr froh über die Aussage, die Sie sehr klar und sehr deutlich immer wieder treffen, daß dieses neue Tourismusgesetz ein Beitrag ist zur Investition für die Zukunft dieses Landes, des Tourismus, aber auch für den letzten Satz, wo Sie gemeint haben, das Preis-Leistungs-Verhältnis in der Steiermark stimmt nicht, aber da haben wir noch einige Schritte zu gehen, wo wir den einen Mut machen müssen und den anderen die nötige Hilfestellung geben, damit auch die Qualität stimmt. Ich habe mich auch gefreut, daß sich der Herr Kollege Vollmann auch schon wie bei der letzten Budgetdebatte sehr umfassend mit dem Thema Tourismus im allgemeinen beschäftigt hat.

In der Frage Gesellschaft komme ich noch einmal auf eine Aussage zurück und darf nur sagen, weil Sie gemeint haben, ich habe dort sozusagen meine Wähler besucht. Ich habe alle Kollegen des Landtages eingeladen, und jeder hatte die Möglichkeit erstens dabei zu sein und zweitens sich zu Wort zu melden und drittens: Sehr praktisch ist es ja nicht, jemandem zu erklären, daß er etwas zahlen soll. Wir haben versucht, es positiv über die Rampe zu bringen. Es wäre ein einfacherer Weg gewesen, den Herrn Hofrat mit seinem Team zu ersuchen, das allein zu machen. Aber wenn wir den Menschen etwas zumuten, dann stellen wir uns auch hin in guten und in weniger angenehmen Situationen, damit die Wähler uns auch vertrauen und nicht nur wählen. Das ist mein persönliches Ziel. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben uns aber richtig verstanden. Es wird auch einmal positive, ganz lustige Geschichten geben, und dann gehen wir auch gemeinsam hin. Mich hätte es gefreut, wenn noch mehrere Kollegen gekommen wäre, aber es ist natürlich auch zeitmäßig sehr schwer – das weiß ich.

Zu den einzelnen Regionen und Themenschwerpunkten, die angesprochen wurden: Ich möchte herausnehmen, nachdem ich weiß, daß zum Beispiel Kollegin Beutl ihre Wortmeldung zu Bad Gleichenberg zurückgezogen hat und Kollege Schleich am Vormittag schon darüber geredet hat. Sie wissen, ich glaube, es ist jener Ort in der Steiermark, wo zur Zeit Landesregierungsmitglieder am öftesten auftreten – Kollege Ressel war am Montag, ich war am Freitag vorher und

am Donnerstag danach dort –, aber Bad Gleichenberg ist ein so schöner Ort und vor allem ein Ort, in dem man sich auch gesundheitlich erholen kann. Leider sind wir zu wenig lange dort, um das auch wirklich zu genießen. Aber wir wollen für diesen Ort und für diese Region etwas tun. Diese Bereitschaft wurde schon sehr oft ausgesprochen. Vor allem hat Bad Gleichenberg natürlich auch einen Ruf im Tourismus. Wenn ich denke, daß wir dort neben all dem, was es an Kurort und an Gesundheitsstruktur gibt, auch jene Tourismusschulen haben, nämlich die Hotelfachschule und die Berufsschule, wo in Kürze auch der Berufsschulbeirat seine Sitzung haben wird, und wir werden das Modell dort anschauen, wo ich weiß, daß junge Menschen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten dort ausgebildet worden sind, in der Welt draußen den guten Ruf der Steiermark, aber auch den Ruf von Bad Gleichenberg – aber ich möchte Aigen in dem Zusammenhang nicht vergessen – hinaustragen. Ein neuer Kurs war in Bad Aussee, für den ich mich sehr bedanke, auch in Zusammenarbeit, wenn ich das richtig verstanden habe, mit „Jugend am Werk“, immer wieder für den Nachwuchs im Tourismus, aber auch in einem gehobenen Niveau, wo es jetzt 21 Assistenten gibt, die alle sofort einen Arbeitsplatz bekommen haben. Das ist auch etwas, wo wir vielleicht im nächsten Teil der Debatte noch gerne darauf zurückkommen. Ich spare es mir, Ihnen sämtliche Unterlagen und Zahlen jetzt extra zu erläutern.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es in Zusammenarbeit und in Verantwortung innerhalb der Steiermärkischen Landesregierung, ob jetzt aus dem Fremdenverkehrsressort, ob aus der Holding, viel an Vorbereitung gibt, um einfach mitzuwirken, daß wir zum Ganzjahrestourismus kommen, damit die Auslastung besser ist und daß auch die Qualität gehoben wird. Das beginnt beim Flughafen, das gehört zu Radkersburg, das setzt sich fort mit jenen Vorschlägen, die heute hier wiederholt und angesprochen wurden, von der Eisenerzer Ramsau bis zum Präbichl-Projekt, das wir auch nicht vergessen sollen, vom Thermendorf Blumau bis zum Moorbad in Wörschach, von der Dachstein-Tauern-Region bis Kreischberg-Grebenzen, Bad Gams, Sauerbrunn und so weiter. Die Liste wäre lange fortzusetzen. Was uns gelingen muß, ist, Qualitäts- und Leitbetriebe vorzustellen, wie zum Beispiel es gerade im Jahr 1992 möglich war mit zwei Unternehmen, wie Steigenberger in Bad Waltersdorf und der Familie Lebmann in Bad Radkersburg, wirklich einen Leitbetrieb zu haben, daß sich rundherum auch die Entwicklung gestalten kann und wir ein Stück weiterkommen.

Über den Tätigkeitsbericht der Landesfremdenverkehrsabteilung folgendes: Wir werden Rechnungshofberichte haben. Ich werde sie in diesem Zusammenhang gerne sehr ausführlich und im Detail wiederholen. Ich hätte heute auch diese Liste mit. Ich möchte nur hinweisen auf ein besonders erfreuliches Thema: Wir haben zum Beispiel gerade im Jahr 1992 wieder ein Europadorf im Blumenschmuck gehabt, nämlich St. Jakob im Walde. Es gibt dort jetzt eine Blumenstraße, und es wird in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium und vor allem mit der Landwirtschaftskammer Steiermark österreichweit 1994 den ersten Blumenschmuckwettbewerb geben. Bisher

gab es einen steirischen und einen europäischen, den österreichweiten haben wir noch nicht geschafft. Dieses Jahr 1993 ist aber auch ein Übergangsjahr im Tourismus. Und so habe ich auch die Reden hier verstanden, und so sind auch die vorbereitenden Arbeiten vor allem ein Ausblick, daß man sagt, wir werden uns bemühen, die Tourismusinfrastruktur unter der Vollziehung des Tourismusgesetzes voranzutreiben, aber vor allem auch die Betreuung bei der Konstituierung von über 300 Tourismusverbänden, das ist ein großes Stück Arbeit, Beratung der Tourismusgemeinden und vor allem dann auch das Einheben und das Aufklären über Interessentenbeiträge und über die notwendigen Folgen und Maßnahmen, die mit der Schaffung des Gesetzes verbunden sind. Ich bin überzeugt, daß das innerhalb der Abteilung gut gelingt, und bedanke mich beim Vorstand, Hofrat Dr. Hermann, und seinem Team für die Arbeit. (Allgemeiner Beifall.)

Touristische Schwerpunkte, auch die wären anzusprechen. Ich betrachte alles, was vor allem im Kulturbereich geschieht, natürlich auch als ein Angebot im Tourismus mit der notwendigen Vorsicht, weil man ja immer versucht, beide Fördertöpfe anzusprechen. Aber wir gehören einfach zusammen, und das Land ist ja ein großer Träger und Unterstützer, und Herr Landeshauptmann, Landesausstellungen helfen uns im Tourismusbereich besonders gut. Du weißt das, und darum haben wir auch diese Landesausstellungen – das Thema hat es gestern gegeben. Ich nenne eine internationale Geschichte dazu, und da ist anzusprechen, weil es besonders gut unterwegs ist – ich sage bewußt gut unterwegs ist –, die Zeughausausstellung in den Vereinigten Staaten, wo ich höre, daß es schon an die 600.000 Besucher gewesen sind. Das ist etwas, wenn auch nicht alle gleich zu uns kommen, aber sie wissen das einmal. (Abg. Vollmann: „Da sind wir auch dabei!“) Ihr wart schon dort. Ich war noch nicht dort, aber das macht nichts. Hauptsache ist, Sie haben es gesehen. Ich gehe rechts ins Zeughaus. Das ist auch wichtig. Grundsätzlich sage ich nur dazu: die Steiermark wird dadurch von vielen Menschen mehr erkannt, und man weiß, irgendwo gibt es diesen Punkt auf der Landkarte. Das ist der Sinn auch für die Gäste aus der Neuen Welt, und die Hotellerie in Graz spricht schon davon, daß sich sehr wohl auch ein Trend bemerkbar macht, daß mehr Gäste aus Amerika kommen.

Das Radland Steiermark, auch ein Thema, das wir am Vormittag im Verkehrsbereich hatten: Wir brauchen Radwege. Sie gehören zum Tourismus. Ich darf dazusagen, es wird sich eben miteinander das eine oder andere gemeinsam gut umsetzen lassen. Wir haben ja vieles an Angeboten. Es ist in der Sportdebatte, die leider zu kurz gekommen ist, weil sie eigentlich der Mitternachtsstunde zum Opfer gefallen ist, noch nicht angesprochen worden, und ich sage es nur kurz: Es wird die Special Olympics in Schladming geben. Das ist auch etwas für unser Land, wo man sagt, es wird Tage und Wochen Information über die Steiermark, aber vor allem über eine Region geben, von der man sagen kann, es ist ein Schigebiet mit fünf Sternen. Der Gesundheitstourismus, und Sie kennen das Thema von gestern abend: Ich füge dem hinzu, vorsorgen und nachsorgen. Es ist einfach wichtig, und wir haben in unserem Land ein Angebot, wie selten wo

– hier auch in Zusammenarbeit, weil er inzwischen gekommen ist, vor allem mit der Landwirtschaft – ich habe sie am Anfang angesprochen. Die biologische Landwirtschaft kann uns gerade im Gesundheitstourismus unendlich viel helfen, wenn ich denke an die Aktion „Grüne Haube“, die die Lindi Kalnoky gebracht hat, und vieles mehr. Freizeitschule Gröbming: Das ist wieder eine neue Variante; Tourismusgesinnung im allgemeinen: Dazu einen Satz: Ich glaube, der Tourismus ist dort erträglich, wo er demjenigen, der damit arbeitet, nämlich der im Tourismus tätige Mensch – und das gilt für den Chef und die Chefin genauso wie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dient. Es darf nicht nur Belastung sein, und es muß durchzutragen und auszuhalten sein, damit auch die Jungen, die Kinder der Unternehmer bereit sind, Tourismusbetriebe zu übernehmen. Es war für mich eine große Freude, als vor zwei Tagen in der Handelskammer wieder 350 junge Gastwirtinnen und Gastwirte ihre Konzessionszeugnisse in die Hand genommen haben. Tauplitz wird in Kürze das Pistengütesiegel erhalten, und in den Bezirken Bruck an der Mur, Leoben, Mariazell, Eisenstraße gäbe es überall etwas zu erzählen, aber ich soll, wie viele andere, kurz sein. (Abg. Vollmann: „Dazu hätte ich den Vorschlag, legen Sie uns einen Bericht über den steirischen Tourismus vor!“) Herr Kollege, ich mache das sehr, sehr gerne. (Landesrat Pörtl: „Wenn wir einen Bericht haben, dann sagst du, es ist ein systematisches Aufzählen von Bauernsterben!“) Herr Kollege Vollmann, ich sage Ihnen, ich hoffe, daß wir viele Kundschaften bekommen, die Körndl essen, weil wir sind ein gesundes Land. Grundsätzlich sage ich jetzt dazu: Ich freue mich, wenn ich einen Tourismusbericht vorlegen kann, vor allem, weil dieses Land und die Menschen dieses Landes und alle, die im Tourismus arbeiten, auch viel vorzulegen und vorzuweisen haben. Es kann nur ein stolzer Bericht sein. Wenn dann ein Vorwort von mir drinnensteht, regen Sie sich bitte dann nicht auf. Ich sage das nur gleich dazu, damit wir uns dann klar sind. (Abg. Vollmann: „Überhaupt nicht. Sie waren während dieser Sitzung beim Friseur. Heute sind Sie besonders hübsch frisiert, daher hätte ich die Bitte, die Berichte sollen nicht so hübsch frisiert werden!“) Ich kann das alles annehmen, ich darf nur den Satz, ich war während der Sitzung beim Friseur, nicht zur Kenntnis nehmen, ich war am Dienstag um 7 Uhr in der Früh, während der Sitzung war ich im Haus. Nur daß das klar ist. Aber ich war auch ein bißchen unterwegs, und das sehr angenehm. (Abg. Gennaro: „Das war ein Kompliment!“) Ich habe das ja klass empfunden, nur, sonst schreibt ja die Zeitung, die geht während der Sitzung zum Friseur. Wie stehe ich denn da? (Abg. Gennaro: „Das war kein Vorwurf!“) Das ist eine Frage, wie man es nimmt.

Ich habe es ja positiv genommen. Darf ich bitte weiterreden, wir sollten zu Ende kommen.

Weststeiermark: Da denke ich an einen Abend in Deutschlandsberg, es war schon ein bißchen finster, der Reinhold Purr war dort und der Herr Bürgermeister, da gibt es das erste elektronische Informationszentrum und System, wo man genau weiß, wo sind noch Betten zu haben, wo nicht, bei einer Tankstelle angebracht. Gute Idee, läuft bestens. Und so weiter, und so weiter.

Die Thermen wurden hier angesprochen. Zum steirischen Tourismusgesetz haben Sie selbst auch etwas gesagt, ich bedanke mich in diesem Zusammenhang noch einmal für die Unterstützung. Bei diesen Veranstaltungen wurden viele Fragen gestellt. Es gibt über diese Fragen einen Katalog. Ich werde ihn den zuständigen Sprechern auch gerne zur Verfügung stellen. Ich freue mich, daß die Veranstaltungen selbst sehr sachlich waren, daß die Fragen sachlich waren und daß wir sie Gott sei Dank gut beantworten konnten.

Zur Gesellschaft: Kollege Flecker hat aus seiner Sicht gesprochen. Wir werden in der nächsten Woche noch einmal ein Gespräch in der Sache führen. Dieser Marketingbeirat, der im Paragraphen 8 vorgesehen ist, sollte aus 21 Mitgliedern bestehen, verteilt auf alle Regionen der Steiermark. Die Mitglieder sollen aber Menschen sein, die wirklich mit Marketing etwas zu tun haben, das heißt Fachleute, und die sollen einen schriftlichen Bericht an den Aufsichtsrat geben, wenn ihnen der Geschäftsführer seine Vorschläge vorgelegt hat, das heißt, es erfolgt in Absprache mit den Regionen, und nicht im Einzelverfahren.

Steiermark-Werbung an sich. Vieles hat es an Diskussion gegeben, gerade auch im heurigen Jahr. Ich möchte mich nach einem Jahr, in dem es Beschlüsse, Gespräche, Stimmungen in der einen oder anderen Richtung gegeben hat, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Steiermark-Werbung ganz herzlich bedanken. Es ist ein gutes Team, es ist viel an Arbeit geschehen. Der Geschäftsführer Peter Merlini hat bewiesen, wie es geht, mit dem vorgegebenen Budget auszukommen. Wir haben eine gute Werbung gemacht, und der Ruf der Steiermark hat sich gebessert, gestärkt und gefestigt.

Keine Euphorie möchte ich aufkommen lassen, wenn wir die Zahlen der Nächtigungen allein nehmen. Ich möchte aber dazusagen, der vierte Platz in Österreich ist ein guter Platz. Wir müssen den Tagestourismus auch sehen. Wir müssen an unsere Ziele glauben und daran, daß wir sie umsetzen können, nämlich auch in Zukunft nicht die Größten zu sein, aber zu den Besten zu gehören und das auch zu bleiben. (Allgemeiner Beifall. – 19.45 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Wir kommen nun zur Debatte über die Wirtschaftsförderung. Die Debatte eröffnet der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg.

Abg. Dr. Frizberg (19.45 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Es ist schon im Kapitel Fremdenverkehr einiges gesagt worden zur aktuellen Lage auch der Gesamtwirtschaft. Ich darf insbesondere beim Kollegen Purr etwas ergänzen. Er hat die Situation der Konjunktur in der Steiermark dargestellt, und wir haben gerade ein Konjunkturgespräch hinter uns, wo wir gesehen haben, wo es lang geht. Ich glaube, es ist trotzdem wichtig, hier festzuhalten, daß es der Steiermark gelungen ist, mit jedem der letzten Konjunkturzyklen näher an das führende Wachstum Österreichs anzuschließen. Insbesondere 1990 haben wir mit einem Wachstum von 7 Prozent die absolute Spitze innerhalb der österreichischen Bundesländer eingenommen. Nach einem leichten Einbruch 1991 ist es uns nunmehr gelungen,

1992 im zweiten Halbjahr wieder an das österreichische Wachstum, das sich international nach Japan wirklich sehen lassen kann und an der Spitze der europäischen Länder steht, diesen Anschluß haben wir dort wieder erreicht. Die Sorge, die uns im zweiten Halbjahr 1992 begleitet, betrifft insbesondere unsere exportorientierte Industrie. Hier ist auch in den Auftragsbeständen derzeit ein Einbruch festzustellen. Auftragsbestände, die ja die Grundlage für die Beschäftigung des jeweiligen Folgejahres darstellen. Die Beschäftigungssituation der Industrie hat jetzt schon gelitten. Klammheimlich sind hier durchaus einige Arbeitsplätze bereits verlorengegangen. Wir müssen dafür Sorge treffen, daß 1993 die Arbeitslosigkeit nicht über die Maßen ansteigt. Trotz des Sonderfalles Bauwirtschaft. Die Bauwirtschaft hat ja in der Steiermark mit einem Wachstum von zirka 30 Prozent seit 1990 eine einsame Spitzenstellung, auch eine Spitzenstellung innerhalb Österreichs, erreicht, auf die wir auch stolz sein können. Ein wesentlicher Anstieg dort würde ja wahrscheinlich eine Überhitzung darstellen. Derzeit gibt es allerdings eher die Bedenken, daß die Industrie mangels an Auslandsauftragssteigerungen auf den heimischen Markt stärker wieder zurückdrängt und damit das Baugewerbe dort verdrängt, wo gerade das Gewerbe in der Steiermark ein sehr stabiler und wachsender Bereich ist. Ein Bereich, auf den wir auch stolz sein können.

In der sonstigen Industrie, wenn man jetzt von der Bauindustrie absieht, ist die Entwicklung derart divergierend, daß wir weder von wirklich schweren Zeiten reden können für alle Bereiche, noch irgendeinen Grund haben zu jubeln. Die Entwicklung geht insbesondere auseinander, wenn man sich anschaut, daß es Bereiche gibt, wo wir im Monat August gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 40 Prozent haben, das ist konkret die Elektro- und Elektronikindustrie mit den uns schon bekannten Firmennamen, die in Schwierigkeiten steckt. Wir haben auch durchaus ganz beachtliche, über 20 Prozent liegende andere Einzelbereiche. Trotzdem wird die Tätigkeit auch hier im Landtag auch im nächsten Jahr sich sicher stärker um die Frage der Arbeitslosigkeit, konkret der besonders besorgniserregenden Altersarbeitslosigkeit, drehen müssen und sich darum annehmen. Hier wird sicherlich in einigen Bereichen, die schon in den letzten Jahren durch den Rückgang in der verstaatlichten Industrie besonders betroffen waren, es wiederum zu Einbrüchen kommen, und es ist sicher die Frage, ob wir in dem Drama der verstaatlichten Industrie, das wir österreichweit derzeit wieder erleben, ja, man müßte eigentlich sagen in der Tragödie, sind wir jetzt im dritten Akt. Die Frage ist, wie viele Akte diese Tragödie haben wird. Eines ist jedoch auch klar, und das können wir dieses Mal fast zum ersten Mal sagen. Eine Krise der verstaatlichten Industrie ist nicht mehr eine Steiermarkkrise. Ich glaube, das ist der beste Beweis, daß wir die Strukturverbewältigung in der Steiermark dank einer vernünftigen Wirtschaftspolitik erreicht haben. Wir haben Bereiche, die an private Arbeitgeber abgetreten wurden, so daß ganze Regionen von diesem Thema nicht mehr in diesem Maße betroffen sind. War es bisher zum Beispiel so, daß Liezen immer von diesen Krisen betroffen war, so können wir heute sagen, im Bereich Liezen wird mit Überstunden gearbeitet, und es besteht eigentlich für den Bereich in der Stadt Liezen derzeit

keine Gefährdung. Es hat die verstaatlichte Industrie auch im besonderen Maße mit der Ostöffnung zu kämpfen. Lassen Sie mich dazu doch ein Wort sagen.

In Österreich erwirtschaften wir einen Überschub im Warenaustausch mit den ehemaligen Ostländern von über 12 Milliarden Schilling heuer, und es sind auch sehr viele steirische Arbeitsplätze, die mit diesem Warenaustausch gesichert werden und aufgebaut wurden. Daher dürfen wir nicht jetzt, wenn es auch negative Auswirkungen gibt, sofort wieder nach einem eisernen Vorhang in der Wirtschaftspolitik rufen. Ich glaube, das wäre der falsche Weg. Auch wenn wir in der Steiermark jetzt besonders betroffen sind – auch zusätzlich durch die Krise im ehemaligen Jugoslawien.

In dem Zusammenhang doch auch ein Wort zu der Frage, was ist, und wie ergeht es uns, wenn wir nicht Mitglied in der EG sein werden, wenn wir nicht der EG beitreten? Eine Antwort zu einem Spezialsektor, den sehen wir gerade im Bereich des passiven Veredelungsverkehrs, insbesondere bei den Textilien: Dort hat die EG nunmehr die Meistbegünstigung und die Zollfreiheit für drei ehemalige Ostblockländer eingeführt, und es zeigt sich, daß österreichische Produzenten, solange wir nicht in der EG sind, überhaupt keine Chance mehr haben, weil der Zoll diese Vorteile, die durch die Niedriglohnverhältnisse im Osten bestehen und durch die fehlenden Umweltauflagen, einfach nicht durch bessere Produktivität wettmachen kann. Es ist daher richtig und wichtig, daß es unserer Landesrätin auf Basis dessen, was der Herr Landeshauptmann gemeinsam mit Prof. Tichy und Frau Landesrat im April vorgestellt hat, gelungen ist, im Budget die Start-II-Aktion und auch die Betriebsentwicklungsstiftung unterzubringen und zu dotieren, auch wenn das Maßnahmen sind, die eher passiv zu sehen sind, die in der jetzigen Situation richtig sind.

Noch wichtiger für mich sind die innovativen Maßnahmen, die aktiven und die zukunftsorientierten Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. Zu diesen Maßnahmen zähle ich, darüber haben wir schon im Verkehr debattiert, alle Maßnahmen der Infrastruktur, wo wir weiterkommen müssen, aber insbesondere auch die Überlegungen der Wirtschaftsförderung. Wenn es der Frau Landesrat gelungen ist, in den vergangenen Jahren – Sie alle können im Wirtschaftsförderungsbericht dieses nachlesen – die Wirtschaftsförderung auf die Zukunft hinaus zu orientieren, so ist das schon eine wesentliche Änderung gegenüber manchen Jahren, wenn ich an die Jahre 1986 und so weiter denke. Das ist bisher schon gelungen, und die Neufassung der Wirtschaftsförderung über die noch vor den Landtagswahlen gegründete Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. zeigt auch, daß wir die richtigen Dienstleistungspakete hier anbieten wollen – Dienstleistungspakete, die an Projekten sich orientieren, die umfassend sind, nicht einzelne Maschinenschaffungen zu fördern; Forschung und Entwicklung und insbesondere, was hier wichtig ist, die Fertigungsüberleitung betreffen; das Marketing, Funktionen des Unternehmens betreffen, die auch im immateriellen Bereich liegen können. Die Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. ist hier von der Wirtschaftsförderungsabteilung abgegrenzt. Wir werden uns das anschauen, ob diese Einteilung richtig ist. Bisher gibt es diese

klare Abgrenzung. Dann werden wir sehen, wie wir es für die Zukunft gestalten.

Für die Zukunft gestalten wir jetzt auch unsere Verhandlungen eines neuen umfassenden Wirtschaftsförderungsgesetzes – ein Wirtschaftsförderungsgesetz, das das bestehende Industrieförderungsgesetz und Mittelstandsförderungsgesetz ablösen wird. Ich glaube, daß wir mittlerweile so weit in den Verhandlungen sind, daß sich eine gute Lösung abzeichnet. Es geht eigentlich nicht mehr um die Eckpunkte, es geht um Kleinigkeiten am Rande, an denen dieses Gesetz nicht scheitern soll. Insbesondere müssen wir jedoch Lösungen finden, die zwar die Vereinheitlichung sichern und wo es um eigene reine Landesförderungen geht, und uns auf einen einzigen Beirat zu konzentrieren, auf einen einzigen Fonds auch konzentrieren. Wir werden aber sicherlich auch unterschiedliche Schienen aufrechterhalten müssen, zum Beispiel für den Tourismus dort, wo auch die Wirtschaft eigene Beiträge leistet, und nicht nur das Land allein zahlt. Das kann man nicht in einen Topf werfen. Hier muß es zumindest eigene Schienen dafür geben.

Und ein Zweites, was ich noch abschließend festhalten möchte: Wir müssen, und das hat uns gerade die Vorgangsweise in diesem Budget gelehrt, in Zukunft sicherstellen, daß die Förderungsbereiche, in denen gut gewirtschaftet wurde, in denen auch ein Fondsvermögen angewachsen ist, nicht durch einen plötzlichen Zugriff zur Sanierung des Budgets für andere Maßnahmen hinübergeleitet werden. Ich glaube, hier gibt es auch eine Mehrheit der Abgeordneten, die dieses wünscht, daß diese Fondsvermögen zweckgemäß gewidmet bleiben und auch für die Zukunft diese Fonds nicht einfach gelöscht werden dürfen oder für andere Maßnahmen mißbraucht werden dürfen, weil im Budget andere Gelder fehlen.

Ein Letztes: Außerhalb dieses geplanten einheitlichen Wirtschaftsförderungsgesetzes wird es sicherlich noch Sonderfälle geben. Ich erwähne zwei Bereiche: das eine sind die Umweltinvestitionen, das andere die Produkte, die im Bereich Umwelt hergestellt werden. Hier gibt es zwei sehr, sehr erfolgreiche Beispiele: Beispiel Nummer eins ist Sostanj, wo wir mit einer Haftung des Landes einen wichtigen Exportauftrag für neue Technologien gesichert haben und gleichzeitig damit die Umwelt, die Luftbelastung in der Steiermark, besonders auch verbessern, weil diese Filteranlagen, diese Entstickungs- und Entschwefungsanlagen für das Kraftwerk Sostanj in Slowenien ja die steirische Umwelt besonders auch belastet haben – ein Erfolg, der nach mehr als einem Jahr Verhandlungen nunmehr unter Dach und Fach ist und auch steirische Arbeitsplätze zukunftsorientiert schützt. Beispiel Nummer zwei, auch im Umweltschutzbereich: Ich darf mich dafür bedanken, daß es gelungen ist, sowohl aus dem Ressort Pörtl als auch aus dem Ressort der Waltraud Klasnic der Firma Leykam die Verbesserung ihrer Verhältnisse zu ermöglichen und damit auch eine zukunftsorientierte Produktion im derzeit sehr wankelmütigen Papiermarkt sicherzustellen. In dem Sinne hoffe ich, daß wir im schwierigen Jahr 1993 im wichtigen Bereich der Beschäftigungspolitik und der Wirtschaftspolitik wieder zu der einheitlichen und gemeinsamen Vorgangsweise zurückfinden, wie das in der Zeit vor 1991 die Steiermark ge-

prägt hat. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.58 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist Herr Kurt Gennaro. Nach ihm Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko.

Abg. Gennaro (19.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann anschließen, wo der Kollege Frizberg gemeint hat, wir sollen die Wirtschaft nicht krankjammern. Das versuchen wir ja immer, auch öffentlich zu sagen. Daß Österreich gute Werte hat, haben wir bereits im Sommer bewiesen, als wir zu Sozialpartnergesprächen angetreten sind. Aber wir sollten auch nicht verschweigen, daß wir sehr wohl Probleme haben. Und niemand, egal auf welcher politischen Seite er steht, kann glücklich sein über Probleme. Wir wissen, daß seit September der Einbruch in der Wirtschaft nachvollziehbar und spürbar war. Und wenn Kollege Frizberg angeschnitten hat die Abwanderung der Betriebe in den Osten durch die Ostöffnung, so möchte ich auch ein klares Wort dazusagen, weil berechtigte Existenzangst von verschiedenen Beschäftigten in Österreich besteht, die teilweise das sehr hautnah zu spüren bekommen, weil Betriebe eigentlich von uns abgewandert sind und in die Billiglohnländer in den Osten gehen. Ich behaupte immer, dort werden die Leute zur Zeit noch ausgebeutet, weil sie eben so wenig verdienen. Das kann aber nicht die Prämisse sein, daß Österreich ein Billiglohnland sein sollte, sondern im Gegenteil: das ist vielleicht jetzt ein nicht aufzuholender kurzfristiger Vorteil. Der wird sich aber, wenn auch diejenigen Dienstnehmer und Arbeitnehmer soziale Rechte erreichen, vermindern. Ich glaube, das kann man unterstreichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir brauchen eine florierende Wirtschaft. Unser Sozialversicherungssystem und unser soziales Netz ist aufgebaut auf eine optimale Beschäftigungspolitik. Wir alle wissen die Chancen und die Gefahren nach wie vor, wenn wir zur EG beitreten werden, was noch in Frage steht. Aber wir gehen davon aus, daß das vollzogen wird. Ich glaube aber auch, daß man ein klares Wort dazu sagen muß und eine Bitte an die Wirtschaft: Wir sollten nicht den Fehler machen – und ich nehme da die Bundesregierung nicht aus –, bei der Aufklärungsarbeit über die EG, daß, wenn irgendetwas unangenehm ist, redet man sich auf die EG aus und sagt, weil das in der EG so ist. Und die Wirtschaft begeht den ganz gleichen Fehler, daß sie den Arbeitnehmern einredet, wir können euch dies oder das nicht zahlen, weil das ist in der EG nicht üblich. Dann erwarten oder verlangen wir von den Menschen oder von der Bevölkerung, eine positive Abstimmung zum EG-Beitritt zu machen! Es wird sich niemand, wenn das so kommen sollte, was sicher nicht der Fall ist, aber wie es interpretiert wird, seinen eigenen Schlächter wählen. Und wenn der Kollege Frizberg auf die Tragödie oder das Drama in der verstaatlichten Industrie hingewiesen hat, so darf ich in aller Offenheit sagen:

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, und wir haben in der Steiermark, weil wir für den Bereich Verstaatlichte in unserem Metallbereich überwiegend auch mitverantwortlich sind und auch die Probleme mitzutragen haben, immer wieder verlangt, es kann

nicht so sein, und das größte Hemmnis ist es, daß es ein Koalitionsabkommen gibt, wo die beiden Großparteien vereinbart haben, daß wir für die Verstaatlichte keine Mittel mehr zur Verfügung stellen. Ich stehe nicht an zu sagen, daß das sicher für Verlustdeckung nicht der Fall sein muß, aber wenn wir neue Produkte, eine neue Palette von Beschäftigungen bringen können, dann ist es erforderlich, bei Forschung und Entwicklung, daß auch hier von diesem Übereinkommen abgegangen wird. Es kann sich der Staat nicht von seiner Verantwortung als Eigentümer für die Verstaatlichte drücken. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich stehe auch nicht an zu sagen, daß es sehr oft so ist, daß manche führende Manager, wo man gar nicht weiß, welche politische Richtung sie haben – es interessiert mich auch nicht –, denn es hat in der Vergangenheit Leute aus eurem Bereich, aus unserem Bereich gegeben, die nicht immer die glücklichste Hand bei ihrer Geschäftsführung gehabt haben, und daß man da Konsequenzen ziehen muß. Denn wenn es soweit ist, daß ein Betrieb die gesamte Verstaatlichte derart ins Dilemma bringt, wo die Bemühungen der letzten Jahre so aufgebaut wurden, und deswegen hat sich die Steiermark ein bißchen erholt, weil die Verstaatlichte einen leichten Aufwind verspürt hat, so glaube ich, ist das nur aufzuzeigen, und wir können das sicher in der Form nicht zur Kenntnis nehmen.

Aber, meine Damen und Herren, ich will nicht differenzieren zwischen verstaatlichter und privater Industrie, mir fällt eine ganze Liste ein, wo wir leider Gottes in der Steiermark betroffen sind. Wenn ich an Thörl denke, wenn ich an Fürstenfeld denke, wenn ich an die Betriebe des ehemaligen Landesrates Fuchs denke, wenn ich an Vogl & Noot Wartberg, Krieglach, Bergla, Gabor-Schuhfabrik, Bauer Voitsberg, Eisenwerk Breitenfeld und, und, und denke. Das sind keine verstaatlichten Betriebe, sondern Privatbetriebe, die genauso Probleme haben. Daß es große Insolvenzen gibt, wo auch führende Herren in der ÖVP in der Geschäftsführung waren, wenn ich an KTM und Tauß erinnern möchte, so macht das nicht glücklich, ich will es nicht aufzeigen, nur soll man nicht immer nur auf die Verstaatlichte hinzielen. Ich begrüße, daß in der Zeitung, zwar bezahlte Anzeige, zuerst habe ich mich geschreckt, ich sehe das Bild des Herrn Landeshauptmannes Krainer, wo drinnen steht: Industriegipfel zwischen Land und Bund, und dann schaue ich unten: bezahlte Anzeige. Die inhaltliche Verantwortung liegt beim Auftraggeber. Jetzt, habe ich mir gedacht, hat der Landeshauptmann nichts mehr zu reden, daß er schon eine bezahlte Anzeige aufgeben muß in den Medien, damit er etwas darüberbringt, was für die Steiermark so wichtig ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber es ist in dem Zusammenhang wieder typisch, in der Landesregierung hat man mir erzählt, vielleicht habe ich mich verhört, hat man ein Übereinkommen getroffen, nicht in die Öffentlichkeit zu gehen, sondern das Gespräch abzuwarten, und es haben sich alle bei der Auflistung für dieses Gespräch beteiligt. (Abg. Dr. Flecker: „Das sind Panikreaktionen!“) Ich befürchte nur, daß für die steirische Problematik und für diese Liste an allen Problemen und Projekten, die man zusammengestellt hat, das Gespräch beim Minister Klima allein zu wenig sein wird. Ich glaube, vielleicht sollte man auch überlegen und dieses Know-how

nützen, das wir in der Steiermark selbst haben, und ich glaube, Herr Landeshauptmann, es wäre für die gesamte Landesregierung einmal wichtig, einen steirischen Industriegipfel, und ich habe mit vielen Unternehmungen gesprochen, in der Steiermark zu installieren. Von der Privatwirtschaft über Gewerbe, Industrie unter Einbeziehung der Techniken und so weiter, daß wir einmal den Weg in der Steiermark in der Industriepolitik fixieren können. Viele gute Ideen schlummern irgendwo in den einzelnen Bereichen, die gehören aufgelistet, koordiniert und dann bitte an die gesamte Bundesregierung herangetragen, weil der Minister Klima das nicht allein umsetzen wird können. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich möchte es heute auch sehr kurz machen, nachdem der Kollege Frizberg sich auch relativ gut an die Redezeit gehalten hat. Ich möchte nur begründen und bedauere auf der anderen Seite, warum wir einen Initiativantrag bezüglich des steirischen Wirtschaftsförderungsgesetzes und die Novellierung dazu für die Landesverfassung eingebracht haben. Es war am 28. Februar 1992, wo wir hier zur wirtschaftlichen Lage in der Steiermark gesprochen haben und die Frau Landesrat Klasnic gesagt hat, sie wird bei einer der nächsten Sitzungen das Wirtschaftsförderungsgesetz vorlegen. Kann man im Protokoll nachlesen, keine Frage. Es hat auch anlässlich dieser Sitzung von beiden Parteien SPÖ- und ÖVP-Beschlußanträge gegeben, aber leider haben beide Anträge keine Mehrheit erreicht. Daraufhin wurden Parteienverhandlungen aufgenommen, und es war am Beginn der Parteienverhandlung sehr klar formuliert, auch von der Frau Landesrat Klasnic, und wir waren uns einig, daß wir so rasch als möglich ohne zeitraubende Umstände das Gesetz beschließen sollen, eventuell noch vor dem Inkrafttreten des EWR. Das Gesetz ist wichtig zur Legalisierung der Wirtschaftsförderungsges. m. b. H. und auch notwendig, natürlich auch die Änderung der Landesverfassung. Es hat in den Parteienverhandlungen bis auf wenige unterschiedliche Meinungen, Einigung gegeben. Aber ich bin verwundert, daß dann auf einmal die Parteienverhandlungen ausgesetzt wurden. Wir haben zweimal gebeten, man soll sie wieder aufnehmen, Frau Landesrat. Da erinnere ich mich schon, ich war dabei. Was mich am meisten bedrückt hat, war, daß eigentlich im Grundsatz vorher zwischen den Sozialpartnern eine gewisse Absprache und eine Einigung war und daß man gesagt hat, wir formulieren nur mehr die kleinen Dinge aus. Zweimal haben wir versucht, einen Termin zu bekommen, aber es ist eingeschlafen. Wir wollen nicht verzögern, sondern wir bekennen uns dazu, daß wir gesagt haben, wir wollen dieses Gesetz noch heuer über die Bühne bringen, wir sind nach wie vor verhandlungsbereit, weil wir glauben, daß das Gesetz fast reif für eine Beschlußfassung ist. Wenn es nicht in allen Punkten eine Übereinstimmung gibt, dann wird das auch dementsprechend einen Niederschlag finden. Ich möchte aber nur in aller Kürze unsere SPÖ-Forderungen aufzeigen, die in den Verhandlungen noch offen geblieben sind.

Wir haben natürlich die Vorstellung, daß eine gesetzliche Verankerung bei den Förderungen erfolgt, wir haben das dann auf die Richtlinien verlagert, daß in den Richtlinien festgelegt wird, daß eine Förderung

dann nicht erfolgen kann, wenn ein festzulegender Mindestlohn, von dem wir heuer sehr viel und umfangreich gesprochen haben, nicht ausbezahlt wird. Das ist ein Punkt, wo man das Bekenntnis, nicht nur Lippenbekenntnis, ablegen kann über die Diskussion über 12.000 Schilling Mindestlohn, die wir heuer abgeführt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Der zweite strittige Punkt, wo die Handelskammer wahrscheinlich nicht mit kann, ist, daß wir uns vorstellen – da gibt es bereits positive Beispiele in anderen Bundesländern –, daß wir Firmen ausscheiden, die das schwarze Unternehmertum veranstalten, die dementsprechend auch an den Pranger gestellt werden, weil es ein unlauterer Wettbewerb ist, und wir haben uns auch dazu bekannt. Es hat auch hier im Haus Diskussionen gegeben, daß wir das so vollziehen sollen. Nur, jetzt bei der Umsetzung gibt es wieder keine Einigkeit. Das Letzte wäre auch, das ist für die Frauen, daß wir darauf acht nehmen, daß von den Unternehmen auch das Gleichbehandlungsgesetz nachvollzogen und beachtet wird. In der Zusammensetzung der Kuratorien sind wir uns im Grundsatz einig, daß es den Mittelstandsförderungsfonds, den Tourismusförderungsfonds gibt. Es ist ja von Ihnen, Frau Landesrat, auch bekundet worden, daß grundsätzlich eine positive Haltung auch dazu besteht, diese Fonds zusammenzuführen. Jetzt höre ich nur, daß es in der Handelskammer Schwierigkeiten gibt, daher geht da nichts weiter. Wir verlangen auch, daß in den Rahmenrichtlinien eine eindeutige Kompetenzabgrenzung zwischen der Wirtschaftsförderungsges. m. b. H. und der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung vorgenommen wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte in dem Zusammenhang noch einmal wiederholen: Wir sind verhandlungsbereit, es muß noch immer eine Möglichkeit zu Gesprächen geben, aber der Ball liegt bei Ihnen, bei den Damen und Herren der ÖVP. Sie haben nicht einberufen, wir sind verhandlungsbereit, und ich möchte in dem Zusammenhang beiden Parteien, vor allem den Beamten, danken, die gute Vorarbeit geleistet haben, weil es manchmal auf der politischen Ebene Diskussionen gegeben hat und die Beamtschaft dann das in den Gesetzestext umgewandelt hat. Einen herzlichen Dank dafür, und ich hoffe, daß wir das von uns allen verlangte Wirtschaftsförderungsgesetz wirklich noch durchbringen können. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.11 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko. Nach ihm die Frau Dr. Bachmaier-Geltewa.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (20.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich zu dem nunmehr angezogenen Wirtschaftsförderungsgesetz und vielleicht auch eingangs zu den Terminschwierigkeiten einiges sage. Sicherlich ist auch der Umstand, daß sich auf Grund des Bundesrechnungshofberichtes über die Jahre 1985 bis 1990 einiges geändert hat, und vor allem auf Grund des Umstandes, daß wir gesagt haben, daß wir das Gesetz nur gemeinsam mit Richtlinien beschließen, eine gewisse Verzögerung einge-

treten, und es wird auch einige Punkte geben, die man im Hinblick auf diese Aspekte neu zu überdenken hat. Ich möchte Ihnen ganz kurz unsere Vorstellungen zu diesem Thema präzisieren, wobei wir, und das haben wir schon vor einigen Sitzungen hier im Landtag klar und deutlich gesagt, auf Grund der Vielfalt der Organisationen, die mit Wirtschaftsförderung befaßt sind auf der einen Seite und der Vielfalt der Bereiche, die Wirtschaftsförderung machen, uns eine Zusammenführung dieser Dinge vorstellen, die wir im Rahmen eines steirischen Wirtschaftsförderungsfonds zusammenfassen wollen, der in etwa fünf Bereiche umfaßt, und zwar: einen Mittelstandsförderungsfonds, einen allgemeinen Wirtschaftsförderungsfonds, einen Wissenschafts- und Forschungsförderungsfonds, einen Umweltfonds und einen Landwirtschaftsförderungsfonds. Die Grundforderung für dieses Gesamtprojekt ist die Zentralisierung sämtlicher Förderungsinstitutionen, wobei dies sicherlich ordnungspolitische, kosten- und kommunikationstechnische Gründe hat. An der Spitze dieses Wirtschaftsförderungsfonds steht ein Geschäftsführer, und als oberstes Gremium sollte ein Beirat oder eine Kommission eingesetzt werden, wobei sicherlich die Geschäftsführung durch Privatpersonen oder Personen aus der Wirtschaft, die nicht aus dem Beamtenkreis kommen, durchgeführt werden kann. Die fünf angeführten Fonds sollen getrennt verwaltet werden, finden aber dennoch ihre Zentralisierung im Rahmen des steirischen Wirtschaftsförderungsfonds, und eine gegenseitige Deckungsfähigkeit bei einer Zweidrittelmehrheit der Fondseigentümergegenvertretung könnten wir uns durchaus vorstellen. Wichtig ist eine zentrale Einlaufstelle für alle Förderungsansuchen, was auch gegenüber den Förderungswerbern eine Erleichterung darstellen würde und ihnen so mancher Kreislauf oder Irrweg im Sinne jenes des Buchbinders Karl Wanninger, den Karl Valentin so schön beschrieben hat, erspart bleiben würde und vor allem auch gewährleistet ist, daß diese Dinge auch ordnungsgemäß den jeweils richtigen behandelnden Stellen zugeführt werden. Damit verbunden sicherlich auch eine zentrale Prüfstelle, um Dubletteneffekte, um Fehlleitungen zu vermeiden, sicherlich auch die Notwendigkeit, das Subsidiaritätsprinzip streng einzuhalten, was bedeuten würde, daß zuerst Bundesförderungen und dann erst Landesförderungen zum Tragen kommen. Wir stellen uns auch weiterhin vor, daß wir Richtlinien, die zu setzen sind, nicht jetzt in Rahmenrichtlinien oder Detailrichtlinien auslegen, sondern einfach klare Durchführungsbestimmungen schaffen, die uns gewährleisten, daß dem auch dann Folge getragen wird. Es ist notwendig, klare Schnittstellen zwischen der allgemeinen Wirtschaftsförderung und der Mittelstandsförderung einzuziehen, weil wir glauben, daß das nicht nur ein Bereich ist, wo man die Bemessungsgrundlagen bei in etwa 3 Millionen festlegen sollte, sondern auch damit verbunden eine unterschiedliche Behandlung in den Förderungsbereichen zustandekommt. Zu den Finanzen selbst möchte ich sagen, daß jeder Fonds, sowohl die allgemeine Wirtschaftsförderung als auch der Mittelstandsförderungsfonds, Wissenschafts- und Forschungsfonds, Umweltfonds, Landwirtschaftsförderungsfonds, einen bestimmten Förderungsbetrag als Dotierung hat und damit ein Auslangen finden muß. Im Detail:

Der Mittelstandsförderungsfonds umfaßt als Fonds die gewerblichen Darlehen, die Nahversorgungsaktion, Fremdenverkehrs- und Tourismusfonds, Bürges-Kleingewerbeförderung, Bürges-Gewerbekonstruktion, Jungunternehmerförderung für förderbare Investitionen bis maximal 3 Millionen Schilling, wobei wir auch davon ausgehen, daß wir sagen, es ist selbstverständlich sinnvoll, auch im unteren Bereich eine Grenze einzuziehen, weil es ja in der Vergangenheit auch Fälle gegeben hat, wo das Förderungsvolumen beziehungsweise die Dotierung aus der Förderung wesentlich geringer war als der damit verbundene Aufwand. Zweck und Ziel dieses Mittelstandsförderungsfonds muß eine rasche Vergabe der Fördermittel sein. Dabei wird auf eine rasche und effiziente Gestaltung der Prüfung durch den Beirat zu achten sein, wobei wir uns vorstellen können, daß man in maximal acht Wochen so ein Förderungsansuchen abwickeln und dem Förderungswerber zustellen kann. Für das Gesamtvolumen stellen wir uns in etwa 120 Millionen Schilling vor. Das ist in etwa jener Betrag, der auch die Basis der derzeitigen Aktionen darstellt, was in etwa für 2000 bis 2500 Förderungsfälle pro Jahr durchaus reichen sollte.

In der allgemeinen Wirtschaftsförderung jene Bereiche, die über 3 Millionen Schilling hinausgehen, würden wir folgende Aktivitäten sehen: die Wirtschaftsmilliarde, Investitionskreditkostenzuschußaktion, Kommunalkredit-AG., IFA, RIP – Regionale Investitionsprämie, Haftungen, Beteiligungen, Zinszuschüsse, Darlehen, Projektkostenzuschüsse, Ankauf von Liegenschaften und deren Instandhaltung und dessen Aktivitäten. Diese Aktivitäten wurden bisher von folgenden Einrichtungen verwaltet: Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, Innofinanz, Steirischer Technologiepark, BEA, GBG, Fremdenverkehrsabteilung, Fremdenverkehrsverein, Steirische Beteiligungsfinanzierungs-Ges. m. b. H., Wirtschaftsförderungsgesellschaft und KBG – zehn Stück. Wir glauben, eine Zusammenlegung dieser Gesellschaften und deren Aktivitäten wäre notwendig. Dazu sind spezielle Aktionen notwendig, die vom Kuratorium nach Maßgabe der konjunkturellen Situation zu beschließen sind. Unser Wunsch wäre die Zusammenfassung folgender Gesellschaften und Institutionen in diesem Bereich, und zwar: Technova, Innofinanz, Steirischer Technologiepark, BEA, KBG, GBG und die Fremdenverkehrsabteilung. In der Zukunft sollten, damit die allgemeine Wirtschaftsförderung in diesem Bereich umfaßt werden: die RIP, IFA, Haftungen, Beteiligungen und so weiter bis zu Bildungsaktionen. Die Aktivitäten selbst sollten im Rahmen dieses Fonds verwaltet werden durch den steirischen Wirtschaftsförderungsfonds mit den allgemeinen Verwaltungsbereichen Fremdenverkehr, Fremdenverkehrsförderung, Grundstücksverwaltung, wachstums-, forschungs- und entwicklungsorientierte Maßnahmen, die bisher WfG, Fachabteilung für Wirtschaftsförderung und Innofinanz gemacht haben, Sanierungen, Haftungen und gewisse Wirtschaftsoffensiven, die man zu setzen hat im Sinne von Werbung, Messen und Ähnlichem. Und als zweiter Bereich wäre natürlich noch zu nennen die Steirische Beteiligungsfinanzierungs-Ges. m. b. H., wobei das auch in diesem Rahmen Platz finden sollte. Die Dotierung der allgemeinen Wirtschaftsförderung müßte man separat diskutieren,

weil sie ja auch von der Anzahl der Fälle abhängt und im wesentlichen auch von den Möglichkeiten, die wir für die Dotierung einer derartigen Wirtschaftsförderung haben. Die Mitarbeiter der bisherigen Organisationen sollten zusammengefaßt werden, soweit dies möglich ist. Es sollten nur Neuaufnahmen dort gerechtfertigt sein, wo kein Personal aus den bestehenden Organisationen verfügbar wäre. Dritter Bereich: Umweltfonds – gibt es bereits und wäre eins zu eins zu übernehmen und in diese Organisation miteinzubauen. Und als Viertes: Wissenschafts- und Forschungsfonds – ähnlich gelagert, gewisse Umstrukturierungen wären notwendig. Eine Anpassung an das neue System wäre auch ohne weiteres regelbar. Und auch der Landwirtschaftsförderungsfonds wäre nach Abklärung der Kompetenzen und der Dotierung ebenfalls einzubeziehen.

Damit, meine Damen und Herren, wären alle Wirtschaftsförderungsbereiche unter einem Hut und alle gewünschten Verbesserungen der Serviceleistungen gegenüber dem Bürger im Sinne einer gerechten, raschen und wirkungsvollen Förderung gewährleistet, wobei der Aspekt der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit voll erfüllt wäre. Ich habe das jetzt relativ rasch gesagt, weil die Zeit kurz ist. Ich möchte aber dazu eines sagen: Das, was wir vorher beim Tourismus gesagt haben, wir müssen uns natürlich auch überlegen, was wir dazu beitragen können, um Mittel für diese Fonds zu generieren. Dazu gibt es auch gewisse Vorstellungen, die wir bei uns in der Fraktion haben, die aber meine Frau Kollegin Bleckmann zu einem späteren Zeitpunkt vortragen wird.

Generell noch einige Bemerkungen zu dem, was Kollege Gennaro gesagt hat: In der verstaatlichten Industrie gibt es natürlich Probleme, meine Damen und Herren, und wir wissen das auch. Wir sind dafür eingetreten, daß man auf Landesebene flankierende Maßnahmen in den Umfeldern dieser betroffenen Gebiete macht, ohne daß Direktgeld in den Bereich der verstaatlichten Industrie hineingeht. Das ist sicher Sache des Eigners. Ich akzeptiere, daß der Eigner ja ein Konglomerat ist, ich will auch darauf nicht näher eingehen, es ist nur entscheidend, daß wir wissen, daß wir auch in diesem Bereich nicht gerade rosigen Zeiten entgegengehen, daß vor allem auch gewisse Altlasten aufzuarbeiten sind aus dem Umweltbereich, wir aber doch sagen können, und es gibt ja in dem Zusammenhang eine gemeinsame Resolution, die die Standorte Donawitz, Leoben betrifft, wo man sagen kann, daß man mit dem Schienensektor und in manchem beschränkten Bereich auch mit dem Draht ein durchaus lukratives Produkt gefunden hat, mit dem man arbeiten kann. Wir steuern aber auf die Behebung von Altlasten im Umweltschutzbereich zu, die sicherlich teuer wird. Wir sollen uns keinem übertriebenen Optimismus hingeben, daß wir das so leicht abwimmeln können. Verschiedene Versuche in eine Diversifizierung vom Produkt her sind wahrscheinlich auch nicht der ideale Bereich dafür, daß man sagen wird, rosig werden die Zeiten nicht sein. Es soll aber nicht daran liegen, daß das Land selbst sich nicht bemühen soll oder wir Politiker uns darum bemühen sollen, auf der einen Seite bei der Eigenseite Verständnis dafür aufzubringen und auf Hilfe in diesem Bereich zu setzen. Wenn ich auf der anderen Seite an-

schaue, wie es anderen Bereichen geht, wenn ich zum Beispiel nach Oberösterreich gehe, dort sind die Meldungen eher im Bereich von Horrormeldungen anzusiedeln. Wir sollten uns bemühen, und das ist etwas Entscheidendes und Wesentliches, den Arbeitnehmern in den betroffenen Bereichen reinen Wein einzuschenken, sie zur Mitarbeit, zum Mitdenken, zu einem Umdenken auffordern und ihnen dort Hilfe angedeihen lassen, über Umschulung und andere Bereiche, wo wir es sinnvoll vertreten können. Wir sollen aber auch dafür sorgen, daß in diesen Bereichen der Jugend nach wie vor die Chance zu einer gesunden und richtigen fachlichen Ausbildung gewährleistet und erhalten bleibt, weil ich glaube, daß wir auch in den kommenden Jahren, und ich habe gerade anläßlich des Ledersprunges in Leoben von einem hervorragenden wirtschaftlichen Vortrag eines Wirtschaftsexperten aus dem Deutschen Bundestag gehört, der uns auch nicht gerade sehr freudig stimmen darf, aber wir sollen der Jugend die Möglichkeit geben, ihre Ausbildung in der bisherigen Form wahrnehmen zu können, damit wir gerüstet sind, wenn wir die Talsohle durchschritten haben und der Karren hoffentlich wieder mit größerer Geschwindigkeit nach vorne geht. Danke. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 20.24 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich möchte gerne den Landtag mit der freudigen Nachricht überraschen, daß am Abend des dritten Tages die Redner beginnen, sich auf jene Zeitlimits einzuschränken, die wir schon für den ersten Tag vereinbart gehabt haben. Nächste Rednerin ist die Frau Dr. Bachmaier.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (20.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Als obersteirische Abgeordnete liegt mir ein Problem besonders am Herzen, und zwar jenes der Altersarbeitslosigkeit.

Sie alle wissen es: Seit 1988 ist eine Verordnung in Kraft, wonach Arbeitnehmer über 50 Jahre in Krisenregionen – das sind sämtliche obersteirischen Bezirke sowie die Bezirke Weiz und Voitsberg – das vierjährige Altersarbeitslosengeld beziehen können. Gegen Ende des Vorjahres wurde diese Verordnung mit Ausnahme des Bezirkes Murau bis Ende 1995 verlängert. Das heißt, daß ein jetzt 47jähriger Arbeitnehmer noch in drei Jahren das Altersarbeitslosengeld beantragen kann, was wiederum bedeutet, daß der jetzt 47jährige Arbeitnehmer – wenn er 1995 arbeitslos wird – bis zum Jahr 2005 eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung erhält, bis er schließlich sodann mit 60 Jahren in Pension gehen kann.

Allein im Bezirk Bruck beziehen derzeit 1002 Menschen das Altersarbeitslosengeld. Das sind rund 36 Prozent aller Arbeitslosen.

Steiermarkweit sind 6399 Personen, die arbeitslos sind, älter als 50 Jahre. Daß diese Situation mehr als unbefriedigend ist, braucht eigentlich nicht extra betont zu werden. Das maximale Arbeitslosengeld beträgt 396 Schilling pro Tag, das sind 11.880 Schilling pro Monat (zwölfmal im Jahr). Das durchschnittliche Arbeitslosengeld hingegen lag im Jahr 1991 lediglich bei 7800 Schilling monatlich.

Wie geht es nun nach diesen vier Jahren Altersarbeitslosengeldbezug weiter? Da greift nur mehr die Notstandshilfe Platz, allerdings unter Anrechnung des Einkommens des Ehegatten. Und wir wissen alle, was das heißt, mit 50 Jahren aus dem Arbeitsleben gedrängt und quasi auf das Abstellgleis gestellt zu werden, praktisch keine Chance zu haben, einen geeigneten Arbeitsplatz wieder zu erlangen.

Wirtschaftsminister Schüssel fiel leider nichts Besseres ein, als zu verlangen, daß die Krisenregionenverordnung abgeschafft wird. Zu meinem Bedauern teilt diese Meinung auch Wirtschaftslandesrätin Klasnic.

Nur in einem Punkt könnte man einer Meinung sein: Die Krisenregionenverordnung ist sicherlich nicht der Stein der Weisen. (Landesrat Klasnic: „Warum schauen Sie denn so finster?“) Die Situation ist so ernst, daß man nicht lachen kann. (Landesrat Klasnic: „Ich lache nicht!“) Aber solange es keine bessere, geeignetere Maßnahme gibt, die der immer mehr fortschreitenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten in der Lage ist, solange ist es wohl mehr als unbillig, über die Rücknahme dieser Verordnung zu sprechen.

Was würde passieren, wenn wir die Krisenregionenverordnung nicht mehr hätten? Die Situation in vielen Betrieben würde sich nicht schlagartig bessern. Es würden jüngere Arbeitnehmer gekündigt werden, wobei sicherlich nicht Rücksicht darauf genommen werden würde, ob der betreffende Arbeitnehmer Alleinverdiener ist und möglicherweise Sorgepflichten für Frau und Kinder hat oder ob es sich beispielsweise um eine alleinerziehende Mutter handelt, die ihren Arbeitsplatz verliert. Deshalb wäre es für die Arbeitnehmer in unserer Region von eminenter Wichtigkeit, wenn so rasch wie möglich seitens der Wirtschaftslandesrätin Alternativen präsentiert werden würden, die es ermöglichen, daß die Arbeitsmarktsituation entsprechend verbessert wird und die Unternehmen endlich aufhören, beinahe alle Arbeitnehmer über 50 Jahre freizusetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nunmehr scheinen unsere Bemühungen insoweit bei Frau Landesrätin Klasnic Früchte getragen zu haben, als sie endlich im Oktober dieses Jahres in die Regierungssitzung einen Antrag betreffend ein steirisches Beschäftigungsprogramm eingebracht hat, der in der Folge auch beschlossen wurde. Nur hat die Angelegenheit einen Haken: Es herrscht nach wie vor Unklarheit, wie diese Programme angewendet werden sollen. Ich frage Sie, sehr geehrte Frau Landesrätin, wie lange es noch dauern wird, bis seitens des Wirtschaftsressorts der Steiermärkischen Landesregierung endlich Taten gesetzt werden und sichtbar Maßnahmen Platz greifen, die die prekäre Arbeitsplatzsituation in der Steiermark lindern. Wie lange wird es noch dauern, bis die laufend fortschreitende Personalreduktion in den Betrieben endlich gestoppt wird und wir zu einer vernünftigen Arbeitsmarktpolitik gelangen?

Ich kann nur hoffen, daß die Vertreter der österreichischen und steirischen Wirtschaft konstruktivere und gescheiterte Ideen zur Ankurbelung der Wirtschaft haben als ihr Präsident Maderthaner. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.31 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist Frau Dr. Karisch. Dann wird die Damenrunde fortgesetzt mit der Frau Abgeordneten Bleckmann.

Abg. Dr. Karisch (20.31 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte die Diskussion zur Gruppe 7 zum Anlaß nehmen, auf ein Problem des Konsumentenschutzes hinzuweisen, das uns in den nächsten Jahren sicherlich noch öfters beschäftigen wird. Ein Problem, wo Innovationen „zurück zur Natur“ nötig sind, Innovationen, die zu neuen Chancen für unsere Wirtschaft führen könnten. Es handelt sich dabei um das Problem der Chemie in der Bekleidung beziehungsweise das Problem, daß es naturbelassene Textilien fast nicht mehr gibt.

Meine Damen und Herren! Der Chemieeinsatz macht heute auch vor der Bekleidung nicht halt. Mit chemischen Beimengungen werden Stoffe aufgerüstet, werden Stoffe knitterfrei und kuschelweich, fleckenresistent und filzfrei gemacht. Darüber hinaus sind rund 8000 Färbemittel im Einsatz. Naturfasern werden häufig mit Schädlingsbekämpfungsmitteln vorbehandelt. Über die Haut werden diese Chemikalien aufgenommen und können zu Gesundheitsschäden führen.

„Kleider machen Leute“ lautet ein altes Sprichwort. Die Bonner Verbraucherinitiative hat es abgewandelt in „Kleider machen Leute krank“. Denn chemische Schadstoffe in der Kleidung können gesundheitliche Schäden, wie zum Beispiel Hautausschläge, Sehstörungen, ja sogar neurologische Langzeitschäden auslösen. Dermatologen führen den starken Anstieg von Hautausschlägen und Allergien unter anderem auch auf Textilchemikalien zurück. Körperwärme und Schweiß lösen beim Tragen die Chemikalien, und diese dringen in den Körper ein. Ein Beispiel, das durch die Medien gegangen ist: Die Inhaberin einer Trachtenboutique in München wurde durch chemische Zusätze in Trachtenjacken und Dirndl erwerbsunfähig. Sie litt an Sehstörungen, Schwindel und Ausschlägen. Die Untersuchung ergab eine Rekordmenge an Textilgiften, wie zum Beispiel Lindan, in ihrem Blut. Ihre Trachtenbekleidung, durchwegs Naturmaterialien, hatte gefährliche Chemikalien ausgedünstet.

Dieser Fall, meine Damen und Herren, ist kein Einzelfall. Bei einer Untersuchung von T-Shirts durch das deutsche Ökotestmagazin fanden sich in fast zwei Dritteln der 22 Testobjekte Pestizidrückstände. Zum Pestizidcocktail gehörten DDT, Lindan, Endrin und andere Nervengifte, darunter vermutliche Krebs-erreger und Erbgutschädiger, die bei uns großteils verboten sind, aber auf dem Umweg über Textilien aus der dritten Welt zurückkehren. Übrigens befanden sich bei den beanstandeten T-Shirts auch sehr teure Marken. Hohe Preise sind nicht immer eine Garantie für Qualität.

Meine Damen und Herren! Es wird sich in Zukunft eine neue Nachfrage und damit ein neuer Markt für naturnahe Qualitätstextilien auftun. Eine Chance für innovative Unternehmen. Vielleicht gibt es in der Steiermark Unternehmen, die diese Chance nutzen können. Derzeit ist das Angebot an naturbelassenen Textilien sehr gering. Ein Großteil aller Gewebe aus

Baumwolle, Leinen, Viskose, Modal und Naturfaser-Synthetik-Mischungen wird heute mit formaldehydhaltigen Kunstharzen überzogen und damit pflegeleicht gemacht. Eine Kennzeichnung von Formaldehyd in Bekleidungsstücken ist in Österreich leider erst ab einer Größenordnung von 1500 ppm vorgesehen. Eine Allergie wird aber schon bei wesentlich geringeren Mengen ausgelöst. In Japan ist man da sehr vorsichtig: In Japan ist Formaldehyd für Bettwäsche und Bekleidung für Kinder unter zwei Jahren überhaupt verboten. Es gilt dort der Grundsatz für Textilien: Je näher der Haut, desto weniger ist an Chemie erlaubt.

In Importwaren finden sich oft Insektizide, wie zum Beispiel Lindan. Ein Großteil der importierten Naturfasern, vor allem Baumwolle, ist mit Schädlingsbekämpfungsmitteln vorbehandelt, angefangen bei Teppichen, Decken, Möbelbezügen, Federn, Textilien, Babybekleidung bis hin zur Seide und zur Wolle zum Stricken. Baumwolle wird in den letzten Jahren verstärkt mit Entlaubungsmitteln behandelt, mit Entlaubungsmitteln, wie sie im Vietnamkrieg im Einsatz waren. Der österreichische Konsument weiß nur sehr wenig, was in einem Textil ist, das er kauft. Vor allem weiß er auch nicht, welche Chemikalien im Einsatz waren. Fehlen doch entsprechende Kennzeichnungen auf den Waren. Wir haben zwar im Textilbereich sehr gute Pflegehinweise, und dafür sind wir sehr dankbar, aber keine Informationen über den Einsatz von Veredelungschemikalien. Es ist zu hoffen, daß im Zuge der Anpassung zum EWR, wo es ja bekanntlich bessere Kennzeichnungsvorschriften gibt, auch auf diesem Sektor Verbesserungen in Österreich eingeführt werden. Ich bin davon überzeugt, daß das Konsumentenbewußtsein auf diesem Sektor in den nächsten Jahren stark zunehmen wird. Leider haben sich die österreichischen Gesundheitsbehörden mit dieser Frage bis heute kaum befaßt. Während Arzneimittel ein strenges Zulassungsverfahren brauchen und Lebensmittel wenigstens stichprobenweise auf Rückstände untersucht werden, können Kleidungsstücke praktisch nach Belieben mit chemischen Zusätzen hochgerüstet werden.

Meine Damen und Herren! Was sollte geschehen und wo liegen die Chancen für innovative Unternehmen in unserem Land? Von Konsumentenseite werden folgende Maßnahmen gewünscht:

Erstens: Ein Verbot von gesundheitsgefährdenden Chemikalien im Textilbereich. Diese Forderung richtet sich an den Gesundheitsminister.

Zweitens: Regelmäßige Kontrollen von Textilien, vor allem von Importware. Drittens: Eine Kennzeichnungspflicht für die verwendeten Chemikalien. Dazu möchte ich anmerken, daß es bereits ein Gütesiegel des Österreichischen Textilforschungsinstitutes gibt, dem sich einige Unternehmer freiwillig unterwerfen. Das könnte und sollte noch ausgebaut werden.

Viertens: Eine Ermutigung und Förderung von österreichischen Produzenten und Händlern, naturbelassene gesunde Bekleidung zu erzeugen und anzubieten. Es könnten sich Chancen für Innovationen für unsere steirischen Unternehmer finden – vielleicht ein Aufschwung für unsere Textilindustrie mit naturnahen Qualitätsprodukten. Auch die Landwirtschaft könnte hier noch Nischen finden, zum Beispiel bei der Er-

zeugung von naturnahem Leinen oder von Naturwolle. Ein alternatives Projekt gibt es bereits in diese Richtung, das ist das Flachsprojekt in Pausendorf in der Obersteiermark. Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 20.40 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Bleckmann. Nach ihr der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Bleckmann (20.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Von 1967 bis 1991 haben wir 6,8 Milliarden Schilling für die Wirtschaftsförderung ausgegeben. Von 1967, das ist ein Jahr, bevor ich auf die Welt kam. Innerhalb dieser Zeit bin ich so hoch gewachsen und so breit geworden. Diese 6,8 Milliarden Schilling füllen aber so einen großen Raum, wie der vor uns ist, aus bis hinauf zur Decke. Was ist damit passiert? Es waren 3000 Firmen, also 80,9 Prozent, und 5,5 Milliarden, die für die allgemeine Wirtschaftsförderung zur Verfügung standen, 25.280 Firmen mit 1,3 Milliarden, die für Kleingewerbe und Fremdenverkehr zur Verfügung standen. Und jetzt stellt sich noch einmal die Frage, warum fördern wir denn überhaupt, wenn doch so ein relativ kleiner Bereich dann nur dazukommt? Sicherlich einmal, um Arbeitsplätze zu sichern, das haben wir heute schon einmal gehört, andererseits zum Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen der Betriebe in der Steiermark oder auch, um überhaupt Wettbewerbsvorteile zu schaffen, und vielleicht ein weiterer Grund, der unter Umständen der wichtigste Grund ist, eben politische oder außerökonomische Gründe. Was wurde damit erreicht? (Präsident Mag. Rader: „Ich bitte, im Zuschauerraum den Geräuschpegel etwas abzusenken!“) Was haben wir mit diesen Förderungen erreicht? Die Arbeitslosenzahl steigt ständig – Steiermark ist nach wie vor Schlußlicht in vielen wirtschaftlichen Bereichen, und Norbert Gellner sagte in den Konjunkturgesprächen dieses Jahr: „Die Steiermark läuft neuerlich Gefahr, im neuen Europa in eine Randlage manövriert zu werden.“

Im Zuge des einsetzenden Konjunkturrückganges, des drohenden Konjunkturrückganges müssen wir die Wirtschaftsförderung neu überdenken, da diese Milliarden, die wir bis jetzt investiert haben, scheinbar überhaupt nicht ausreichen. Wie könnte so eine neue Förderung aussehen? Erstens einmal darf es keine neue Landesabgabe und keine neue Steuer sein. Zweitens darf es auch nicht budgetbelastend sein, aber eine neue Förderung muß die Struktur verbessern und die Konjunktur beleben. Noch habe ich nicht sehr viele Vorschläge dazu gehabt, aber es gibt einen Vorschlag des Herrn Steirer, der eine Wirtschafts-AG. vorschlägt, die von uns auch in Form eines Gesetzesvorschlages eingebracht wurde. Von der SPÖ wurde, ähnlich wie schon unser Klubobmann Vesko gesagt hat, was wir wollen für die Wirtschaftsförderung, bereits ein Antrag im Bund eingebracht und dieser Vorschlag an den Minister Schüssel herangetragen. Wirtschafts- und Direktor Benno Rupp wünscht sich auch schon die rasche Gründung einer Wirtschaftsholding, also genau das, was wir uns auch vorstellen. Was ist diese Wirtschafts-AG. jetzt? Eine Kapitalgesellschaft, die brach-

liegendes Landeskapi tal in den Wirtschaftskreislauf wieder zurück hineinführt, Kapital über die Börse aufbringt und Umstrukturierungsmaßnahmen der steirischen Wirtschaft damit finanziert. Als Überbau soll dann eine Holding geschaffen werden, die weiteres Kapital wieder über die Börse beschafft, aber außerhalb der Landeseinrichtungen. Diese Konstruktion soll genau so sein, wie es jeder normale Betrieb, jede größere Holding auch im Wirtschaftsleben betreibt.

Wie soll das jetzt konkret in der Steiermark aussehen? Es gibt ja schon, laut Zeitungen, Überlegungen, eine Tourismus-AG. zu gründen, in der die gewinnorientierten Bereiche des Landes, des Tourismus eben, eingebracht werden sollen. Das kann der erste Teil so einer Wirtschafts-AG. sein, der dann selbst in eine AG. eingebracht wird, die auch noch die gewinnorientierten Bereiche, wie die Flughafen Ges. m. b. H., die Planai- und Hochwurzenbahnen, also alle landeseigenen Bahnen und ähnliche Dinge, die im Tourismus beinhaltet sind, enthalten können. Hier können wir dann mittelfristig bis zu 49 Prozent abgeben, also an die Börse gehen und so neues Kapital wieder schaffen und uns finanziell verbessern, so daß wir in diesem Bereich mit dem Geld, das wir durch die Börse, durch die Aktien erhalten, wieder neue Verbesserungsmaßnahmen mitfinanzieren können. (Beifall bei der FPÖ.)

Genauso kann dieser Bereich der STEWEAG realisiert werden, die ja bereits schon eine AG. ist, und darf hier der Bereich der Beteiligung nicht über 49 Prozent hinausgehen, da das doch eine Versorgungsmaßnahme ist, die in der öffentlichen Hand bleiben sollte, da das ja ein wichtiger Bereich ist, den wir in der Öffentlichkeit als Aufgabe zu erfüllen haben. Der dritte Bereich ist die steirische Landes-Hypothekbank. Hier gibt es ja schon sehr lange Gedanken darüber, wie man diese Landes-Hypothekbank in eine Aktiengesellschaft umstrukturieren könnte. Das ist auch eine gute Möglichkeit, einen nächsten, neuen Bereich dieser Wirtschafts-AG. zu begründen. Ein vierter möglicher Bereich ist die Steirische Immobilienverwaltungs-AG., die wir so genannt haben, mit den Landesforsten, den Immobilien und sonstigen gewinnorientierten Liegenschaftseinrichtungen. Es geht also hier nur um die Finanzierung der notwendigen strukturellen Maßnahmen durch das brachliegende Landeskapi tal, und damit es eine Auffangmöglichkeit und eine Absicherung gibt, wird noch eine Holding über diese verschiedenen AG. darübersetzt, die an jeder eigenen AG. wieder Anteile, also Beteiligungen, besitzt, aber mit ihrem Bereich selbst wieder an die Börse gehen kann, also wieder Kapital von außen aufbringen kann und wir so wirklich Möglichkeiten haben, unsere Wirtschaftsförderung mit diesem Geld dann aktiv und nicht passiv zu gestalten. Ich glaube, wir alle müssen gemeinsam nach neuen Möglichkeiten und nach neuen Lösungen suchen, um die jetzigen Probleme zu lösen. Ich bin mir sicher, daß dieser Vorschlag ein guter Weg ist, der vor allem die Steuerzahler nicht belastet, und ich bitte Sie, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen und uns zu unterstützen. (Beifall bei der FPÖ. – 20.49 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (20.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Der Herr Landesfinanzreferent, Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, hat in seiner Budgetrede ganz besonders auch auf die Situation in der Obersteiermark hingewiesen.

Ing. Hans-Joachim Ressel wörtlich, hochqualifizierte Arbeitskräfte sind dort noch immer da und dort benachteiligt, weil großräumige Veränderungen ihren Unternehmen die Existenzgrundlage entzogen haben. Von diesen Entwicklungen sind vor allem Jugendliche, Frauen, und im bestürzenden Ausmaß ältere Arbeitnehmer betroffen.

Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen in der Steiermark liegt über dem Bundesdurchschnitt.

Ich kann nun vom Bezirk Leoben auf diese Aussage des Landesfinanzreferenten voll unterstreichen. Die Arbeitslosenrate im Raum Leoben liegt nun schon permanent ganz deutlich über dem Landesdurchschnitt, und vor allem haben die Frauen nur im geringen Maße Chancen auf eine Beschäftigung. Die letzten mir zur Verfügung stehenden Beschäftigungsstatistiken zeigen mir insgesamt 2972 vorgemerkte Arbeitslose, genau 2972 zuviel. Davon sind 1632 Männer und 1340 Frauen. Was mich aber ganz besonders bedrückt, und da teile ich genau die Ansicht des Herrn Klubobmannes Vesko, ist die Jugend. Es ist hier sehr wichtig, daß wir etwas unternehmen, weil wir 566 Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren haben, die keinen Arbeitsplatz haben. Es wäre wichtig gewesen, die Werkschulen aufrechtzuerhalten, weil hier immer der gute Nachwuchs nicht nur für die Betriebe, sondern auch für das Handwerk im Raum Leoben immer wieder da war. Was ebenfalls für uns sehr besorgniserregend ist, ist die Zahl der Arbeitslosen über dem 50. Lebensjahr: 1152.

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren! Diese Zahlen zeigen uns aber, daß die Arbeitsplatzsituation im Bezirk Leoben weiterhin leider die Negativliste anführt. Wir nähern uns schon wieder der 11 Prozent Arbeitslosenquote, und das ist weit über dem steirischen Durchschnitt. Sorgen im Bezirk machen uns aber auch die insgesamt 1340 Frauen. Sie sind bei uns im Bezirk ebenfalls als arbeitslos gemeldet.

Nun zur Situation im Hüttenwerk Donawitz, die hat der Herr Klubobmann Vesko auch vorhin beleuchtet. Wir sind sehr froh, das Jahr 1991 war ein erfolgreiches Jahr für den Betrieb in Donawitz. Es sind schwarze Zahlen geschrieben worden. Leider ist nun wieder eine Trübung am Horizont eingetreten, da vor allem im Drahtbereich die Auftragslage nicht so günstig ist. Ich darf aber sagen, daß wir wirklich heute einmal den Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie, vor allem im Hüttenwerk Donawitz, den Managern genauso wie den Beschäftigten, herzlich danken müssen, denn es ist ihnen durch ganz besonderen Einsatz gelungen, diese Situation zu schaffen. Meiner Ansicht nach ist die große Chance weiterhin für das Hüttenwerk Donawitz die Schienenerzeugung. Sie wissen, daß zwischen 1990 und 2015 in Europa insgesamt 1400 Milliarden Schilling investiert werden sollen für 30.000 Kilometer Netz von Hochgeschwindigkeitsstrecken. Ich glaube, daß das für diesen Betrieb eine

große Chance deswegen ist, weil in Donawitz extrem widerstandsfähige Geleise erzeugt werden und diese Qualität nach Aussagen der Manager und der Betriebsräte und auch der Beschäftigten von niemandem anderen in der Art dargeboten werden kann. Ich möchte hier einmal ganz besonders auch betonen, wie wichtig es ist, daß die Verbindung vor allem von Wissenschaft und Forschung mit den Betrieben positive Zeichen gesetzt hat.

Und nun möchte ich noch einmal sagen, und es freut mich auch, daß der Herr Klubobmann Vesko etwas gesagt hat, was uns sehr bedrückt. Ich muß das wirklich betonen, weil ich einmal einem Ihrer Vorgänger das sagen mußte, was mir sehr leid getan hat, daß ich hier keine Unterstützung finden konnte. Es hat immer geheißen, keinen Schilling mehr für die verstaatlichte Industrie. Ich habe damals schon gesagt, wenn es darum geht, Umweltauflagen zu erfüllen, dann kann das weder für die Verstaatlichte noch für die Privatindustrie gelten, da müssen dann Mittel des Bundes und des Landes zur Verfügung gestellt werden. Dafür würde ich auch um die Unterstützung hier im Haus bitten, damit, wenn es dann soweit ist, und diese Umweltauflagen werden kommen, diese Unterstützung dann auch gegeben ist. Ich darf unserem Freund Gennaro herzlich danken, der auch in dieser Richtung immer wieder besonders hier interveniert hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme schon zum Schluß. Ich glaube, es ist ganz wichtig, daß wir uns in diesem Raum bemühen, nötige Investitionen durchzuführen, vor allem auch Industrieaufschließung. Wir wissen, daß Gemeinden selber nicht in der Lage sind, für Grundankäufe und Aufschließungskosten die nötigen Summen zur Verfügung zu stellen. Die Frau Landesrat weiß, daß wir in bezug auf Leoben-West Größeres vorhaben. Hier werden 30 bis 40 Millionen Schilling als Aufschließungskosten benötigt werden. Ich darf Sie hier auch um Ihre besondere Unterstützung ersuchen.

Herr Klubobmann, St. Peter-Freienstein habe ich hier nicht angezogen, sondern ich habe hier Leoben-West gemeint, das mir für sehr geeignet dazu erscheint.

Sehr geehrte Damen und Herren! Für uns wäre es vor allem im Hüttenwerk Donawitz wichtig, daß die Aufrechterhaltung der Flüssigphase und im Langproduktbereich besonders durch die Installierung des Corex-Schmelzverfahrens für die VOEST-Alpine von besonderer Bedeutung ist. Die Betriebsräte haben mir gesagt, daß die Finanzierung durch Aussetzung der Dividendenzahlung leicht ermöglicht werden kann und daß es von großer Bedeutung wäre, eine Corex-Pilotanlage in Donawitz zu errichten. Wichtig wäre es für uns auch, daß nach Vorliegen der Umweltsanierungspläne hier die Unterstützung des Landes und des Bundes gegeben ist, wie es auch für die Privatindustrie gemacht wird. Sehr entscheidend für uns ist auch, daß die größtmögliche Förderung weiterhin – und Kollege Jeglitsch sitzt ja auch vis-à-vis von mir – der Montanuniversität weiter gegeben ist, weil gerade in der Symbiose Montanuniversität und Alpine auch durch diese enge Zusammenarbeit auch das garantiert ist, daß Forschungsarbeit unmittelbar umgesetzt wird, auch in Arbeitsplätze in unserem Raum.

Ich komme schon zum Schluß. Sehr geehrte Damen und Herren! Unsere Aufgabe wird es auch hier im Hohen Haus sein, gemeinsam dafür zu sorgen, daß die entsprechenden Mittel bereitgestellt sind. Nun noch eine kleine Anmerkung, wo man schnell Arbeitsplätze in Leoben schaffen könnte: Die Stadtgemeinde Leoben hat der Krankenanstaltengesellschaft kostenlos ein Areal von 9000 Quadratmeter in bester Lage zur Verfügung gestellt – für den Bau einer Wäscherei. Das liegt unterschrieben in Graz. Ich bitte, daß die Herren der KAGES raschest diesen Vertrag unterschreiben und mit den Bauarbeiten beginnen. Hier werden sofort 40 Arbeitsplätze für unseren Raum geschaffen – ein reelles Projekt, wo es nur darum geht, rasch zu unterschreiben, damit in einem Raum, der es wirklich nicht leicht hat, sofort 40 Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.58 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Purr. Nach ihm der Herr Abgeordnete Tilzer. In Anbetracht des späten Zeitpunktes halte ich es für mitteilenswert, daß, vielleicht als gutes Beispiel, der Abgeordnete Schinnerl seine Wortmeldung zurückgezogen hat.

Abg. Purr (20.58 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unser Industrie- und Europasprecher Gilbert Frizberg hat skizziert, was sich in der Industrie ereignet hat, was geleistet wurde und was auch durch die Initiativen des Landes Steiermark im industriellen Bereich in der Steiermark möglich wurde. Ich habe auch den Ausführungen des Kollegen Ussar sehr genau zugehört und darf Ihnen sagen: Jetzt ist es noch doppelt interessant zu hören, vor welchem Hintergrund sich all das ereignet. Nämlich, ohne zu dramatisieren, durch das Land rollt eine Insolvenzwellen. Die Privatindustrie kämpft zunehmend mit Problemen. Die Zeitung meldet, die AMAG schreibt, Sie hören richtig, 4 Milliarden Defizit 1992. Österreichische Firmen verlagern ihre arbeitsintensive Produktion immer mehr und immer häufiger in den Osten. Es gibt eine zusätzliche Belastung für die heimische Exportwirtschaft durch die Abwertung, die in einigen europäischen Staaten erfolgte. Und jetzt, sind wir uns bitte ehrlich, ist es schon ein Erfolg und eine großartige Leistung, wenn wir den Lebensstandard, den wir in Österreich erreicht haben, auch in Zukunft halten können. Es wäre schon gefährlich, dafür eine Garantie auszusprechen. Sicher ist, und ich glaube, da liegt es auch an uns Politikern aller Couleurs, hier ein ehrliches und offenes Wort zu sagen, daß ein Erhöhen in dieser Situation auch nicht möglich ist. Das erfordert von den Verantwortlichen in den Betrieben, in den großen und in den kleinen Betrieben, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, größtmögliche Anstrengungen einerseits, aber auch verantwortungsbewußtes Handeln und nicht zuletzt auch verantwortungsbewußtes Handeln bei uns Politikern. Und vor dieser Situation, die ich Ihnen jetzt völlig real und nicht übertrieben geschildert habe, spielen sich die Budgetverhandlungen im Parlament und auch auf Landesebene ab. Die Experten sehen in Deutschland die Wirtschaftsentwicklung pessimistisch. Österreich hat einen vorsichtigen Optimis-

mus bei gewisser Zurückhaltung erfahren dürfen. Wir rechnen, und das kann niemand bestreiten, für 1993 mit einer leicht steigenden Arbeitslosigkeit. Und jetzt hören Sie richtig: Firmenpleiten verursachen in diesem Jahr 1992 einen Steuereinnahmefall in Höhe von 2,5 Milliarden Schilling. Der Herr Finanzminister kann diese in den Kamin schreiben. Er wird das Geld nie bekommen. Und für 1993 sind wir in Österreich ganz vorsichtig optimistisch. Die Zinssenkung, die ansteht, beträgt maximal mit Jänner kommenden Jahres 0,25 Prozent - fast nichts, das Geld ist teuer, die Wirtschaft leidet darunter. Es werden Zinsen mit 11, 12 Prozent bezahlt. Kaum gibt es jemanden, der unter 10 Prozent für seine Soll-Zinsen berappen muß.

Und jetzt kommt es: Die Sozialpartner treffen zusammen, und die Handelsgehälter sollten ursprünglich um 9,6 Prozent erhöht werden. Ich weiß schon aus der Praxis, daß man natürlich etwas verlangt, um Handeln zu lassen, aber ich finde, auch diese Forderungen sind unrealistisch und sind vielmehr nur eine Bestätigung für die Funktionärinnen und Funktionäre, die sagen: „Wir tun das Möglichste für euch“, und in Wirklichkeit legen sie damit den Grundstein, um in Zukunft die Betriebe ordentlich zu belasten und sie auch schön sukzessive zugrunde zu richten. Das Gleiche haben wir aber auch in anderen Bereichen, und in dieser Situation und in dieser Phase hat es noch ursprünglich für 420.000 Beschäftigte im Handel eine Arbeitszeitverkürzung als Wunschvorlage gegeben. Ich darf sagen, alles recht und schön, wenn wir es uns leisten können. Von mir aus sperren wir die Geschäfte überhaupt nur mehr am Montag auf. Wir müssen uns die Frage stellen, wer bezahlt für all das die Zeche? Heute haben sich einige Damen und Herren wirklich engagiert in der Wirtschaftsförderung, wie sie aussehen soll, wie das besser gehen soll. Ich stelle Ihnen die Frage, wie ist sie finanzierbar auf die Dauer? Wie wird man das auf Landesebene zuwege bringen, um den Betrieben auch wirklich unter die Arme zu greifen? Wie wird das der Bund zusammenbringen? (Abg. Bleckmann: „Ich habe einen Vorschlag gemacht!“) Diese Theorie, liebe Frau Kollegin Bleckmann, die Sie gehabt haben, lasse ich mir bestenfalls von einem Menschen in Österreich gefallen, der dabei Erfahrung und Erfolg hat, aber auch Bitternis und Mißerfolg hingenommen hat. Sie lesen in der Zeitung, es soll nicht eine Reklame für einen Betrieb sein, es ist niemand geringerer als der Josef Taus, dem glaube ich solche Theorien, aber ansonsten sind wir bitte vorsichtig. Er hat bewiesen, daß einiges geht, aber unter der Voraussetzung, daß hier wirklich Fachleute am Werk sind. Dieses Fachwissen und Fachkönnen würde ich vielen Bankdirektoren nicht zutrauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um in der Zeit zu bleiben, ich habe mir knappe zehn Minuten vorgenommen, darf ich sagen, das Thema Wirtschaftsförderung, wie wir es hier beschließen werden, wie immer, mit dem Mehr oder Weniger, was die eine oder andere politische Partei sich hier vorstellt hineinzuinterpretieren, kommt sicher nur ein Schmalspurkompromiß zustande, denn in der Form wird es auf die Dauer nicht möglich sein, zuerst die Betriebe zu belasten, zuerst sich bei gewissen Leuten, bei den Wählerinnen und Wählern einzustellen, was man alles für sie gefordert hat, und am Ende schaffen wir die

Wirtschaftsförderung, damit wir den Betrieben heraus helfen. Ich glaube, der Weg scheint überholt.

Weil der Kollege Frizberg von der Industrie gesprochen hat und vom Gewerbe in der Steiermark, lassen Sie mich einen Blick auf die Entwicklung des Handels werfen, wo wir in der Steiermark etwa 5500 Betriebe haben mit 48.000 Beschäftigten. Das sind überwiegend Klein- und Mittelbetriebe. Nur 135 Betriebe sind es in der Steiermark, die mehr als 50 Beschäftigte haben. Die Entwicklung der Filialsysteme hat die Nahversorgung eigentlich zu den Hauptleidtragenden gemacht, zweit- und drittklassige Standorte werden nun von den Filialisten besetzt. Neben den Raumordnungsgesetzen bildet die Einkaufszentrenverordnung zwar eine wichtige Grundlage, aber, meine Damen und Herren, verlassen wir uns bitte nicht darauf, wenn alle Gesetze von den richtigen Leuten und Juristen auch entsprechend umgangen werden. Wir erleben das immer wieder. Das kann es nicht sein. Der Strukturwandel ist trotz der vorhandenen Gesetzesgrundlagen in vollem Gange. Man stellt sich die Frage, wird das auch weiter so gehen, was wird man tun können? Wir können als politisch Verantwortliche, wenn schon nicht auf Landesebene, aber auf Bundesebene entsprechende Weichen stellen, dadurch, daß es zu einer großzügigen Pauschalierung von Klein- und Mittelbetrieben kommt und vor allem für die Nahversorger, daß es zu einer Abschaffung der Vermögenssteuer auf Betriebsanlagen kommt und vor allem auch, daß Verluste von ausländischen Betriebsstätten im Inland Berücksichtigung finden. Für viele Betriebe muß es doch möglich sein, von der an- und für sich komplizierten Lohnverrechnung endlich einmal wegzukommen, um auch hier administrative Arbeiten abzubauen, Buchführungsgrenzen herabzusetzen auf etwa 5 Millionen Schilling Jahresumsatz. Ich erwähne hier nur einige Dinge, weil ich damit aufzeige, daß es darum gehen wird in Zukunft, nicht Wirtschaftsförderung zu betreiben, sondern Belastungen zu vermeiden und nicht darauf zu warten, daß wir den Betrieben helfen können, Lohnnebenkosten reduzieren. Ich bekenne mich vollinhaltlich zur Pflegevorsorge, nur so, wie sie finanziert wird, ist sie für alle Zukunft nicht tragbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen, damit ich mein Timing einhalte. Auch die Kommunalpolitiker in den Gemeinden, in kleinen Gemeinden und in den größeren, sind aufgerufen zu überlegen, und sich nicht irgendwie hinters Licht führen zu lassen von großen Filialisten, die so und so viele Arbeitsplätze dann schlagartig in diesem Gebiet ruinieren, die Leute dann von heute auf morgen zu Pendlern machen, nur weil eben dort oder da durch die Entscheidung auf kommunaler Ebene ein Betrieb angesiedelt wurde, der aber gleichzeitig den Ruin für benachbarte Betriebe, für Betriebe in ein und demselben Bezirk bedeutet. Nicht zuletzt sei hier eines offen ausgesprochen. Ich habe diesen Sonderlandtag miterlebt. Glaube doch niemand, daß wir mit solchen Diskussionen der Wirtschaft gedient hätten. Es war eine Information für uns, es war richtig, zusammenzukommen, aber es muß unsere Aufgabe sein, auf die Sozialpartnerschaft so viel Einfluß zu nehmen, daß sie die Weichen im wahrsten Sinne des Wortes für unsere Wirtschaft, für unsere Beschäftigten, für unsere Unter-

nehmer, für unsere Steuerzahler in die Zukunft stellen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 21.08 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tilzer.

Abg. Tilzer (21.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe vielleicht ein bißchen andere Ansichten wie viele meiner Vorredner, da ich auf Grund der Tatsache einfach den Befund ausstellen muß, daß wir uns in einem Konjunkturtief befinden, und es zeichnet sich doch ein Wirtschaftswachstum ab, das, wie prognostiziert wurde, nicht eintreten wird, und ich glaube, daß das eine weitere Verschärfung der Situation in der Obersteiermark herbeiführen wird. Die steirische Industrie gerät durch zwei wesentliche Faktoren unter einen weiteren Konkurrenzdruck. Einerseits durch die Öffnung des Ostens, und andererseits auch durch die Schaffung beziehungsweise das Entstehen des europäischen Binnenmarktes und das Inkrafttreten des EWR.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, wir sind uns alle darüber einig, daß wir unseren sozialen Standard halten wollen. Er ist das Ergebnis von einer Vielzahl sozialökonomischer Überlegungen, um die es sich zu kämpfen lohnt.

Und daher behaupte ich weiters, daß das Spiel der Manager und der multinationalen Konzerne in der freien Marktwirtschaft immer wieder die Situation hervorruft, daß das Wirtschaftswachstum gebremst werden kann und wird. Derzeit ist diese Entwicklung augenscheinlich und absolut vorhanden. Daher bin ich der Ansicht, daß es des antizyklischen Lenkungsmechanismus unbedingt bedarf.

Der von den Vertretern des Monetarismus häufig geforderte Rückzug des Staates aus der aktiven Wirtschaftspolitik kann nicht soweit gehen, daß sich die staatlichen Aufgaben nur mehr in der Verwaltung verstehen und in diese sich zurückziehen. Sicher sind wir uns bewußt, daß dieser Lenkungsmechanismus Geld kostet und dies eine Erhöhung der Verschuldung mit sich bringt. Ich meine aber, daß eine eventuelle Verschuldung eine relativ zu betrachtende Größe ist.

Aufgabe wird es sein, einen möglichen Spielraum für direkte Investitionsförderung zu schaffen – auf Bundes- wie auf Landesebene. Durch gezielte Einsparungsmaßnahmen wäre dies möglich. Das muß aber dort erfolgen, wo dies auch sinnvoll ist und dadurch nicht andere wirtschaftliche Einbußen provoziert werden.

Meine Damen und Herren! Zur wirtschaftlichen negativen Entwicklung gibt es in der Steiermark einige Beispiele, im speziellen in der Obersteiermark. Und man kann darüber diskutieren, ob diese Versäumnisse auf wirtschaftlichen Fehlentscheidungen beruhen, sofern diese überhaupt getroffen wurden, oder nicht. Tatsache ist jedenfalls, daß unser Bundesland im größeren Ausmaß von der konjunkturellen Entwicklung stärker betroffen ist als andere Bundesländer.

Eine Ursache dafür ist in der gewachsenen Monstruktur zu finden. Die starke Ausprägung der Grundstoff- und Finalindustrie in den Regionen bringt diese

in arge Bedrängnis. Was früher ein Vorteil war, wird uns heute zum Verhängnis. Daher bedarf es einer grundlegenden Veränderung.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit Investitionen in Problemregionen sollten wir uns zur Förderung innovativer Ideen und Nutzung von Marktnischen Gedanken machen. Aus dem Punkt 9 des Beschlufantrages geht hervor, daß die Landesregierung zwei Prozent des Gesamtausgabevolumens des Landesvoranschlages für die Finanzierung von arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen zur Verfügung gestellt hat. Im besonderen sollten diese Mittel im speziellen für die Obersteiermark zum Einsatz kommen. Also rund 750 Millionen Schilling könnten für zukünftige Projekte gezielt eingesetzt werden, und ich hoffe, Frau Landesrat Klasnic, da Sie ja für die wirtschaftlichen Angelegenheiten zuständig sind, daß Sie diese auch gebrauchen. Grundsätzlich wäre es notwendig, so meine ich, innovativen Ideen und der Nutzung von Marktnischen, mit der Möglichkeit einer flächendeckenden Installierung von Gründerzentren in Problemregionen, absoluten Vorrang einzuräumen. Produktideen von risikobereiten Jungunternehmern könnten dadurch unterstützt werden, daß ihnen die erforderlichen administrativen Arbeiten abgenommen werden. Und ich glaube, diese Gründerzentren könnten absolut zur Entwicklung von Produktideen und der Marktfindung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, daß die Region sich von sich aus wieder erneuern kann.

Meine Damen und Herren! Ein wichtiger Aspekt für den in der Obersteiermark zu vollziehenden Strukturwandel ergibt sich auch im Bereich umweltpolitischer Maßnahmen. Verstärkte Umweltpolitik ermöglicht neue Produktionschancen für neue Zweige der Umweltindustrie. Müllagerung und Deponierung werden nicht der Schluß des logischen Kreislaufes sein, sondern auch Müllverbrennung ist eine der möglichen Alternativen, aber auch andere Technologien könnten sich als Wirtschaftszweig entwickeln. Dennoch sind wir aber aufgerufen, uns in der heimischen Wirtschaft Gedanken zu machen, um den Müll, soweit es geht, zu vermeiden. Die Aufgabe von Wissenschaft und Forschung muß es sein, durch moderne Entwicklungstechniken das Thema Aufbereitung von Müll zum Wirtschaftsfaktor zu machen. Die Rückführung zum Beispiel von Kunststoffprodukten kann durch die Herstellung der dafür nötigen Industriezweige ein solcher Wirtschaftsfaktor sein. Daher ist der Schluß für mich zulässig, daß Müll zum Rohstoff werden kann, und ich glaube auch, daß er es wird. Grundsätzlich bin ich der Auffassung, daß alle Produktideen und unsere wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit davon abhängen werden, welche Verkehrsinfrastruktur die Steiermark zu bieten hat. Deshalb wird es nötig sein, entsprechende Verkehrsverbindungen zwischen den Ballungszentren, aber auch einen entsprechenden Zugang zu den Regionen herzustellen. Im besonderen gilt es natürlicherweise, den bestmöglichen Gütertransfer herbeizuführen. Ein Beispiel sei angeführt: der Semmeringbasistunnel, die ennsnahe Trasse und natürlich meine Eisenbundesstraße, die immer wieder ein wichtiges Anliegen ist. Die große Bedeutung des Europäischen Wirtschaftsraumes, in den wir mit dem kommenden Jahr eintreten werden, müssen wir als

wirtschaftliche Chance für die Steiermark sehen und zu nützen wissen. Neue Verhandlungspartner werden sich dadurch anbieten, und neue Wettbewerbsverhältnisse werden entstehen. Die steirische Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, danke ich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 21.15 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Jeglitsch.

Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (21.15 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Darf ich mir zuerst eine Frage erlauben? Bin ich der letzte Redner? Auch der Vorletzte verdient etwas Aufmerksamkeit, selbst wenn das Ende schon naht. Es können manche noch etwas lernen – ich bitte alle meine Kolleginnen und Kollegen, Platz zu nehmen. Es ist ein Thema von tiefer Ernsthaftigkeit. Es ist die endlose Geschichte der verstaatlichten Industrie, und manche haben sie heute schon angeschnitten.

Die Zeitungsmeldungen der letzten Wochen werden immer dramatischer; ich weiß schon, daß Zeitungsmeldungen nicht immer Quellen objektiver Wahrheitsfindung sind – das ist übrigens die Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes in einem Prozeß. Und Sie finden diese auch in der Berichterstattung der letzten zwei Tage über die Budgetdebatte bestätigt. Aber was Sie aus den Zeitungsmeldungen entnehmen und auch aus der ÖIAG hören, das ist eine schreckliche Zahl, nämlich, daß der Mittelbedarf der verstaatlichten Industrie auf etwa 20 Milliarden Schilling geschätzt wird. Das ist mehr als die Hälfte unseres Landesbudgets, das ist fast die Höhe dessen, was Österreich pro Jahr für Wissenschaft und Forschung einschließlich Hochschulen ausgibt. Die Begründungen sind zum Teil auch schon gefallen: Stagnierendes Wirtschaftswachstum, Zusammenbruch der Märkte, Ostöffnung, Billigimporte und Krise der Stahlindustrie. Ich glaube, wir sollten diese Begründungen analysieren und schauen, wie weit sie halten.

Es ist tatsächlich so, daß sich die österreichische Stahlindustrie und auch die europäische Stahlindustrie in einer Krise befindet. Die europäische Stahlindustrie schreibt pro Monat einen Verlust von derzeit 3,5 Milliarden Schilling. Es ist ein zyklisches Tal, in das die Stahlindustrie gerutscht ist – übrigens der neunte Zyklus seit 1945. Aber dieser neunte Zyklus des Einbruchs ist wahrscheinlich gefährlicher als alle anderen vorher, denn es gibt derzeit in Europa eine Überkapazität von 30 Millionen Tonnen Stahl. Das ist die siebenfache Menge dessen, was Österreich pro Jahr produziert. Sie haben eine unsichere Währungssituation; eine Abwertung führt plötzlich dazu, daß Konkurrenten 10 bis 15 Prozent billiger anbieten. Der Osten, der früher ein Markt war, ist heute ein Konkurrent. Die Qualität der Stähle aus dem Osten ist zwar nicht so gut, aber sie sind im Schnitt um 25 Prozent billiger. Ein Vergleich etwa der Personalkosten: In Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland betragen die Vollkosten 300 bis 400 Schilling pro Tonne. Der Osten hat Personalkosten zwischen 2 und 15 Schilling pro Tonne. In der Zementindustrie ist die Situation ähnlich. Sie haben Vollkosten in Österreich

von 260 Schilling pro Tonne, im Osten etwa 14 Schilling pro Tonne. Dazu kommt noch, daß der Osten niedrigere Energiekosten hat. Auch die Transportkosten sind wesentlich geringer, und auf die Umwelt wird kaum Rücksicht genommen. Man muß wohl an die Politiker sagen dürfen – vor allem an die europäischen Politiker –, daß sie dem Osten klarzumachen haben, daß der Osten nicht jene Hand, die helfen soll, verkrüppelt.

Was ist die Folge dieser Situation? Die Folge dieser Situation ist, daß die Staaten bereits wieder beginnen, die Stahlindustrie zu subventionieren – etwa Spanien, Frankreich. Die nächste Zacke in dieser sich falsch drehenden Schraube sind die Strafzölle, die vor drei oder vier Tagen von den USA gegen diese Länder verhängt worden sind. Auch der Aluminiumindustrie geht es nicht sehr viel besser. Europa hat einen Markt von etwa 4 Millionen Tonnen Aluminium, eine Million ist heuer an den Osten verloren worden, das noch dazu bei einem Aluminiumpreis, der so nieder war wie noch nie. Im Schnitt liegt der Preis pro Tonne Aluminium bei 1800 Dollar, derzeit liegt er bei 1200 Dollar.

Das alles ist zwar zutreffend, aber trotzdem ist die Frage erlaubt, ob diese Gründe für den desaströsen Zustand ausreichen, in dem sich die verstaatlichte Industrie befindet. Sicher – Unternehmen sind so gut, wie es das makroökonomische Umfeld erlaubt. Sie sind so gut, wie es der Wettbewerb erlaubt, aber sie sind auch so gut, wie es Struktur und Führung dieser Unternehmen sind.

Die 1986 angetretenen Sanierer haben sich nicht zu Innovatoren entwickelt oder wurden nicht von Innovatoren abgelöst. Ich weiß nicht, ob Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen, was von den Austrian Industries investiert wurde. Von 1986 bis 1991 77 Milliarden Schilling, 20 Milliarden über den Cash-flow. Ich frage Sie, wohin sind diese Milliarden gegangen? Bei den Investitionen befanden sich die Austrian Industries in den letzten fünf Jahren im Spitzenfeld von Europa. Nicht im Spitzenfeld, sondern am Ende lagen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Die Umstrukturierung bei Böhler hat dazu geführt, daß heute nicht einmal mehr ein Zehntel des Personals von früher in Forschung und Entwicklung tätig ist. Es darf einen daher nicht verwundern, wenn die Verstaatlichte aus diesen Gründen weiterhin stark im Grundstoffsektor verhaftet geblieben ist und sich wenig weiterentwickelt hat.

Dazu die Flops der Manager, die sich sehen lassen können. Der Einkauf und der Verkauf der Gießerei Villingen kostete ziemlich genau eine Milliarde Schilling. Der Kauf des Aluteams, so hört man jetzt langsam, soll ebenfalls etwa 500 bis 700 Millionen Schilling kosten. Ende 1991 hatte die AMAG 7 Milliarden Schilling Bankverbindlichkeiten. Ein zweiter Flop: Die Hineinfusionierung der maroden Chemie Linz in die ÖMV. Eine nächste Sache: Die vorschnelle Begebung der Wandelanleihe. Das wird noch sehr viel Kopfzerbrechen bereiten, wenn 1995 3,5 Milliarden Schilling zurückzahlen sind. Aus meiner unmittelbaren Umgebung der Flop des KVA-Verfahrens in Donawitz. Das KVA-Verfahren ist nicht am Dioxin gescheitert. Es war keine wirtschaftliche Machbarkeit zu erreichen, und das ist lange Zeit verschwiegen worden. Das alles war mit einem dramatischen Personalabbau ge-

koppelt, mit Frühpensionierungen, die tief ins Fleisch gehen. Denn es ist nicht nur so, daß Mitarbeiter verloren gehen, sondern die Frühpensionierung hat auch dazu geführt, daß die Firmen Wissen verlieren. Diese älteren Personen waren Know-how-Träger in den Firmen. Es ist die absurde Situation eingetreten, daß ich viele kenne, die in Frühpension gegangen sind, aber als Konsulent wieder für die Firmen tätig sein müssen.

Die großen Flops Intertrading, VOEST-Debakel, AMAG, Fusion Chemie - ÖMV, das ist nicht eine Pechsträhne, das scheint systemimmanent zu sein. Viele Träume mußten ausgeträumt werden. Tatsache ist, daß der Mischkonzern gescheitert ist, daß die Empire Builders gescheitert sind. Was sind die Konsequenzen derer, die diese Managementfehler verursacht haben? Ich sehe keine. Wenn die Verluste eine gewisse Größe erreichen, etwa über eine Milliarde, dann gibt es offenbar das Faktum der fahrlässigen Krida nicht mehr. Ich frage mich, was müssen sich die Arbeitnehmer denken, die wirklich ihr Bestes geben, was müssen sich jene denken, die ihren Arbeitsplatz verloren haben? Sie müssen sich in dieser Situation für dumm verkauft fühlen.

Was tun die Verantwortlichen? Bitte, schauen Sie sich das an. Es wird wieder umstrukturiert. Das Kästchenzeichnen ist wieder Mode geworden. Es werden Bereiche zerlegt, andere zusammengeführt. Es tritt das Schlagwort „AI-Kompakt“ auf. AI-Kompakt heißt, daß die Stahlindustrie, die im Vergleich zur europäischen gar nicht so schlecht dasteht, weder in Donawitz noch in Linz, auch wieder umstrukturiert wird. Wenn Sie die vorgeschlagene Umstrukturierung anschauen, dann finden Sie plötzlich wieder Züge der alten VOEST. Vor 1986 waren Stahl und Edelstahl getrennt, dann zusammengelegt, jetzt werden sie wieder getrennt. Und das Job-Hopping feiert fröhliche Urständ, Manager ziehen wieder weiter, bevor sie ihre Sanierungsaufgabe gelöst, vollendet haben. Donawitz ist ein Beispiel dazu. Die Unternehmen kommen nicht zur Ruhe, die Mitarbeiter werden verunsichert, und bitte, das Umstrukturieren kostet auch etwas.

Was haben die Verantwortlichen nicht getan? Sie haben kein geschlossenes Konzept vorgelegt, auch nicht für die Obersteiermark. Die erste erfolgreiche Sanierungsphase, sie wurde etwa bei der Schienenproduktion angeschnitten, wurde in diesem Sinne nicht weitergeführt. Ich frage mich, wie weit wäre die Sanierung und Umstrukturierung in Donawitz ohne KVA-Flop, der dem Unternehmen unter dem Strich geschätzte 500 bis 700 Millionen Schilling gekostet hat und fünf Jahre Zeitverlust? Das war ein eitler Luxus, den man sich hier geleistet hat. Dabei weiß ich gar nicht, ob es den Verantwortlichen so ohne weiteres klar ist, welche Bedeutung die Obersteiermark als Industriegebiet hat. Der Bruttoproduktionswert der Industrie der Obersteiermark ist vergleichbar mit der von ganz Tirol, liegt höher als von Kärnten oder Vorarlberg, Salzburg oder Burgenland. Das ist die Obersteiermark.

Nun zur Lage in Donawitz. Was in Donawitz erzeugt wird, sind rund 70 Prozent roheisenpflichtige Güter. Das heißt, sie müssen Stähle entsprechender Reinheit und Qualität herstellen können. Der neu zugestellte Hochofen wird etwa bis zum Jahr 2000 produzieren

können. Was ist dann? Man hört in letzter Zeit in den Überlegungen den Begriff des Corex-Verfahrens, und auch Kollege Ussar hat ihn angesprochen. Das Corex-Verfahren ist kein Flop, wie das KVA-Verfahren. Es ist in der Roheisenherzeugung in der Bedeutung wahrscheinlich gleichrangig mit dem LD-Verfahren bei der Stahlerzeugung. Es ist ein Schmelzreduktionsverfahren, das den Hochofen, die Sinteranlage und die Kokerei ersetzt. Es ist wirklich eine großartige Sache, und die VOEST ist auf diesem Gebiet führend. Sie erzeugen Roheisen aus Kohle und Eisenerz. Es ist kostengünstiger und umweltfreundlicher. Umweltfreundlicher, bezogen auf die Tonne Roheisen emittiert das Corex-Verfahren, das etwa in Südafrika schon produziert, nur ein Zehntel des Staubes, ein Zehntel des NO₂-Ausstoßes, nur ein Zwanzigstel der Zyanide, ein Fünfundzwanzigstel des SO₂-Gehaltes!

Das Corex-Verfahren ist für Donawitz eine große Chance.

Es würde die Flüssigphase weiter erhalten, an der auch andere Betriebe hängen, wie zum Beispiel Kindberg. Es würde Donawitz wettbewerbsfähig erhalten, und es würde Wesentliches zur Umweltsituation beitragen, die ja nicht gerade rosig ist. Es würde der Hochofen wegfallen, die Sinteranlage, das Kraftwerk aus dem Jahre 1939 und auch die Gichtgasproblematik. Es könnte auch einen positiven Aspekt für den Erzberg beinhalten, denn es benötigt ja Erz.

Beim Erzberg erlauben Sie mir, auch zur Bergwerksschule in Eisenerz einen kurzen Kommentar zu geben. Die dringliche Bitte - die Schule ist ein wesentliches Infrastrukturelement -, so wie bei Böhler in Kapfenberg für die Schulen die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Erlauben Sie mir zum Schluß, die Perspektive zu zeigen. Wenn Sie das Corex-Verfahren einführen wollen, haben Sie eine Vorbereitungs- und Bauzeit von etwa vier bis sechs Jahren. Das heißt, die Entscheidung hat 1993, spätestens 1994 zu fallen. Eine Corex-Anlage kostet natürlich etwas. Das Verfahren hat sich gegen abgeschriebene Anlagen zu behaupten und benötigt Investitionen von etwa 5 Milliarden, 3 für die Corex-Anlage und 2 für das Kraftwerk. Jetzt kommt das Dilemma. Sie haben eine schlechte Situation der Austrian Industries. Diese schlechte Situation reduziert die Chancen einer notwendigen und richtigen Investition, und damit stellt sich die Frage, ob Donawitz nach 2000 als Roheisenstandort erhalten bleiben kann. Es ist wie ein Teufelskreis. Fehler des Managements, verschärft durch eine wirklich schwierige Marktsituation führen zu Verlusten. Die Verluste führen zum Ausbleiben von Investitionen, und das Ausbleiben der Investitionen zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Aber ich habe kein Verständnis, daß Donawitz für die Managementfehler anderer zu büßen hat.

Ich fordere die Verantwortlichen auf, ein Konzept vorzulegen, in dem Donawitz als Standort für die Flüssigphase vorgesehen ist, und alles zu tun, um das Corex-Verfahren zu realisieren. Ich bitte, das beim steirischen Industriegipfel oder wie immer Sie den Besuch am 7. Dezember in Wien nennen wollen, diese Gedanken und Anregungen einzubringen, damit nicht in einer Diskussion über die Überkapazitäten in Europa und um mögliche Stilllegungsquoten plötzlich

selbst herbeigeführte oder vielleicht sogar beabsichtigte Gründe vorliegen, Donawitz als Stahlerzeugungsort opfern zu müssen. Danke schön. (Starker allgemeiner Beifall. – 21.30 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker: Ich verzichte.

Präsident: Zum Schlußwort gemeldet ist die Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (21.31 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Wir haben unserem Kollegen, Prof. Jeglitsch, alle zugehört, und gestatten Sie mir, daß ich mein Schlußwort zur Seite lege und es in einigen Sätzen zusammenfasse. Wirtschaftspolitik – die Stimmung ist auch psychologisch wirksam, wie wir es hinaustragen in das Land. Bei allen Sorgen und Anliegen, die wir haben, brauchen wir einen realistischen Optimismus. Die Wirtschaft hat so, wie alle anderen Sparten in unserem Leben, Berge und Täler. Aber wir müssen uns vorbereiten und neue Strukturen schaffen. Der nächste Aufschwung wird ganz bestimmt kommen. Vieles für unsere täglichen Aufgaben ist heute hier angesprochen worden. Machen wir uns gegenseitig Mut, und arbeiten wir gemeinsam, damit nicht in einigen Jahren ein anderer Kollege oder eine Kollegin hier an dieser Stelle steht und uns als Steiermark eine solche Liste vorlegt, wie es Prof. Jeglitsch jetzt getan hat. Ich bin auch überzeugt, daß das Gespräch am kommenden Montag beim Bundesminister unter der Führung des Landeshauptmannes und Teilnahme der Regierungsmitglieder, des Landeshauptmannstellvertreters und einiger mehr hoffentlich für unser Land viel Erfolg bringt. In diesem Sinne bitte ich Sie um eine gute Zusammenarbeit. (Allgemeiner Beifall. – 21.32 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat mir vor längerem mitgeteilt, daß er auf das Schlußwort verzichtet.

Hohes Haus, meine Damen und Herrn, wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu den zwei Beschlußanträgen der Gruppe 7. Ich werde nach jedem Beschlußantrag abstimmen lassen. Ich bitte die Frau Berichterstatterin um ihren Bericht.

Abg. Gross (21.32 Uhr): Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 461/1, folgende Beschlußanträge beschließen:

Zu Gruppe 7: Um die Landwirtschaftskammer für ihre eigentlichen Aufgaben als Interessenvertretung freizuspielen, ist sicherzustellen, daß die Förderungsvergaben für den landwirtschaftlichen Bereich nicht mehr über die Kammer, sondern im Rahmen des Landes erfolgen sollte. Antragsteller: Abgeordnete Schinnerl, Monika Kaufmann und Trampusch. Ich er suche um Abstimmung.

Präsident: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Gross (21.33 Uhr): Antrag 2: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, durch jede mögliche Initiative dafür Sorge zu tragen, daß der Stahlstandort Leoben-Donawitz erhalten bleibt und durch zukunftsgerichtete Investitionen und Innovationen (zum Beispiel Corex-Verfahren) abgesichert wird. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß der Stahlstandort Leoben-Donawitz Vormateriallieferant für andere Stahlstandorte bleibt, auch dann, wenn im gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum beziehungsweise in der EG weitere Stahlkontingentierungen vorgenommen werden sollten. Antragsteller: Abgeordnete Dr. Frizberg, Kanduth, Tilzer und Ussar. Ich er suche um Abstimmung.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8, Dienstleistungen. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Frieß.

Abg. Frieß (21.34 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 8, Dienstleistungen, umfaßt Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude, Grundbesitz, Wohn- und Geschäftsgebäude, sonstige Liegenschaften, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Landwirtschaftsbetriebe, Weinbaubetriebe, Forstgüter, Forstgärtenbaumschulen, wirtschaftliche Unternehmungen, zusammengefaßte Unternehmungen, wirtschaftliche Unternehmungen in der Fortsetzung Kongreßhäuser, sonstige wirtschaftliche Unternehmungen. Die Summe der Einnahmen in der Gruppe 8 ist 93,022.000 Schilling. Die Summe der Ausgaben in der Gruppe 8 ist 172,145.000 Schilling. Ich stelle den Antrag auf Annahme der Gruppe 8. (21.34 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (21.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, umfaßt gesonderte Verwaltung, Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Geldverkehr, Rücklagen, Wertpapiere, Beteiligungen, öffentliche Abgaben, ausschließliche Landesabgaben, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, Bedarfszuweisungen, sonstige Finanzzuweisungen nach dem FAG, Zuschüsse nach dem FAG, Zuschüsse nach dem Katastrophenfondsgesetz, nichtaufteilbare Schulden, aufgenommene Darlehen und Schuldendienst, aufgenommene Anleihen und Schuldendienst, Haftungen, soweit nicht aufteilbar,

Verstärkungsmittel, Haushaltsausgleich, Haushaltsausgleich durch Rücklagen, Jahresergebnis, Übernahme und Übergabe des Jahresergebnisses, Abwicklung der Vorjahre. Auf der Einnahmenseite 17.296,740.000 Schilling, auf der Ausgabenseite 8.177,647.000 Schilling. Ich bitte um Annahme dieser Ansätze. (21.36 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt.

Abg. Peinhaupt (21.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das war nicht der schwarze Koffer. Aber ich habe in meiner Generalrede gesagt, daß der Herr Landesfinanzreferent hinsichtlich der budgetären Transparenz, Sparsamkeit und Effizienz in den Freiheitlichen sicherlich einen Partner findet. Im Wohnbau haben wir unseren Beitrag geleistet. In der Effizienz müssen wir ihn alle miteinander noch leisten. In der Transparenz können wir unseren Beitrag auch leisten. Herr Finanzlandesreferent, wir sind daraufgekommen, daß Ihre vorjährige Rechenmaschine diesen außerbudgetären Finanzierungen nicht gewachsen war und glauben, daß wir dahin gehend, zur Transparenz, unseren Beitrag leisten können. Ich darf Ihnen diese Rechenmaschine überreichen. Wir sind auch davon überzeugt, daß auch diese nicht ausreichen wird, um gewisse Löcher zu stopfen. Ich lasse Ihnen sicherheits halber ein paar Kugeln da. (Beifall bei der FPÖ. - 21.37 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie den Ansätzen der Gruppe 9 zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu den vier Beschlüssen der Gruppe 9. Ich ersuche die Frau Berichterstatterin, diese vorzutragen.

Abg. Gross (21.38 Uhr): Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 461/1, folgende Beschlüsse beschließen:

Zu Gruppe 9: Bei Errichtung der in Diskussion stehenden Sonderfinanzierungsgesellschaft ist sicherzustellen, daß die Prüfungskompetenz des Landesrechnungshofes, zumindest vertraglich, in vollem Umfang für alle Tätigkeiten gewährleistet ist. Antragsteller: Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Karisch, Kowald, Dr. Flecker und Trampusch. Ich ersuche um Abstimmung.

Präsident: Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bitte den Bericht fortzusetzen.

Abg. Gross (21.39 Uhr): Antrag 2: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, keinerlei Regierungssitzungsbeschlüsse zu fassen und etwa auch Regierungsvorlagen in den Steiermärkischen Landtag einzubringen, die neue finanzielle Ausgaben bewirken, ohne gleichzeitig eine dementsprechende

realistische Finanzierung beziehungsweise Bedeckung vorzuschlagen. Antragsteller: Abgeordnete Dr. Hirschmann, Dr. Karisch, Dr. Flecker, Gross und Schinnerl. Ich ersuche um Abstimmung.

Präsident: Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Gross (21.40 Uhr): Antrag 3: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, keinem Finanzausgleichspaktum auf Bundesebene zuzustimmen, das nicht die berechtigten Forderungen des Landes Steiermark nach einem Ausgleich objektiver regionalwirtschaftlicher Benachteiligungen berücksichtigt, da unser Bundesland von den bekannten strukturellen Rahmenbedingungen, dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien und der Ostöffnung, ganz besonders betroffen ist. Antragsteller: Abgeordnete Dr. Hirschmann, Dr. Karisch, Dr. Flecker, Gross und Schinnerl.

Präsident: Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Gross (21.41 Uhr): Antrag 4: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zukünftig keinerlei außerbudgetäre Finanzierungslösungen vorzuschlagen, wenn nicht gleichzeitig dafür auch eine außerbudgetäre Bedeckung, etwa durch Veräußerungserlöse, Dividenden und andere Einnahmen, vorhanden ist. Antragsteller: Abgeordnete Kanduth, Pußwald, Dr. Flecker, Gross und Bleckmann. Ich ersuche um Abstimmung.

Präsident: Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (21.42 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der außerordentliche Haushalt sieht Gesamtausgaben in der Höhe von 1.253,585.000 Schilling vor. Die Einnahmen aus der Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt betragen 669,176.000 Schilling. Der Gebarungsabgang des außerordentlichen Haushaltes beträgt somit 584,409.000 Schilling. Die Bedeckung des Gebarungsabganges des außerordentlichen Haushaltes ist durch Kredite zu bedecken. Ich beantrage die Annahme. (21.43 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Grabensberger.

Abg. Dr. Grabensberger (21.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Dienstpostenplan 1993 zu Lasten des Landes umfaßt folgende Posten: Allgemeine Verwaltung, Anstalten und betriebsähnliche Einrichtungen 8080,33 zu Lasten der Voranschlagspost 5200 ermittelte Ganzjahresdienstposten. Diese beinhalten die Krankstandsvertretungen, Lehrlinge, Praktikanten 289,09. Die Dienstposten für die zur Steiermärkischen Krankenanstalten Ges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten 6765,6.

Dienstposten für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen, wobei sowohl beim vorderen, als auch bei diesem, der volle Ersatz der Bezüge kommt, 10.200.

Die Dienstposten für Lehrer an berufsbildenden Pflichtschulen, hier gegen Ersatz von 50 Prozent der Bezüge, 920,5.

Die Dienstposten für Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen, ebenfalls gegen den Ersatz von 50 Prozent der Bezüge, 453.

Das macht zusammen 26.708,52. Hiezu kommen noch die Dienstposten zu Lasten der einzelnen Wirtschaftspläne mit einer Summe von 351 und die Dienstposten zu Lasten der einzelnen Sozialhilfverbände mit 487,75. Das ergibt eine Gesamtsumme von 27.547,27.

Ich stelle den Antrag, dem Dienstpostenplan in dieser Form zuzustimmen. (21.44 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie der Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (21.44 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zur Hoheitsverwaltung:

Der Stand an Fahrzeugen für Regierungsmitglieder beträgt wie im Vorjahr 9 Kraftfahrzeuge. Beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung beträgt der Stand an Dienstfahrzeugen 99, wie im Vorjahr. Bei den Bezirkshauptmannschaften und Agrarbezirksbehörden stehen insgesamt 163 Kraftfahrzeuge, und zwar 46 Pkw und 117 Kombis, in Verwendung. Im Vorjahr 165 Kraftfahrzeuge, davon 45 Pkw und 120 Kombis. Die Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge der Hoheitsverwaltung beträgt 271.

Zur Wirtschaftsverwaltung:

Bei den Schulen, Schüler- und Volksbildungsheimen sowie Pflege- und Erziehungsheimen, der Landwirtschafts- und sonstigen Betriebe und Anstalten des Landes sowie für die Straßenerhaltung einschließlich der Schneeräumung ergibt sich ein Stand von 375 Kraftfahrzeugen, und zwar zehn Pkw, 120 Kombis, 87 Lkw und 158 Spezialfahrzeuge.

Die Gesamtanzahl der systemisierten Kraftfahrzeuge beträgt somit 646.

Namens des Finanz-Ausschusses beantrage ich die Annahme. (21.45 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan ist somit einstimmig angenommen.

Wir haben noch über den Antrag der Hauptberichterstatterin (Mündlicher Bericht Nr. 28), über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 461/1, abzustimmen, und ich erteile dazu der Frau Abgeordneten Barbara Gross das Wort.

Abg. Gross: Ich wiederhole meinen Antrag vom 2. Dezember, 9.25 Uhr, auf Annahme des Landesvoranschlags 1993 mit den Ansätzen des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltes sowie mit dem Dienstpostenplan und dem Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Präsident: Wer mit der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 461/1, in der Fassung des Mündlichen Berichtes Nr. 28, über den Landesvoranschlag 1993, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Damit ist der Landesvoranschlag 1993 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan mit Mehrheit angenommen.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/15, zum Beschluß Nr. 112 des Steiermärkischen Landtages vom 10. April 1992 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Frizberg, Majcen, Dr. Flecker und Kanape, betreffend eine mittelfristige Budgetvorschau für die kommenden drei Jahre.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (21.46 Uhr): Zu der Ihnen vorliegenden Vorlage stelle ich namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 112 des Steiermärkischen Landtages vom 10. April 1992 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Frizberg, Majcen, Dr. Flecker und Kanape, betreffend eine mittelfristige Budgetvorschau für die kommenden drei Jahre, wird zur Kenntnis genommen. (21.47 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 462/1, Beilage Nr. 27, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (21.47 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung hat ein Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark vorgelegt. Der Finanz-Ausschuß hat dieses Gesetz positiv erledigt und beantragt, dieses Gesetz zum Gesetz zu erheben. Ich bitte um Annahme. (21.47 Uhr.)

Präsident: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 468/1, betreffend den Ankauf der Grundstücke Nr. 96/2 und 78/2 der KG. Grazervorstadt im Ausmaß von 6901 Quadratmeter.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Günther Prutsch (21.48 Uhr): Die gegenständliche Vorlage betrifft den Ankauf zweier Grundstücke in Hartberg, KG. Grazervorstadt, im Ausmaß von 6901 Quadratmeter. Es soll in Zukunft im Rahmen des Ausbaues des Landeskrankenhauses Hartberg als Verkehrsfläche für Parkplätze verwendet werden. Der angebotene Kaufpreis in der Größenordnung von 1,815.000 Schilling ist akzeptabel. Es wird daher der Antrag gestellt, den Kauf zu genehmigen. (21.48 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 473/1, betreffend die schenkungsweise Überlassung der landeseigenen Liegenschaft EZ. 104, KG. Altenmarkt, im unverbürgten Flächenausmaß von 59.684 Quadratmeter an die Marktgemeinde Altenmarkt.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kanduth (21.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage 473/1 betrifft die schenkungsweise Überlassung der landeseigenen Liegenschaft EZ. 104, KG. Altenmarkt, im unverbürgten Ausmaß von 59.684 Quadratmeter an die Marktgemeinde Altenmarkt. Ich ersuche um Annahme dieser Vorlage. (21.49 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

7. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 397/3, Beilage Nr. 33, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 397/1, Beilage Nr. 21, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Jagdgesetz 1986 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Grillitsch (21.50 Uhr): Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Vorlage beinhaltet die Änderung des Jagdgesetzes 1986, und zwar soll der Paragraph 37 Absatz 3 geändert werden im Artikel I, wo das Wort „österreichischen“ entfällt. (21.50 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

8. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 466/1, über die Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Maitz (21.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage beinhaltet die von der Landesregierung vorgelegte Vereinbarung des Landes Steiermark, betreffend die Krankenanstaltenfinanzierung mit dem Bund. Die Vorlage wurde ausführlich beraten. Ich ersuche um Annahme. (21.51 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

9. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 467/1, zur Vereinbarung der Länder gemäß Artikel 15 a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Reinhold Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (21.52 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage zur Vereinbarung der Länder gemäß Artikel 15 a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen liegt Ihnen vor. Ich bitte um Annahme. (21.52 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Nach einer Dauer von 38 Stunden und zwei Minuten haben sich die Abgeordneten und neun Regierungsmitglieder zu insgesamt 178 Wechselreden gemeldet.

Damit hat das Hohe Haus die Beratungen über den Landesvoranschlag 1993 und die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Punkte beendet und das Arbeitsjahr abgeschlossen.

Es wurden seit Beginn der neuen Gesetzgebungsperiode 1991 381 Anträge von Abgeordneten, davon 33 Gesetzesanträge, 176 Regierungsvorlagen, dazu drei Rechnungshofberichte, 13 Anzeigen, neun dringliche Anfragen, ein Bericht der Volksanwaltschaft und 25 Petitionen eingebracht sowie 250 Beschlüsse, darunter 17 Gesetzesbeschlüsse, gefaßt.

Es fanden bis jetzt insgesamt 15 Landtagssitzungen statt, wovon vier Sitzungen mit einer Fragestunde begannen, in denen 124 Anfragen von Abgeordneten eingebracht worden sind.

Außerdem fand eine Festsitzung des Steiermärkischen Landtages aus Anlaß der 800jährigen Verbindung von Steiermark und Österreich statt.

Von besonderer Bedeutung war auch die Arbeit der Landtags-Ausschüsse, welche in 111 Sitzungen die vom Landtag beschlossenen Geschäftsstücke vorberaten haben.

Die Steiermärkische Landesregierung hat über Antrag des Herrn Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer meinem Ersuchen, die Präsidialkanzlei des Steiermärkischen Landtages aus dem Amt der Landesregierung auszugliedern und direkt dem Steiermärkischen Landtag als Geschäftsapparat zuzuordnen, mit Beschluß vom 23. März 1992 entsprochen. Dies ist für den Landtag ein wichtiger Schritt.

Ganz besonders hervorheben möchte ich die Besuche einer Delegation des Slowakischen Nationalrates im Dezember 1991 und einer Delegation des Südtiroler Landtages im Oktober 1992 sowie die gemeinsame Tagung des Steiermärkischen Landtages, der Österreichischen Gesellschaft für Gesetzgebungslehre und der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung über die Kontrollfunktion der Landesparlamente.

Unter meiner Führung im Juni des heurigen Jahres war eine Landtagsdelegation zu einem Erfahrungs- und Gedankenaustausch beim Landtag in Sachsen in einem neuen deutschen Bundesland.

Ebenso war eine Delegation des Steiermärkischen Landtages in der Zeit vom 15. bis 19. September 1992 Gast des Niedersächsischen Landtages in Hannover.

In zahlreichen Gesprächen, die wir mit Vertretern anderer Landtage geführt haben, konnten wir auch für unser Bundesland als gute Botschafter auftreten.

Hohes Haus! Wer den Beratungen dieser Tage aufmerksam beigewohnt hat, durfte mit Freude und Genugtuung feststellen, daß alle Abgeordneten redlich bemüht waren, ihr Bestes für unser Bundesland zu geben. Scheuen wir nicht den Konflikt, aber haben wir auch ebenso den Mut zum Kompromiß und zum Konsens.

Die Demokratie lebt nicht nur von der Kritik, sie lebt vor allem vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir alle können entscheidend zu diesem Klima beitragen.

Lassen Sie mich aber auch in dieser Stunde eine ernste Sorge äußern. Es ist meine fest Überzeugung, daß wir in dem zu Ende gehenden 20. Jahrhundert die

größte Destabilisierungsphase auf unserem Planeten erleben.

Eine Supermacht wie die Sowjetunion ist in Auflösung begriffen, und niemand kann heute voraussagen, wie das alles noch enden wird.

Die Satellitenländer haben das kommunistische Joch abgeschüttelt und sind mit viel Mühe auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie und zum Rechtsstaat. Aber auch diese Staaten erleben eine Destabilisierungsphase ohnegleichen. Wir können nur wünschen, daß alles gut geht.

Südamerika, so weiß es ein Einsichtiger aus der großen Politik zu berichten, befindet sich ebenfalls in einer Destabilisierungsphase, und er meinte, es sei ein Glück für Europa, daß dieser Subkontinent so weit weg von uns ist.

Ähnliche Vorgänge sehen wir in Afrika.

Von Stabilität können wir nur von den Vereinigten Staaten von Nordamerika, von Kanada, von Westeuropa berichten und mit Sicherheit von unserer Republik.

Das Drama, das kaum sechs Autostunden von hier vor unseren Augen abrollt, rundet diese etwas unerfreuliche Betrachtung ab.

So glaube ich, dürfen wir in der Gewißheit das Jahr 1992 verlassen, daß unser Land seinen Platz an der Sonne nicht nur errungen, sondern auch behauptet hat.

Der Steiermärkische Landtag und die Regierung dieses Landes haben einen wichtigen Teil dazu beigetragen.

Es ist gar keine Frage, unsere Republik hält jeden Vergleich mit jedem Land in der Welt aus.

Wir haben alle Ursache, stolz auf Österreich zu sein.

Hohes Haus! Gerne komme ich einer ehrenden Verpflichtung nach und darf den Damen und Herren des Landtagsstenographendienstes sowie meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtagspräsidialkanzlei, an der Spitze dem Herrn Landtagsdirektor Hofrat Dr. Heinz Anderwald, in Ihrem und in meinem Namen Dank und Anerkennung für ihre vorbildlichen Arbeit und Leistung zum Ausdruck bringen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich danke auch ebenso den steirischen Medien sowie dem ORF-Studio Steiermark für die erfreuliche Berichterstattung über das Geschehen im Hohen Haus.

Dies ist die Tribüne, von der wir Kunde geben wollen über den Weg, den wir für dieses Land gemeinsam zu gehen bereit sind.

Erlauben Sie mir, Ihnen sowie Ihren Familien einen stimmungsvollen Heiligen Abend, frohe und erholsame Festtage und ein kräftiges Glück auf zu wünschen mit der Bitte an den Herrgott, daß er auch 1993 den Frieden für uns alle erhalten möge.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner starker Beifall. – Ende der Sitzung: 21.57 Uhr.)